

trotz der Angriffe, die zuerst gekommen sind —, brauche ich über die polytechnischen Lehrgänge nicht allzu viel sprechen.

Wir haben in Steiermark 214 Klassen, also 214 polytechnische Lehrgänge. Diese sind in 126 Standorten untergebracht. In Graz haben wir, ich brauche das jetzt wirklich nicht mehr zur Verteidigung der Landeshauptstadt sagen, 4 Schulen für polytechnische Lehrgänge. Es sind nicht weniger als 24 Klassen mit 631 Schülern. Wir haben uns hier sehr bemüht in gemeinsamer Arbeit allen Anforderungen zu entsprechen. Es wird die Differenzierung, was die Schulbildung betrifft, berücksichtigt. Die Schüler wurden nach Geschlechtern getrennt. Die Schüler mit gleicher Vorbildung besuchen dieselbe Klasse. Graz hat ein Schulbauprogramm beschlossen; wieder gemeinsam. In diesem sind zwei große Schulgebäude vorgesehen für die Unterbringung der polytechnischen Lehrgänge. In jedem Gebäude soll je eine Schule für Mädchen und für Burschen untergebracht werden.

Ich brauche über die Bedeutung der polytechnischen Lehrgänge nicht mehr allzu viel sagen. Großzügig bin ich beim Umblättern. Es tut mir leid, weil viel Arbeit darin steckt. Aber da kann man nichts machen!

Ich bin kein großer Freund der Statistik. Statistik soll nie Selbstzweck werden. Wie sagt der Volksmund: „Aus der Statistik kann man alles herauslesen.“ Aber der Herr Univ.-Prof. Dr. Koren wird mir nicht böse sein, wenn ich sage, es muß nicht immer alles 100prozentig stimmen — deshalb ist es Volksmund — was ausgesprochen wird. Man kann trotzdem so manches aus der Statistik entnehmen.

Wir haben in Steiermark zu wenig selbständige Schulen für die polytechnischen Lehrgänge. Hier ist eine Gesamtplanung notwendig. Einige Bundesländer haben das bereits gemacht. Aus einigen Bezirken liegen bereits neue Anträge vor. Eine bessere Konzentrierung wäre in mehreren Städten des Landes möglich. Alle Voraussetzungen, das ist meine feste Überzeugung, haben die Schulorte, in denen drei oder mehr Lehrgänge geführt werden. Vorsichtshalber will ich hier keine Namen nennen; erstens weil ich glaube, daß dies nicht meine Aufgabe ist, und zweitens weil dafür vor allen anderen die Referenten der Landesregierung zuständig sind. Pioniere auf diesem Gebiet waren die Landeshauptstadt Graz und die Bezirksstädte Knittelfeld und Murau. Graz hat vier selbständige Schulen, Knittelfeld eine und Murau auch eine.

Es geht schon dem Ende entgegen. Ich bitte, noch etwas Geduld.

Das polytechnische Jahr soll der besseren Vorbereitung für den Berufseintritt dienen. Darin findet es seine Begründung und Rechtfertigung. Je besser die Ausbildung — hier befinde ich mich auf der gleichen Linie wie mein Vorredner —, desto besser die Berufschancen. Der

Lehrstoff soll im 9. Schuljahr gefestigt werden, das Bildungsgut soll eine Erweiterung erhalten. Die ganze Unterrichtsarbeit, die Methode und die Arbeitsweise sollen immer auf das kommende Berufsleben ausgerichtet sein.

Vergessen wir nicht, daß viele namhafte Ärzte, Psychologen, Pädagogen und Schulmänner sich für die Einführung des 9. Schuljahres leidenschaftlich und verantwortungsbewußt eingesetzt haben. Wenn auch ab und zu das polytechnische Jahr als Sorgenkind der Schulgesetzgebung 1962 bezeichnet wird, möchte ich doch zum Ausdruck bringen, daß auch das 9. Schuljahr sich durchsetzen wird. Das ist meine feste Überzeugung. Dieses sogenannte Sorgenkind wird wachsen und gedeihen. Gerade Sorgenkinder, das wissen wir alle, brauchen eine ganz besondere Fürsorge und Betreuung.

Ganz zum Schluß komme ich mit wenigen Worten vom Sorgenkind zu meinem Lieblingskind der österreichischen Schulen, zum musisch-pädagogischen Realgymnasium. In wenigen Jahren hat sich dieser neue Schultyp erfolgreich durchgesetzt. In ganz Österreich gibt es bereits 46 musisch-pädagogische Realgymnasien. 31 davon sind aus Lehrerbildungsanstalten entstanden, 15 sind neu ins Leben gerufen worden. Von den 46 gibt es in Steiermark 9. Auch hier ist die Steiermark wieder vorbildlich vorangeschritten.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Denken wir auch heute daran, daß unser Land Steiermark seit dem Jahre 1945 sehr viele Schulen, es ist eine stattliche Zahl, neu errichtet, umgebaut und repariert hat. Auch die neuen Aufgaben werden gelöst werden können. Dieses neue Werk wird gemeinsam gemeistert werden zum Wohle der Schuljugend und der gesamten Bevölkerung unseres schönen Heimatlandes Steiermark. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abg. Jännegg. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Jännegg: Herr Präsident, meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Im Rahmen der Gruppe 2 möchte ich ein spezielles Thema berühren und zwar die Frage Bildung und Ausbildung für Mädchen. Ich will hier nicht auf Detailfragen eingehen, sondern mich mehr mit dem Grundsätzlichen dieses Problems befassen. Und da ist, Hohes Haus, glaube ich, zunächst einmal festzustellen, daß es notwendig ist und notwendig sein wird, im Zuge einer verstärkten Erfassung der Jugend aus allen sozialen Schichten unseres Landes im Hinblick auf gleiche Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, hier die Mädchen besonders zu berücksichtigen. Das, Hohes Haus, ist nicht etwa nur eine Frage des Rechtes auch der Mädchen auf eine bestmögliche persönliche Entfaltung, kraft welcher sie ja auch später als Mütter ihren Kindern mehr mitgeben können, und es ist nicht allein nur eine Frage des Gleichheitsgrundsatzes, den wir ja in unserer Bundesverfassung verankert haben, die

Frage der Bildung und Ausbildung unserer weiblichen Jugend haben wir, glaube ich, auch von unserer Bevölkerungs-Struktur her zu sehen. Der starke Frauen-Überhang von einer halben Million, wie ihn die letzte Volkszählung im Jahre 1961 ausgewiesen hat, und der sich vornehmlich aus den Altersstufen über dem 20. Lebensjahr ergibt, wird zwar allmählich abgebaut, aber die gleiche Statistik, meine Damen und Herren, läßt erkennen, daß voraussichtlich noch viele Jahre, wenn wir die jungen und jüngsten Jahrgänge hier mitberücksichtigen, zahlenmäßig sich beide Geschlechter zumindest noch die Waage halten werden. Wenn wir also heute allgemein eine breitere Strahlung von Bildung und Ausbildung anstreben und auch erreichen wollen, dann müssen wir hier bei diesen Bemühungen auch die Mädchen entsprechend mit einbeziehen. Gegenwärtig ist der Anteil auch — nur um einige Ziffern zu nennen, ich verspreche Ihnen, es werden nur einige sein — gegenwärtig ist also der Anteil der Mädchen an den mittleren und höheren Lehranstalten in der Steiermark mit 11.295 weiblichen Schülerinnen gegenüber 11.883 männlichen Schülern gut ausgewogen, wobei hier bei den weiblichen vor allem jene zahlenmäßig ins Gewicht fallen, die den Lehrberuf anstreben. Und mein Vorredner hat hier ja schon deutlich veranschaulicht, daß die Zahl der Frauen im Lehrberuf wesentlich ansteigt. Ich könnte das auch noch mit Prozenten ergänzen, etwa, daß bei den Pflichtschullehrern in ganz Österreich 49,1 Prozent schon Frauen sind und daß allein im Bereiche der Stadt Wien schon 52,9 Prozent Frauen als Lehrer tätig sind. Aber das gibt kein richtiges Bild für das ganze Berufsleben der Frauen. Hier ist also ein Ausnahmefall gegeben.

Wenn ich hier auch noch die Grazer Hochschulen nennen will, dann kann ich sagen, daß hier die weiblichen Studierenden mit 3369 gegenüber 6000 männlichen vertreten sind, das allein auf die Inland-Studenten bezogen, wenn wir hier auch kein ganz genaues Bild — ich konnte diese Ziffer nicht erhalten — für jenen Anteil, der sich hier für die Steiermark ergibt, bekommen.

Und nun zu den berufsbildenden Schulen, um auch hier einen Vergleich anzustellen. Die Lehrlings-Statistik weist für das Schuljahr 1965/66 insgesamt 26.292 Lehrlinge in der Steiermark aus, die sich in 17.488 männliche und nur in 8804 weibliche gliedern. Hier fällt also der Anteil der Mädchen sehr stark ab. Die fachliche Berufsausbildung der Mädchen zu forcieren, Hohes Haus, scheint mir daher besonders wichtig. Seit langem ist es zwar nun schon allgemeingültig, daß junge Mädchen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Aber in nicht wenigen Fällen, meine Damen und Herren, wird auch heute noch auf eine gut fundierte Berufsausbildung verzichtet oder eine solche vorzeitig unterbrochen. Die angelernte Tätigkeit spielt auf jeden Fall zur Zeit bei den Mädchen, und das oft infolge einer falschen Einstellung der Eltern einerseits und andererseits infolge des Wunsches der Mäd-

chen selbst nach raschen Verdienstmöglichkeiten, eine nicht unbedeutende Rolle. Vielleicht wird es aber nunmehr möglich sein — und ich möchte das hoffen —, durch das 9. Schuljahr, also das polytechnische Jahr, weitgehend die Hinführung der Mädchen in einen geeigneten Beruf, insbesondere natürlich in jene, die für Frauen besonders geeignet sind, zu erreichen. Somit aber gleichzeitig auch zu erreichen, Hohes Haus, eine stärkere Abkehr vom Hilfsarbeitertum, das wir uns — ganz allgemein gesehen — künftig immer weniger werden leisten können. Auch der Einzelne nicht, wenn er sich behaupten will.

Wenn ich nun der Auffassung bin, daß nach wie vor der Hauptberuf der Frau in der Familie liegt und wir eine mögliche Rückführung der berufstätigen Mütter in die Familie anstreben, so können wir aber uns doch andererseits nicht vor der Realität verschließen, daß die Frau heute ihren Platz in der Wirtschaft hat und die Wirtschaft auch ihrerseits auf die Mitarbeit der Frauen nicht verzichten kann.

Wenn wir eine gründliche Berufsausbildung auch für alle Mädchen anstreben, dann sind dafür mehrere Überlegungen maßgebend. Einmal werden in der Wirtschaft insbesondere mit Blickrichtung auf die Zukunft — und das ist heute auch schon hier ausgesagt worden — immer mehr gut ausgebildete, hochqualifizierte Menschen gebraucht. Und der Frauenanteil im Bereiche der Wirtschaft ist bei uns in Österreich, Hohes Haus, schon auf 40 Prozent angewachsen. Also kommt der Ausbildung der Mädchen allein von diesem Gesichtspunkt her große Bedeutung zu. Vor allem darf auch nicht übersehen werden, daß eine große Zahl von Frauen auch alleinstehend bleibt und sich auf die Dauer selbst zu erhalten hat. Hohes Haus! Für ein Mädchen daher auf eine bestmögliche Ausbildung zu verzichten oder für die Tochter einen Übergangsbberuf zu wählen zwischen Schulzeit und Ehe, wie das leider ja auch noch immer geschieht, ist wirklichkeitsfremd. Denn wer kann schon, solange sich ein Mädchen im Schulalter oder im Ausbildungsalter befindet, voraussagen, ob es einmal heiraten wird oder nicht. Dazu kommt daß heute ja auch alle wissen — und wir kennen die Ziffern — viele verheiratete Frauen mitverdienen müssen, insbesondere junge Frauen, um die Wohnung anzuschaffen, in der Folge die Einrichtung usw. Es ist daher auch für sie nicht gleichgültig, über welche Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten und -grundlagen sie verfügen, weil ja die berufliche Stellung und somit auch die Einkommenshöhe maßgeblich davon beeinflußt werden. Ebenso dürfen in diesem Zusammenhang die Wechselfälle des Lebens nicht außer acht gelassen werden. Wenn eine Frau plötzlich allein dasteht mit ihren Kindern, sei es, daß der Familienvater gestorben ist oder die Familie verlassen hat — was ja leider auch hin und wieder vorkommt — und die Frau nunmehr zum alleinigen Familienerhalter wird — und es sind nicht wenige Frauen, die allein Familienerhalter sind —, dann ist diese Frage auch

von diesem Gesichtspunkt her besonders zu sehen.

Darüber hinaus gibt es verhältnismäßig viele Frauen, die aus verschiedenen Gründen nach jahrelanger Berufsunterbrechung wieder in das Erwerbsleben eintreten wollen oder müssen. Und wenn hier, meine Damen und Herren — auch das möchte ich sagen —, schon das Alter der Frauen, sobald sie über vierzig sind, bei der Wiedereingliederung Schwierigkeiten verursacht, so sind diese Schwierigkeiten bei mangelnder Qualifikation praktisch unüberwindlich. Die Zahl der berufstätigen Frauen steigt zwar von Jahr zu Jahr weiter an, aber nur einem kleineren Prozentsatz gelingt es, in höhere Positionen aufzusteigen. Die Mehrzahl ist in den unteren und schon weniger in den mittleren Stellen zu finden und nur eine bescheidene Zahl ist in höheren Positionen.

Und wenn hier sicher auch verschiedene Ursachen zusammenwirken wie etwa — und ich erlaube mir als Frau das festzustellen, als Frau für viele Frauen — noch vorhandene Voreingenommenheit im Hinblick auf die Gleichwertigkeit der Frau im Beruf, so ist doch die geringere Investition an Ausbildung bisher für das Gesamtbild maßgeblich.

Mit diesen meinen Ausführungen Hohes Haus, habe ich versucht, kurz zusammengefaßt und auch nur in groben Zügen die Frage der Ausbildung und auch die Nachteile bei ungenügender Ausbildung für Mädchen aufzuzeigen. Ich würde wünschen, daß diese auch das Ohr jener Eltern erreichen, die hier vieles versäumen, was auch durch einen zweiten Bildungsweg nicht mehr voll aufgeholt werden kann. Grundsätzlich müssen wir uns auf den Standpunkt stellen, und das möchte ich abschließend sagen, Knaben und Mädchen, also beide, sollen gefördert werden nach dem Gesetz der optimalen Bildung und der optimalen Auswertung ihrer Eignung und ihrer Neigung. Alle Möglichkeiten im Bereich der Förderung, die sich heute und in den kommenden Jahren der Jugend anbieten, sollen genützt werden und zwar im gleichen Maße für die männliche wie für die weibliche Jugend unseres Landes. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Präsident Koller. Ich erteile ihm das Wort.

3. Präsident Koller: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich in der Schuldebatte des Hohen Hauses das Wort ergreife, so möchte ich als ehemaliger Volksschüler, der übrigens seinen Lehrern sein Leben lang dankbar sein wird, mich nicht in fachlich pädagogischen Höhen ergehen, sondern ich möchte schlicht und einfach das tun, was mir ein Herzensbedürfnis ist, nämlich unseren Bürgermeistern und Gemeindevertretern für all das danken, was sie an Mühen und Opfern landauf und landab im Zusammenhang mit den Schulproblemen auf sich genommen haben. Ich möchte ihnen aber auch danken, weil sie wissen und selbstverständlich

danach handeln, daß Bildung und Fachwissen im Zeitalter der Technik entscheidende Voraussetzungen sind und wir die Erfordernisse von morgen nur dann meistern werden, wenn wir heute die Voraussetzungen hierfür schaffen.

Dem Ausbau des Pflichtschulwesens als Grundstock jeglicher Bildung kommt hierbei größte Bedeutung zu. Man muß hier trennen die pädagogischen Erfordernisse und andererseits die Schaffung der materiellen Voraussetzungen, die bei den Schulbauten beginnen und beim letzten Einrichtungsstück enden.

Im Landesbudget sind heuer erstmalig Zweckzuschüsse nach dem Finanzausgleichsgesetz an Gemeinden und Gemeindeverbänden in der Höhe von 9,1 Millionen Schilling als Zuschuß zum Bauaufwand für öffentliche Pflichtschulen vorgesehen. Es stehen daher zusammen mit dem Schulbaufonds nach dem Pflichtschulerhaltungsgesetz etwa 23 Millionen Schilling für Schulbauzuschüsse zur Verfügung. Dies ist erfreulich und vom Standpunkt unserer vielen finanzschwachen Landgemeinden aus sehr zu begrüßen, denn Darlehen allein sind für diese Gemeinden zu wenig. Die Rückzahlungsraten würden sie auf die Dauer viel zu sehr belasten. Unter gewaltigsten finanziellen Anstrengungen ist es bisher in der Steiermark möglich gewesen, Leistungen zu vollbringen, die natürlich schwerste Belastungen für die Gemeinden gebracht haben und die die Zurückstellung vieler Vorhaben, die auch dringend notwendig gewesen wären, erforderten. Hier ist nochmals ein hohes Lied unseren Bürgermeistern und den Gemeinderäten zu singen für ihr Verständnis, das sie gerade in der Zeit, wo die Technik und der Verkehr und viele andere Dinge mit größten Anforderungen an unsere Gemeinden herantreten, den Problemen von Schule und Ausbildung entgegenbringen und diesen immer wieder den Vorrang gegeben haben.

Es ist sicherlich bekannt, daß im Jahre 1966 für 259 referatsmäßig dem Herrn Landeshauptmann unterstellten Gemeinden Schulbauvorhaben veranschlagt sind und zwar für 96 Gemeinden Schulhausneubauten, für 44 Gemeinden Zu- und Umbauten und für 119 Gemeinden sonstige Verbesserungen in ihren Schulen. Die für das Jahr 1966 veranschlagten Aufwendungen auf dem Schulausektor dieser Gemeinden betragen über 170 Millionen Schilling. Ihnen werden aus Bedarfszuweisungen und aus dem Schulbaufonds etwa 52 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, so daß zur restlichen Finanzierung des vorgesehenen Schulbauvolumens von den betroffenen Gemeinden noch immer über 118 Millionen Schilling aus eigenen Mitteln aufzubringen sind. Es ist hier sicherlich eine stolze Leistung. Wenn wir die Bilanz der letzten fünf Jahre bezüglich der Schulbauvorhaben in der Steiermark ziehen, so sind das 80 Volksschulneubauten und 32 Hauptschulneubauten. Dazu kommen noch die vielen Anstrengungen der Gemeinden, die im Zusammenhang mit Mittelschulbauten auf sich genommen werden mußten. Es

war erfreulich vom Generalredner zum Kapitel Schule, Kollegen Schaller, zu hören, daß der letzte politische Bezirk der Steiermark, Radkersburg, wie auch Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Dr. Koren mitgeteilt hat, mit einem musisch-pädagogischen Realgymnasium bedacht wird. Das alles sind sehr stolze Zahlen.

Nur sieht es bei den einzelnen Gemeinden leider hinter den Kulissen in den Gemeindevoranschlägen vielfach anders aus. Welche finanzielle Situation bei diesen Gemeinden nach dringend notwendigen Schulbauten entstehen kann, zeigt vielleicht folgendes Beispiel:

Ich möchte hier den Schulbau St. Anna am Aigen hervorheben, wo zur Zeit 514 Volks- und Hauptschüler diese Schule besuchen. Ich möchte unterstreichen, daß es sich hier, wie sich jeder überzeugen kann, um keinen Luxusbau, sondern um einen dringend notwendigen Bau in unserem Grenzland handelt. Bisher wurden dort 8,5 Millionen Schilling verbaut, wovon noch 2 Millionen Schilling für die Restfinanzierung erforderlich sind, also insgesamt etwa 10 Millionen Schilling. Die Aufbringung der Mittel erfolgte durch Zuweisungen aus Landesmitteln und außerdem mußten die beteiligten Gemeinden 2,4 Millionen Schilling an Darlehen aufnehmen. Ich habe mit Hilfe der Bezirkshauptmannschaft die Situation zweier an diesem Schulbau beteiligten Gemeinden genauer analysiert.

Hier die Gemeinde Jamm: Ich glaube, man muß diese Dinge auch einmal öffentlich herausstreichen, weil man sich weit und breit kaum eine Vorstellung machen kann, welche Belastungen unsere Gemeinden gerade mit dem Schulbau oft und mit Selbstverständlichkeit auf sich nehmen. Die Gemeinde Jamm hat ein Steuer-Ist-Aufkommen 1956 von 257.000 Schilling. Die Steuerkopfquote beträgt 484 Schilling gegenüber dem Landesdurchschnitt von 1192 Schilling. Diese Gemeinde hat ein Schulbaudarlehen von 411.000 Schilling aufgenommen; das sind über 160 Prozent des Ist-Aufkommens 1965. Die jährliche Darlehensverzinsung und -tilgung und der ordentliche Schulaufwand machen insgesamt 97.200 Schilling aus. Das sind 38 Prozent sämtlicher Einnahmen in dieser Gemeinde. Ich glaube, daß man die Verhältnisse und Probleme in solchen Gemeinden genau kennen muß, um sich vorstellen zu können, was das bedeutet. Nicht anders auch in der Gemeinde Waltra: Ein Steuer-Ist-Aufkommen von 183.000.— Schilling, Steuerkopfquote 477 Schilling, eine Darlehensbelastung für Schulbauten von 315.000 Schilling, das sind demnach 171 Prozent des Ist-Aufkommens von 1965. Annuität 30.000 Schilling, jährlicher ordentlicher Schul-Sachaufwand 44.000 Schilling, zusammen 74.000 Schilling oder 41 Prozent des Steuer-Ist-Aufkommens. Dazu kommen noch die Fürsorgelasten und alles das, was unsere Gemeinden zu leisten haben für die laufende Wegerhaltung — genau für 20 km Gemeindewege — 10.350 Schilling. Das sind genau ein halbes Auto Schotter oder, wenn Sie wollen,

517 Schilling pro laufendem Kilometer. Das ist nicht mehr als bei einer anderen Straße gegen Eisglätte oder Schneeglätte zum Streuen verwendet wird. Ich weiß nicht, ob man sich allorts eine Vorstellung davon machen kann, was hier unsere vielen Gemeinden, denen ich nochmals danken möchte, leisten.

Auch das Ausbau-Programm, meine Damen und Herren, läßt für die Zukunft keine Erleichterung erwarten. Er stehen weiterhin diesen Gemeinden viel Arbeit und viele Sorgen bevor. Es ist daher von diesem Standpunkt aus wirklich erfreulich und zu begrüßen, daß das steirische Schulbau-Konzept, vor allem das Konzept unseres Herrn Landeshauptmannes, die Berücksichtigung jener großen Zahl schwerstbelasteter Gemeinden vorsieht und versucht, die Lasten unseren finanzschwachen Gemeinden einigermaßen abzunehmen bzw. sie gerecht zu verteilen. Würde dieses Problem nicht energisch — und die Ansätze im heurigen Budget möchte ich als Anfang dazu ansehen — angegangen werden, die Folgen wären für die Entwicklung unserer Gemeinden in allen Sparten katastrophal. Sie würden erbarmungslos in ihren Aufgaben und sonstigen Bereichen stecken bleiben und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen wir sicherlich alle nicht. Daher gibt es nur eines: Sorge zu tragen, alles daranzusetzen, um Mittel und Wege zu finden, um unseren Gemeinden bei der Lösung ihrer großen Schulbau-Probleme, die uns alle angehen, zu helfen. Vor allem auch unsere braven Bürgermeister und die ländliche Bevölkerung nicht mutlos zu machen und ihnen aliquot das beizustellen, was ihrer Leistung, ihrer Gesinnung und ihrer Auffassung entspricht. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident Afritsch: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Klobasa. Nachher kommt Herr Abg. Schaffer.

Abg. Klobasa: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zu einem anderen Kapitel der Schule sprechen und zwar über methodische und praktische Dinge, über Schulbücher. Die Schulgesetzgebung 1962 hat zwingend neue Lehrpläne und Vorschriften verlangt. Bis zum Inkrafttreten des Schulgesetzes im Jahre 1963/64 mußten Übergangsbestimmungen geschaffen werden. Neue Unterrichtsgegenstände bzw. neue Bezeichnungen für früher schon geführte Unterrichtsfächer mußten gefunden werden. Damit ergab sich der Zwang, in verhältnismäßig kurzer Zeit für alle Pflichtschulen neue Lehrpläne zu erstellen. Der bisherige österreichische Volksschul-Lehrplan geht auf den Versuchs-Schul-Lehrplan des Jahres 1920 zurück. 1924 wurden die Lehrpläne für — wie man damals die wenig gegliederten Volksschulen nannte — nieder organisierte Schulen gemacht. Im Jahre 1926 lag bereits ein Lehrplan für die erste bis fünfte Schulstufe vor und erst im Jahre 1930 wurde der endgültige Lehrplan für die Volksschule erstellt.

Bis zu den neuen Schulreformplänen nach dem Zweiten Weltkrieg war also eine Generationsdauer vergangen. Denken wir an die jähren Einschnitte im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben der vergangenen Zeit, besonders der Jahre 1918, 1934, 1938 und 1945. Der Lehrplan 1945 brachte uns den Lehrplan vom Jahre 1930 in fast unveränderter Form wieder.

Erst im Jahre 1946 erfolgte eine Erneuerung des Schulwesens und die erste diesbezügliche Schultagung in Wien im Jahre 1947 zielte erst auf eine Revision der Lehrpläne hin.

Wir alle wissen, daß der Ruf nach einer Revision der Lehrpläne nicht enden wollte. Man stellte wiederholt konkrete Wünsche und Forderungen auf und alle, die irgendwie mit dem Schulwesen zu tun hatten, waren daran interessiert. Die ganzen Bemühungen gerieten aber wieder ins Stocken und erst im Jahre 1962 nach Beschlußfassung der neuen Schulgesetze wurden die Gespräche wieder aufgenommen.

Sehr verehrte Damen und Herren, Sie werden leicht ersehen können, daß gleichlaufend mit der Erneuerung der österreichischen Schulgesetze und der damit verbundenen Erneuerung der Lehrpläne auch viele Artikel und selbständige Publikationen erschienen. Und außerdem sind aus dem Mitarbeiterkreis mannigfache moderne Lehr- und Arbeitsbehelfe für die Schulpraxis erwachsen. Und darin ist wieder der Ursprung der sogenannten Schulbücherflut zu suchen. Jede Entwicklungsepoche hat eine Reihe von Lehrkräften zum Schreiben eines neuen Lehrbuches veranlaßt, und viele dieser neuen Lehrbücher wurden auch vom Ministerium approbiert. Wir haben für unsere Schuljugend eine reiche Auswahl von guten Büchern. Aber dennoch sollte man sich auch in die Lage kinderreicher Familien, oder auch in die Lage nicht mit Gütern versehener Eltern versetzen. Wir im Landtag sprachen schon mehrmals über die Schulbücherflut. Ein diesbezüglicher Antrag wurde in der verflossenen Periode eingebracht. Die verschiedensten Organisationen mahnten zur Eindämmung. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, scheinbar ohne Erfolg. Sie wissen, die Methode ist frei, sie beinhaltet eine schöpferische Leistung und eine verantwortungsvolle Aufgabe des Lehrers. Es steht demnach dem Lehrer auch frei, welche Bücher und Hefte er in seiner Klasse verwenden will oder kann.

Bevor ich aber über verwendete Schulbücher in Schulen spreche, noch eine kurze Notiz zu den Heften. Sie alle, sehr geehrte Damen und Herren, haben schon bestimmt Schulkinder gesehen, die sich ganz schräg haltend eine schwere Schultasche tragen. Ich habe mich schon überzeugt, ob nicht das Kind täglich alles, was für die Schule die ganze Woche über gebraucht wird, mitträgt. Ich mußte aber feststellen, daß Bücher und Hefte allein für den betreffenden Unterrichtstag ausgesucht in der Tasche waren. Oft wiegt aber eine Schultasche mit Inhalt 8 bis 10

Kilogramm. Und stellen Sie sich dazu, meine Damen und Herren, noch einen mehr als einständigen Schulweg vor. Wir hatten seinerzeit einen Rucksack auf den Schultern, der ist jetzt unmodern, es muß die Tasche sein. Da hilft weder das Reden der Eltern noch das der Lehrer. Ein Inhaber eines Papiergeschäftes teilte mir mit, daß früher mit 8 verschiedenen Heften für die Schulkinder an Pflichtschulen das Auslangen gefunden wurde. Heute bietet man schon 120 Hefte an und das wäre schon bald zu wenig. Diese Vielzahl der Heftsorten verteuert sehr die Herstellungskosten. Meine Frage, könnte man hier nicht auch mit einer niedrigen Zahl von Heften das Auslangen finden? Oft werden für den gleichen Gegenstand verschiedene Hefte verschiedener Größe gefordert.

Und nun zu den Schulbüchern, die in den einzelnen Schulstufen der Pflichtschulen verwendet werden. Die Zahl und Bücher, die ich nun hier anführe, werden — wie ich schon vorher erwähnte — nur an Pflichtschulen verwendet. Grazer Buchhandlungen offerierten für das laufende Schuljahr 1966/67 folgende Bücher:

für die 1. Klasse Volksschule, 1. Stufe 18 Lesebücher und 14 Rechenbücher;
für die 2. Stufe 4 Lesebücher, 3 Sprachbücher und 7 Rechenbücher;
für die 3. Stufe 5 Lesebücher, 2 Sprachbücher, 4 Rechenbücher;
für die 4. Stufe 2 Lesebücher, 3 Sprachbücher und 3 Rechenbücher und für
die 5.—8. Stufe 2 Lesebücher, 4 Sprachbücher und 7 Rechenbücher.

Auf die Bücher und Behelfe für den Sachunterricht gehe ich auf Grund der Vielfältigkeit, mit denen in Schulen gearbeitet wird, nicht ein.

Die Hauptschüler können auswählen:

1. Klasse: 13 Deutschbücher, 5 Englischbücher, 5 Geschichtebücher, 3 Mathematikbücher;
2. Klasse: 5 Deutschbücher und 8 Übungsbücher, 5 Englischbücher, 2 Geschichtebücher, 4 Mathematikbücher;
3. Klasse: 4 Deutschbücher und 9 Übungsbücher, 6 Englischbücher, 2 Geschichtebücher, 2 Mathematikbücher;
4. Klasse: 3 Deutschbücher und 8 Übungsbücher, 4 Englischbücher, 2 Geschichtebücher, 2 Mathematikbücher.

Ob nun von den Lehrbüchern das eine oder das andere besser ist, entscheidet die persönliche Einstellung des Lehrers zum Buch. Sie alle sind gut. Dennoch müßten sich die Schulbehörden im Verein mit den Lehrern zu einer einheitlichen Verwendung der Bücher durchringen können. Natürlich müßten für viele Kinder wieder neue Bücher angeschafft werden, aber dann wäre der einheitliche Gebrauch des Buches für die betreffende Schulstufe gegeben. Ich glaube, einen Versuch wäre es wert.

Ich habe in meinem Bezirk an 10 Volksschulen eine Rundfrage gemacht und bin dabei zu fol-

gendem Ergebnis gekommen, welche Bücher in 10 von mir wahllos herausgegriffenen Schulen Verwendung finden. Ich möchte vorausschicken, daß in unserem Bezirk einheitlich nach der Ganzheitsmethode unterrichtet wird.

In der 1. Schulstufe verwendet man in diesen 10 Schulen:

„Neue Fibel“ 10 mal und zwar 8 mal die S-Ausgabe (Schreibschrift), 2 mal die D-Ausgabe (Druckschrift).

In einer Schule mit drei ersten Klassen wird nicht dasselbe Buch verwendet, sondern 2 mal die S-Ausgabe und 1 mal die D-Ausgabe.

„So rechnen wir“ wird 4 mal verwendet,

„Neues Rechenbuch“ 2 mal,

„Wir lernen rechnen“ 3 mal und eine Schule verwendet nur Arbeitsblätter aus Rechnen.

In der 2. Schulstufe werden verwendet:

„Wir lesen gerne“ (Fortsetzung der Ganzheitsmethode) 9 mal,

„Daheim in Schule und Haus“ 1 mal,

Das Rechenbuch von Tille 4 mal,

Das Rechenbuch von Schön 3 mal,

Brauner-Wertek 2 mal.

Einmal wird kein Rechenbuch verwendet. Die betreffende Lehrerin zieht täglich die Arbeiten für den kommenden Tag ab und teilt sie dann aus.

In der 3. Schulstufe werden verwendet:

„Schau um Dich“ 7 mal,

„Bei uns daheim“ 2 mal,

Jahrbuch und „Junges Volk“ gekoppelt 1 mal,

Rechenbuch von Tille 4 mal,

Brauner Wertek 4 mal,

Schön 2 mal.

In der 4. Schulstufe werden verwendet:

„Das neue Lesebuch“ 3 mal,

„Viertes Lesebuch“ 3 mal,

„Neues Lesebuch“ 1 mal,

„Mein Heimatland“ 2 mal.

An einer Schule wird nur das Jahrbuch verwendet und kein Lesebuch; dafür hat der Schulleiter alle Lesebücher abgesammelt und diese werden bei Bedarf im Leseunterricht ausgeteilt. Kein neues Buch deshalb, da es erstens zu teuer sei und wiederum nur eine Übergangslösung darstellt und man später wieder ein neues anschaffen müßte.

Auf dieser Schulstufe werden weiters folgende Rechenbücher verwendet:

Rechenbuch von Schön-Falk 6 mal und

Rechenbuch Brauner-Wertek 4 mal.

Auf der Oberstufe gibt es keine einheitlichen Lehrmittel aus Deutsch mehr. Lesebuch, Heimat und Welt, Jahrbuch, Naturschutzkalender und Hefte vom Österreichischen Jugend-Rotkreuz finden im Unterricht Verwendung.

Ich möchte noch kurz die Grazer Verhältnisse schildern. Hier sieht es wesentlich anders aus; vielleicht besser.

Auf der 1. Klasse möchte ich erwähnen, wird nach der Ganzheitsmethode und nach der analytisch-synthetischen Methode unterrichtet und es werden hier 4 Lesebücher und 3 Rechenbücher verwendet.

Auf der 2. Schulstufe nur mehr 2 Lesebücher und nur 1 Rechenbuch, und in allen weiteren Schulstufen bis zur 8. Schulstufe wird nur pro Klasse je ein Lesebuch und ein Rechenbuch verwendet.

Dazu möchte ich sagen, daß in Graz die Schulbücher vom Stadtschulrat den Kindern gegen eine Leihgebühr zur Verfügung gestellt werden und hier die Situation wesentlich besser ist.

Einen kurzen Überblick möchte ich über die Arbeit auf der ersten Schulstufe in der Steiermark geben. Gegenwärtig, also im laufenden Schuljahr 1966/67 haben wir 853 erste Schulstufen in der Steiermark. Davon wird in 540 Klassen nach der Ganzheitsmethode unterrichtet und in 313 Klassen nach der analytischen Methode. Die Ganzheitler schreiben in 362 Klassen die lateinische Schreibschrift, in 170 Klassen nach der gemischten Antiqua und in 8 Klassen die Blockschrift. Die Analytiker wieder in 104 Klassen die lateinische Schreibschrift, in 79 Klassen die gemischte Antiqua und in 130 Klassen die Blockschrift.

Im Rechnen ist dasselbe Verhältnis. Ungefähr 65 % arbeiten nach der Ganzheitsmethode und die restlichen 35 % nach der normalen Methode, wie wir sie kennen. Meine Damen und Herren, Sie sehen an Hand der Aufzählung die Vielfalt der verwendeten Schulbücher. Diese Vielzahl läßt kein einheitliches Vorgehen in den Schulen bewerkstelligen und verteuert auch die Herstellungskosten der Schulbücher wegen der geringen Auflage. Wir sind der Meinung, daß nach Festlegung der Lehrpläne der gleiche Weg für die Vereinheitlichung der Schulbücher beschritten werden müßte. Eltern, Lehrer, Schulbehörden, Arbeitsgemeinschaften und Buchverleger müßten bei einigem guten Willen diesen Weg beschreiten können. Ich appelliere an die interessierten und verantwortungsbewußten Stellen, hier den Weg der Einheit zu gehen. Er würde allen daran Beteiligten nur zum Vorteil gereichen. (Beifall.)

2. Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schaffer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Schaffer: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich zur Gruppe 2 Schulwesen einige Bemerkungen mache. Daß die Steiermark zu den pflichtschulbaufreudigsten Bundesländern zählt, beweist die Tatsache, daß im Jahre 1966 130 Schulhausneubauten sowie 56 Um- und Zubauten von den steirischen Gemeinden veranschlagt worden sind, welche eine Bauaufwendung von insgesamt 241 Millionen Schilling erfordern. Es ist erfreulich, daß für unsere Schüler

heute geeignete Schulen gebaut und errichtet werden. In allen Gemeinden gibt es deshalb auch einstimmige Gemeinderatsbeschlüsse für einen Schulneubau; aber oftmals ohne Bedacht-
 nahme darauf, wie die Finanzierung erfolgen soll. Der bittere Wermutstropfen bleibt nicht aus, wenn man hinterher, etwa bei der Dach-
 gleiche, die Feststellung treffen muß, daß die veranschlagte Summe sich wesentlich erhöhen wird. Es hat Präsident Koller schon darauf hin-
 gewiesen, wie sehr die Bürgermeister in diesen Gemeinden unter dieser Last leiden. Ich möchte ganz konkret ein Beispiel anführen und zwar was die Bürgermeister der eingeschul-
 ten Gemeinden von Obdach mit besonderer Sorge erfüllt. Einstimmig haben alle eingeschul-
 ten Gemeinden den Beschluß gefaßt, daß der Haupt-
 schulbau einschließlich der Räume für die bäu-
 erliche Berufsschule mit einem Kostenaufwand von 9 Millionen Schilling gebaut werden soll. Es mutet daher sehr eigenartig an, wenn schließ-
 lich bei der am 25. November 1966 erfolgten
 Gleichfeier nun plötzlich festgestellt wird, daß die Vollendung dieses Baues nicht 9 sondern ca.
 16 Millionen Schilling kosten soll. Noch eigen-
 artiger ist die Begründung für diese Erhöhung,
 nämlich, daß weitere Räume für die Unterbrin-
 gung der bäuerlichen Berufsschule benötigt wer-
 den. Zugleich aber ohne Absprache mit den
 eingeschul-ten Gemeinden ist ein Festsaal mit
 modernster Konstruktion errichtet worden.
 (Landesrat Bammer: „Sie waren ja im Bauaus-
 schuß drinnen!“) Es liegt wohl — Herr Landes-
 rat, ich komme noch darauf zurück — ein Be-
 schluß der Gemeinde Obdach vor, wonach die
 eingeschul-ten Gemeinden zur Kostendeckung für
 diesen Festsaal nicht herangezogen werden, was
 jedoch angezweifelt werden muß, da sich mitt-
 lerweise der Verteilerschlüssel für die einge-
 schul-ten Gemeinden ebenfalls erhöht hat. Ich
 darf hiezu feststellen, daß die Räume für die
 bäuerlichen Berufsschulen bereits im Kosten-
 voranschlag von 9 Millionen Schilling enthalten
 waren. Sicherlich, ich möchte das hier nicht
 bestreiten, ist ein Festsaal gerechtfertigt, aber
 es dürfte die Selbständigkeit eines Bürger-
 meisters doch nicht so weit gehen, daß finanz-
 schwache Gemeinden zu einer Leistung ver-
 pflichtet werden, die weit über deren Jahres-
 budget hinausgeht. Ich erinnere hier an die
 Worte, Herr Landesrat, die Sie gesagt haben bei
 der Gemeinderatssitzung in Judenburg, daß wir
 alle zusammenhalten, daß wir gemeinsame Ar-
 beit leisten sollen, daß wir nichts als Undank
 haben, daß wir auf das Wohl und Wehe der
 Bevölkerung Bedacht zu nehmen und eine große
 Verantwortung zu tragen haben. (Landesrat
 Bammer: „Das ist ja ein Turnsaal, so wie in
 Murau!“) Herr Landesrat, das haben Sie gesagt
 in Judenburg. Um so unverständlicher ist es mir
 daher, daß in den Schulsitzgemeinden, Sie soll-
 ten es dort auch sagen, wo heute solche Schul-
 bauten gebaut werden, die Finanzierung mit
 den eingeschul-ten Gemeinden abzusprechen ist.
 (Landesrat Bammer: „Von Undank habe ich
 nichts gesagt. Wiederholen Sie, was ich oben
 gesagt habe!“) Ich komme noch darauf zurück.

Unverständlich ist es mir daher auch, daß es
 Schulsitzgemeinden gibt, die durch die Erwei-
 terung des Bauprogrammes den Eingeschul-
 ten Schulkostenbeiträge auferlegen, die diese finan-
 ziell zu leisten kaum oder gar nicht in der Lage
 sind. Und ich glaube, ich muß jetzt etwas ein-
 fügen, nachdem der Herr. Abg. Zinkanell heute
 gesagt hat, daß Sie eben eine demokratische
 Partei sind, nun muß ich natürlich fragen, ob
 es auch demokratisch ist, meine sehr verehrten
 Damen und Herren, daß man beim Hauptschul-
 bau in Obdach ohne Gemeinderatsbeschluß nach-
 stehende Arbeit vergeben hat. Ich möchte sie
 gar nicht anführen, es ist eine Summe von
 4,5 Millionen. Ohne Gemeinderatsbeschluß ist
 dies vergeben worden. So könnte ich private
 Beispiele anführen aus der Stadtgemeinde in
 Judenburg, wo die Arbeiter schon dort arbeiten
 und wir haben weder im Finanz-Ausschuß, noch
 im Vorstand die Arbeit vergeben. Das ist nicht
 nur eine Praxis in Obdach, sondern in Judenburg
 gang und gäbe. Ich bin seit 6 Jahren Gemein-
 derat und war auch inzwischen Vizebürgermeister
 in Judenburg. (Abg. Heidinger: „Das gibt es ja
 gar nicht!“ — Landesrat Bammer: „Das soll
 bei Landesberufsschulen schon vorgekommen
 sein! Ich kenne eine!“ — Landeshauptmann
 Krainer: „Das ist nach der Gemeindeordnung
 nicht zulässig!“) Ich möchte weiter ausführen,
 es ist mir genau so unverständlich, ob das nun
 in Judenburg oder ob das in Weißkirchen ist,
 daß man aus diesen Schulneubauten politisches
 Kapital schlagen will, indem man die dort ein-
 geschul-ten ÖVP-Gemeinden für eine Bauein-
 stellung verantwortlich machen will, wenn die-
 se die geforderten Schulbeiträge nicht leisten.
 Ich habe da ja noch weiß Gott viel mehr zu
 erzählen und zu sagen. Ich möchte aber hier fort-
 fahren und zurückkommen auf das, was der
 Herr Kollege Pabst im Finanz-Ausschuß gesagt
 hat, daß für diese Kleingemeinden und Kleinst-
 gemeinden die Kreditaufnahme ja oft gar nicht
 möglich ist. Es gibt viele solcher Kleingemein-
 den, um nur Lavantegg zu nennen, die einen
 Volksschulbau in St. Anna durchzuführen hat,
 (man bedenke, daß auf 34 m² 35 Schüler sich
 in einer Klasse befinden) der bei etwa 6 Mil-
 lionen Schilling liegt, bei einer Budgetsumme
 von 300.000.— Schilling. Herr Landeshaupt-
 mannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek sag-
 te wohl im Finanzausschuß, daß über die Post
 77 und 78 von 9,1 Millionen Schilling
 Klarheit herrsche, daß diese Summe den
 Gemeinden zukomme, aber die Verteilung
 noch ungeklärt ist. Ich freue mich, daß
 der Herr Landeshauptmann Krainer dafür ein-
 tritt, daß die 9,1 Millionen Schilling den finanz-
 schwachen Gemeinden zugutekommen sollen.
 Abschließend möchte ich noch sagen: Wir wol-
 len keine Glaspaläste, die im Winter kaum heiz-
 bar sind und für den Sommer gewisse Sonnen-
 schutzmaßnahmen erfordern und im weiteren
 sogar die Schüler durch die große Außenab-
 lenkung in der Konzentration hindern. Wir wol-
 len schon neuzeitliche, aber zweckmäßige Schu-
 len schaffen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Heidinger: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit mein hochgeschätzter Kollege Hans Groß nicht in den Geruch kommt, falsche Zahlen zu verbreiten, möchte ich die Berichtigung des Herrn Berichterstatters von der Gruppe 0 berichten. Es sind doch 114 Millionen Schilling Mehrausgaben bei den Landesbediensteten. Dies zur Einbegleitung. (Abg. Nigl: „Fragen Sie doch den Herrn Landesfinanzreferenten, was in der Regierungssitzung beschlossen worden ist!“ Ich weiß nicht, warum mein geschätzter Herr Vorredner, Herr Kollege Schaller so boshaft und polemisch in seinen Ausführungen geworden ist. Er hat an und für sich die Stimme eines Traummannleins, aber hier in diesem Punkt ist er wirklich — meiner Meinung nach — etwas zu weit gegangen. (Abg. Stöffler: „Na also Beschimpfungen sind hier nicht üblich!“) Ich hör schon auf. Das gehört in das Reich der Träume, oder in das Reich der Märchenwelt, wenn man behauptet, daß in den Städten oder gemeint waren vielleicht die sozialistisch verwalteten Gemeinden, auf dem Sektor des Schulbaues nichts geleistet hätten. (Abg. Stöffler: „Solche Entgleisungen sind wir da eigentlich nicht gewöhnt!“) Nachdem der Herr 3. Landtagspräsident, Herr Abg. Koller in sehr dankenswerter Weise aufgezeigt hat, welche großen Leistungen auf dem Sektor des Schulbaues getätigt wurden. (Abg. Stöffler: „Ich habe noch nie jemanden persönlich beschimpft, das würde mir nie einfallen; wenn wir aber anfangen, einander zu beschimpfen, dann gefällt jemandem vielleicht der Anzug nicht, den ein anderer trägt! Traummannlein, gefällt Ihnen das vielleicht?“) Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn hier die Meinung aufkommt, daß ich hier Beschimpfungen ausgesprochen habe, bitte ich den Herrn Kollegen Schaller mir das zu entschuldigen. Ich habe es nicht in diesem Sinne gemeint, ich habe dies nicht schimpfend, sondern eher ironisierend sagen wollen. Ich bitte, wenn hier nur der leiseste Funke einer Meinung aufkommen sollte, daß ich hier Beschimpfungen aussprechen wollte, entschuldige ich mich sehr, sehr gerne.

In den sozialistischen Gemeinden wurden in den Jahren 1946 bis zum Jahre 1963 151 Schulhausneu- und -zubauten getätigt, in den Jahren 1963—1966 19 Neubauten errichtet und weitere 69 Schulen sind in den sozialistischen Gemeinden in Planung. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Zahlen sprechen für sich und ich gebe gerne zu, daß ähnliche oder gleiche Leistungen für dem Schulbausektor auch in den Gemeinden, die von der Österreichischen Volkspartei verwaltet werden, getätigt wurden. Auf dem Sektor Schulbau muß man sagen, ist Beachtliches in den letzten 20 Jahren geleistet worden. Es vergeht doch keine Woche, in der nicht irgendwo eine Grundsteinlegung, eine Gleichfeier einer Schule stattfindet oder von Schuleröffnungen und dergleichen mehr in den

Zeitungen berichtet wird. Und doch, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei aller Anerkennung dieser Leistungen, die vom Land Steiermark im Verein mit den steirischen Gemeinden vollbracht wurden, dürfen wir — und das muß hier sehr offen gesagt werden — auf unseren Lorbeeren nicht ausruhen. Wenn Sie die Möglichkeit hatten, oder noch haben werden, den OECD-Bericht des Monats Oktober zu lesen, dann werden Sie sehr bald erkennen, daß all die Dinge, die hier getätigt wurden, daß all die Bauten, die eröffnet oder in Planung sind, nicht ausreichen werden, um jenen Klassenbedarf zu decken, der in den nächsten zehn Jahren an uns herangetragen wird und wegen dem wir diesen Klassenbau durchführen müssen. Das Schul- und Bildungswesen wird in den nächsten Jahren eine Ausweitung erfahren, die einer Explosion gleicht. Und das ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, keine Einzelercheinung, sondern ein europäisches Phänomen und deshalb, gerade weil es eine europäische Erscheinung ist, darauf werde ich später auch noch zurückkommen, um so beachtenswerter. Welche Fakten bestimmen nun die Expansion oder die Expansion des Bildungswesens? Es sind dies einmal die höhere Zahl der Lebendgeburten, die Verlängerung der Schulzeit und — das müssen wir sehr groß schreiben — der Bildungsbedarf. Es wurde hier schon einmal vom Herrn Generaldebattenredner, Herrn Abgeordneten Stöffler aufgezeigt, daß die Geburtenzahl zwischen den Jahren 1951 und 1964 um 32 % gestiegen ist. Wir haben im Jahre 1951 102.764 Lebendgeburten in Österreich verzeichnen können und im Jahre 1964 133.841. Dazu kommt noch das 9. Schuljahr, der polytechnische Lehrgang. Die Tatsache der Erhöhung der Lebendgeburten und die Verlängerung der Schulzeit bedingt eine Vermehrung des derzeitigen Klassenbedarfs um 21 %. Die Schülerzahl stieg von 790.000 auf 1.025.000 in Österreich. Was ich hier für Österreich sage, der OECD-Bericht geht nur auf österreichische Zahlen ein, trifft selbstverständlich im Verhältnis zur Größe auch für die Steiermark zu. Für die Bewältigung der notwendigen Schulbauten wird ein Gesamtbetrag von 5 Milliarden Schilling nötig sein. Für Turnsäle und Arbeitsräume, man meint, das könnte man etwas zurückstellen, sind weitere 1,5 Milliarden Schilling bereitzustellen. Das Budget für Schul- und Bildungswesen wird in den nächsten Jahren oder muß in den nächsten Jahren eine Ausweitung von 275 % erfahren, ohne daß hiebei eine etwa eintretende Wertverminderung des Schillings berücksichtigt ist. Ich muß hier eine positive Bemerkung machen. Es wurden allseits die Finanzausgleichsverhandlungen kritisiert. Ich möchte hier ein Positivum aufzeigen. Erstmals gibt der Bund dem Land 9 Millionen Schilling. Schade, daß ich es dem Herrn Landeshauptmann nicht sagen kann, aber das ist das beste Luftgeschäft, das wir in den letzten Jahren getätigt haben. (Abg. Karl Lackner: „Wieso?“) Weil der Herr Landeshauptmann einmal hier über einen Resolutionsantrag, der die

Zustimmung des ganzen Hauses gefunden hat, meinte, er sei ein Luftgeschäft. Man weiß, was ich damit meine. Er hat heute schon einmal dieses Luftgeschäft in einem Zwischenruf erwähnt. Aber vor weitaus größere Aufgaben stellt uns der Bildungsbedarf. Um die Jahrhundertwende waren von 100 Beschäftigten 80 manuell beschäftigt, etwa 20 übten eine sozial gehobene Beschäftigung aus und einer davon erreichte das Niveau der Reifeprüfung. Französische und amerikanische Experten, die sich mit diesem Problem beschäftigten, kamen zur Erkenntnis, daß in den achtziger Jahren, also in etwa 15 Jahren, eine Umkehr des angeführten Verhältnisses Platz greifen muß, um den Bildungsbedarf zu decken. Sie stellten fest, auf 100 Berufstätige entfallen 13 bis 14 hochschulmäßig ausgebildete Fachkräfte, 18 bis 19 Verwaltungsbeamte, technische und gewerbliche Fachkräfte mit Reifeprüfung, 48 qualifizierte Fachkräfte mit Meisterprüfung und nur mehr 20 ungelernete Hilfsarbeiter. Mit anderen Worten besagt das, daß unsere Wirtschaft — ich zitiere hier meinen Namensvetter Dr. Heidinger, der heute hier von Computern, Automation u. dgl. gesprochen hat — nur dann mit optimaler Rentabilität arbeiten kann, wenn die Zahl der ungelerneten Hilfsarbeiter auf ein Minimum herabgedrückt wird und die angeführten Prozentziffern an hochschulgebildeten Leuten und Leuten mit Matura vorhanden sein werden. Ich glaube, hier das Ineinandergreifen von Wirtschaft und Schule bzw. Wechselwirkung zwischen Wirtschaft und Schule nicht extra zeigen zu müssen. Eines steht fest, der Schlüssel zum Wohlstand ist das geistige Rüstzeug des Menschen. Die Basis dieses geistigen Rüstzeugs ist und bleibt die Schule. Es wird — und das wurde heute schon vom Kollegen Schaller erwähnt — ein neuer dritter Berufszweig zu den zwei schon historisch gewordenen Berufszweigen Landwirtschaft und Industrie hinzukommen. Diesen bezeichnen Experten mit dem Sektor der Dienstleistungen. Aus all diesen angeführten Zahlen und statistischen Ziffern ergibt sich, daß wir in den kommenden Jahren mehr als bisher unser Augenmerk dem Sektor der Mittelschulen zuwenden müssen. Wir wissen, daß die Errichtung und Erhaltung von Mittelschulen in die Kompetenz des Bundes gehört. Aber ich glaube, wir haben vielerlei Gründe, hier aktiv mitzudenken, mitzuarbeiten, mitzugestalten und die Probleme auch mitzulösen. Hier muß noch eine bedauerlichen Ziffer aufgezeigt werden. Noch im Jahre 1959 mußten 22 % aller Schüler, die eine Aufnahmeprüfung bzw. eine Eignungsprüfung für die Aufnahme in die Mittelschule bestanden hatten, von der Schule abgewiesen werden, weil einfach die Klassen nicht vorhanden waren, weil einfach Platzmangel herrschte. Sicherlich ist auf diesem Sektor in den letzten Jahren einiges geschehen. (Landeshauptmann Krainer: „Es ist sehr viel geschehen!“) Herr Landeshauptmann, wenn Sie der Meinung sind, daß viel geschehen ist, dann schließe ich mich dem an. Aber bei einigem und vielem doch zu wenig. Ich sage dies positiv kri-

tisch, wenn Sie wollen. Denn noch im Schuljahr 1965 wurden ebenfalls noch 4,6 % aller jener Schüler, die ich vorhin erwähnt habe, von den Mittelschulen abgewiesen. Im ganzen gesehen eine Entwicklung zum Guten, aber trotzdem konnten diese 4,6 % in den Mittelschulen keinen Platz finden. Besonderer Platzmangel herrscht gerade bei den technisch-gewerblichen Schulen. Die Summen, die auf dem Mittelschulsektor aufgewendet werden müssen, sind ebenfalls — und das soll ohne weiteres ausgesprochen werden — gigantisch. Wenn wir diese 6 Milliarden Schilling auf dem Pflichtschulsektor und die noch dazu kommenden Milliarden auf dem Sektor der Mittelschulen bedenken, müssen wir uns fragen und uns darüber den Kopf zerbrechen, von wo wir dieses Geld hernehmen werden.

Ich glaube, es ist hier heute noch niemand imstande, darauf Antwort zu geben, wo wir diese Milliarden wirklich hernehmen könnten und wo wir sie aufreiben werden. Aber nun ein paar Zahlen, die aufzeigen, welche Ausweitung der Mittelschulsektor in den nächsten Jahren erfahren wird. Die Schülerzahl an den Fachschulen steigt um 64 %, an den allgemein bildenden höheren Schulen um 68 %, die Lehrerbildung soll sich verdoppeln und auf den Hochschulen soll eine 27 %ige Steigerung eintreten. Der Schülerzuwachs auf dem Mittelschulsektor erfordert die Eröffnung von 3.300 Klassen, das sind etwa 112 14- bis 15-klassige Mittelschulen. Derzeit hat Österreich 11 % Maturanten, gemessen an der 20jährigen Bevölkerung, in Schweden ist der Prozentsatz derzeit bei 15,6. Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat Berechnungen angestellt über den Maturantenbedarf im Jahre 1975 und kommt zu folgenden Zahlen. Jährlich werden etwa in den Jahren 1964—68 12.400 Maturanten die Schulen verlassen, der Jahresbedarf der Wirtschaft — und das schätzt das Wirtschaftsforschungsinstitut — wird bei 18.500 liegen. Wir haben hier ein Maturantendefizit von 6.000. Noch schlimmer wird es in den Jahren 1970—75. Wir werden 13.500 Maturanten haben. Die Wirtschaft wird zu diesem Zeitpunkt — und noch einmal sage ich es, um mit optimaler Rentabilität arbeiten zu können — 22.300 Maturanten haben müssen; das Defizit zu diesem Zeitpunkt wird etwa 8.800 betragen. Wir sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß der Bedarf der Wirtschaft an Maturanten und Akademikern weit über das hinausgeht, was normalerweise aus eigenem Antrieb, oder über Wunsch der Eltern zur Mittelschule und Hochschule strebt. Auf der anderen Seite hört man wieder die Frage, wer wird denn dann noch arbeiten, wenn so viele Maturanten, so viele Akademiker hier in Österreich vorhanden sein werden. Nun, mein Namensvetter hat es aufgezeigt. Automation, Computer und die Bedienung dieser Maschinen, die etwa in 10 Jahren oder in 15 Jahren an uns herangetragen werden, oder die wir zu bedienen haben, die werden selbstverständlich eines weitaus höheren Bildungsgrades bedürfen, als er uns heute

zur Verfügung steht. Man könnte dies als sehr deprimierend auffassen und man könnte der Meinung sein, na, wer wird denn das decken dieses Bildungsdefizit, ich habe diesen Ausdruck zum erstenmal in diesem OECD-Bericht gelesen, es gibt also neben dem Eisenbahndefizit auch ein Bildungsdefizit. Ich möchte aber sagen, daß uns dieses Bildungsdefizit weitaus mehr treffen wird als jedes andere Defizit hier in unserem Staate. Nun, was soll man wirklich tun, um diese Aufgabe, die Heranbildung aller jener, die die Wirtschaft braucht, auch zu tätigen. Ich habe schon gesagt, es müssen ungeheure finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage es noch einmal, ich weiß nicht, wo wir hier in unserem Lande diese Mittel aufbringen werden. Aber, wenn wir großräumig, wenn wir europäisch denken, wenn wir uns dem europäischen Standard angleichen wollen und mitkommen wollen, dann müssen wir dieses Bildungsdefizit einfach überwinden. Also die finanziellen Mittel müssen bereitgestellt werden. Weiters wird in diesem OECD-Bericht auch vorgeschlagen (Landeshauptmann Krainer: „Umschichten“). Umschichten, ja. Nur haben wir dabei schlechte Erfahrungen gemacht, Herr Landeshauptmann. Die Raumplanung muß forciert werden, meint dieser Bericht. Man meint hier, daß man sich schon heute überlegen müßte, wo wir die künftigen Schulzentren erbauen, wo man — das ist heute schon einmal hier aufgeklungen — unter Umständen den Bau von 1- und 2-klassigen Schulen nicht mehr tätigt, sondern ernstlich überlegt — bitte das nicht polemisch aufzufassen — ob wir es uns bei diesem kommenden Bildungsgrad noch leisten können, die Ausbildung in 1- und 2-klassigen Volksschulen durchzuführen und ob wir es mit diesen 1- und 2-klassigen Schulen überhaupt bewältigen werden. Es ist eine der traurigsten Tatsachen, daß 45 % aller österreichischen Schulen 1- oder 2-klassig sind. Bei etwa 4.200 Schulen sind an die 850 Schulen 1-klassig und etwa 870 Schulen 2-klassig. Wir müssen also von der Raumplanung her uns ebenfalls dieses Problem überlegen, damit wir nicht irgendwo Schulen bauen, wo wir letzten Endes dann unter Umständen keine Schüler mehr vorfinden, weil vielleicht durch eine Umstrukturierung hier etwas ganz anderes entstanden ist, als wir uns heute vorstellen. Wir müssen von diesem Standpunkt her ein langfristiges Schulbaukonzept erstellen. Ich glaube, in erster Linie müssen wir — und das können wir hier in der Steiermark, das Land und die Gemeinden bewältigen — ein dichtes Hauptschulnetz aufziehen. Ich muß hier offen und ehrlich sagen, es bemühen sich ja viele Gemeinden, eine Hauptschule zu erreichen. (Landeshauptmann Krainer: „Das wird langweilig mit Neudau.“) Ja, die Neudauer-G'schicht ist langweilig Herr Landeshauptmann, ich möchte Sie nur um eines bitten, überlegen Sie sich doch noch einmal im Schoße der Regierung die ganze Neudauer Geschichte, die auch im Finanz-Ausschuß, allerdings nicht ganz richtig aufgeklungen ist. Ich möchte hier nur noch an eines

erinnern, ohne präjudizieren zu wollen, der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat einer Delegation von Neudauer Gemeinderäten, in der alle Farben, alle Parteischattierungen vertreten waren, gesagt, er wird nun doch noch einmal überprüfen lassen, wie der ganze Karren in puncto Hauptschul-Berechtigungssprengel, Neugründung und dergleichen mehr, verlaufen wird. (Landeshauptmann Krainer: „Sie müssen nicht ausweichen wegen dem Zahlen!“) Schauen Sie, Herr Landeshauptmann, ich weiche auch dieser Frage nicht aus. Ich weiß, daß die Gemeinde Neudau der Stadtgemeinde Hartberg 400.000.— Schilling schuldet oder, daß man zumindestens der Meinung ist, daß die Gemeinde Neudau der Gemeinde Hartberg 400.000 Schilling schuldet. Ich muß aber hier feststellen und sagen, seit wann gehört es zu den Pflichtaufgaben einer Gemeinde, ein Bundesrealgymnasium zu bauen? Denn, Herr Landeshauptmann, wir beide werden es — wenn wir noch 2 oder 3 Monate leben, und ich hoffe, daß werden wir — erleben, wir werden vielleicht sogar zur Eröffnung eingeladen werden, daß in diese neuerrichtete Hauptschule in Hartberg ja das Bundesrealgymnasium einziehen wird. Und das, sehr verehrter Herr Landeshauptmann, gehört nicht zu den Pflichtaufgaben einer Gemeinde. Es kann sich eine Stadtgemeinde nicht auf Kosten einer anderen Gemeinde sanieren. Sie wissen ja, ja Sie haben recht, Sie haben schon einmal abgewunken, wie sehr die Bürgermeister da draußen murren, weil sie von der Stadt Hartberg übertölpelt wurden. (Abg. Scheer: „Wo ist denn Neudau?“) Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin auch gerne bereit, für unwissende Abgeordnete vielleicht wie es der Herr Abg. Scheer ist, einmal eine Heimatkundestunde abzuhalten, denn zum Unterschied vom hochgeschätzten Herrn Abg. Scheer habe ich tatsächlich nicht nur die Matura wie Sie, für einen Lehrer gemacht, sondern ich habe auch einige Jahre dort unterrichtet. Darf ich aber nun wirklich zu dem Problem, welches mich ernstlich bewegt und ich glaube, das uns alle bewegen muß, zurückkehren. Wir müssen den Übergang von der Hauptschule zur Mittelschule ermöglichen. Es wird hier sehr oft und sehr viel vom Brückenschlag gesprochen, aber es besteht nur in den musisch-pädagogischen Gymnasien die Möglichkeit, von der Hauptschule ins Gymnasium überzutreten, aber an sehr vielen Mittelschulen herrscht — ich sage es ganz offen und ehrlich — ein gewisses Vorurteil, Hauptschüler aufzunehmen. Und es gibt manchesmal sogar Mittelschulen, an denen der naturwissenschaftliche Zug, der den Übergang von der Hauptschule ans Gymnasium ermöglicht, mit allerlei Kinkerlitzchen, die da auftauchen, unmöglich gemacht wird. Ich glaube, wir müssen uns auch einmal, nicht hier im Hohen Haus, aber ich möchte es trotzdem anreißen und aufzeigen, von seiten der Schulbehörden aus überlegen, ob wir mit dem starren Klassensystem, wie es jetzt an den Mittelschulen herrscht, noch weiter kommen; ob es nicht doch zu überlegen wäre, daß man Neigungen und Begabungen berücksichtigt.

Ich bin mir völlig bewußt, daß man sicherlich eine Mittelschule nicht so führen kann mit Neigungsgruppen wie man eine Volksschulklasse führt. (Landesrat Wegart: „Das geht in der Volksschule auch nicht!“) Herr Landesrat, ich mache nur einmal halt, wenn Sie etwas sagen und jetzt sage ich Ihnen, Sie werden mich nicht mehr mit Ihren Zwischenrufen aufhalten können, denn ich habe es Ihnen heute schon draußen gesagt, ich steige auf den Schmäh nicht ein! Man müßte sich also ernstlich überlegen, ob wir dieses starre Klassensystem nicht auflockern. Damit gleichzeitig möchte ich ein Problem anreißen und zwar das Notensystem. Derzeit ist es in Österreich tatsächlich möglich, daß ein begabtes Kind nicht zur Matura kommt, weil es irgendeinmal ein Geschichtsdatum — meinetwegen den Todestag vom Kaiser Franz Josef — vergessen hat. Das ist theoretisch wirklich möglich. Man müßte einmal überlegen, ob man nicht anstelle des Notensystems ein Punktesystem einführen könnte. Wenn ein Schüler eine gewisse Anzahl von Punkten erreicht, kann er in die nächst höhere Klasse aufsteigen, auch dann wenn er in einem einzigen Gegenstand — womöglich in einem Nebenfach — nicht voll und ganz entspricht. Meine Damen und Herren! Eines dürfen wir nicht außer acht lassen, daß es in Österreich ein Bildungsgefälle von der Stadt zum Land gibt. In Wien treten 39 % aller Schüler der 4. Volksschulklasse in eine höhere Schule über. Im Burgenland sind es nur 8 %, in Vorarlberg 14 % und die Steiermark liegt dazwischen. Ich möchte hier, nachdem ich aufgezeigt habe, welchen Bildungsgrad wir erreichen müssen, wieviele junge Leute bis zur Matura herangeführt werden sollen, auf das Bildungsreservoir, das sich auf dem Lande noch befindet, hinweisen und dieses Bildungsreservoir heißt es wirklich auszunützen. Auf das Stipendiensystem ist heute schon hingewiesen worden. Nicht zuletzt möchte ich noch eines sagen. Wenn wir wirklich erreichen wollen, daß 32 % aller Schüler die Maturareife erhalten, wenn wir die Eltern bewegen wollen, ihre Kinder studieren zu lassen, wenn wir erreichen wollen, daß die Kinder ernstlich daran denken zu studieren, dann müssen wir hier eine Aufklärungskampagne in allernächster Zeit einsetzen lassen. Wir müssen auch einmal für die Bildung werben. Wir wissen von der Wirtschaft her, was für sie die Werbung bedeutet. Ich glaube, wir müssen uns doch überlegen, ob nicht auf dem Sektor des Schulwesens eine echte Aufklärungs- und Werbekampagne einsetzen müßte. (Abg. Pözl: „Hängt das nicht vom Lehrer ab?“ — Landesrat Bammer: „Auch!“) Für beide, Herr Kollege Pözl, denn ohne Lehrer kein Unterricht für die Schüler. Ich glaube, ich kenne Ihre boshaften Zwischenbemerkungen hier. Aber ich sage Ihnen, wenn Sie sich der Mühe unterziehen, sich ernstlich mit diesem Problem zu beschäftigen, dann lassen Sie sich, vielleicht vom zuständigen Referenten, der Ihr Parteikollege ist, den OECD-Bericht aushändigen. Wenn Sie diesen gelesen haben, werden Sie sehen, in welchem Zustand wir uns heute noch

befinden. Wir freuen uns und wir bilden uns ein, einen gewissen Bildungsgrad erreicht zu haben und wir glauben, dieser könnte ausreichen. Wenn Sie das gelesen haben und wenn Sie in sich gehen, werden Sie sich als Abgeordneter überlegen, welche Möglichkeiten Ihnen offenstehen, hier helfend einzugreifen. Auch der Wirtschaftsbund bzw. der Sekretär der Handelskammer oder des Wirtschaftsbundes ist selbstverständlich eingeladen, mit allen anderen Organisationen, die sich mit diesem Problem beschäftigen, Hand anzulegen, um dieses ernste und — wenn wir es nicht lösen — gefährliche Problem, das an uns herantritt, ernst zu prüfen und einer Lösung zuzuführen oder Österreich wird zum Hilfsarbeiterreservoir von Europa. Ich glaube, das liegt nicht in unserem Interesse. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Dr. Kaan: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Prof. Hartwig. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Prof. Traute Hartwig: Hohes Haus! Nach 2 ½ Stunden Schuldebatte, das heißt im wesentlichen ja doch auch immer wieder Lehrerdebatte, nehme ich an, daß wir fast alles gehört haben und da man ja nur in der Schule alles immer wiederholen muß, kann ich es mir hier schenken. Ich werde ganz kurz und konkret zu einigen Fragen der höheren Schulen Stellung nehmen. Einfach in der Form, daß ich sage: Wir wissen und das ist auch schon gesagt worden, daß wir auch in der Steiermark eine Reihe höherer Schulen brauchen, dringend brauchen zum Teil. Es ist gewiß auf dem Gebiet des Mittelschulbaus — ich bin nicht so ungerecht wie manche hier — viel geschehen in den letzten 20 Jahren; unbestritten. Wir wissen aber auch, daß der Bund es ein bißchen leichter hat. Er hat es nämlich sehr geschickt verstanden, die Gemeinden vorzuspannen und das dringende Bedürfnis der Gemeinden nach einer solchen höheren Schule in der Form ausgenützt, daß die Gemeinden möglichst hohe Eigenleistungen, zunächst wenigstens, erbringen müssen, um einen solchen Schulbau zu bekommen. Manchmal erinnert mich das ein bißchen an Lizitation, ich weiß nicht, ob das immer sehr günstig ist. Aber fest steht, daß natürlich der Bedarf immer weiter zunimmt. Also, wir glauben, daß z. B. eine neue höhere Schule in Kapfenberg dringend notwendig ist, denn die Schule in Bruck ist überfüllt, das ist unbestritten, sie wird in den nächsten Jahren — selbst, wenn man von den Bedürfnissen des 9. Schuljahres absehen wollte — nicht in der Lage sein, alle die Kinder aufzunehmen, deren Eltern den Wunsch haben und die selbst die Fähigkeit haben, eine höhere Schule zu besuchen. In dieser Richtung ist ein Antrag sozialistischer Abgeordneter eingebracht. Aber auch Liezen hat sich sehr bemüht, den Bau einer Handelsakademie, also einer Schulgattung, die dort besonders erwünscht ist, möglichst bald für sich zu bekommen, und die Stadtgemeinde Liezen ist zu hohen Eigenleistungen bereit, um diesen Bau für den Bund

möglich zu machen. Auch hier haben die sozialistischen Abgeordneten einen solchen Antrag eingebracht. Es gibt freilich noch andere Wünsche in der Gegend, die Teilung der Schule in Leoben ist längst versprochen. Sie müßte wirklich durchgeführt werden. Man könnte dort ohne weiteres teilen in eine Schule für Mädchen und eine für Knaben. Es wäre leicht möglich, nach der Schülerzahl nämlich. Ich gebe aber zu, daß das natürlich die kleineren und weniger dringenden Wünsche vielleicht sind.

Aber es ist nicht so, daß nur dort Schulen fehlen. Voitsberg etwa wünscht und braucht eine höhere technische Lehranstalt in diesem Gebiet. Ganz so glorreich sind auch die Verhältnisse auf diesem Gebiet in der Landeshauptstadt durchaus nicht. Es ist z. B. für die dringend nötige pädagogische Akademie des Bundes vorläufig gar keine Möglichkeit abgezeichnet, außer der Tatsache, daß ein Plan darüber besteht, wo man sie vielleicht errichten könnte. Es ist, glaube ich, unbedingt notwendig, daß hier alle Bemühungen aufs Äußerste angespannt werden. Denn, daß diese pädagogische Akademie, — wie sollen Lehrer herkommen, wenn sie nicht ausgebildet werden können. — unbedingt nötig ist, wird niemand bestreiten. Ich weiß, daß eine katholische Akademie da ist und im Jahre 1968 bereits in der Lage sein wird, Schüler oder Studierende dann zur Ausbildung aufzunehmen. Und nun habe ich, wenn ich so sagen darf, eine leise Befürchtung. Es werden jetzt bereits Schüler des musisch-pädagogischen Gymnasiums teilweise im Gebäude der katholischen Akademie in Eggenberg unterrichtet, einen Teil des Unterrichtes haben sie dort. Natürlich ist das für Schüler und Eltern eine bedeutende Belastung, wie jeder geteilte Unterricht an und für sich, und wie erst recht ein geteilter Unterricht, der in so weit entfernten Schulen stattfindet. Aber man könnte sagen, so weit, so gut. Ich hoffe nur, daß das nicht zur Folge hat, daß dann, weil ja die katholische Akademie da ist, die Bemühungen um den Bau einer öffentlichen erlahmen, oder nicht in dem nötigen Ausmaß fortgesetzt werden.

Darf ich zum Schluß noch von der Schule reden, an der ich selbst unterrichte? Das ist das Bundesgymnasium für Mädchen in der Pestalozzistraße. In diesem Gebäude sind heute noch zwei Bundesmittelschulen untergebracht, eine für Knaben, eine für Mädchen. Wir haben den Wechselunterricht mit allen nachteiligen Erscheinungen, wobei ja an der Mittelschule dazu kommt, daß bis 7 Uhr abends, an manchen Tagen sogar bis 20 Uhr unterrichtet wird, d. h., daß auch sehr kleine Kinder, also die 10-jährigen, wenn auch nicht um 8, ich glaube, daß man das im Stundenplan vermeiden kann, aber gelegentlich erst um 7 Uhr mit dem Unterricht schließen, was für die Eltern vor allem dann, wenn die Kinder einen weiten Schulweg haben, und solche Schülerinnen haben wir sehr viele, den Zwang bedeutet, entweder die Kinder abzuholen, oder wenn ihnen das nicht möglich ist,

immerhin zuhause in Sorge zu warten, bis sie, oder ob sie sicher nachhause kommen. Es wäre sicherlich an der Zeit, daß auch hier Abhilfe geschaffen wird. Der Herr Bundesminister für Unterricht hat vor einiger Zeit mit dem Obmann unserer Elternvereinigung in Graz sehr konkret und sehr offen gesprochen. Er hat deutlich gesagt, ein Neubau komme nicht in Frage, weil das Geld nicht da ist, nicht etwa weil er nicht will, das möchte ich um Gottes Willen nicht behaupten, aber er habe dafür kein Geld im Bundesbudget, er könne Geld für Adaptierungen eher ermöglichen und es ist in diesem Zusammenhang auch ganz konkret bereits ein Gebäude genannt worden, in dem die Mädchenschule unterkommen könnte, was ja auch für die Knabenschule ein Vorteil wäre. Eine Kaserne zwar, die Dominikanerkaserne, aber es ist ein sehr schönes und großes Areal. Wenn es für Schulzwecke instandgesetzt würde, hätten wir alle, hätte auch die Elternschaft gar nichts dagegen einzuwenden, die Lage ist günstig. Ich möchte nur sehr hoffen, daß dieser Plan nicht wieder geändert wird. Es ist nämlich schon wieder merklich still darum geworden, wie schon mehrmals. Es hat schon mehrmals Pläne für unsere Schule gegeben. Ich möchte also hoffen und bitten, daß es nun doch endlich zur Durchführung dieses Planes kommt. Denn sicherlich haben auch Grazer Schülerinnen und Schüler Anspruch darauf, endlich in einem für ihre Schule allein dastehenden Gebäude unterrichtet zu werden. Und vor allem, wenn es eine solche Möglichkeit gibt und der Herr Unterrichtsminister sich selbst deutlich und vor Zeugen für diese Möglichkeit ausgesprochen hat.

Alles das, was gesagt worden ist über den Bildungsbedarf, oder wie heißt das scheußliche Wort aus dem OECD-Bericht, das Bildungsdefizit, kann man natürlich nur unterstreichen. Ich — Sie werden es mir nicht sehr übel nehmen — höre immer wieder das Wort von der Wirtschaftsstruktur, ich höre es jetzt schon mit entsprechendem Verständnis, ich habe also immerhin schon alles mögliche gelernt. Aber ich bin absolut davon überzeugt, daß der Mensch nicht nur lebt, um die Wirtschaft zu fördern, sozusagen also als Objekt oder Hilfsmittel, ich weiß, daß es notwendig ist (Landesrat Peltzmann: „Eine Voraussetzung!“), natürlich, aber nur eine, Herr Landesrat — eben, auf das will ich ja gerade kommen, daß es aber auch eine geistige Struktur des Menschen gibt, die nicht nur in dieser Richtung, also zur Sicherung der Bedürfnisse der Wirtschaft Wert hat, sie hat ihren Wert auch in sich selbst. Und das Leben des Menschen menschenwürdig zu machen, nicht nur in den äußeren Lebensumständen, sondern auch so, daß er innerlich menschenwürdig lebt, das scheint mir die Aufgabe jeder Bildungspolitik zu sein und ich glaube, daß, wir alle hier noch so unendlich viel zu tun haben, daß unser Leben wahrscheinlich nicht ausreicht. Vor 200 Jahren hat Maria Theresia gesagt, man möge das Volk ein bißchen lesen und schreiben lehren. Dann ist die allgemeine Schulpflicht eingeführt

worden. Jetzt, wieder 100 Jahre später, stehen wir, um also wieder ein solches Wort zu sagen, vor einer unerhörten „Bildungsexplosion“. Und wenn es uns nicht gelingen wird, die Menschen auch innerlich so weit zu bringen, wie sie durch die Technik äußerlich gebracht werden, dann wird uns alle Technik und alle Wirtschaft gar nichts helfen, wir werden ohne Zweifel ein Opfer einer Entwicklung werden, die wir alle, glaube ich, nicht wünschen. (Allgemeiner lebhafter Beifall).

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Wuganigg. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Wuganigg: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bildungsbestrebungen, das wurde heute sehr oft in diesem Haus ausgesprochen, gehören zu den bedeutendsten Investitionen, die wir zu tätigen haben. Wir alle wissen, daß gerade dieses geistige Wettrüsten das Antlitz der Gesellschaft von morgen prägen wird. Österreich ist ein Industrieland. In einer Zeit, in der wir um unsere Wettbewerbsfähigkeit mit aller Welt zu ringen haben, fordern Wirtschaft und Gesellschaft eine gründliche Berufsausbildung. Unsere Wirtschaft bedarf des Facharbeiters, den unsere Berufsschulen heranzubilden. Österreich gehört zu jenen Ländern, in welchen die praktische Ausbildung im Betrieb erfolgt, während die fachtheoretische Ergänzung den Berufsschulen zufällt. Gerade diese enge Verbindung zwischen Schulwesen und produktiver Arbeit ist unerläßlich, um ein besseres Verständnis der vielfach komplizierten wirtschaftlichen und industriellen Probleme, vor welche die jungen Menschen einmal gestellt werden, zu bewirken.

Wenn wir heute die einzelnen Lehrberufe einer Verfachlichung und Spezialisierung zuführen, und wie differenziert diese Ausbildung ist, sagt ein Blick in die Statistik, wonach es bereits im Jahre 1965 in der deutschen Bundesrepublik insgesamt 610 anerkannte Ausbildungsberufe gegeben hat, in Frankreich 469 und in Österreich 412, so müssen wir uns dennoch bewußt sein, daß das rasche Voranschreiten der technischen Entwicklung, Automation und Strukturwechsel eine möglichst vielseitige Ausbildung bedingen. Der heute erlernte Beruf garantiert nicht mehr für alle Zeiten eine Lebensstellung. Wenn uns die Experten sagen, daß allein in der deutschen Bundesrepublik bis zum Jahre 1970 jeder vierte Beschäftigte seinen erlernten Beruf oder seine bisherige Tätigkeit wird aufgeben müssen, besagt das deutlicher denn je, daß unsere bisherige Vorstellung von einem Beruf, dem man gleichsam von der Wiege bis zum Grab verpflichtet ist, in der Zukunft weniger werden können wie in der Gegenwart. Es wird immer schwieriger sein, einen Beruf als Lebensberuf anzusprechen, wenn schon der gewerbliche Bereich bis zu 50 Prozent der Berufspendler aufweist und die Berufsmobilität zu den Tugenden der Industriegesellschaft zählt. Der Facharbeiter von heute

soll beruflich so breit ausgebildet sein, daß er ohne besondere Schwierigkeiten dazu imstande ist, in eine Nachbarbranche überzuwechseln, wenn es die technische Entwicklung erfordert.

Zur Verfachlichung gehört ebenso die Mobilität. Es ist eine sehr erfreuliche Tatsache, daß sich die Zahl der Lehrlinge in Österreich im letzten Jahrzehnt erhöht hat. Herr Abgeordneter Stöffler hat das bereits heute erwähnt. Betrug der Anteil der Lehrlinge, gemessen an der Wohnbevölkerung, zwischen 14,5 und 17,5 Jahren noch im Jahre 1952 36,6 Prozent, so stieg er bis zum Ende 1965 auf 50,1 Prozent. Damit wird nicht nur der Wirtschaft jener Kraftstrom an qualifizierten Arbeitskräften zugeführt, die sie benötigt, sondern wir sehen darin auch die Abkehr von einer Denkungsart, die nicht mehr in der raschen Erreichung von Gütern, welche die Erfüllung von Wunschträumen darstellen, sondern in der soliden Berufsausbildung die Sicherheit des künftigen Lebensweges sehen.

Auch die steirische Statistik zeigt eine Erhöhung des Lehrlingsstandes. Die Zahl der Lehrlinge nahm im Jahre 1965 um 395 Lehrlinge oder um 1,5 Prozent zu. Wenn an dieser Zunahme die Sektion Industrie mit 278 Lehrlingen beteiligt ist, kann dies nur als ein gutes Zeichen bewertet werden.

Ich begrüße in dem Zusammenhang aber ebenfalls, daß im Unterabschnitt Lehrlingswesen, die Beihilfen zur Berufsausbildung von Lehrlingen erhöht wurden. Denn damit wird erst die Voraussetzung geschaffen, daß Lehrlingen, deren Eltern aus sozialen Gründen nicht imstande sind, die Gesamtkosten der Ausbildung zu tragen, dennoch die Erlernung eines Berufes ermöglicht wird.

Aber in dieser Lehrlingsstatistik der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Steiermark gibt es auch eine sehr erschreckende Tatsache. Im Jahre 1965 sind insgesamt 8212 Lehrlinge zur Prüfung angetreten. Von diesen haben 1333, und das sind 16,2 Prozent aller Prüflinge, die Prüfung nicht bestanden. Hatten noch im Jahre 1964 86,1 Prozent aller Lehrlinge die Prüfung bestanden, so waren es im Jahre 1965 nur mehr 83,8 Prozent. Aber von jenen, welche bestanden hatten konnten nur 15,3 Prozent die Prüfung mit Auszeichnung oder sehr gut bestehen und das nicht einmal ein Sechstel; während 41 Prozent mit gut und beinahe die Hälfte aller, 43,7 Prozent, nur mit befriedigend oder genügend abschließen konnten. Das in einem Zeitpunkt, in dem Österreich mehr denn je um seine wirtschaftliche Existenz ringt. Da müssen wir uns alle fragen, ob wir diesseits oder jenseits der Barriere stehen, da muß doch irgend etwas nicht stimmen, da kann doch etwas nicht in Ordnung sein, da ist doch etwas faul im Staate Dänemark.

Wir haben in der Steiermark einen Gesamtplan für den weiteren Ausbau des Berufsschul-

wesens. Wenn hier als oberster Grundsatz die Verfachlichung stehen soll, dann ist es nur selbstverständlich, daß die Erfassung von Lehrlingen in Splitterberufen, also Berufen mit geringer Lehrlingszahl, nur in Landesberufsschulen erfolgen kann. (Abg. Pözl: „Bitte einsagen ist verboten!“ — Landesrat Bammer: „Er sagt dem Referenten ein!“) Daher ist es besonders begrüßenswert, daß im außerordentlichen Landesvoranschlag für den weiteren Ausbau der Landesberufsschulen ein Betrag von 17 Millionen Schilling vorgesehen ist.

Von den derzeit rund 27.000 Lehrlingen in der Steiermark sind nur 1 Drittel in den bereits bestehenden 6 Landesberufsschulen untergebracht. Wenn der Ausbau aller Landesberufsschulen beendet ist, werden 2 Drittel aller Lehrlinge in den Landesberufsschulen erfaßt sein. Der Gesamtplan sieht vor, daß eine Anzahl von Gebietsberufsschulen bestehen bleibt. Das ist gut so, denn auch sie haben ihre Bedeutung. Nicht nur daß sie hinsichtlich der Verfachlichung ihrer Aufgabe voll und ganz gerecht werden, ermöglichen sie ebenso ein harmonisches schrittweises Einführen von Theorie und Praxis in der Ausbildung. Gerade der junge Mensch ist in dieser Zeit sehr labil. Sie wissen ja, daß die jungen Menschen bis zum 18. Lebensjahr erziehungsbedürftig sind und es ist kein Nachteil, wenn sie den sicheren Hort des Elternhauses nicht verlassen.

Aber auch die Kosten, die aus dem Besuch der Landesberufsschule erwachsen, sind nicht unbeträchtlich. Die Internatskosten der Landesberufsschule Arnfels betragen 1860 Schilling, mit dem Lehrmittelbeitrag sogar 1920 Schilling. (Landesrat Peltzmann: „Für 8 Wochen!“) Wenn auch nur 1 Drittel dieses Betrages auf den Lehrling oder dessen Eltern entfällt, so ist die finanzielle Belastung der Familien mit manchmal mehreren gleichzeitig in Berufsausbildung stehenden Kindern nicht gerade unbedeutend.

Deshalb plädiere ich für die Erhaltung jener Gebietsberufsschulen, die der Gesamtplan, den Sie ja selbst mitgeholfen haben aufzustellen, vorsieht, die bereits bestehen und ihren Aufgaben gerecht werden können. Das Steiermärkische Berufsschulorganisationsgesetz vom 9. Juli 1964 hat einen Passus, dessen Erfüllung in mancher Beziehung Schwierigkeiten bereitet. Der Abs. 4 des § 11 lautet: „Als staatliche Symbole sind in jedem Klassenraum das Bundes- und das Landeswappen sowie das Bild des Bundespräsidenten und des Landeshauptmannes anzubringen“. In einem Rundschreiben vom 18. Jänner wurden alle Schulleiter der Berufsschulen Steiermarks angewiesen, dafür Sorge zu tragen, diesen gesetzlichen Bestimmungen des § 11, Abs. 3 und 4 nachzukommen. Bis zum 30. April 1966 ist anher zu berichten, ob in allen Klassen die staatlichen Symbole angebracht sind usw. heißt es in diesem Schreiben. Wenn es im Gesetz steht, dann muß etwas geschehen. Die Bilder des Herrn Bundespräsidenten konnten durch den Bundes-

verlag ohne die geringsten Schwierigkeiten zum Preise von S 25.— beschafft werden. Anders war es mit den Bildern des Herrn Landeshauptmannes. Die waren überhaupt nicht zu bekommen. Trotz aller redlichen Bemühungen war es unmöglich, die Bilder zu erhalten, weder in Graz, weder im Buchhandel — ich habe mich sogar selbst vor einigen Tagen erkundigt, man muß ja was tun — noch in den Druckereien, noch im Bundesverlag (Abg. Stöffler: „Sie waren vergriffen!“). Und ich möchte hier feststellen, daß da irgend etwas nicht stimmen kann, wenn es im Gesetz steht und man die Bilder trotzdem nicht bekommt. Und dann erfolgte irgendwie ein leiser Wink, er kam vom Berufsschulreferat der Steierm. Landesregierung an die Dienststelle, also an die Berufsschule als telefonischer Anruf und zwar, daß die Bilder des Herrn Landeshauptmannes nur durch die Information Graz, Karmeliterplatz 6, vertrieben werden. Dahin wandte man sich dann in allerhöchster Not und man bekam eine Bestellkarte, ich habe diese Bestellkarte sogar hier, mit Preisangaben für die Bilder. Ich möchte sagen, sie sind nicht gerade billig. Mit einem Goldrahmen und Glas S 800.—, ohne Rahmen und Glas S 150.— (Landesrat Bammer: „Das müssen ja Handmalereien sein!“). Eine neuerliche Anfrage an die Information seitens der Schule, ob für Schulzwecke nicht die Bilder des Herrn Landeshauptmannes zu ähnlichen Bedingungen wie jene des Herrn Bundespräsidenten geliefert werden können, blieb ohne Antwort. Bei aller Wertschätzung für den Herrn Landeshauptmann haben die Schulerhalter — in diesem Falle sind es die Gemeinden — diese Bilder nicht gekauft. Wir sind selbstverständlich der Ansicht, daß den gesetzlichen Bestimmungen Genüge geleistet werden muß, und wir sind selbstverständlich gerne bereit, die Bilder des Herrn Landeshauptmannes zu beschaffen, aber zu den gleichen oder ähnlichen Bedingungen (Landeshauptmann Krainer: „Das kommt auf die Auflage an“) wie die Bilder des Herrn Bundespräsidenten und nicht zu überhöhten Preisen bei einer Dienststelle der österreichischen Volkspartei (Abg. Ing. Koch: „Das sind echte Lehrlingsprobleme!“).

Mit diesem Seitensprung auf den Karmeliterplatz möchte ich nun schließen, indem ich ausführe: Die Berufsschule stellt für die Mehrheit aller Jugendlichen die letzte Bildungsmöglichkeit dar. Sie ist zwar eine Einrichtung, die der Berufsausbildung dient, die der Wirtschaft dadurch nützt, daß sie für die Heranbildung qualifizierter Arbeitskräfte sorgt. Sie ist aber ebenso eine Stätte der Jugenderziehung, wo die berufstätige Jugend in letzter Stunde nochmals vorbereitet werden soll, für die großen Aufgaben, die ihrer im Schoße der modernen Gesellschaft harren, deren Mitgestalter diese Jugend dereinst selbst sein wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Ich unterbreche jetzt die Sitzung bis morgen früh 8.30 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 23 Uhr.

Fortsetzung: 14. Dezember, 8.30 Uhr.

Präsident: Hohes Haus! Wir fahren in der gestern unterbrochenen Beratung der Gruppe 2 fort. Am Wort ist Frau Abg. Edda Egger. Als Nächster ist vorgemerkt Herr Abg. Aichholzer. Ich erteile Frau Abg. Egger das Wort.

Abg. Egger! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Nicht jeder Redner genießt es, ebensowenig wie die Zuhörer, sich öfters mit dem gleichen Thema zu befassen. Wenn ich aber trotzdem auch heuer wieder zu den Fachschulen spreche, so ist es, weil — wie Sie auch aus unserem Resolutionsantrag sehen, dem die sozialistische Fraktion beigetreten ist — hier noch wesentliche Probleme ungelöst sind. In unserem Antrag heißt es, die Landesregierung möge beim Bund für diese notwendige Neuregelung eintreten. Denn der Bund ist für das Grundsätzliche auf dem Gebiet der Krankenpflegeausbildung wie der Krankenpflege überhaupt zuständig.

Um welche Neuordnungen geht es? Vor allem soll die Ausbildung für die Krankenpflegeberufe fachschulmäßig ausgebaut und in den Rahmen des gesamtösterreichischen Schulwesens eingefügt werden. Derzeit ist die Ausbildung zur Diplomschwester keine eigentlich schulmäßige, sondern eher eine Lehre. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn dies nicht verschiedene und weitreichende Konsequenzen für die spätere geordnete Einstufung der Schwestern hätte. Spitäler sind fast immer in der öffentlichen Hand und im öffentlichen Dienst gibt es in Österreich recht strenge Traditionen, die sich vor allem nach der schulmäßigen Vorbildung richten. Die Einstufung ist aber nicht nur für die Höhe der Bezüge während des aktiven Dienstes und in der Pensionszeit entscheidend, sie ist auch für das Ansehen einer Berufsgruppe wichtig. Die nachteiligen Folgen für jene öffentlichen Bediensteten, die nur eine Lehre als Vorbildung aufweisen, spüren wir überall, auch wenn wir diese Fachkräfte noch so wichtig brauchen und auf jede Weise gewinnen wollen. Das gilt für die Tischler und Metallarbeiter, die für die Arbeiten in den Forschungsstätten der Hochschulen angestellt sind, ebenso wie für die Meister in den Werkstätten unserer Fürsorgeerziehungsheime. So wichtig sie für diese Tätigkeiten sind, können wir sie wegen der meist schlechten Einstufungsmöglichkeit kaum mehr bekommen. Auch bei den Pflegeberufen droht diese Entwicklung, wenn nicht — wie es heuer in der Steiermark der Fall war — ihre Bezüge verbessert werden, dies im Falle der Krankenpflegerinnen hauptsächlich durch Zulagen.

Ein fachschulmäßiger Ausbau hätte einen zweiten Vorteil auch in anderer Hinsicht. Man könnte, wie es bei technischen, gewerblichen und auch hauswirtschaftlichen Fachschulen der Fall ist, verschiedene Schultypen einrichten und damit die Ausbildung und die daraus folgende Be-

rufslaufbahn und Einstufung besser differenzieren. Eine höhere Fachschule könnte zur eigentlichen Diplomschwester ausbilden, eine mittlere könnte uns die sogenannte Pflegerin bringen. Diese brauchen wir dringend in den Krankenhäusern. Sie hat wegen der geringeren und kürzeren Ausbildung eine geringere Bezahlung, kann aber doch viele der durchschnittlichen Pflegearbeiten verrichten. Damit sparen wir uns manche der ohnehin fehlenden Diplomschwester. In anderen Ländern gibt es bereits diesen Beruf der Pflegerin. Mit der unterschiedlichen Ausbildung wäre auch eine klare Abgrenzung innerhalb der verschiedenen Berufsgruppen der Krankenpflege und ihrer Hilfsdienste möglich. Damit erleichtert man dem jungen Mädchen auch die Berufswahl und macht die einzelnen Sparten anziehender.

Als dritter Vorteil könnte die Anpassung an den Rahmen der übrigen österreichischen Schultypen jene Lücke zum Verschwinden bringen, die heute zwischen dem Abschluß der Pflichtschule und den erst nach dem 17. Lebensjahr möglichen Eintritt in die Ausbildung der Krankenschwester besteht.

In dieser Zeit zwischen dem 15. und 17. Lebensjahr verlieren sich die begabten und charakterlich besonders geeigneten Mädchen in andere Ausbildungen und Berufe. Denn welche Eltern werden sich in diesem für die Entwicklung eines Kindes so entscheidenden Lebensabschnitt nur für ein Provisorium und ein Überbrücken entschließen? Noch dazu, wo es heute für Mädchen so leicht ist, Berufe zu finden, die leichter und finanziell anziehender sind als der einer Krankenschwester. Diese Lücke ist heute umso spürbarer, als das ganze übrige Schulwesen durch die neuen Schulgesetze ein fest und genau gefügter Bau geworden ist. Das jetzt bestehende Vorpraktikum füllt die Lücke nicht aus. Das Land gibt zwar große Beträge dafür aus.

Ich möchte hier nicht die Meinung eines Vaters zitieren, die in der Neuen Zeit abgedruckt war und auf die auch Frau Oberin Fleischhacker in einer Antwort nicht einging, das heißt sie eigentlich unwidersprochen gelassen hat. Jedenfalls ist dieses Vorpraktikum heute nicht befriedigend. Wir haben für diese Mädchen, die es zwei Jahre lang besuchen und denen das Land Kost und Quartier, Aufsicht und auch Taschengeld gibt, weder Lehrer noch Erzieher noch ausreichende sinnvolle praktische Betätigung noch ein wirkliches Bildungsziel; ausgenommen die Mädchen holen die Hauptschulprüfung nach. Das ist ja das Beste an diesem Vorpraktikum.

Es gehört durch eine vorbereitende Fachschule diese Lücke geschlossen. Diese Schule könnte so gestaltet sein, daß sie auch als Zubringerschule für andere Sozialberufe dient. Man könnte sich vorstellen, daß nach dieser Vorschule, die die Mädchen zwei oder drei Jahre bis zum 17. Lebensjahr besuchen, nur mehr eine kurze Ausbildung für die Pflegerin nötig ist, eine mehr-

jährige zur Diplomschwester führt; diese Vor- schule könnte aber auch eine solide Basis für künftige Fürsorgerinnen und andere soziale Berufs- ausbildungen abgeben. Damit fiel die eigentliche Berufsentscheidung für die jungen Mädchen in ein höheres Alter. Daß sich das be- währt, sehen wir bei den Maturantenlehrgängen für die Lehrer.

Die heutige Form der Überbrückung des Zeit- raumes zwischen Pflichtschule und Schwestern- ausbildung in Österreich führt leider — das ist sehr zu beachten — zu einer negativen Auslese, die sich in dem sehr großen Ausfall während und kurz nach der Ausbildung zeigt. In ande- ren Ländern gibt es eine klar vorgezeichnete Ausbildungsbahn in die Krankenpflegeberufe hinein und damit eine positive Auslese. Darin ist uns sogar Jugoslawien überlegen, von wo wir derzeit in verschiedenen Krankenanstalten Schwestern arbeiten haben. Ob die Krankenpfle- geausbildung künftig beim Sozialministerium bleibt, ähnlich wie die landwirtschaftlichen Fach- schulen beim Ministerium für Land- und Forst- wirtschaft oder ob sie, wie alle übrigen berufs- bildenden Schulen, dem Unterrichtsministerium unterstellt werden soll, das wird in Wien zu entscheiden sein. Jedenfalls unterstehen dem Bundesministerium für Unterricht bereits ver- schiedene berufsbildende Fachschulen, besonders jene für Sozialberufe, wie unsere Fürsorgerin- nenschule.

Als vierten Punkt, der in der Resolution an- geführt ist, brauchen wir dringend eine echte Weiterbildung für die Tätigkeit im gehobenen Krankenpflegedienst, also für Stations- und Lehrschwestern, für Oberschwestern und Obe- rinnen. Dies könnte eine Einrichtung für ganz Österreich sein. Die Grazer Universitätsklinik wäre für solch eine Ausbildungsstätte sehr ge- eignet. Damit hätten wir geordnete Aufstiegs- möglichkeiten für Schwestern; ein sehr lang ge- hegter Wunsch! In der ganzen Welt gibt es eigene Fortbildungsakademien, ja sogar Universitäts- studien für Schwestern; sogar in Ghana und anderen Entwicklungsländern. In Europa nur in Portugal und in Österreich nicht! So steht Öster- reich mit seinen Fortbildungsmöglichkeiten für Krankenschwestern heute am untersten Ende aller dem Europarat angehörigen Staaten. Eine betrübliche Feststellung. Das wird auch nicht damit aufgewogen, daß wir in anderen Sozial- leistungen an der Spitze stehen. Das wäre zu den Problemen der Schwesternschulen in unse- rem Land zu sagen, die wir mit unserer Kom- petenz trotz aller Bemühungen nicht lösen kön- nen. Darum möge unser Resolutionsantrag mit- helfen, ganze Lösungen zu erreichen. Doch ich weiß, daß das ein langer Weg sein wird.

Nun noch eine Anregung zu einer Angelegen- heit, die in die Landeskompetenz fällt. Heute können Wärterinnen in den ersten zwei Jahren ihrer Anstellung einen Kurs besuchen, damit sie als Stationshilfen angestellt und in D eingestuft werden können. Diese Verbesserung in der Ein-

stufung geschieht erst nach zwei weiteren Dienstjahren. Viele wollen nicht solange war- ten und machen deshalb diesen Kurs überhaupt nicht. Warum geht man hier von dem Prinzip ab, daß eine bestimmte Ausbildung auch eine bessere Einstufung bewirkt? Wenn der Kurs be- standen und die Dienstleistung zufriedenstellend ist, möge doch gleich die Anstellung als Stations- hilfe erfolgen!

Die Kurse werden nur in Graz und Leoben abgehalten. Die Wärterinnen erhalten das Fahrt- geld und die für den Kurs notwendige Zeit wird als Dienstzeit angerechnet. Die Fahrtspesen sind recht kostspielig, z. B. von Radkersburg her. So weit Juristen als Vortragende dafür benötigt werden, gäbe es diese auch draußen in den Be- zirkshauptmannschaften bzw. wäre es immer noch billiger, wenn ein Jurist einmal in der Woche hinausfahren würde, als eine ganze Gruppe kommt herein. Natürlich setzt das vor- aus, daß von einem Krankenhaus mehrere Wär- terinnen solch eine Ausbildung anstreben und machen würden. Die praktischen Unterweisun- gen erfolgen derzeit mit Lichtbildern. Wären diese Unterweisungen nicht viel wirkungsvol- ler, wenn eine Oberschwester des Spitals sie praktisch ausführen würde? Gut ausgebildete Stationshilfen helfen uns Diplomschwestern spa- ren. Daher sollte auch dieser Berufszweig ge- fördert werden.

Eine weitere Fachschule in der Steiermark zu errichten, die ich mehrfach und seit Jahren ge- fordert habe, ich meine die Diätassistentinnen- schule, ist nicht mehr notwendig. Innsbruck führt seit dem heurigen Herbst eine. Sie ist von 40 Schülerinnen besucht. Vielleicht begrüßt man- cher, daß wir uns die Mühe und die Ausgaben nicht mehr machen müssen. Ich bedaure es. Neben grundsätzlichen Erwägungen auch des- halb, weil uns diese Schülerinnen, so wie die Kranken- und Kinderkrankenschwestern-Schüle- rinnen, auch wertvolle Arbeit in unserem großen Grazer Landeskrankenhaus hätten leisten kön- nen.

Für die Fürsorgerinnenschule melde ich heute nur einen einzigen und kurzen Wunsch an. Mehr Werbungen dafür! Sie haben gestern vom Herrn Landesrat Wegart gehört, wieviele Dienst- posten unbesetzt sind und daß wir mit den heuer fertig werdenden nicht einmal das Auslangen finden, geschweige denn, die Ausfälle decken können. Darum möchte ich auch hier bitten, daß die Werbung für diesen Beruf wirklich intensi- viert wird.

Zum Abschluß möchte ich noch etwas über eine Gruppe von Frauenfachschulen sagen, die zwar nicht in die Landeskompetenz fallen, sondern in die des Bundes, die aber sehr wertvoll für un- sere Bevölkerung sind. Da sie an Stelle der po- lytechnischen Lehrgänge besucht werden kön- nen, ersparen sie den Gemeinden ein oder die andere polytechnische Klasse und dem Land da-

mit auch etwas an Lehrerkosten. Es sind das die hauswirtschaftlichen Fachschulen.

Vor einigen Wochen habe ich bei einem Seminar des Europarates in Holland erfahren, welch großen Wert heute international der hauswirtschaftlichen Bildung und Ausbildung zugemessen wird. Von allen Referenten, es waren 17 Nationen anwesend, wurde in den Diskussionen und auch in den abschließenden Empfehlungen außerordentlich betont, daß hauswirtschaftliche Fachkenntnisse und Fertigkeiten nicht nur an sich und für die Familie wichtig sind, sondern auch einen ganz besonderen Wert für die Bildung und Entfaltung der Persönlichkeit jedes jungen Menschen haben. Ich möchte da nicht so weit gehen wie die westeuropäischen Länder, die hauswirtschaftlichen Unterricht auch für jeden Knaben fordern. Soweit sind wir da noch nicht. Sicher hätte auch das Vorteile, zum Beispiel sind ja die Engländer ein sehr lebenskluges Volk. Darum ist es erfreulich, daß im heurigen Schuljahr die Zahl der Haushaltungsschulklassen in der Steiermark vermehrt wurde, oft durch große Opfer der Gemeinden oder der geistlichen Schwestern, die solch eine Schule führen. Trotzdem hat, gesamtösterreichisch gesehen, die Steiermark weniger von diesen Schulen als andere Bundesländer. Besonders fehlen uns die Typen zum Beispiel die sogenannte zweijährige Hauswirtschaftsschule, eine Verbindung von Hauswirtschaftsschule mit Handelsschule, die ein sehr praktischer lebensnaher Typ ist. Aber auch die höheren, die drei- und fünfjährigen gehen uns ab, das macht sich immer wieder bemerkbar darin, daß wir für Fürsorgerinnen und ähnliche gehobene Sozialberufe zu wenig Nachwuchs haben, denn dieser hat sich hauptsächlich aus den Absolventinnen der höheren hauswirtschaftlichen Schule rekrutiert. Der Wert dieser Ausbildungen wäre für Steiermark auch insofern ein besonderer, weil er uns für den Fremdenverkehr zugute käme. Nicht umsonst hat ein so ausgesprochenes Fremdenverkehrsland wie Kärnten die meisten solcher hauswirtschaftlichen Schulen, weil die Absolventinnen eben besonders befähigt sind, im Fremdenverkehr jene Berufsarbeiten zu übernehmen, die für unsere Gäste so wichtig und notwendig sind. Daß es auch für die Sozialberufe ein Vorteil wäre, habe ich schon gesagt. Darum möchte ich bitten, daß — wo immer es geht — in den Gemeinden oder auch vom Land und Bund her diese Schultypen gefördert werden. Es wäre vor allem für Industriegemeinden eine sehr lohnende und wertvolle Aufgabe, solche Schulen zu führen. Sicher sind diese Schulen nicht ganz billig, vor allem ist die erstmalige Einrichtung einer Schulküche eine ziemlich kostspielige Angelegenheit. Wenn hier durch einmalige Förderungsmittel geholfen werden könnte, so wäre das ein großer Vorteil.

Meine Damen und Herren, vielleicht erscheint Ihnen dieser Bericht von den Sorgen und Problemen und auch von den Leistungen dieser für Frauenberufe ausbildenden Fachschulen nicht

allzu wichtig. Vergessen Sie aber nicht, daß in allen diesen Schulen — und fast nur mehr in diesen — etwas in die jungen Mädchen gelegt und in ihnen gepflegt und entwickelt wird, woran im heutigen Leben oft schon bitterer Mangel ist. Das sind jene Eigenschaften und Kräfte, die das frauliche Wesen im besten Sinn ausmachen und die diese künftigen Frauen befähigen, für andere Menschen sorgen zu können, ihnen zu dienen, sie zu pflegen und ihnen auch in Schmerz und Leid wirklich beizustehen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Aichholzer das Wort. Als nächster Redner ist angemeldet Abg. Pabst.

Abg. Aichholzer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es bedarf keiner besonderen Einleitung, um die Bedeutung der Gruppe 2, die das gesamte Schulwesen beinhaltet, ins rechte Licht zu setzen. Das haben ja die Lehrer bereits reichlich getan. Die Betonung zu diesem Kapitel liegt darin, daß wir zum Teil — soweit es eben Landessache ist — mitzuentcheiden haben, wie sich heute und in der Zukunft die Bildung und Erziehung unserer Jugend und damit die Zukunft Österreichs gestalten wird. Es sei vorweggenommen und anerkannt, daß besonders in den letzten zehn Jahren auf dem Sektor des Schul- und Bildungswesens durch eine gemeinsame Willenskundgebung und die Tatkraft aller Parteien eine Leistung gewaltigen Ausmaßes erreicht wurde, zu der wir aber trotzdem sagen müssen, daß wir mit diesen Anstrengungen nicht einhalten dürfen, soll es unserer Jugend ermöglicht werden, den Aufgaben, die in ihrem weiteren Lebensweg zwangsläufig auf sie zukommen, gerecht zu werden. Die Zeit steht nicht stille und erfordert von uns ständiges Lernen und ein immer umfassenderes Wissen.

Ich möchte mich bei dieser Debatte zu dieser Gruppe darauf beschränken, auf das Kapitel der Studienbeihilfen an Schüler höherer und mittlerer Lehranstalten und der Heimgebührensuschüsse an Hauptschüler, Zusammenfassung im Unterabschnitt unter der Haushaltspost 291,701 näher einzugehen, wobei ich insbesondere der Meinung bin, daß bezüglich der Studienbeihilfen an Mittelschüler ergänzende Maßnahmen zu den bereits bestehenden notwendig sind. In den Erläuterungen zu dieser Haushaltsstelle ist angeführt, daß damit zu rechnen ist, daß an ca. 1100 Mittelschüler, die in Heimen untergebracht sind und an ca. 350 Mittelschüler, die im Elternhaus verbleiben, Studienbeihilfen gewährt werden. Da gleichzeitig auch angeführt ist, daß mit 1800 Ansuchen zu rechnen ist, heißt es nicht mehr und nicht weniger, als daß von diesen Ansuchen insgesamt 350 keine positive Erledigung finden und nach der derzeitigen Handhabung der Studienhilfenvergebung abzulehnen wären. Meine Damen und Herren, ich bin der Ansicht, daß diese Ablehnung von 350 Gesuchen eine sehr hohe Zahl ist und ich frage mich,

ob wir uns das wirklich leisten können. Interessant wäre in diesem Zusammenhang wohl die Untersuchung, inwieweit die Eltern der betreffenden Schüler aus diesem Grunde gezwungen waren, ihre Kinder von der Mittelschule wegzunehmen und sie einer anderen Berufsausbildung zuzuführen. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren: „Kein einziges Kind.“) Danke schön, Herr Landeshauptmann. Interessant ist auch die Zahl der zu erwartenden Ansuchen von 1800 aber auch im Vergleich zu der tatsächlichen Schülerzahl an den Mittelschulen in der Steiermark, die im Jahre 1965/66 18.789 Schüler umfaßt. Damit ergibt sich für mich ernstlich die zweite Frage, wieviele Eltern wissen wirklich von der Möglichkeit einer Studienbeihilfe, oder wieviele geben es von vornherein auf, darum anzusuchen, auch wenn sie noch so nötig eine Beihilfe für die Ausbildung ihrer Kinder brauchen könnten. Nach den Prognosen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung wird die Zahl der berufstätigen im Jahre 1980 etwa 3,4 Millionen betragen. 15 Prozent davon, das sind rund 500.000 von diesen Berufstätigen werden wir bis zum Jahre 1985 an Akademikern und Mittelschulabsolventen brauchen. Wenn wir dabei von der Idealanahme ausgehen, daß jeder Akademiker vom Ende seiner Ausbildung bis zur Pensionierung 40 Jahre seinen Beruf ausübt, so bedeutet dies, daß wir für einen jährlichen Zuwachs von rund 12.500 ausgebildeten Personen sorgen müssen, das ist rund ein Zehntel des jeweiligen Geburtsjahrganges. Weitere Untersuchungen in dieser Richtung in den Jahren 1964/65 haben ergeben, daß nur 7 Prozent der österreichischen Hochschüler aus Arbeiterkreisen, 3 Prozent aus Kreisen der Kleinbauern und 19 Prozent aus Familien kleinerer und mittlerer Angestellter, zusammen also 29 Prozent an Hochschülern gestellt werden, von einer Bevölkerungsgruppe, die weit mehr als die Hälfte aller Österreicher repräsentiert. Das sind Zahlen, meine Damen und Herren, die uns zu denken geben müssen. (Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren: „Aus welchen sozialen Gruppen kommen denn die anderen 71 Prozent?“) Das sind keine Hausnummern, Herr Landeshauptmann. Es liegen hier bestimmt noch Reserven drinnen, besonders für die Zukunft, die an ein Studium herangeführt werden müssen. Die Frage, an der heute der weitere Bildungsweg zur Hochschule scheitert, ist nicht so sehr die Begabung bei den Kindern für ein Studium, die zweifellos in vielen Fällen vorhanden ist, ohne genutzt werden zu können, als vielmehr die Frage, die sich viele Eltern stellen müssen, wie bringe ich mein Kind im Hinblick auf die finanzielle Belastung über die Mittelschule zur Hochschule. Diese Frage wird nur in diesen Fällen ganz besonders aktuell, wo die Kinder entweder auf eine tägliche Schulfahrt oder auf einen Internatsaufenthalt zum Besuch einer Mittelschule angewiesen sind.

In einer Broschüre von Dr. Helmut Pfitzner „Gedanken zur Erneuerung des Bildungswesens in Österreich“ finden sich zur Frage der Mittel-

schulfinanzierung viele Ausführungen; unterstützt durch Statistiken. Ich möchte davon nur eine Frage herausgreifen und zwar: Was kostet die Eltern das Studium eines Kindes an einer Mittelschule bzw. an der Hochschule? Es wurde dabei errechnet, daß ein monatlicher Aufwand für die Mittelschule von 450.— Schilling notwendig ist, wenn der Schüler zu Hause wohnt, oder rund 1000.— Schilling, wenn er in einem Internat ist. Für den Besuch der Hochschule ergeben sich im ersten Falle Kosten von 650.— Schilling und im zweiten Fall Kosten von rund 1500.— Schilling. Seit diese Untersuchungen durchgeführt worden sind, ist einige Zeit verstrichen, so daß hier ohne weiteres in beiden Fällen ein Mehrbetrag von rund 200.— Schilling monatlich dazugerechnet werden muß. Es muß daher das Einkommen der Eltern monatlich mindestens 4500.— Schilling betragen, um wenigstens einem Kind der Familie ein Studium zu ermöglichen.

Diese Relation zeigt klar und deutlich, daß es neben dem Opfer und der Einsicht vom Elternhaus her auch der öffentlichen Hand bedarf, um ein zufriedenstellendes Verhältnis zwischen den zu erwartenden Wirtschafts- und Wissenschaftsaufgaben und dem Aufgabenkreis der technischen Welt auf der einen Seite und dem fachlich ausgebildeten Stab von Fachkräften auf der anderen Seite herzustellen. Daß uns das Konzept von weiteren und größeren Schulbauvorhaben auf diesem Gebiet allein nicht weiterbringt, ist bekannt.

Es ist zu begrüßen, wenn die Absicht besteht, in jeder Bezirksstadt eine Mittelschule zu errichten. Ich würde mich sehr freuen, wenn das Unterrichtsministerium das zur Kenntnis nehmen würde und ich bitte Sie, Herr Landeshauptmann, sich dafür einzusetzen, daß auch dem Verlangen des Bezirkes Radkersburg und dem Wunsch der Bevölkerung des Grenzlandes in dieser Hinsicht Rechnung getragen wird.

Eine Schule, welcher Art immer, lebt aber erst und erfüllt ihren Sinn und Zweck, wenn sie im ausreichenden Maß von den Schülern beansprucht werden kann. Daß dies für die Volks- und Hauptschulen und für den polytechnischen Lehrgang zutrifft, zeigen uns die überfüllten Schulhäuser und die nicht nachlassenden Wünsche um neue Schulbauten für diese Zwecke. In einem anderen Licht zeigt sich der Anteil der Schüler an den Mittelschulen und Hochschulen, wenn wir nur die Zahlen der österreichischen Studenten berücksichtigen, auch wenn diese zum Teil zurückzuführen sind auf den beschränkt zur Verfügung stehenden Schulraum. Es gilt aber auch für die weitere Zukunft zu denken. Dazu scheint es mir notwendig, daß hinsichtlich der Studienförderung auch für Mittelschüler ähnliche gesetzliche Bestimmungen, die einen Rechtsanspruch auf Studienförderung beinhalten, wie sie durch das Hochschulförderungsgesetz geschaffen wurden, erlassen werden.

Ich möchte abschließend zusammenfassend sagen: Es ist ein Gebot der Stunde, eine Studienförderung im ausgeführten Sinn für Mittelschüler, die einer öffentlichen Förderung bedürfen, so rasch wie möglich ins Leben zu rufen, da dadurch eine sinnvolle Ergänzung zur Hochschulstudienförderung gegeben wäre. Darüber hinaus scheint mir auch eine individuellere Gestaltung im Beihilfensystem angezeigt und zwar durch die Gewährung höherer Stipendien an besonders Bedürftige. In den untersten Einkommensschichten muß die Studienförderung über die effektiven Studienmehrkosten hinaus auch eine gewisse Familienförderung sein. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Pabst das Wort. Als nächster Redner ist vorgemerkt Herr Abgeordneter Scheer.

Abg. Pabst: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Für Schule und Ausbildung werden gegenwärtig großes Verständnis, aber auch große finanzielle Mittel aufgebracht. Das ist aber auch notwendig, denn die gegenwärtige förmlich explosive rasche technische und wirtschaftliche Entwicklung erfordert das unbedingt.

Zu diesem Zweck ist auch das 9. Schuljahr, das sogenannte polytechnische Schuljahr, das viel umstritten ist, eingeführt worden. Die Landwirtschaft steht zu diesem 9. Schuljahr, jedoch ergeben sich besonders in den obersteirischen Gebirgsgebieten durch den fast ausschließlich nachmittägigen Unterricht große Schwierigkeiten wegen der wenigen Verkehrsmöglichkeiten. So müssen vielfach sich die Schüler schon früh morgens auf den Weg machen, um rechtzeitig in die Schule zu kommen. Am Vormittag ergeben sich Wartezeiten, die nicht entsprechend ausgenützt werden können. Noch viel schlechter ist es am Nachmittag. Da geht die Schule bis 18 Uhr und in vielen Fällen des Mürz-, Mur- und Ennstales kommen die Schüler erst um 19 Uhr an ihren Wohnort. Ein größerer Teil dieser Schüler muß dann noch ein bis zwei Stunden Heimweg zum Einschichtof antreten. Dies sehr oft allein. Was das besonders für Mädchen in der Finsternis bedeutet, darüber brauche ich nicht zu sprechen.

Es müssen daher entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden, um auch zum Vormittagunterricht zu kommen. Ich weiß schon, daß das nicht so einfach ist, mangels des Schulraumes, aber auch mangels der Lehrer. Ich könnte mir aber schon vorstellen, daß in solchen Schulorten wie zum Beispiel Kapfenberg oder Bruck, wo mehrklassige polytechnische Schuljahrgänge geführt werden, wenigstens eine Klasse davon auch am Vormittag möglich sein könnte, in denen die weit entfernt wohnenden Schüler untergebracht werden könnten. (Landesrat Gruber: „In Kapfenberg wäre das sofort möglich, wenn der Bund seiner Verpflichtung nachkommen und das Schulgebäude für die Bulme errichten würde!“) Herr Landesrat, ich kenne dieses Problem. Ich habe auch im Bezirksschulrat darüber gesprochen. Trotzdem glaube ich, wenigstens

eine Klasse müßte man schon jetzt am Vormittag führen können. Das ist keine Spitze gegen Kapfenberg, sondern eben nur ein Beispiel einer Möglichkeit, diese gefahrvollen Schulwege zu verhindern. (Landesrat Gruber: „Bei voller Anerkennung dessen, was Sie gesagt haben, die Schulraumnot ist zum Beispiel in Kapfenberg katastrophal. Es sind bereits eine Menge Nebenräume angemietet, um die Schulklassen unterzubringen!“) Ich sage nochmals, das hat nichts mit Kapfenberg zu tun, sondern gilt für solche Schulgemeinden, wo mehrere Klassen diesbezüglich geführt werden.

Außerdem wird es auch notwendig sein, Schülerautobusse zu führen, um auch wieder gefahrvolle Schulwege wegzubringen. Ich glaube, Sie alle stimmen mit mir überein, daß man nicht ohne weiteres täglich 14- bis 15-jährige Schüler und besonders Schülerinnen diesen ein- bis zweistündigen Heimweg in der Nacht zumuten kann. Ich frage Sie als Eltern, welche Sorge Sie da diesbezüglich haben würden, wenn Ihre Kinder diesen Gefahren ausgesetzt wären. Andererseits aber kann auch die ländliche Jugend auf diese Grundausbildung, die das polytechnische Jahr bietet, nicht verzichten. Aus diesem Grunde habe ich namens der ÖVP-Fraktion, und sozialistische Kollegen sind diesem Resolutionsantrag beigetreten, einen Resolutionsantrag eingebracht, und ich darf Sie alle bitten, diesem Problem, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch draußen in den einzelnen Gemeinden Ihr entsprechendes Verständnis und Ihre Unterstützung entgegenzubringen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abg. Scheer. Als nächster Redner ist Herr Dipl.-Ing. Fuchs vorgemerkt.

Abg. Scheer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mein Beitrag wird ein sehr kurzer und ein entsprechend bescheidener sein. Und zwar möchte ich mich darauf beschränken, Dinge zu bringen, die bisher in der Debatte — obwohl ich der 13. Debattenredner bei den Schulen bin — noch nicht gesagt wurden. Und zwar handelt es sich beispielsweise um eine Untersuchung, die an einer Grazer Knabenschule gemacht wurde, zum Problem des Fernsehens. Meine Damen und Herren, die Sie selber Kinder haben, wissen, wie schwer es ist, die Kinder vom Fernseher wegzuhalten. Und nun ist es sehr interessant festzustellen, und das hat eine genaue Untersuchung an einer Grazer Knabenschule ergeben, wie es da aussieht. Von 206 befragten Knaben dieser Schule haben nicht weniger als 155 Gelegenheit, regelmäßig fernzusehen. Das sind nicht weniger als 75 Prozent. Davon dürfen 96 bis zum Sendeschluß sehen und 39, das sind 25 Prozent, bis etwa 22 Uhr und nur 20 Schüler grundsätzlich nur bis 20 Uhr fernsehen. Von den 155 fernsehenden Schülern sind es lediglich 8 Prozent, das sind 12, die nur unter Aufsicht der Erziehungsberechtigten an das Fernsehgerät gehen dürfen. Beispielsweise sehr interes-

sant ist diese Feststellung im November d. J. gemacht worden: da haben 83 Knaben von den 206, das sind also 40 Prozent, den Kriminalfilm „Die Gentlemans bitten zur Kasse“ gesehen. Daß das natürlich nicht ein entsprechend pädagogisch-erzieherischer Film ist, ist jedem von uns wohl klar, wobei aber nur 32 Knaben, das sind 15 Prozent, sich „König Ottokars Glück und Ende“ angesehen haben. Bitte, dieser kurze Querschnitt, den ich als Untersuchung einer Grazer Schule gebracht habe, gibt Aufschluß darüber, wie groß eigentlich der Einfluß des Fernsehens auf unsere Kinder ist. Wenn wir aber feststellen, nun ernsthaft, wie sehr eigentlich das Fernsehen doch einen nicht besonders guten Einfluß selbst auf Erwachsene bietet, mit dem gebotenen Programm, wie sehr muß es auch für die Jugendlichen von wirklich beängstigender, negativer Einflußnahme sein, was das Fernsehen dem Jugendlichen darbringt.

Nun gleich ganz kurz zum Nächsten, dem Lehrermangel. Es ist zwar vom Lehrermangel hier schon gesprochen worden, aber noch nicht angezogen, daß der Lehrermangel in Österreich nicht gleichmäßig ist, sondern daß wir sogar ein Gebiet haben mit einem enormen Lehrerüberschuß. Das ist die Bundeshauptstadt Wien. Dort selbst laufen 600 Lehrer herum, die stellenlos sind, das heißt, daß es also doch Lehrer gibt, die zur Verfügung stünden, daß aber der Anreiz, daß sie in die Bundesländer gingen, nicht so groß ist, daß sie aus der Stadt herausgingen. Um aber Anreiz zu schaffen, was können wir da tun? Ich glaube daher, wir müssen zunächst die Grundlage schaffen in den Orten, das heißt, daß wir eine ordentliche Wohnung bereitstellen müssen und daß man vielleicht mit einer entsprechend hohen Landlehrerzulage — natürlich Geld zieht immer bei diesen Dingen — einen Anreiz schaffen könnte, daß diese 600 Lehrer, die in den Bundesländern mehr als dringend gebraucht würden, sich entschließen, in der Provinz Dienst zu tun. Und zweitens müßte man auch — ich glaube, das ist von irgend einem Herren schon angezogen worden — mit einer entsprechenden Werbung angehen, diese 600 Lehrer anzusprechen, wie man doch auch zum Beispiel sich nicht scheut, für das Bundesheer zu werben, oder für die Polizei, oder für die Straßenbahn, oder wie wir es auch mit Plakataktionen gemacht haben, sogar bei den Krankenschwestern, um solche Mangelberufe entsprechend mit Nachwuchs zu dotieren. Und eine weitere Möglichkeit, daß man die Lehrer heranzieht, ist auch — wie dies die Industrie beispielsweise schon jahrelang tut —, daß sich eine Gemeinde einen Lehrer selbst heranzieht, daß das Studium durch die Gemeinde unterstützt wird, daß die Gemeinde hergeht und einem ihrer Gemeindebürger das Studium an einer Schule ermöglicht und damit eine Verpflichtung gleichzeitig ausmacht mit dem Jungen, daß er eine gewisse Zeit mindestens in seinem Heimatort als Lehrer tätig ist. Diese Art ist in Vorarlberg mit Erfolg bereits gemacht

worden und ich glaube, wir könnten solche Beispiele ruhig für uns auch heranziehen.

Ich habe mir vorgenommen, noch einige andere Dinge zu bringen wie zum Beispiel über die polytechnischen Lehrgänge und dergleichen, möchte mir aber nach den goldenen Worten, die hier von dieser Kanzel aus in die Debatte schon gefallen sind, dieses Kapitel ersparen. Ich möchte nur eine kleine Geschichte noch anhängen, die der frühere Landeshauptmannstellvertreter Horvatek gerne erzählt und zwar im Zusammenhang damit, daß wir jetzt ja nun schon in drei Jahren die Hundertjahr-Feier des Reichsvolksschulgesetzes feiern und daß wir bis heute noch immer, nachdem dieses Gesetz beinahe hundert Jahre wirksam ist, nicht weniger als 71 Schulen haben, wo es einklassigen Unterricht gibt. Vor hundert Jahren hat wahrscheinlich keiner geglaubt, daß es in hundert Jahren möglich sein wird, daß noch immer 71 einklassige Schulen sind. Und in diesem Zusammenhang wird es auch im polytechnischen Lehrgang wahrscheinlich sein, daß alle diese Anfangsmängel, die wir heute als Anfangsmängel bezeichnen, vermutlich noch Jahrzehnte sich hinziehen werden, weil man eben nicht zaubern kann auf dem Gebiet, aber einmal muß eben angefangen werden. Aber um zu unserem Landeshauptmannstellvertreter Horvatek in diesem Zusammenhang zurückzukommen, hat er erzählt, er sei als junger Lehrer in einen tiefen Graben hineingekommen und dort sei eine ganz kleine Schule gewesen mit einem furchtbar kleinen Zimmer, etwa so klein, daß ein Dackel mit dem Schwanz nicht mehr hin und her, sondern auf und ab wedeln müßte, und dieser kleine Wohnraum, den er damals bewohnt hat, von dem hat er sich gedacht, na mein Gott, das ist eine Übergangslösung, werd ich halt da hineingehen. Als er aber 30 Jahre später in diesen Graben hineinkam, um diesen Schulraum zu besuchen, hat dort noch immer ein Lehrer — aber ein anderer Lehrer — gewohnt (Abg. Heidinger: „Aber der gleiche Dackel!“). Ja, der gleiche Dackel. Es freut mich, daß der Herr Abg. Heidinger immer so aufpaßt hier im Landtag. Er merkt sich etwas, was man schon vorher erzählt hat, nicht wahr! 1:1. Also meine Damen und Herren, so zäh sind auch die Dinge auf diesem Gebiet, daher haben wir Geduld. Und wenn wir die Dinge betrachten, es klang bei verschiedenen Rednern gerade das auf, darf man sich nicht gerade eine Stadtschule ansehen mit 50 Klassen, die irgendwo steht, und sie vergleichen wollen mit einer Schule, die weiß Gott wo im hinteren Donnersbachgraben oder sonst wo steht. Landesrat Bammer: „Hoffentlich müßt Ihr nicht einmal die Raiffeisenkasse hineinnehmen!“ Beziehungen muß man eben haben, dann gibt es selbst in Donnersbach eine solche Schule. Also nichts für ungut. Ich möchte nur abschließend von freiheitlicher Sicht her sagen, es ist zweifelsfrei, daß sich alle Parteien dieses Hohen Hauses darum bemühen, dieses Schulwesen voranzutreiben, sind wir schließlich doch alle El-

tern, schließlich wissen wir auch alle Nöte und Sorgen der Kinder zu beurteilen und ich glaube, daß das eines der Kapitel ist, wo es über der Parteien Streit und Hader hinweg eine echte Einigkeit gibt, nämlich zu sorgen für unsere heranwachsende Jugend. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Dipl.-Ing. Fuchs das Wort. Als nächster Redner ist Herr Abg. Burger vorgemerkt.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist in der Debatte schon zweimal über die Berufsschulen gesprochen worden. Nachdem aber immerhin 60 Prozent der Mädchen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren und 65 Prozent der Burschen berufstätig sind in dieser Altersgruppe glaube ich schon, daß noch einmal einige Ergänzungen dazu gebracht werden könnten.

Der Herr Abg. Wuganigg hat gestern von diesem Platz aus bedauert, daß bei den Abschlußprüfungen nur ein geringer Erfolg zu verzeichnen sei, und daß dies offensichtlich auf Fehler und Mängel im System möglicherweise, in der Ausbildung oder am Ende in der Schule zurückzuführen sei. Ich glaube, daß das, was der Abg. Scheer über die Hauptschüler und das Fernsehen gesprochen hat, auch in gewisser Form für die Berufsschüler gilt. Es ist nun so, daß die jungen Leute heute viel mehr Ablenkungen ausgesetzt sind als dies früher der Fall war. Soweit ich gehört habe, klagen die Mittelschullehrer genauso wie die Fachschullehrer und die Berufsschullehrer darüber, daß die Jugend durch Kino, Fernsehen, Unterhaltungen und durch eine viel größere Freizeit als früher mit weniger Ernst und vielleicht auch weniger Konzentrationsfähigkeit die Schule besuchen und daher die Ergebnisse allgemein etwas schlechter geworden sind.

Über die Landesberufsschulen, um die geht es ja in erster Linie, wurde schon vielfach gesprochen. Ich hatte in der letzten Sitzung Gelegenheit, namens des Volksbildungs-Ausschusses über den Ausbaustand der Landesberufsschulen zu berichten. Wie Sie wissen, bestehen 6 Landesberufsschulen, eine ist im Ausbau, 3 weitere sind geplant und bereits von der Landesregierung beschlossen. Es wäre hier vielleicht noch anzumerken, daß zwei Berufsschulen und zwar eine für Fleischer und Bäcker sowie eine für Kleidermacher und Friseure in nächster Zeit gebaut werden sollen, weil dort noch ein dringender Bedarf ist. Neben den 6 Landesberufsschulen sind noch immer 28 Bezirksberufsschulen vorhanden, die den Lehrbetrieb in den einzelnen Lehrwerkstätten ergänzen. Es ist mit Recht darauf verwiesen worden, daß die Berufsschule nicht allein der beruflichen Ausbildung dient, sondern auch eine gewisse erzieherische Funktion zu erfüllen hat, weil die jungen Menschen im Alter zwischen 14 und 19 Jahren in der Phase ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung stehen. Es ist daher sehr

zu begrüßen, wenn beim Bau der Berufsschulen auf diese Belange Bedacht genommen wird und wenn man für Sportstätten und für die Freizeitgestaltung der Schüler sorgt, die ja in den Lehrgängen nicht nur das handwerkliche Lernen ergänzt bekommen, sondern die darüber hinaus auch gewisse Werte der Allgemeinbildung mitbekommen sollen.

In diesem Zusammenhang vielleicht eine Beleuchtung von einer etwas anderen Seite, die die Notwendigkeit der Ausbildung in der Berufsschule unterstreichen kann. Im Jahre 1956 waren von den Beschäftigten in Österreich rund 80 Prozent Arbeiter und 20 Prozent Angestellte. Dies bezieht sich auf die Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft. 1965 hat sich das Verhältnis auf 65 Prozent Arbeiter und 35 Prozent Angestellte verschoben. Das heißt aber, daß die Anforderungen, die heute in der Wirtschaft gestellt werden, und damit die Qualifikation des einzelnen höher sein muß. Es ist schon aus diesem Grund begrüßenswert, wenn das Land hier im Wege von Landesberufsschulen dem Problem Rechnung trägt. Es wird nur notwendig sein, daß sich diese Berufsschulen jederzeit und jeweils über An- und Aufforderung mit allen neuen Problemen, Anforderungen und mit allen neuen Prozessen befassen und nicht nur die hergebrachten Geleise der Berufsschul-ausbildung weiter verfolgen.

Neben den Berufsschulen obliegt natürlich noch immer dem Handel, dem Gewerbe und der Industrie ein wesentlicher Teil der berufsmäßigen Ausbildung. Es ist so, daß die rund 27.000 Lehrlinge der Steiermark in 10.700 Lehrbetrieben untergebracht sind. Das Gewerbe steht mit 6679 an der Spitze, es folgt die Industrie mit 352 Lehrbetrieben; wobei hier zu sagen ist, daß rund drei Viertel aller Industrielehrlinge sogenannte Lehrwerkstätten besuchen und die Industrie die größte Kostenlast für ihre Lehrlinge und damit auch die größte Verantwortung trägt. Der Handel hat 3038 Lehrbetriebe, der Verkehr 18 und der Fremdenverkehr 615. Diesen Lehrbetrieben kann und soll die Berufsschule Ergänzung sein.

Im heurigen Budget ist ein Ansatz von 38,4 Millionen Schilling vorhanden; voriges Jahr waren es 33,6 Millionen Schilling und im Jahre 1965 30,9 Millionen Schilling. Es ist das ein Betrag, der nicht zu groß ist; es ist das ein Betrag, der nicht zu klein ist. Ich glaube, es wird immer unsere Aufgabe sein, den Gegebenheiten dadurch Rechnung zu tragen und der Verantwortung, die wir haben, dadurch gerecht zu werden, daß wir stets einen ausreichenden und vertretbaren Betrag im Budget einsetzen.

Schließlich geht es um die Kinder der Steirer. Wir sind den Kindern und den Eltern und damit der gesamten Bevölkerung verantwortlich dafür, daß sie in den Berufsschulen das Rüstzeug und das Werkzeug bekommen, um den Le-

benskampf in der Wirtschaft als aufrechte Menschen bestehen zu können. (Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Burger.

Abg. Burger: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Zur Gruppe 2 haben sich vornehmlich unsere sehr geschätzten Lehrer über das Schulwesen zu Wort gemeldet. Gestatten Sie mir, daß ich mich dem Unterabschnitt 292, das heißt im besonderen dem Lehrlingswesen, zuwende. Als Arbeitnehmer und auch als Arbeitnehmervertreter tue ich dies mit ganz besonderem Interesse, da ich weiß, daß die Lehrlinge die unentwegte Bluttransfusion für eine gesunde Wirtschaft darstellen. Eine gesunde Wirtschaft ist eine untrennbare Voraussetzung für unsere Vollbeschäftigung und somit für unsere Gott sei Dank noch immer anhaltende Konjunktur. Wirtschaft und Sozialpolitik sind ein gemeinsames Ganzes. So wie die Vollbeschäftigung ebenso eine unabdingbare Voraussetzung für eine gute, für eine mögliche Sozialpolitik ist, so finden wir die nur sehr logische Tatsache, daß eines ohne das andere, oder das andere ohne das eine nicht existieren kann. Es muß daher unser aller Aufgabe sein, diese Tatsache im Interesse beider Teile — Arbeitgeber wie Arbeitnehmer — harmonisch zusammenklängen zu lassen. Daß dem so sei, ist es auch notwendig, daß beide Teile bereit sind, die Verantwortung für das Gedeihen unserer Wirtschaft zu tragen. In dieser Betrachtung ist es sehr erfreulich, daß der gesamten gewerblichen Wirtschaft 22.718 Arbeitnehmer, ausschließlich der 30.000, die in der Verstaatlichten Industrie beschäftigt sind, zur Verfügung stehen und voll ausgelastet sind. Dieser Beschäftigtenzahl stehen lobenswerterweise 27.625 Lehrlinge oder 13,6 Prozent der Gesamtzahl der Beschäftigten gegenüber. Diese Tatsache erfüllt mich mit Freude, daß der Nachwuchs für die gewerbliche Wirtschaft gesichert ist. Wenn auch in den einzelnen Berufszweigen ein Lehrlingsmangel ist wie zum Beispiel in der Industrie. Ich habe voriges Jahr zum selben Thema hier gesprochen und festgestellt, daß ausschließlich die Industrielehrlinge eine Abnahme verzeichnen. Die rückläufige Tendenz bei den Industrielehrlingen mag verschiedene Ursachen haben. Gott sei Dank aber ist die Zunahme im Gewerbe, im Fremdenverkehr und im Verkehr selbst groß spürbar. Die negative Entwicklung bei den Industrielehrlingen mag wohl darauf zurückzuführen sein, daß die Werksschüler nach der Lehre zu sehr an das Einzelunternehmen gebunden sind, mag aber auch darauf zurückzuführen sein, daß Werksschüler, wie in Eisenerz, nach der Lehre nicht im Unternehmen aufgenommen werden, weil eine Übersättigung der Hauer vorhanden ist. Es mag aber auch sein, daß die Bulme-Anstalten wie in Graz und Kapfenberg keine Internatsplätze haben und daß die Schüler, die diese Schulen besuchen, dort keine Verpflegs- oder Quartierplätze finden und der Besuch dieser Schulen nur für jene möglich ist, die

in unmittelbarer Nähe leben oder den elterlichen Wohnort mit Verkehrsmitteln erreichen. Nur ein geringer Teil unserer jugendlichen Bürger bevorzugt das Moped oder das Auto und begibt sich in das jugendliche Hilfsarbeitertum, anstatt einen Beruf zu erlernen. Im einzelnen, Hohes Haus, befanden sich Ende 1965, der Herr Abg. Fuchs hatte die Zahl der Lehrbetriebe genannt, gestatten Sie mir nun, wenn ich die Zahl der Lehrlinge nenne, 6.178 Lehrlinge im Handel, 4.051 in der Industrie, hier ist eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr von 122 Lehrlingen zu verzeichnen. 15.908 befinden sich im Gewerbe in der Lehre, 1412 im Fremdenverkehr und 76 in Verkehrsbetrieben selbst. Das Gewerbe hat die größte Zahl an Lehrlingen, das ist für die gesamte Entwicklung sehr erfreulich. Berufe wie Mechaniker, Elektriker, Installateure und andere Handwerksfachkräfte haben aus mehreren Gründen eine gute Zukunft. Allein der Wartungsdienst in den Reparaturwerkstätten und in den einzelnen Haushalten beschäftigt 40—50 % der Lehrlinge. Bei Konjunkturzunahme nimmt diese Zahl ebenso zu und steigt bei Konjunkturabnahme wiederum. Es mag dies komisch klingen, aber bei Konjunkturabnahme erhalten die Werkstätten echte Reparaturaufträge, während man sonst zu Neukäufen schreitet. Demnach ist die Erlernung eines Handwerks wegen der geringeren Konjunkturanfälligkeit für unsere Jugend jedenfalls lohnend und empfehlenswert. Daß man im heurigen Jahr S 400.000.— mehr für die Lehrlingsförderung im Budget vorgesehen hat, ist sehr erfreulich aber auch dringendst notwendig. Dieser Mehraufwand für die Ausbildung unserer Lehrlinge ist eine der besten Investitionen, die es gibt. Eine Familie ohne Kinder ist zwangsläufig zum Aussterben verurteilt. Für eine gewerbliche Wirtschaft ohne Lehrlinge würde dies gleichbedeutend sein. Was das für uns alle, vor allem aber für uns Arbeitnehmer bedeuten würde, überlasse ich Ihrem eigenen Urteilsvermögen. So möchte ich schließen mit der Feststellung, daß der Lehrling für unsere Wirtschaft und für unser aller Wohlergehen, ein ganz besonderer Faktor ist. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abg. Doktor Eichtinger das Wort. Hernach spricht Herr Landesrat Peltzmann.

Abg. Dr. Eichtinger: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wiederum ein Lehrer. Aber ich möchte doch ganz kurz auf einige Probleme der höheren Schule zurückkommen. So wurde gestern vom Herrn Abg. Heidinger Klage geführt, daß ein Übergang von der Hauptschule zur Mittelschule nur über die musisch-pädagogischen Anstalten erfolgen könne und neue Möglichkeiten zu suchen seien. Ich möchte doch hier hinzufügen, daß ein Übertritt aus der Hauptschule in eine Realschule vorher bereits möglich war, weil hier zur Erleichterung der Gegenstand „Latein“ weggefallen ist. Wo das nicht der Fall war, wurde in Form von Stundungen die Möglichkeit geschaffen, das notwendige Pensum

nachzuholen. Und ich darf hier sagen, daß bei Klassenkonferenzen — und das ist hier wohl sehr erfreulich — gerade auf solche Fälle immer wieder Rücksicht genommen wurde, denn es hat sich hier sehr klar gezeigt, daß solche Schüler meistens mit unerhörtem Fleiß und Ehrgeiz tadellose Leistungen erbracht haben. Auch der neue Typ in der naturwissenschaftlichen Richtung, mit Latein ab der 5. Klasse, dürfte hier für manche eine Erleichterung bringen. Viel wesentlicher noch für Tausende von Eltern wurden aber durch die große Welle von Schulneubauten, die mit dem Ziel errichtet werden, jedem Bezirk eine höhere Schule zu geben, neue Möglichkeiten erschlossen.

Ich darf hier nur auf das Beispiel meines Bezirkes Mürzzuschlag verweisen, wo durch den Bau des Bundesrealgymnasiums breite Schichten der Industriebevölkerung erkannten, daß hier eine wahre Lebenschance für ihre Kinder liegt. Der Andrang in dieser Schule ist hier so groß, daß mit über 400 Schülern das Gebäude jetzt bereits zu klein ist und bereits Kinder abgewiesen werden mußten. Da aber auch der Bezirk Bruck mit über 800 Schülern das Problem nur dann lösen wird, wenn der bereits geplante Zubau erfolgt, befaßte sich der Gemeinderat von Kindberg mit der Frage der Errichtung einer höheren Schule für diesen Gerichtsbezirk des mittleren Mürztals. Es ist gewiß keine Pflichtaufgabe der Gemeinde, doch es geschah aus der Erwägung heraus, daß man damit der Bevölkerung eines Industriegebietes helfen kann, aber auch deshalb, weil man objektiv in der Gemeindestube erkannt hat, daß der Bund in so kurzer Zeit diese Leistungen unmöglich erbringen kann. Wenn der Beschluß dazu einmütig erfolgte, so dachte man letzten Endes an eine finanzielle Entlastung für sehr viele Eltern, an die Verkürzung eines 20 km langen Schulweges, an die Bewohner des mittleren Mürztals, aber auch an die Bewohner des entlegenen Stanzertales, bis hinein in das Fischbachergebiet.

Diesen Kindern stehen heute die Bildungsmöglichkeiten nur im geringen Maß offen. Mit dem Bau einer solchen Schule würden neue Bevölkerungsschichten die Möglichkeit erhalten, ihren Kindern diesen Ausbildungsweg zu ermöglichen. Maßgeblich für uns war die Feststellung, vielen Arbeiter- und Bauernkindern hier die günstige Voraussetzung für eine Weiterbildung zu schaffen, damit sie das Sprungbrett für die Universität erreichen können; für eine Universität, wo sich Kollege Aichholzer beklagte, daß nur etwa 7 Prozent der Studenten aus Arbeiterkreisen stammen. Leider Gottes muß man sagen, der Prozentsatz ist viel zu gering. Aber vielleicht schafft gerade die neue Bildungswelle, die gestartet wurde, die Möglichkeit, daß sich dieser Prozentsatz erhöht. Hier ist noch ein großes Reservoir vorhanden, das unbedingt auszuschöpfen ist. Hier sollte man vielleicht auch noch einmal damit einsetzen zu werben, damit bei den Eltern die Bedeutung unserer Universitäten für das persönliche Schicksal ihrer Kinder, aber letzten Endes auch

für ihre Familie, erkannt wird. Summiert gibt uns das die Gewähr, daß wir jenes Bildungsniveau erreichen, das für uns im Zeitalter der Automation so entscheidend ist.

Aus dem Umgang mit Eltern des obersteirischen Industriegebietes ist immer wieder festzustellen, wie sehr gerade diese Eltern bestrebt sind, auch unter großen persönlichen Opfern, ihren Kindern ein Studium zu ermöglichen.

Es sei aber hier auch gleich folgendes gesagt. Es hat ein Vorredner hier allzuviel Pessimistisches gesagt. In den letzten Jahren ist doch auch auf dem Förderungsgebiet sehr viel geschehen. Ich glaube, man müßte das Positive wesentlich öfter herausstreichen, denn sonst erweckt man doch oft einen falschen Eindruck.

Wenn es einmal bei einer Konferenz geheißen hat, viele Eltern würden ihre Kinder deshalb nicht auf die Universität schicken, weil sie dadurch ihrer von altersher vertretenen Partei entwachsen würden, so ist das wohl ein Argument, über das man nur lächeln kann. Vielleicht hat die Frau, die das gesagt hat, ihrer Partei ein Opfer gebracht. Aber ich glaube, das dürfte wohl ein vergebliches Opfer sein. Es dürfte hoffentlich auch nur ein Einzelfall sein.

Wenn Österreich derzeit nur 11 Prozent Maturanten stellt, Schweden aber 15,6 Prozent aufweist, dürfen wir die berechtigte Hoffnung haben, daß im Rahmen des Zehnjahresprogramms des Unterrichtsministeriums dieses Verhältnis noch besser wird. Wenn wir noch bedenken, daß wir in Österreich die Folgen eines Krieges zu tragen hatten, von denen Schweden unberührt geblieben ist, dürfen wir auch auf unsere Leistungen, die hier in diesem Staat, in diesem Land gesetzt wurden, wahrlich stolz sein. Der Vorrang der Bildung ist heute keine Phrase mehr, sondern ist eine wirkliche Realität, die man anerkennen muß. Sagen wir es ruhig! Auch deshalb noch, weil der Unterrichtsminister, der zum Motor dieser Bildungswelle wurde, ein Steirer ist. (Beifall bei der ÖVP.) Es wurde ihm ja nicht leicht gemacht, doch er hat sich letzten Endes ja doch durchgesetzt. (Landesrat Bammer: „Penetrant dürfen Sie nicht werden bei Ihrer ersten Rede!“)

Ich meine, es hat eine Zeit gegeben, wo die Forderungen des Herrn Unterrichtsministers im nächsten Augenblick mit Kompensationsforderungen ergänzt wurden, die nicht am Platz gewesen sind, Herr Abgeordneter.

Zum Schluß möchte ich noch auf eines hinweisen. Wenn der Prozentsatz der Schüler und das habe ich in diesem Haus auch gehört, der von einer höheren Schule abgewiesen wurde, von 22 Prozent im Jahre 1959 auf 4,6 Prozent im Jahre 1965 zurückgegangen ist, so spiegelt sich darin auch der Erfolg der neuen Schulbauten. Darin steckt die Arbeit eines Berufstandes. Aufbauend auf die großen Leistungen der

Pflichtschullehrer, die den wertvollen Unterbau für die höheren Schulen liefern und denen an dieser Stelle für ihr Wirken sehr herzlich gedankt sei, können die Lehrer an den höheren Schulen weiterbauen. Ich darf hier sagen, diese Lehrer an höheren Schulen machen es oft unter schwierigsten Umständen. Ich darf erinnern, daß in meiner Schule sehr oft das Problem aufgetaucht ist, können wir diese Kinder noch aufnehmen. Dann ist von uns der Wunsch geäußert worden, hinein in die Klassen was nur irgendwie möglich ist, um allen Kindern die Möglichkeit der Weiterbildung zu geben. Es sei an dieser Stelle auch jenen Lehrern gedankt, die im Interesse der Schüler, der Eltern, aber letzten Endes auch im Interesse des Landes hier voll und ganz ihre Pflicht erfüllen. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Landesrat Peltzmann das Wort.

Landesrat Peltzmann: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach all dem bezüglich unserer Berufsschulen schon sehr positiv Ausgesagtem, möchte ich Ihnen den Dank sagen für Ihre Aufgeschlossenheit, die Sie den Problemen unseres Berufsschulwesens hier entgegengebracht haben.

Der Herr Abg. Wuganigg, der auch das Positive unseres Berufsschulwesens herausgestrichen hat, hat hier eine Gesetzesstelle zitiert, deren Erfüllung den einzelnen Schulen oder Direktoren schwierig gemacht wird. Der § 11 Abs. 4 des Berufsschulorganisationsgesetzes schreibt zwingend vor, daß in den Klassenräumen die Bilder des Herrn Bundespräsidenten und des Herrn Landeshauptmannes anzubringen sind. Ich möchte feststellen, daß das Berufsschulorganisationsgesetz mit den Stimmen aller im Hohen Haus vertretenen Parteien beschlossen wurde. (Abg. Hans Brandl: „Es geht um die Bilder!“ — Abg. Wuganigg: „Es geht um die Durchführung dieses Gesetzes!“) Es steht im Gesetz nichts über den Preis dieser Bilder. Wie halt ein gutes Buch normalerweise nur von einem Verlag verlegt wird, so verlegen auch wir unseren besten Kopf nur von einer Stelle. Das ist Ihnen klar? (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jede Ware hat ihren Preis. Ich glaube, wenn ein künstlerisch gut ausgeführtes Bild für einen Schulraum 150.— Schilling kostet, so ist das kein übernatürlich hoher Aufwand. Das zu diesen Dingen. Es steht uns frei, das Bild unseres Landeshauptmannes und unseres Landesparteiobmannes so herauszubringen, wie es uns am günstigsten erscheint. (Abg. Ileschitz: „Ob der Privathandel damit eine Freude hat?“)

Nun zu den Splitterberufen, Herr Abg. Wuganigg. Die Landesberufsschulen sind nicht für Splitterberufe, sondern für große Berufe in erster Linie vorgesehen. Für Splitterberufe streben wir sogenannte Bundesberufsschulen an, die

auch schon in dem einen oder anderen Lehrberuf zum Tragen kommen. Splitterberufe nennen wir solche, bei denen die Zahl der Lehrlinge nicht mehr als 40 in der ganzen Steiermark ausmacht. So besuchen bereits 365 Lehrlinge aus der Steiermark Schulen in anderen Bundesländern und umgekehrt 453 Lehrlinge aus anderen Bundesländern unsere Schulen. Wir haben ja auch und Sie haben über die Planung gesprochen und ich möchte nur sagen, daß dies nur eine Rahmenplanung sein kann. Schauen Sie, hier in der Planung ist vorgesehen, für die große Gruppe des Handels zwei Landesberufsschulen. Inzwischen hat sich aber als zwingend erwiesen, daß man mit zwei Schulen nicht das Auslangen findet und so hat der Berufsschulbeirat einstimmig der Landesregierung die Empfehlung vorgelegt, hier drei Schulen statt der geplanten zwei zu errichten. Natürlich wirkt sich aber das auf unsere sogenannten Bezirksberufsschulen, von denen wir zur Zeit noch 34 aufrechterhalten, aus. Es wird natürlich, jetzt schon durch die Errichtung einer dritten Berufsschule für den Handel, die eine oder andere in der Planung vorgesehene Bezirksberufsschule nicht mehr aufrechterhalten werden können. Das sind echte Einsparungsmaßnahmen. Wenn Sie denken, daß mit 34 Bezirksberufsschulen 34 Direktionen mit allem Verwaltungsaufwand verbunden sind, und daß wir teilweise bereits Bezirksberufsschulen führen, bei denen wir Klassen von 6 bis 8 Schülern deswegen aufrechterhalten müssen, weil eben dem jungen Menschen, der dort eingeschult ist, der Schulweg anders nicht zumutbar ist. Ich glaube, wir sollten unser Programm und unsere Rahmenplanung durchsetzen, das hängt ja wieder von der finanziellen Zuwendung ab, dann kommt die Haltung der Schulen auch dem Land billiger. Wir haben — und das wurde ja von meinem sehr geehrten Herrn Vorredner angezogen — hier ein sehr sprunghaftes Ansteigen wie, glaube ich, bei keinem anderen Schultyp als gerade hier bei den Berufsschulen. In den letzten 15 Jahren, und zwar seit dem Jahre 1951, hat sich die Lehrlingszahl in der Steiermark verdoppelt. Ich will die Zahl nicht wiederholen, schon Herr Vizebürgermeister Stöffler hat sie in seinem Referat angezogen. Aber diese explosive Entwicklung überrollt ja jede Planung. Die Umschichtung innerhalb der einzelnen Lehrberufe hat sich in einem Maß vollzogen, daß es auch hier für eine Gesamtplanung sehr schwierig war, bindend gewisse Sparten vorzulegen. Vor 15 Jahren hatten wir 340 Schuhmacherlehrlinge und wir hatten in Feldbach eine eigene Werkstätte für diese Lehrlinge eingerichtet. Zur Zeit hat dieses alte ehrsame Handwerk nur mehr 60 Lehrlinge aufzuweisen. Umgekehrt, im gleichen Zeitraum, haben 549 Lehrlinge das Kfz.-Mechanikergewerbe erlernt und zur Zeit sind es bereits 1749. Das bedeutet bei diesem Lehrberuf eine Steigerung von 318 Prozent. Sie sehen daraus die Schwierigkeiten, die sich bei einer Planung auf dem Gebiet der Berufsschulen ergeben.

Sie haben in der Vorlage zum Voranschlag 1967 im a. o. Haushalt 16 Millionen Schilling für die Landesberufsschulen, für die Errichtung und den Ausbau und für die übrigen Berufsschulen im ordentlichen Haushalt eine Summe von 2,4 Millionen Schilling aufscheinen. Ich gestehe es Ihnen ganz offen, wenn das Hohe Haus diese Summe beschließt, daß ich dem Hohen Haus sehr dankbar bin und wir auch unser Auslangen finden werden. Das findet man ja sehr selten bei einer Voranschlagspost.

Wir haben bereits drei weitere Landesberufsschulen beschlossen, und die vierte, Fürstenfeld, ist bereits im Bau. Wir konnten vor ein paar Tagen hier die Gleichfeier machen und hoffen, mit der Berufsschule für das Tischlerhandwerk in Fürstenfeld bis zum Schuljahr 1968/69 in Betrieb gehen zu können. Die anderen drei Berufsschulen, und zwar sind es die drei Berufsschulen des Handels, verlangen eine gleichzeitige Errichtung. Wie Sie wissen, wird eine in Radkersburg, eine in Voitsberg und eine in Hartberg errichtet. Warum? Weil das spartenweise Abziehen der Lehrlinge aus den Bezirksberufsschulen große Schwierigkeiten ergeben würde, besonders in unseren entlegenen Gebieten; wenn Sie den Großbezirk Liezen hernehmen, da können Sie dem Lehrling aus Aussee, der die Sparte Papierwarenhandel erlernt, nicht zumuten, daß er wahrscheinlich dann nach Knittelfeld oder sagen wir nach Judenburg eingeschult würde. Also setzen Sie unbedingt voraus, eine Schule früher, die sogenannte Aufgangsschule zu errichten, aber bestrebt zu sein, daß die drei Schulen in einem sehr engen Zeitraum bemessen, fertig werden. Wir werden mit den Mitteln, meine Damen und Herren, die uns zur Verfügung stehen, unser Auslangen finden und sollte das auch in den nächsten Jahren in der gleichen Höhe, zusätzlich der Steigerungsraten am Bausektor erfolgen, so können wir voraussichtlich die Errichtung von Landesberufsschulen in 6 bis 7 Jahren abschließen. Wir werden dann die zusätzliche Ausbildung unserer Lehrlinge auf jenen Stand gebracht haben, der notwendig ist, um eben auch in Zukunft hervorragende Fachkräfte, aus denen hoffentlich ein großer Prozentsatz Meister hervorgeht, zu haben.

Die Landesberufsschulen mit ihren ausgezeichnet eingerichteten Werkstätten wären aber wertlos, wenn wir nicht zu jeder dieser Schulen ein Internat hätten. Wir konnten heuer im Voranschlag als Zuschuß für den Internatserhalter 3 Millionen einbauen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Handelskammer Steiermark als der Träger des Internats, hat bis jetzt 60 Millionen Schilling für diesen Zweck aufgebracht. Ich glaube, daß ein jährlicher Zuschuß von 3 Millionen das geringste ist, was wir hier tun müssen. Das Berufsschulorganisationsgesetz sieht nämlich vor, daß das Land der Träger des Internats und Erhalter ist, sofern sich nicht ein anderer Internatsträger findet. Hier tut die Kammer ihr möglichstes, um die Verfachlichung

unserer Lehrlinge in Landesberufsschulen zu gewährleisten. Aber, meine Damen und Herren, und auch das wurde von meinem sehr geehrten Vorredner schon angezogen, was helfen uns die schönsten Schulen, die besten Lehrberufe, wenn es dem einzelnen jungen Menschen nicht möglich ist, diesen Beruf zu ergreifen, da die finanzielle Grundlage nicht besteht oder, wie es bei uns der Fall ist, daß Lehrlinge, junge Menschen in sehr entlegenen Tälern unseres Landes, gar keine Möglichkeit haben, einen Beruf zu ergreifen und diesen jungen Menschen die Möglichkeit nur geboten werden kann, wenn ihnen in Ballungszentren oder in unserer Landeshauptstadt Graz, die ja sehr viele Lehrstellen bietet, die Möglichkeit gegeben wird, dort zu lernen. Für diesen Zweck wurden diese Lehrlingshilfen geschaffen und so wurden im Jahre 1962 für die Unterbringung von Lehrlingen auf privaten Kostplätzen und in Lehrlingsheimen ein Betrag von rund 633.000.— Schilling ausgeworfen. Im Jahre 1967 stehen für diesen Zweck 3,8 Millionen Schilling zur Verfügung, so daß es jedem sozial bedürftigen Unterhaltspflichtigen möglich ist, seinen ihm Anvertrauten einen Beruf erlernen zu lassen. Die Steiermärkische Landesregierung hatte hier bindende Richtlinien beschlossen. Wir haben auch in den letzten Jahren hier einen Engpaß gehabt, nur 1966, also heuer, haben wir unser Auslangen gefunden, und warum, weil eben durch das polytechnische Schuljahr, durch das 9. Schuljahr, ein gewisser Abgang an Lehrlingen vorhanden war. Wir hoffen, daß wir mit diesem Betrag von 3,8 Millionen Schilling für 1967 all die berechtigten Wünsche, die an uns herangezogen werden, erfüllen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein gut ausgebildeter Nachwuchs ist nun die Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit jeder Wirtschaft und die Wirtschaft muß die Mittel geben für alle anderen Forderungen, die wir als Staatsvolk an den Staat stellen.

Sie, meine Damen und Herren, haben hier wirklich das Verständnis immer wieder aufgebracht für die Probleme unseres Berufsschulwesens, für eine bessere Ausbildung für unsere jungen Menschen in diesem Lande. Ich möchte Ihnen hier den Dank aussprechen im Namen der jungen Menschen, den Dank für Ihr Verständnis. Herzlichsten Dank auch für die sachliche Mitarbeit, die Sie in den ganzen Jahren unter Beweis gestellt haben.

Ich glaube, Ihre Entscheidung, die ihren Niederschlag im Voranschlag 1967 findet, trägt dazu bei, alle Schwierigkeiten den jungen Menschen, die den Willen haben, einen Beruf zu ergreifen, wegzuräumen und ihnen die Aussicht auf eine bessere Zukunft zu geben. Ich danke dem Hohen Haus. (Beifall.)

Präsident: Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Rupert Buchberger: Ich verzichte auf das Schlußwort.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 2 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 3: Kulturwesen:

Berichterstatter ist Abg. Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus! Die Gruppe 3 Kulturwesen ist unterteilt in 6 Abschnitte und 13 Unterabschnitte. Die Einnahmen sind im Voranschlag 1967 mit 2,291.000.— Schilling präliminiert, die Ausgaben mit 66,891.900.— Schilling. Das bedeutet, daß gegenüber dem Vorjahr um 78.000.— Schilling weniger Einnahmen sind, während die Ausgaben um 10,875.300.— Schilling gestiegen sind. Im einzelnen sieht das folgendermaßen aus: Mehrausgaben für 1967 sind vorgesehen bei:

	Schilling
Museen	1,580.200.—
Bibliotheken	617.000.—
Sonstige Wissenschaftspflege	308.000.—
Theater- und Bühnenwesen	2,324.300.—
Musikschulen und Musikpflege	2,932.000.—
Sonstige Kunstpflege	1,123.100.—
Volksbildungsheime für die bäuerliche Jugend	322.600.—
Volksbildungsheime für die kaufmännische und gewerbl. Jugend	95.900.—
Sonstige Volksbildung	975.000.—
Denkmalpflege	248.300.—
Naturschutz	125.000.—
Sonstige Heimatpflege	373.300.—
Archiv	223.900.—

Hohes Haus! Diese Zahlen geben ein stolzes Zeugnis über die große und freiwillige Kulturförderung unseres Landes. Der Abschnitt 3 spiegelt die Zahlen schwarz auf weiß wider und zeigt von einer dynamischen Kulturpolitik. Durch diesen Voranschlag werden zahlreiche Impulse ausgelöst. Die steirische Kulturförderung umspannt einen weiten und großen Bogen und kann als beispielgebend für ganz Österreich angesehen werden. Besonders bedeutend ist die Pflege der steirischen Tradition, unseres Volkstums und die Sicherung steirischer Kulturgüter. Gleichzeitig ist aber auch die Förderung neuer, durch unsere moderne Zeit geschaffene, Kulturausdrucksformen gewährleistet.

Der Finanz-Ausschuß hat die Gruppe 3 Kulturwesen genauest und gewissenhaft durchberaten. Namens dieses Ausschusses stelle ich den Antrag, der Gruppe 3 die Zustimmung zu geben.

2. Präsident Afritsch: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Professor Moser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prof. Dr. Moser: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Dieses Budget wurde hier in diesem Haus mit der grundsätzlichen Erklärung eingebracht, daß sein Hauptzweck ein kräftiger Impuls für die steirische Wirtschaft ist. Wenn man nun zu Gruppe 3 Kulturwesen sprechen soll, dann erhebt sich vorerst die Frage, ob die hier vorgesehenen Ausgaben, die fast durchwegs freiwillige Leistungen des Landes sind, sich in dieses Wirtschaftsstoßbudget einordnen lassen.

Ich möchte daher im Anschluß an die einleitenden Worte des Berichterstatters grundsätzlich feststellen, daß jegliches Wirtschaftswachstum eng an geistiges und kulturelles Wachstum gebunden ist. Einen drastischen Beweis dafür liefern uns die Erfahrungen mit der Entwicklungshilfe in Afrika. Ein unkultivierter Markt bietet für die Produktion wenig Absatzmöglichkeiten. Der Konsum als Selbstzweck ist kein Weg zum Wohlstand und auch kein Ausweg aus einer Krise. Dagegen wecken Bildung und Kultur zahlreiche Wünsche und Bedürfnisse und sind daher in allen ihren indirekten Auswirkungen auch von großer Bedeutung für echtes Wirtschaftswachstum.

Noch etwas. Ohne schöpferische Phantasie wäre eigentlich niemand berufen, im Wirtschaftsleben leitende Positionen zu besetzen. Immer mehr stellt sich heraus, daß schöpferisches Können einem abstrakten Wissen ebenbürtig ist. Wenn wir wünschen, daß sich alle Räder in unserem Land drehen, dann dürfen wir nicht vergessen, daß Kunst und Kultur Voraussetzungen sind, daß es überhaupt Räder gibt und daß sie sich sinnvoll und in der richtigen Weise drehen. Kunst und Kultur bilden daher auch in gewisser Art eine Vorbedingung für eine blühende Wirtschaft. Sie haben es nicht nötig, sich als Bettler vor den Toren des Wohlstandes zu fühlen. Die Existenzberechtigung der Gruppe 3 Kulturwesen wird daher wohl auch in einem Wirtschaftsstoßbudget von niemandem bestritten werden wollen.

Wenn die Politik die Sorge um die allgemeinen Dinge ist, dann ist Kulturpolitik vor allem die Sorge um die Entfaltung und Förderung der geistigen, der sittlichen, der musischen, der schöpferischen Anlagen eines Volkes. In diese Worte hat unser Landeskulturreferent Professor Kören das Ziel der Kulturpolitik gekleidet. Und er hat noch hinzugefügt, daß uns eine zusätzliche Aufgabe erwächst durch die Grenze, an der wir leben, die unser Schicksal war und ist und die uns vor allem die große Pflicht auferlegt, einen Beitrag zur Ordnung in diesem Lebensraum durch eine fruchtbare Begegnung mit unseren Nachbarn zu leisten.

Aus diesem Auftrag der Geschichte hat sich auch der Grundgedanke der Drei-Länder-Aus-

stellung „Trigon“ entwickelt. Ich möchte daher meine Stellungnahme zur Gruppe 3 mit dieser Veranstaltung beginnen, weil sie in eine grundlegende Richtung der steirischen Kulturpolitik weist. Auch im nächsten Jahr wird Graz die Drei-Länder-Ausstellung zu sehen bekommen mit Werken der Gegenwartskunst von Malern und Bildhauern aus den drei beteiligten Staaten Italien, Jugoslawien und Österreich. Es waren über 100.000 Besucher, die im Vorjahr diese Ausstellung besichtigten und zum Teil sich mit ihr aber auch kritisch auseinandergesetzt haben. Vielleicht mag es manchem von Ihnen so ähnlich wie mir ergangen sein, daß Sie verwundert und hilflos vor manchen Exponaten gestanden sind. Sind wir deshalb schon berechtigt, meine Damen und Herren, den Stab über eine ganze Kunst-richtung zu brechen. Geht es uns nicht ähnlich, wenn wir in ein Elektronenmikroskop schauen, in dem sich uns eine völlig neue Welt der molekularen Vorgänge eines Mikrokosmos darbietet, voller Geheimnisse und verwirrender Erscheinungen und doch realistisch, gegenständlich, keine Erfindung des Elektronenmikroskopes, sondern ein unleugbares Abbild der Wirklichkeit. Man könnte dabei ebenso schockiert sein, wie es manche unserer Mitbürger beim Besuch der Trigonausstellung waren. Aber schockiert hat noch zu jeder Zeit das Neue in der Kunst. Freilich, und das muß hinzugefügt werden, hat sich auch, allerdings sehr viel später, herausgestellt, daß nicht alles, was schockiert auch Kunst ist und bald der milden Vergessenheit anheimfällt. Wenn Trigon nun eine Schau einer bestimmten Kunstrichtung des Gegenwartsschaffens aus drei Ländern bieten will, so soll selbstverständlich damit niemand ein Urteil aufgezungen werden. Dafür spricht ja auch, daß zusammen mit Trigon im Vorjahr in einer Ausstellung das Lebenswerk unseres großen steirischen Künstlers, Prof. Fronius, gezeigt wurde. Eine Ausstellung, die allseits größte Beachtung gefunden hat. Es war eine glückliche Idee, diese Ausstellung mit Trigon zu verbinden, eine Idee, die auch in Zukunft zur Ehre anderer steirischer Künstler beibehalten werden soll.

Trigon, und das liegt schon im Namen begründet, will in erster Linie die drei Nachbarn, die in einem gemeinsamen Haus gewohnt haben, daran erinnern, an diese verbindende Idee eines innerösterreichischen Konzeptes, das so klar in der großartigen Ausstellung Graz als Residenz zum Ausdruck gekommen ist. Der Trigon-Gedanke beschränkt sich ja keineswegs auf diese Ausstellung. Er hat längst in anderen Bereichen Wurzeln geschlagen, so in der Wirtschaft etwa in der Grazer Südost-Messe, im Sport, in der Wissenschaft und hat zu dauernden Kontakten geführt. Besonders erfreulich, und das möchte ich hier ein bißchen begründen, ist es aber, daß diese völkerverbindende Idee kräftige Wurzeln in unsere Jugend geschlagen hat. Vom Jugendreferat der Landesregierung eingeladen haben slowenische Jugendchöre Graz und andere Orte besucht. Wenn im Stephaniensaal nach slowenischen Volksliedern überraschend in deutscher

Sprache „Am Brunnen vor dem Tore“ erklungen ist, dann lag darin ein Bekenntnis zur Gemeinsamkeit, die im vollen Stephaniensaal einen Sturm der Begeisterung hervorgerufen hat. Dieselbe Begeisterung, meine Damen und Herren, die unseren Volkstanzgruppen überall in Slowenien entgegengeschlagen ist. Es sei hier an eine Episode im Kohlenbergbauzentrum Zagorje an der Save erinnert. Dort wurde erstmals der Versuch gemacht, unsere steirischen Buben und Mädchen bei slowenischen Familien unterzubringen. Es war ein voller Erfolg und er hat zu einem engen Kontakt zwischen den slowenischen und steirischen Familien geführt. Man war etwas besorgt, wie sich zu dieser Aktion ein dort sehr einflußreicher ehemaliger Partisanenführer stellen würde. Aber er hat ostentativ auch ein österreichisches Kind zu sich eingeladen und dabei erklärt, man möge die Vergangenheit ruhen lassen und an die Zukunft denken. Diesen Grundsatz brachte auch der offizielle Sprecher der slowenischen Regierung bei einem Empfang am Bachern zum Ausdruck, wenn er sagte, es möge hoffentlich bald die Zeit kommen, wo wir alle gemeinsam an einem vereinten Europa bauen können. Oder wie es unser Landeskulturreferent im Festsaal von Marburg bei einem Konzert der Lehrerbildungsanstalt Graz so schön formuliert hat: „Bemühen wir uns alle, daß diese Grenze zu einer blühenden Hecke werde.“ Meine Damen und Herren, es gibt Dinge in der Vergangenheit, die wir bewältigen müssen, aber es gibt auch solche, die wir bewahren wollen, und deshalb ist unsere Jugend bewußt in ihrem steirischen Ehrenkleid nach Slowenien gefahren. Sie hat unsere Volkslieder und unsere Volkstänze gebracht und man hat nicht darauf verzichtet, ihr zu sagen, daß dieses Land auch die Heimat vieler unserer Mitbürger ist, die heute noch an ihr mit Liebe hängen. Dieser fruchtbare Jugendkulturaustausch wird im nächsten Jahr fortgesetzt und auf Kroatien ausgedehnt, mit dessen offiziellen Stellen die Verhandlungen in äußerst freundlicher Form bereits abgeschlossen wurden.

Niemand wird der steirischen Kulturpolitik aber zum Vorwurf machen können, daß sie einseitig orientiert sei. Deshalb sei an dieser Stelle auch an die kulturellen Verbindungen zu Südtirol gedacht. Im Gedenken an Erzherzog Johann, der seine letzte Ruhestätte in Schenna bei Meran gefunden hat, leistet das Land Steiermark zum Bau eines großen modernen Schülerheimes in Meran beachtliche Zuschüsse. Dieses Heim konnte heuer in Anwesenheit des österreichischen Unterrichtsministers eingeweiht werden und wird der steirischen Jugend im Sommer als Herberge zur Verfügung stehen. Auch viele andere Fäden wurden in der letzten Zeit nach Südtirol geknüpft. Mögen sie zu einem immer stärkeren Seil werden und mithelfen, die Unterdrückung dieses Volkes aber auch den sinnlosen Terror zu überwinden.

Aus der steirischen Grenzlage heraus ist es auch zu verstehen, daß sich eine Brücke nach

Norden, nach der durch eine Schandmauer geteilten Stadt Berlin über die Herzen von Kindern gebildet hat. Alljährlich fahren 600 Berliner Burschen und Mädels nach einem gastlichen Sommeraufenthalt in der Steiermark, braungebrannt und gut erholt in ihre Stadt zurück. Der Berliner Oberbürgermeister und jetzige Vizekanzler der Bundesrepublik, Willi Brandt, hat in einer Dankadresse an den Herrn Landeshauptmann mit den Worten höchster Anerkennung im Namen der Stadt Berlin für diese Aktion gedankt und versichert, Berlin werde diesen Freundschaftsdienst dem Lande Steiermark nicht vergessen.

Noch manches andere, zum Beispiel die Fahrten steirischer Jugendgruppen nach West und Ost können hier angeführt werden, um Mißdeutungen des Trigon-Gedankens in Richtung einer Einseitigkeit vorzubeugen. Auch die steirische Akademie, die im kommenden Jahr das achte-mal in Graz veranstaltet wird, steht im Zeichen des alten innerösterreichischen Ordnungsgedankens. Das erfreuliche Echo, das sie auch heuer wieder gefunden hat, mit den Themenkreisen „Schutz des menschlichen Lebensraumes“ und „Deutsche Literatur“ verstärkt den Wunsch nicht nur nach Fortsetzung und Erweiterung. Eine Konzentration der großen kulturellen Ereignisse Steirische Akademie, Trigon-Ausstellung und Sommerspiele im schönen steirischen Herbst wird zweifellos für den Besuch und für die Ausstrahlung dieser wertvollen Veranstaltungen sich günstig auswirken.

Nicht alles, was zur Kulturförderung gehört, ist in die Gruppe 3 einbezogen. Es steht aber eine Ausgabenpost darin und diese wird Ihr Interesse deswegen erwecken, weil sie ein Drittel des Budgetrahmens bildet, nämlich der Zuschuß an die Vereinigten Bühnen. Seit 1950 besteht eine Verwaltungsgemeinschaft des Landes Steiermark mit der Stadt Graz, in die dann auch das Philharmonische Orchester als selbständiger Wirtschaftskörper einbezogen worden ist. Der Vertrag bindet das Land bis zum Jahre 1970 und bis dahin ist auch der Abgang der Bühnen je zur Hälfte von Stadt und Land zu tragen. Der Abgang beläuft sich derzeit auf rund 33 Millionen Schilling. Ihm stehen Einnahmen aus den Eintrittsgeldern in der Höhe von etwa 9 Millionen Schilling gegenüber. Die finanzielle Hauptlast ergibt sich aus den Gehältern für 554 Beschäftigte, von denen 182 zum künstlerischen Personal zu zählen sind und 96 dem Orchester angehören.

Oper und Schauspiel hatten in der letzten Spielzeit bei 613 Aufführungen in Graz und 83 außerhalb von Graz 307.000 zahlende Besucher. Das gibt etwa 30 Schilling im Durchschnitt je Eintrittskarte. Der Meinung, daß zuviel Freikarten ausgegeben würden, möchte ich entgegenhalten, daß nur etwa 9 Prozent Freikarten und weitere 4 Prozent Regiekarten sind. Wenn man nun diesen Zuschuß von Land und Stadt durch die Besucherzahl dividiert, ergibt sich für

1965 der beachtliche Betrag von 86 Schilling, den die öffentliche Hand jedem Besucher unserer beiden Theater dazuzahlt. Dieser hohe Betrag wird sich heuer und nächstes Jahr noch weiter erhöhen. Ich glaube, man sollte unserer Bevölkerung das einmal ganz drastisch vor Augen halten. Dieser Beitrag findet seine Berechtigung wohl nur dann, wenn die steirische Bevölkerung von dem Angebot der Kunst in Oper und Schauspiel reichen Gebrauch macht und wenn somit ein echtes Kulturbedürfnis befriedigt werden kann. Wenn die Besucherzahl aber weiter zurückgeht, dann wird der Zeitpunkt kommen, wo man mit Recht fragen wird, ob so hohe Zuschüsse noch sinnvoll sind, ja ob sie nicht die Möglichkeiten der Vertragspartner übersteigen. Es muß daher mehr als bisher getan werden, das Interesse an unseren Bühnen zu verstärken und im Zusammenwirken mit den großen Publikumsorganisationen Theatergemeinschaft und Theaterring die Besucherzahl wieder ansteigen zu lassen. Vielleicht würde auch eine stärkere Belebung der Laienspielbewegung in und außerhalb der Schule dazu führen, die Theaterfreudigkeit besonders bei der Jugend zu heben.

Man wird aber auch, und das sei hier offen gesagt, den Herren Intendanten ersuchen müssen, einen besseren Kontakt zur Grazer Bevölkerung herzustellen. Dies kann in Graz wirklich nicht allzu schwer sein, weil die Bevölkerung schon immer theaterfreundlich war. In der Monarchie neben Wien, Prag und Budapest hat nur das Grazer Opernhaus Rang und Namen gehabt. Man wird den Herrn Intendanten auch dringend ersuchen müssen, daß er ein besseres Verhältnis zu den Kulturredaktionen unserer Zeitungen herstellt. Man wird ihn weiters dringend ersuchen müssen, daß er bei der Programmauswahl mehr als bisher Rücksicht auf das Publikum und vor allem auf die theaterfreudige Jugend nimmt. Bei aller Bejahung des Experiments auf der Bühne muß man einsehen, daß der normal empfindende Zuschauer nur ungern nach dem Besuch des Theaters sich von perver-sen Alpträumen plagen läßt. Die Jugend möchte gerne Vorstellungen haben, die sie ohne Scham vor den Eltern besuchen kann. Auf vielen Weltbühnen hat man den Klassiker wieder entdeckt und die Folge waren zur Überraschung volle Häuser.

Ob sich die Kosten für das Theater senken lassen, mit dieser Frage befaßt sich derzeit ein Rationalisierungsausschuß des Theatererhalterverbandes. Vermutlich aber ohne Ergebnis, wenn man nicht gleichzeitig eine Senkung des Niveaus herbeiführen will, was einen weiteren Besucherrückgang zur Folge hätte. Man soll daher einen energischen Vorstoß beim Bund nicht weiter aufschieben. Bei aller Anerkennung der kulturellen Repräsentationsverpflichtungen in der Bundeshauptstadt Wien ist es ein krasses Mißverhältnis, wenn der Bund für seine Staatstheater 370 Millionen Schilling ausgibt, während er für alle Theater in den Bundesländern

zusammen 19 Millionen Schilling zur Verfügung stellt. Das bundesstaatliche Prinzip muß endlich auch auf dem Theatersektor zum Durchbruch kommen. (Abg. Leitner: „Wie steht es da mit dem Föderalismus des Herrn Unterrichtsministers?“ — Landeshauptmann Krainer: „Ein guter Föderalismus!“)

Freilich, meine Damen und Herren, man wird sich auch für das Theater nicht alles von der öffentlichen Hand erwarten dürfen. Neben der Steigerung der Besucherziffern erscheint mir die Aktivierung eines privaten Mäzenatentums nicht aussichtslos. Die Grazer Bevölkerung hat für den Neubau des Schauspielhauses beachtliche finanzielle Opfer gebracht. Es wäre denkbar, daß die erfolgreichen Bemühungen des Vereines zur Rettung des Schauspielhauses unter der Führung des Präsidenten Reininghaus fortgesetzt werden, jetzt aber mit dem Ziel, zur Erhaltung unserer Bühnen beizutragen. Ein Blick in die Vereinigten Staaten zeigt uns, daß es dort zahlreiche Theater gibt, die weitgehend aus privaten Mitteln, Stiftungen und Spenden finanziert werden. Diese Ausführungen zur Lage unserer Vereinigten Bühnen sollen aber nicht abgeschlossen werden, ohne ein klares Bekenntnis zum Theater. Niemand, vor allem nicht unsere theaterliebende Jugend denkt daran, um des schönen Mammons willen oder vielleicht wegen des Fernsehens auf die Bretter, die die Welt bedeuten, zu verzichten. Aber gerade deshalb müssen wir bereit sein, für den Bestand unserer Oper und unseres Schauspielhauses gelegentlich ein Opfer zu verlangen und zu bringen und uns gemeinsam darum zu bemühen, daß die öffentliche Hand nicht überfordert wird.

Im Rahmen der Gruppe 3 gibt es noch andere bedeutende Anliegen zu erfüllen, die nicht zugunsten der Vereinigten Bühnen zurückgestellt werden dürfen. Lassen Sie mich noch einige davon herausheben. Aus dem Abschnitt Musikpflege sei besonders auf die Bedeutung unseres Musikschulwerkes hingewiesen, das in Steiermark vorbildlich für ganz Österreich entwickelt worden ist. An 34 Volksmusikschulen werden rund 7000 Schüler unterrichtet. Leider reichen die finanziellen Mittel nicht aus für eine gute Bezahlung der Lehrer an den Volksmusikschulen, so daß bereits ein fühlbarer Mangel an fachlich geeigneten Lehrkräften zu verzeichnen ist. Die Landesmusikschule in Graz wiederum kämpft mit großer Raumnot und damit im Zusammenhang steht der Neubau der Musikakademie, von dem allerdings kein Fortschritt zu vermelden ist, obwohl sich der Herr Landesmusikdirektor mit seiner ihm eigenen Vitalität und Zähigkeit bei den zuständigen Stellen darum bemüht.

Besondere Aufmerksamkeit verdient auch ein hervorragendes Kulturinstitut, unser eigenes Kind, die Landesbibliothek. Unter den 45 österreichischen Bibliotheken ist sie nach der Nationalbibliothek und den drei Universitätsbibliotheken die fünfgrößte in Österreich mit einem

Bestand von einer halben Million Bänden. Wenn die Landesbibliothek allerdings ihre Bildungsfunktion zeitgemäß erfüllen soll, dann muß sie ihren Bestand systematisch vermehren können. Während sich die Österreichische Nationalbibliothek jährlich 40.000 neue Bände leisten kann, bei der Grazer Universitätsbibliothek sind es 20.000, brachte es unsere Landesbibliothek einschließlich der Geschenke, Legate und Ablieferungen nur auf 5.000 Bände. Hier bestehen aber nicht nur finanzielle Probleme, sondern auch ein schwieriges Raumproblem.

Ein weiteres Anliegen ist die Vollendung des Freilichtmuseums, in dem bisher 8 Objekte aufgestellt werden konnten, während 4 noch im Gelände gelagert sind. Ich hatte Gelegenheit, heuer in Bukarest das bisher in seiner Art einzigartige Freilichtmuseum zu besuchen, das schon aus dem Jahre 1936 stammt und in dem auch Bauernhöfe aus den volksdeutschen Gebieten Rumäniens ihren Platz gefunden haben. Diese ständige Freilichtausstellung gehört zu den größten Attraktionen der rumänischen Hauptstadt und wird allen Fremden gezeigt. Und so ist wohl anzunehmen, daß unser Freilichtmuseum, das in Mitteleuropa einmalig ist, ebenfalls eine große Anziehung auf den Fremdenstrom ausüben wird.

Mannigfach sind die Fäden, die von der Gruppe Kulturwesen gerade zum Fremdenverkehr gehen. In diese Richtung wirkt auch die Förderung der wissenschaftlichen Kongresse, die in immer größerer Zahl in die Steiermark verlegt werden. Ich denke da an die hochaktuelle Woche der Kernphysiker, den Kongreß für Datenverarbeitung oder an den Kongreß, der sich mit dem Elektroheilschlaf in Anerkennung der wissenschaftlichen Forschungsergebnisse in Graz befaßt hat, und es wäre nicht ausgeschlossen, daß unsere Fremdenverkehrswerbung einmal den Slogan verwenden können wird: „Komm in die Steiermark, hier schläfst Du dich gesund“. Bemerkenswert ist auch, daß die Wissenschaftler aus aller Welt es sehr gerne haben, wenn ihnen im Rahmenprogramm ein steirischer Abend geboten wird. Sie freuen sich herzlich darüber, was bei uns noch an echtem Brauchtum lebt und gepflegt wird. Groß war z. B. die Begeisterung, die auf dem sonst sehr nüchternen Mathematikerkongreß entfacht werden konnte. Oder bei den Studenten der Stanford Universität aus Kalifornien, die für ein halbes Jahr in ihrer Außenstelle am Semmering studieren und die vom Landesjugendreferat kürzlich nach Graz eingeladen worden sind. Spontan äußerten sie den Wunsch, unsere schönen Volkstänze auch lernen zu können und so findet in Mürrzuslag ein eigener Volkstanzkurs für die amerikanischen Studentinnen und Studenten statt. Es ist überhaupt erfreulich, daß das Interesse bei der Jugend für den Volkstanz wächst. Vom Landesjugendreferat konnten heuer in Stadt und Land über 60 Volkstanzkurse betreut werden. Hier bleibt, meine Damen und Herren, ein Erbe lebendig, dessen Verlust uns viel ärmer machen

würde und um welches uns viele Länder beneiden.

Aber noch einmal zurück zu den Kongressen. Graz hat zweifellos als Kongreßstadt eine Zukunft. Es ist daher besonders erfreulich, daß erstmals im Budget ein Betrag zur Sanierung der Grazer Altstadt in der Höhe von 1 Million Schilling untergebracht werden konnte. Denn die Fremden interessieren sich ja besonders für das alte Graz. Diese Subventionspost geht auf eine Rede des Abgeordneten Vizebürgermeisters Stöffler während der vorjährigen Budgetdebatte hier im Hause zurück, womit wieder einmal der Beweis erbracht wurde, daß die Reden zum Landesbudget nicht unbedingt wirkungslos sein müssen.

Die aus aller Welt nach Steiermark kommenden Gäste sind auch eifrige Besucher mannigfacher Ausstellungen. Über 47.000 Menschen haben die einmalige Schau „Der steirische Bauer“ gesehen, in der die Leistung und das Schicksal des Bauernstandes von der Steinzeit bis zur Gegenwart in großartiger Weise dargestellt worden ist. (Beifall.) Wenn man bedenkt, daß hungerrnde Massen vor den Toren Europas stehen und auf Brot warten, dann war die Ausstellung auch eine ernste Mahnung, auf einen gesunden Bauernstand und auf eine leistungsfähige Agrarwirtschaft bedacht zu sein. (Abg. Karl Lackner: „Die Bauern danken dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren!“) Über 45.000 Besucher fanden sich in diesem Jahr im Jagdmuseum ein und 150.000 waren es, die unser herrliches Schloß Eggenberg besucht haben, dessen Wiederherstellung vom Landtag in einer Zeit beschlossen wurde, die noch weit von unserem Wohlstand entfernt war. Die Neue Galerie konnte in 23 Ausstellungen 20.700 Menschen anlocken, das Zeughaus besuchten in diesem Jahr 18.500 Personen. Aber auch das von Menschenballungen abseits gelegene Schloßmuseum Trautenfels brachte es auf 12.000 Besucher. Und unsere zahlreichen Heimatmuseen bieten auch unseren Sommergästen eine willkommene Bereicherung ihres Urlaubes. Erfreulich wäre es, wenn die Grazer Bevölkerung mehr Interesse für die wertvollen Sammlungen unseres Joanneums aufbringen könnte.

In der Gruppe 3 befinden sich auch namhafte Förderungsbeiträge für die freien Kulturorganisationen, wie das steirische Volksbildungswerk, die katholischen und evangelischen Bildungseinrichtungen, die Volkshochschule, das Stadtpark-Forum nebst einer großen Anzahl von Vereinen, die sich um den kulturellen Reichtum unseres Heimatlandes redlich bemühen. In ihrer kulturellen Tätigkeit, die in dankenswerter Weise von den Städten und Gemeinden unterstützt wird, liegt ein besonderer Schwerpunkt der Kulturpolitik. In einem demokratischen System hält sich nämlich die Regierung fern von jedem Kulturdirigismus. Sie hütet sich, den Menschen vorzuschreiben, was sie für schön zu halten haben und was für wahr zu gelten hat.

Das Schöne und Wahre muß sich selbst durchsetzen und das Bemühen darum ist eigentlich das, was wir Kultur nennen. Dieses Bemühen nach besten Kräften zu unterstützen, den Menschen zu helfen, ihre schöpferischen Kräfte in reichem Maß zu entfalten, gehört zu den vornehmsten Aufgaben eines demokratischen Landes. Und daher darf es auch — wie der steirische Landeskulturreferent schon bei seinem Amtsantritt im Jahre 1957 betont hat — keine schwarze Kulturpolitik, aber auch keine rote oder blaue geben, sondern nur eine weiß-grüne zum Wohle des Landes Steiermark. Der reiche Ertrag des steirischen Kulturkonzeptes, das weit über unser Bundesland hinaus Beachtung und Anerkennung gefunden hat, berechtigt zur Fortsetzung des eingeschlagenen Weges, auf dem wohl jeder, der sich diesem Land verbunden fühlt, mitgehen kann. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Hans Groß das Wort.

Abg. Hans Groß: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es wurde heute hier schon betont, daß die Ansätze in der Gruppe 3 „Kulturwesen“ ganz beträchtlich erhöht wurden und zwar von 56 Millionen Schilling auf 67 Millionen Schilling. Ich möchte das gleich zu Beginn meiner Ausführungen mit besonderer Befriedigung feststellen. Es gibt allerdings in diesem Abschnitt 3 einige Unterabschnitte und Budgetposten, mit denen ich mich etwas näher und teilweise auch kritisch auseinandersetzen möchte. Es wurde hier von meinem sehr verehrten Vorredner, Herrn Abg. Prof. Dr. Moser schon festgestellt, daß uns die Erhaltung der Vereinigten Bühnen ziemlich viel Sorgen bereitet. So hat das Land Steiermark im Jahre 1967 einen Betrag von rund 16 Millionen Schilling zuschießen müssen. Hier ist jene Summe nicht eingerechnet von über 3,5 Millionen Schilling, die wir darüber hinaus noch für das Philharmonische Orchester aufbringen müssen. Diese Ausgabenpost bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine neuerliche Steigerung und zwar um 2 Millionen Schilling.

Dazu kommt noch ein Betrag von rund 20 Millionen Schilling, den die Stadt Graz für die Erhaltung unserer Bühnen bereitstellt. Diese Zahlen zeigen sehr eindringlich, welche Bedeutung das Land und die Stadtgemeinde Graz diesen Kulturstätten beimessen. Allerdings ist die Bereitschaft des Bundes zur Förderung unserer Theater nicht annähernd in diesem Ausmaß vorhanden. Während für die Bundestheater 1967, auch das wurde hier bereits betont, ein Betrag von weit über 300 Millionen Schilling bereitgestellt wird, werden die Landestheater in den Bundesländern so wie bisher nur 19 Millionen Schilling erhalten. Davon entfallen rund 5 Millionen Schilling auf die Vereinigten Bühnen in Graz. Das ist ein Betrag, der nicht annähernd der Struktur unseres Landes sowohl in kultureller als auch in finanzieller Hinsicht entspricht. Wenn wir bedenken, daß die Budgetmittel des

Bundes von allen Österreichern gemeinsam aufgebracht werden, dann kann man es einfach nicht zur Kenntnis nehmen, daß rund 95 Prozent der Theatersubventionen für die Bundestheater aufgewendet werden. Dies auch dann nicht, wenn man mit aller Toleranz bereit sein sollte, der Bundeshauptstadt Wien einen gewissen Vorrang in ihren Verpflichtungen auf diesem Gebiet einzuräumen. Dem Steiermärkischen Landtag liegt auch in diesem Jahr wieder eine Resolution zur Beschlußfassung vor, in der eine Änderung des bestehenden Zustandes zugunsten der Ländertheater gefordert wird. Diese Resolution, glaube ich, wird allerdings nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn wir uns entschließen, wirklich alle unsere Möglichkeiten, auch die persönlichen Möglichkeiten — denn unser Unterrichtsminister ist ein Steirer — zur Durchsetzung dieser Forderung voll und ganz ausschöpfen.

Damit meine ich auch, daß der Landtag und die Landesregierung diese Frage nicht von der Tagesordnung nehmen dürfen, solange der Bund bei seiner durch nichts zu begründenden Haltung in der Aufteilung dieser Mittel bleibt.

Ich glaube, daß wir hier als Steirer eine besondere Verpflichtung gegenüber den anderen Länderbühnen haben, weil wir im Rahmen dieser Theater seit eh und je eine führende Stellung eingenommen haben und auch der wesentlichste Nachwuchs für die Bundestheater ja aus Graz kommt.

Allerdings, so glaube ich, werden durch eine stärkere Dotierung unserer Theater durch den Bund nicht jene Probleme gelöst, die uns hier oft Sorgen bereiten. Die Spielzeit 1965/66 hat einen, wenn auch nicht erheblichen Rückgang der Theaterbesucher gebracht. Wir wissen, daß dies keine Grazer oder österreichische Erscheinung ist, sondern daß von diesem Besucherrückgang z. B. auch deutsche Bühnen erfaßt werden. Über die Ursachen dieser Erscheinung gehen die Meinungen sehr weit auseinander. Während die einen das Fernsehen für diesen Zustand verantwortlich machen, sagen die anderen der Spielplan und die mangelnde Werbung seien schuld an dieser Entwicklung. Sicherlich trifft von allem ein wenig zu. Wir sollten nicht übersehen, daß wir heute in einer ausgesprochenen Konsumgesellschaft leben, in der eine oft sehr gewissenlose Reklame Wünsche erweckt, eine Reklame in der die Werte der Kultur, ob wir es zur Kenntnis nehmen wollen oder nicht, manches von ihrer Anziehungskraft verloren haben. Dies gilt auch für das Theater. Wobei vielleicht nicht jedem Besucher klar ist, daß er ja eigentlich nur 20 Prozent der echten Kosten der Aufführung bezahlt, das heißt daß jede Eintrittskarte mit 80 Prozent subventioniert wird. Ich glaube, wir alle müssen unsere Anstrengungen, die Menschen in das Theater zu bringen und ihnen dabei ein echtes Kulturerlebnis zu vermitteln, verstärken.

In diesem Zusammenhang ist es sicherlich bedauerlich, daß die Gastspiele der Vereinigten Bühnen in den steirischen Bezirken eingeschränkt wurden, vor allem deshalb, weil wir dort noch ein großes Reservoir von theaterbegeisterten Menschen vorfinden, die früher oder später selbstverständlich auch zu Aufführungen nach Graz kommen.

Einige Institutionen tun auf diesem Gebiet sehr viel. Ich darf erwähnen, daß die steirische Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbund im Jahre 1965 fast 30.000 Arbeitnehmern aus den steirischen Bezirken Theaterbesuche in Graz ermöglicht bzw. vermittelt haben.

Der Steiermärkische Landtag wird sich im Rahmen seiner diesjährigen Budgetdebatte auch mit einem Antrag zu beschäftigen haben, in dem angeregt wird, die Verlegung der Grazer Sommerspiele in den Herbst und ihre Koordinierung mit der steirischen Akademie zu prüfen. Man wird diese Frage mit aller Sorgfalt beraten müssen, wobei die Interessen des Publikums sowie der Künstler geradeso berücksichtigt werden sollen, wie der bisherige Charakter der Sommerspiele überhaupt. Ich will damit sagen, daß man auf die natürliche Kulisse unserer Sommerspiele wie den Burggarten, das Schloß Eggenberg, den Landhaushof und die Schloßbergbühne nicht im vorhinein verzichten soll, weil gerade sie diese Festspiele besonders anziehend machen.

Ich hatte im letzten Jahr Gelegenheit in diesem Hohen Haus über Fragen der Forschung und der Wissenschaft zu sprechen, denen die Bundesregierung zumindest in ihren Erklärungen einen gewissen Vorrang vor anderen Problemen einräumen will. Wenn ich sage „zumindest in Erklärungen“, dann meine ich damit jene 12 Millionen Schilling, die im Jahre 1967 zusätzlich für die Forschung zur Verfügung gestellt werden. In der Öffentlichkeit operiert man damit, indem man sagt, dieses Forschungsetat wurde um 50 Prozent aufgestockt. Diese 50 Prozent sind aber eben nur 12 Millionen Schilling, weil im Vorjahr auf dem Sektor der Forschung 12 Millionen Schilling, auf dem Sektor Unterricht 12 Millionen Schilling — zusammen 24 Millionen Schilling — zur Verfügung gestellt wurden. Ich glaube, wir werden durch diese Aufstockung von 12 Millionen Schilling nicht jene internationale Statistik, die nachweist, daß Österreich derzeit nur jährlich 0,4 Prozent des Bruttonationalproduktes für Forschungszwecke verwendet, wesentlich verbessern können. Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, daß der durchschnittliche Forschungsaufwand in den westeuropäischen Staaten bei 2,5 Prozent liegt. Dazu kommt noch, daß die für diesen Sektor zur Verfügung gestellten Mittel nicht immer sehr rationell eingesetzt werden und die Schaffung eines österreichischen Forschungsrates mit öffentlich rechtlichem Status, der planend und koordinierend wirken sollte, bis heute nicht möglich gewesen ist. Die Versäumnisse auf die-

sem Gebiet beginnen sich heute bereits sehr negativ auszuwirken und sie werden sich bei einer eventuellen Assoziierung Österreichs mit der EWG noch viel deutlicher zeigen.

Ich möchte hier noch etwas erwähnen, was bei uns in seiner vollen Tragweite oft nicht richtig eingeschätzt wird. Immer häufiger siedeln sich in letzter Zeit, vor allem in Westeuropa, ausländische Unternehmungen an. Fast alle bringen sie ihre Spitzenkräfte, Betriebsmanager und wissenschaftliches Personal aus ihrem Heimatland mit. Was wir dazu beisteuern, sind gewöhnlich minderqualifizierte Arbeitskräfte. Das ist eine Entwicklung, die äußerst bedenklich ist und die uns zeigt, wie sehr wir bisher unsere eigenen Bildungsmöglichkeiten und Begabungen vernachlässigt haben. Wir überlassen die Förderung der Erwachsenenbildung und auch weitestgehend ihre Finanzierung Verbänden oder anderen Vereinigungen, obwohl gerade dieser Sektor der Bildungsarbeit für die kulturelle und geistige Entwicklung unseres Landes von besonderer Bedeutung ist. Eine äußerst wichtige Funktion hat die freie Erwachsenenbildung heute in der Verwirklichung eines zweiten Bildungsweges. Trotz der Möglichkeiten der neuen Schulgesetze werden nicht alle Begabungen rechtzeitig den Weg zu einem höheren Studium finden. Dies gilt sowohl für Talente in abgelegenen Tälern, als auch für sich später entwickelnde Begabungen. Der zweite Bildungsweg z. B. durch die Arbeitermittelschule reicht hier nicht annähernd aus. Das heißt, daß wir im Rahmen der Volkshochschule Voraussetzungen schaffen müssen, damit wir den einzelnen z. B. auf die Berufsreifeprüfung vorbereiten und ihm damit die Möglichkeit geben, auch ohne Absolvierung einer Mittelschule eine Hochschule zu besuchen.

Daß die Volksbildung in Österreich noch immer mit Einkommens- und Umsatzsteuer belastet wird, teilweise sogar mit Vergnügungssteuer, gehört zu unseren besonderen Novitäten. Lassen Sie mich abschließend noch einiges Grundsätzliches feststellen und ich möchte hier Wilhelm Röpke zitieren, der sagt: „Die Unkritischen begreifen nicht, wo den Menschen der Schuh drückt, trotz gekachelter Badezimmer, Asphaltstraßen und Fernsehapparate. Sie können nicht umhin, auf Schritt und Tritt festzustellen, daß Unzufriedenheit und Unbehagen nur noch mehr mit der Fülle der Güter zu wachsen scheinen, die auf materiellen Genuß berechnet sind und im umgekehrten Verhältnis zu dem Glück stehen, das man sich von ihnen erwartet. Aber sie sind außerstande, die tieferen Gründe dieser scheinbaren Paradoxie zu verstehen.“ Uns Kritischen, wenn ich das so sagen darf, wird aber diese Erkenntnis nur weiterhelfen, wenn wir dort, wo es nützt, auch zur Umkehr bereit sind. Nicht die Negation der Persönlichkeit, sondern die Aktivierung der schöpferischen, zur Persönlichkeit führenden Kräfte sind die Schlüssel zu einer glücklichen Zukunft. Die heutige Konsumgesellschaft muß durch eine

echte Bildungsgesellschaft abgelöst werden, in der auch das Außergewöhnliche und Eigenwillige Platz hat, und nicht geringschätzig abgetan wird, wie das heute oft noch passiert. Es gibt keine Massenbildung, meine Damen und Herren, das ist ein Schlagwort, wohl aber eine Bildung für alle, vorausgesetzt, daß die erforderlichen Mittel aufgebracht werden und die Massenmedien Presse, Rundfunk und Fernsehen ihre Dienste anbieten. Halten wir uns bei allen unseren Bemühungen auf dem Gebiet der Kultur vielleicht an den Philosophen Gabriel Marcel, der sagt: „Nur der Einzelmensch, oder besser gesagt, die Person ist erziehbar, sonst ist überall nur Raum für eine Dressur.“ (Beifall.)

Präsident: Frau Abg. Prof. Hartwig hat das Wort. Ich erteile es ihr.

Abg. Prof. Hartwig: Hohes Haus! Es fällt nicht ganz leicht, jetzt zu einem Einzelthema aus der Gruppe Kultur zu sprechen. Trotzdem möchte ich mich ein wenig mit den Museen befassen. Unser Sprachgebrauch, das heißt also die Art, wie wir ein Wort verwenden, zeigt manchmal mehr von unserer Einstellung zu irgendwelchen Dingen, als uns eigentlich lieb ist. Wenn wir eine Sache für überholt, für nicht mehr brauchbar, für ausrangiert halten, dann sagen wir, das ist ja museumsreif. Dabei wissen wir aber jetzt bewußt doch sehr genau, daß in unseren Museen echte Schätze liegen, sehr oft Schätze nicht nur im ideellen, sondern auch im materiellen Sinn. Wir alle, ich meine jetzt alle Steirer, sind doch natürlich stolz auf unser Joanneum. Aber wir haben soviel Hochachtung, eine solche fast heilige Scheu vor diesen Kulturstätten, daß wir dann manchmal gar nicht hineingehen. Das scheint mir also der falsche Weg zu sein. Wir hätten uns zu überlegen, wie wir diese Diskrepanz zwischen unserem Sprachgebrauch und unserem besseren Wissen ausmerzen oder überbrücken könnten. Was also könnte geschehen, um den Besuch unserer Museen zu steigern?

Ich habe mir die Zahlen angeschaut und ich muß sagen, eine Ausnahme bildet sicherlich das Schloßmuseum Eggenberg, das tatsächlich mehr als 10 Prozent des Aufwandes, den es verursacht, durch die Eintrittsgebühr wieder hereinbringt. Beim Joanneum steht es schon sehr viel schlechter. Dort gibt es Gesamtausgaben — und ich hoffe, jetzt stimmen die Zahlen — von über 9 Millionen und Erlöse aus Eintrittsgebühren von 95.000 Schilling. Es hat sich mir dabei — und wahrscheinlich ist das jetzt sehr ketzerisch — die Frage aufgedrängt, ob man nicht vielleicht versuchen sollte, wenigstens eine Zeitlang das zu tun, was in Amerika geschieht, nämlich die Eintrittsgebühr überhaupt aufzuheben. In Amerika, ich habe das allerdings nicht selbst beobachtet, aber ich habe das von mehreren Leuten, die es gesehen haben, gehört, sind die Museen tatsächlich voll, ich weiß natürlich nicht, ob der freie Eintritt der Grund ist, aber man könnte es vielleicht einmal versuchen. Ich glaube auch, daß nicht genug ist, was die Schu-

len auf diesem Gebiet ja tatsächlich leisten, aber ich möchte doch sagen, es scheint mir so, daß die Schulen nicht sehr oft in der Lage sind, den Museumsbesuch organisch in den Unterricht einzubauen, weil das aus zeitlichen Gründen sehr oft gar nicht geht. Ich kann ja nicht für eine Stunde, die noch dazu, wie bei uns, 45 Minuten hat, ins Museum gehen, denn die Lehrer der anderen Fächer haben keine Freude, wenn man ihnen sagt, man möchte ihre Stunden haben dafür. Das ist also schwierig. Außerdem, die Lehrer werden es mir bestätigen, sind Museumsbesuche sehr beliebte Ausweichveranstaltungen für verregnete Wandertage. Ob das das Richtige ist, weiß ich nicht, trotzdem, die Schulen gehen ja vielfach und viel hinein. Die Schüler werden oft hingeführt, aber, es ist natürlich so, daß vor allem für die Schüler der Pflichtschulen im großen und ganzen doch wohl gilt, daß diese Besuche sie manchmal eben doch überfordern, sie sind in einem Alter, in dem die Aufnahmefähigkeit für diese Dinge vielleicht nicht immer groß genug ist. Wir müßten versuchen, das Interesse der älteren und reiferen Jugend viel stärker zu wecken, als das bisher geschieht.

In den Museen liegen doch sehr viele Dinge, die auf die Schaulust wirken. Wir klagen oft darüber, daß die Menschen so sehr vom rein Optischen her beeinflusbar sind. Vielleicht könnten wir hier diesen Nachteil zum Vorteil wenden und im positiven Sinn ausnützen. Ich glaube, daß man nicht einfach dabei bleiben kann, die Schätze der Museen dort zu hüten, vielleicht könnte man versuchen, manchmal geschickt ausgewählte Gegenstände auch aus dem Museum heraus, vielleicht einmal an Arbeitsstätten, in Fabrikshallen zu bringen. Ich weiß, wenn dies nun ein Kustos unserer Sammlungen hört, läuft ihm ein Schreckensschauer über den Rücken, und ich kann das sogar bis zu einem gewissen Grad auch verstehen, aber man könnte es vielleicht doch überlegen, es ist ja mehr eine Frage der Organisation und es wäre vielleicht möglich. Wenn die Menschen nicht genug ins Museum kommen, müßte man versuchen, das Museum zu ihnen zu bringen. Das würde sich für beide Teile glaube ich lohnen, wenn ich auch hier nicht an klingenden Lohn denke. Natürlich ist das eine schwierige Erziehungsarbeit, aber welche kulturelle Tätigkeit ist das eigentlich nicht? Ich glaube, daß dieser Weg auch deshalb vielleicht zielführend wäre oder sein könnte, weil wir doch beobachten können, daß an und für sich Ausstellungen meist besser besucht sind. Ausstellungen, die ja schließlich auch aus den Museen ihre Exponate nehmen. Es mag bei den Ausstellungen zum Beispiel auch mitwirken, daß sie zeitlich irgendwie begrenzt sind. Ich weiß, ich muß innerhalb dieser 4 Wochen hingehen, wenn ich es mir anschauen will. Das Museum ist immer da, ich kann also hingehen, wann ich will, wenn ich will und das führt dann eben manchmal dazu, daß ich eben gar nicht hingeh. Es ist einmal so, daß ein gewisser Druck von der zeitlichen Seite her da vielleicht ganz gut wirkt.

Ich möchte, gerade weil ich das selbst auch beobachtet habe, etwa darauf hinweisen, daß die große und großartige Ausstellung „Der steirische Bauer“ auch von der Besucherzahl her sicherlich ein Erfolg gewesen ist. Ein Erfolg gewesen ist deshalb, weil sehr viele Dinge ausgestellt waren, die nicht nur dem Wissenschaftler etwas bedeuteten. Es waren doch Gegenstände zu sehen, die von einfachen Menschen hergestellt worden sind und daher auch durchaus einfache Menschen angesprochen haben. Auch jemand, der gar nichts von Volkskunde oder überhaupt von wissenschaftlicher Sammlertätigkeit versteht, hat in dieser Ausstellung mit persönlichem Gewinn sich über diese Dinge informieren können. Er konnte an den schwierigeren Tabellen und Landkarten und diesen mehr theoretischen Dingen vorbeigehen. Ich selbst war mit einer 4. Klasse dort und habe mir anfangs gedacht, mit einer 4. Klasse werde es schwierig sein. Ich habe dann die Kinder, nur von bestimmten Kojen natürlich — wenn ich so sagen darf, fast nicht weggebracht. Vor allem von dort, wo ländliche Häuslichkeit gezeigt wurde und es war eine wirkliche Freude auch für mich, zu sehen, wie geschickt und wie aufmerksam diese Kinder Schlüsse von der Vergangenheit auf die Gegenwart gezogen haben.

Ich glaube, daß der Wert eines Museumsbesuches ja auch in solchen zeitlichen Bezogenheiten liegen muß.

Ich möchte auf eine zweite Ausstellung, auf die der Herr Abgeordnete Prof. Moser auch schon eingegangen ist, noch kurz zu sprechen kommen. Auf die Trigon-Ausstellung. Wir alle wissen, daß Ausstellungen moderner Kunst immer noch umstritten sind, daß also auch diese Ausstellung zum Teil der Kritik begegnete. Kritik in dem Sinn, daß die Menschen sagen: Was ist denn das? Das soll Kunst sein? Ich habe nichts davon! Ich verstehe es nicht! Es sagt mir nichts! Das ist das Urteil über die moderne Kunst überhaupt. Es ist ein berechtigtes Urteil. Ich verstehe auch nichts von der modernen Bildhauerei z. B. oder vieles davon kann ich nicht verstehen. Ich glaube aber, daß es nicht genug ist, zu sagen, „wir verstehen es nicht“. Man sagt sehr häufig, der Künstler ist seiner Zeit voraus. Er kann daher von seinen Zeitgenossen vielfach nicht verstanden werden. Es gibt genug Beispiele aus der Kunst und Literatur, die man anführen könnte, bei denen diese Auffassung stimmt. Wir vergleichen oft die moderne Plastik vor allem, das gilt aber auch für die anderen Künste, z. B. die Malerei und bis zu einem gewissen Grad auch für die Literatur, mit der sogenannten primitiven Kunst. Es gibt oft überraschende Ähnlichkeiten. Wenn wir glauben, daß die Kunst ihrer Zeit voraus ist oder der Künstler in seinen Werken seiner Zeit voraus ist, dann scheint mir, daß wir diese Kunst als eine vielleicht bestürzende oder erschreckende Vision sehen könnten oder müssen, die eine Entwicklung vorausnimmt, an deren Ende der Rest der Menschheit, den es dann vielleicht noch geben

wird, Lebensbedingungen vorfinden würde, die den Lebensbedingungen der Primitiven entsprechen oder ihnen gleich sind. Ich glaube, es war Albert Einstein, der gesagt hat: „Ich weiß nicht, mit welchen Mitteln die Menschheit ihren nächsten Krieg führen wird, aber ich weiß, mit welchen den übernächsten; nämlich mit Pfeil und Bogen.“

Wenn wir sagen wollen, daß die moderne Kunst von der Gegenwart nicht verstanden wird, weil sie eine Zukunft aufzeigt, — wobei ich gar nicht werten möchte; ich weiß, daß nicht die Zeitgenossen beurteilen was bleibt und was nicht bleibt, das entscheidet immer die Nachwelt — dann glaube ich, hätten wir daraus zu lernen. Wenn es überhaupt ein Mittel gibt, die Menschheit vor diesem Weg ins Verderben noch abzuhalten, kann es nur das sein, daß wir auf allen Gebieten versuchen, die Seite des menschlichen Innenlebens auszubilden, die einer Entwicklung entgegenwirkt, an deren Ende das steht, was man als primitiv bezeichnet. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident: Abgeordneter Dipl.-Ing. DDr. Götz hat das Wort. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Alexander Götz: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zu einem besonderen Punkt dieser Gruppe zu sprechen kommen. Zu einem Punkt, der vielleicht einen Übergang von der Gruppe 2 zur Gruppe 3 darstellt, die Wissenschaftspflege.

Es ist gestern meiner eben jetzt verehrten Vorrednerin, Frau Abgeordnete Hartwig, gelungen, die Frage der Bildung und Ausbildung, die ja einen Großteil der Diskussionsbeiträge zur Gruppe 2 gefüllt haben, vom humanistischen Standpunkt aus zu beleuchten und die Frage zu stellen, ob es notwendig sei, Bildung und Ausbildung gewissermaßen als gängigen, modernen, notwendigen Massenkonsumartikel darzustellen. Weiters, ob es notwendig sei, in die Rentabilitätsberechnungen, in die Frage der Rationalisierung, in die Frage der Wirtschaftlichkeit auf den verschiedensten Gebieten nun auch eine neue Größe einzusetzen, die Größe erhöhter Bildung und Ausbildung; mit der Zielrichtung, mit der Zweckbestimmung eben, besser zu wirtschaften, besser zu produzieren oder besser bestimmte Gerätschaften und Maschinen bedienen zu können.

Ich glaube, es ist zu wenig zum Ausdruck gekommen, daß Bildung vielleicht die einzige Waffe des einzelnen zu seiner persönlichen Freiheit darstellt. In einer Zeit, wo Geschmack moderne Auffassungsrichtung nicht nur im künstlerischen Bereich, sondern weit in alle Tagesgewohnheiten hineinreichend, eben auch ein Massengeschmack, ein oktroyierter Geschmack, eine oktroyierte Einstellung und Stellung zu den einzelnen Dingen geworden ist. Sich hier die Entscheidungsfreiheit zu bewahren, bedeutet letztlich, zuerst zu einer solchen Entschei-

dung die Möglichkeit zu haben. Das heißt man braucht eben die Ausbildung, um vernünftig, unpersönlich und unbeeinflusst Stellung beziehen zu können.

Ich glaube, daß man noch etwas dazu sagen kann. Nachdem mehrmals, auch in der gestrigen Debatte die Frage aufgeworfen wurde, ob wir denn mit den technischen Errungenschaften tatsächlich zu Rande kommen können. Auf der einen Seite begrüßt, auf der anderen bedrohend, so steht uns die Technik gegenüber. Aber die Technik ist ja letztlich der Ausfluß von Forschung und geistiger Potenz unserer Zeit. Wenn ich das so ausdrücken darf, in ihrer Anwendung ist die Technik wertfrei. Welchen Wert sie zugeordnet bekommt, das liegt an den Menschen, die mit der Atomkraft etwa Versorgungsbetriebe einrichten können, aber die ebensogut Atombomben herstellen können.

Ich meine also, daß auch von diesem Gesichtspunkt der Beherrschung der Technik her, die Frage der nicht nur wirtschaftlich gebundenen Bildung, sondern, wenn Sie wollen, der zweckfreien, der nicht bestimmten Bildung eine wesentliche, vielleicht eine der wesentlichsten Fragen unserer Zeit ist. Und ich darf Ihnen nun an einem ganz konkreten Beispiel und auch an einem ganz konkreten Anliegen einige Tatsachen vor Augen führen. Anliegen, die vielleicht meine Damen und Herren, in einem Resolutionsantrag einen Niederschlag hätten finden können, falls sie im Finanz-Ausschuß Unterstützung gefunden hätten. Ich glaube nur, daß das, ohne allen übrigen Resolutionsanträgen irgendwie nahe treten zu wollen — ich kenne das Schicksal auch mancher derartiger Anträge — die in einem Konvolut, in einem Bündel von Wünschen und Anträgen eingemauert, eben vielleicht nicht in jener Form wirksam geworden sind, wie das gewünscht wurde.

Meine Damen und Herren! In der gesamten Welt, aber auch besonders in den Industriestaaten fehlen Führungskräfte in Verwaltung, Technik und Wirtschaft. Das ist ein Faktum, über das glaube ich kaum diskutiert werden braucht, es ist eine Tatsache, die Sie in den europäischen Ländern genauso feststellen wie in den außereuropäischen Nachbarstaaten beobachten können.

Eine zweite Tatsache, ich glaube, es war der Kollege Schaller, der darauf zu sprechen kam in seinen gestrigen Ausführungen, ist die, daß mit dem Begriff und mit dem Wort Entwicklungshilfe sehr viel emotionelle falsche Vorstellungen verbunden sind, ich weiß, daß viele da an das berühmte goldene Bett einer Negerfürstin denken, das durch einige illustrierte Zeitungen gegangen ist, ich weiß, daß verschiedene Luxusfahrzeuge hier als Beweis genommen werden, um Zweck und Aufgabe dieser Entwicklungshilfe ad absurdum zu führen. Meine Damen und Herren, ich glaube aber, daß man doch eines nicht übersehen darf, vielleicht gerade zu

einem Zeitpunkt nicht übersehen darf, wo bekanntermaßen die sogenannten roten Garden in China ihre Kultur und nicht nur Kulturrevolution weitertragen, wie es so schön heißt, daß man doch nicht übersehen darf, daß es unsere Aufgabe sein muß und wenn ich meine unsere, natürlich nicht des steirischen Landtages, nicht Österreichs allein, sondern aller Industriestaaten, wenn ich damit einen gewissen Lebensstandard zum Ausdruck bringen will, daß es doch Aufgabe sein muß, jenen Völkern und jenen Ländern glaubhaft zu machen, daß auf evolutionärem Wege eine Angleichung an andere Lebensverhältnisse möglich ist. Denn vergessen Sie nicht, daß dort der Drang und der Wunsch zur Revolution bestehen bleibt, wo es einfach unverständlich ist, auf einem anderen, als auf dem Wege der Gewalt die Differenzen im Lebensstandard, in Lebenshaltung, in Lebensführung, in Lebensaussichten beseitigen zu können. Und wenn man nun von diesem Gesichtspunkt aus die Frage Entwicklungshilfe mit der Betonung auf jeden Teil dieses Wortes ansieht, dann glaube ich, daß diese Entwicklungshilfe ein entscheidendes Problem für alle Industriestaaten nicht nur heute ist, sondern bereits in den vergangenen Jahren war und in den künftigen und kommenden Jahren und Jahrzehnten im steigenden Maße sein wird. Das ist der zweite Tatbestand. Der dritte Tatbestand ist der, daß ich nicht der Meinung bin, daß eine solche Hilfe sich in den Bahnen von Lebensmittellieferungen oder Geldzuwendungen — auch hier schließe ich an die Worte des Herrn Kollegen Schaller an — beschränken darf, sondern daß doch in dem Kreis der möglichen Helfenden jeder das zu geben hätte, was er zu geben in der Lage ist, um Hilfe zu leisten, das heißt, daß aber ein Staat wie Österreich doch nicht der Meinung sein kann und darf, daß man mit einigen 100 Millionen Schilling, die aus dem ganzen Bundesbereich vielleicht für eine solche Hilfe aufgewendet werden könnten, wirklich Hilfe erbringen kann. Und wenn man die Tradition und vielleicht sogar den geschichtlichen Auftrag dieses Staates Österreich ansieht, dann sieht man doch auch, daß etwa unsere Hilfe dort darin bestehen könnte, sagen wir von der geistigen Atmosphäre, nicht nur von der Bildung in den Schulen aber vielleicht auch davon, etwas abgeben zu können und vielleicht auch etwas von jener Erfahrung, die in Jahrhunderten gewachsen ist im Umgang und im Zusammenleben mit anderen Völkern. Das ist die dritte Grundtatsache. Die vierte, die dazukommt, ist bekannt, daß wir vielleicht gerade als neutraler Staat und als nicht ehemalige Kolonialmacht viel eher in der Lage sind, hier helfend einzugreifen und auch als Helfer willkommen zu sein, als dies anderen Staaten möglich ist. Nun, scheinbar eine fünfte Tatsache, die damit gar nicht im Zusammenhang steht, aber sie gehört doch dazu. Die Tatsache, daß eine neue Hochschule in Linz entstanden ist, daß die Ausweitungen der Hochschulen in Salzburg und Innsbruck im Laufen sind und daß von einer neuen Hochschule in Klagenfurt gesprochen wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte ganz offen sagen und zwar deshalb, weil man diese Meinung, glaube ich, selten hört, ich persönlich bin durchaus nicht glücklich darüber. Ich bin nicht glücklich darüber, nicht weil ich nicht der Meinung bin, daß wir möglichst noch und noch solche Ausbildungsstätten bekommen sollen, aber weil jedoch die Frage auftaucht, wenn man Jahre hindurch etwa anläßlich der Rektors-Inaugurationen auf den Grazer Hochschulen immer wieder die nachgewiesene Klage aus berufenem Munde gehört hat, daß die Aufwendungen, die notwendig wären, um die Hochschulen wirklich mit all dem auszustatten, was sie für ihre Forschungs- und Lehrtätigkeit brauchen, daß diese Aufwendungen in der Größenordnung einer Zehnerpotenz liegen und wenn ich mich nun damit auseinandersetzen muß, daß ein im wesentlichen nicht gestiegenes, ich bitte, mich nicht falsch zu verstehen, nicht gestiegen, sagen wir angesichts der erhöhten Aufwendungen ein nicht gestiegenes Budget für die Hochschulen, noch einfach auf mehr verteilt werden muß, dann ist das Ergebnis, daß wir bestehende Hochschulen nicht in jener Form ausstatten, auch finanziell ausstatten können, wie dies wünschenswert wäre, daß also die Neugründungen der Hochschulen zu Lasten der bestehenden hohen Lehranstalten geht. Und das ist der Grund, warum ich nicht glücklich bin über das Ausweiten und Entstehen neuer Hochschulen, die ja letztlich — das bitte ich nicht zu übersehen, wie etwa, wenn man die Linzer Hochschule nimmt, durch eine Zusammenarbeit der Stadt Linz mit dem Land Oberösterreich entstanden, und die nunmehr als ständige und fühlbare finanzielle Belastung dem Bund anheimfallen werden.

Was hat nun in einer solchen Situation die Steiermark und hier insbesondere Graz mit seinen drei Hochschulen für Aufgaben und was für Sorgen entstehen. Etwa die Sorge, daß bei dieser Neuverteilung der Steiermark und Graz jenes attraktive Anhängsel, das ist jetzt sehr depektierlich ausgedrückt, fehlt, daß uns bei Neuaufwendungen auch berechtigt, mit den neuen Hochschulen wie Linz unsere Forderungen, unsere notwendigen Forderungen an den Bund zu stellen. Ich glaube daher, wenn man diese 6 Grundtatsachen, die scheinbar nicht zusammenhängen, doch zusammenhängt, dann kommt man zu folgendem Ergebnis.

Wir haben zwar in Graz, das darf ich noch einschalten, etwa mit den vier kooperativen Instituten unserer Hochschulen schon Institute geschaffen in Zusammenarbeit mit den Lehrkanzeln von Technik und Universität. Ich glaube, daß es durchaus vertretbar, ja sogar zwingend notwendig wäre mitzutun und zwar in der Form, daß es uns, wie ich das bereits im Vorjahr im Rahmen meiner Generaldebatte anklagen habe lassen, möglich sein müßte, in Graz ein Ausbildungszentrum im europäischen Raum zu schaffen und zwar in der Form eines Institutes in engster Verbindung mit den Hochschulen. Dieses europäische Ausbildungszentrum könnte

viergliedrig sein, weil es in seinem Aufbau etwa Fontainebleau entsprechen könnte oder der Böntzgen-Stiftung in Westdeutschland, wo mit einer Kurstätigkeit gewisse Spezialwissen vermittelt werden. Das wäre vielleicht der am wenigsten interessante, aber auch der notwendigste Teil der Aufgabe.

Zweitens wäre es möglich, auf der Ebene der Handelsakademie auf der einen Seite oder der Baufachschule auf der anderen Seite, also der mittleren Lehranstalten, eine Ausbildung für Kräfte aus den Entwicklungsländern zu schaffen, für Menschen, die dort in Verwaltung und Technik vielleicht noch mehr abgehen als ausgebildete Akademiker und zwar gerade auf der Ebene der Reifeprüfung der Handelsakademie und der Baufachschule. Das wäre die zweite Stufe.

Die dritte Stufe würde auf der Ebene eines abgeschlossenen Hochschulstudiums die Möglichkeit bieten, schon bei den Lehrplänen, die heute auf der Technik und Universität bestehen, das Wirtschaftsingenieurstudium zu erweitern und zwar um einige verwaltungsrechtliche Gegenstände, um völkerrechtliche Fragen und unter Umständen auch um ein Sprachstudium. Es würde sich die Möglichkeit ergeben, einen Werde- und Ausbildungsgang eines Akademikers zu schaffen, der in der Verwaltung und in der Technik, also auch auf dem technischen Gebiet der Verwaltung einen gewissen europäischen und außereuropäischen Ausbildungsgang hier in Graz absolvieren könnte.

Nun zur vierten und letzten Stufe. Ich will jetzt nicht, weil das ein gutes Werbemittel ist, von der „Superhochschule“ sprechen. Aber es wäre durchaus möglich, ich habe Fontainebleau angeführt, auch hier einen Ausbildungsgang vorzusehen, der grundsätzlich bereits absolvierte Akademiker erfaßt und ihnen spezielles, besonders gediegenes Wissen vermittelt. Wenn Sie Gelegenheit hatten oder haben, einmal bei den drei europäischen Gemeinschaften die Vertreter Frankreichs kennenzulernen, die fast durchwegs diese Superhochschule Fontainebleau absolviert haben und dort feststellten, wie 29jährige, 30- und 35jährige Generaldirektoren werden und zwar nicht nur wegen der dominierenden politischen Rolle Frankreichs etwa in der EWG, bei Euratom oder bei der Montan-Union, sondern wegen der außerordentlichen Leistungsfähigkeit dieser Menschen, wegen ihrer außerordentlich soliden Ausbildung, wegen ihres außerordentlich hohen Wissens um ihre politisch dominierende Rolle, das sie auch noch durch die dorthin entsandten Fachleute auf jeder fachlichen Ebene außerordentlich ausgeweitet haben, dann glaube ich, kann man einer solchen Überlegung mit gutem Gewissen nähertreten und die Frage stellen: Ist es nicht in unsere Hand gelegt, auch hier auf einem traditionsreichen Hochschulboden in Österreich, speziell in Graz, eine solche Ausbildungsstätte zu schaffen, die auf der einen Seite unsere geistige Entwicklungshilfe in Form

einer solchen Bildungsstätte für Menschen aus den Entwicklungsländern, die andererseits eine Weiter- und besonders hervorzuhebende Bildung für Führungskräfte aus allen Bereichen des sehr weit verzweigten Wirtschaftslebens heranbilden soll? Die Voraussetzungen dafür, ich habe Ihnen beileibe nicht alle, aber die wesentlichsten genannt, sind meines Erachtens im weitesten Maß gegeben. Der Bedarf dafür, fragen Sie, wo immer Sie wollen in Europa, ist ebenso im entscheidenden Ausmaß gegeben. Es käme darauf an, in einem Gemeinschaftswerk zwischen den Grazer Hochschulen, zwischen der Stadtgemeinde Graz, dem Land und natürlich dem Bund eine solche Ausbildungsstätte zu schaffen.

Ich habe diese Überlegungen bereits vor längerer Zeit den Rektoren der steirischen Hochschulen, mit Ausnahme der Musikakademie natürlich, vorgetragen. Ich habe mit Politikern anderer Fraktionen und ich habe mit Herren der Wirtschaft über diese Frage gesprochen. Vor allem aus dem Gesichtswinkel, daß ja letzten Endes mit Jänner des nächsten Jahres die neue Möglichkeit geboten ist, Förderungsmittel steuermäßig abzusetzen bis zu einem Ausmaß von 2,5 Prozent, wenn sie den Zwecken der Hochschulen, Wissenschaft und Forschung zugeführt werden. Ich glaube, wenn man hier zwischen steirischer Wirtschaft, der Stadt Graz, dem Land Steiermark und dem Bund sowie zwischen Interessenten, die weit über Österreich hinausreichen, zu einer gemeinsamen, sehr zielbewußten und auch sehr wesentlichen Maßnahme finden könnte, wäre dies nicht nur zu begrüßen, sondern mit allen Kräften zu unterstützen.

Wenn wir immer wieder darüber klagen, daß die geographische und die verkehrspolitische Lage der Steiermark und insbesondere der steirischen Landeshauptstadt keine glückliche ist, dann dürfen wir eines nicht vergessen, wir können Flugverbindungen unterstützen, wir können Autobahnen bauen, aber wir können doch nicht daran glauben, daß wir nun geographisch entscheidend etwas ändern können. Vor allem dort meine ich geographisch, wo die Außenpolitik mitbestimmend für diese Geographie ist, wenn Sie mir dieses Beispiel gestatten. Aber wir können sehr wohl die geistigen Grenzen versetzen durch das Ausstrahlende dieser Stadt, der Menschen dieser Stadt und der besonderen Lehrkräfte, die hier tätig sind. Diese Grenzen zu versetzen würde bedeuten, wenigstens auf dem geistigen Gebiet Graz und die Steiermark mehr als bisher aus ihrer Randlage in das Zentrum europäischen Geistes einordnen zu können.

Ich werde mir erlauben, in einer der nächsten Landtagsitzungen zu dieser Frage einen konkreten Antrag auf Grund meiner heutigen Wortmeldung einzubringen. Ich möchte ihn bewußt außerhalb des Budgets bringen. Ich möchte Sie schon heute bitten, sich mit diesen Überlegungen zu beschäftigen und möchte Sie schon heute bitten, sie zu unterstützen. (Beifall.)

Präsident Dr. Kaan: Zum Worte gemeldet hat sich Herr Abg. Klauser, ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Klauser: Hohes Häus! Meine Damen und Herren! Ein paar Bemerkungen, um nicht zu sagen das Klagelied eines Bürgermeisters zur Frage der Musikschulen. Wir haben in der Steiermark mit der Neugründung in Stainz nunmehr 33. Ich glaube, ich kann als bekannt voraussetzen, welche Opfer die Gemeinden hier zugunsten der Musikkenntnis, der Liebe und Pflege der Musik in unserem Lande erbringen. Leider finden aber die Träger dieser Schulen nicht jenes Ausmaß an Unterstützung, das ihren dauernden Bestand auch wirklich gewährleisten könnte. Die Belastungen, die mit ihrem Betrieb verbunden sind, nehmen in einem Ausmaß zu, daß die Trägergemeinden auf die Dauer nicht in der Lage sein werden, für den Abgang im bisherigen Umfang aufzukommen. Ich muß auch darauf hinweisen, daß meiner Meinung nach, weder das Land und schon gar nicht der Bund hier in ausreichendem Maß helfen.

Wenn wir die Budgetposten der Unterabschnitte 323 bis 325 betrachten, so fällt auf, daß der weitaus überwiegende Anteil der dort vorgesehenen Förderungsmittel auf die Landeshauptstadt konzentriert ist und das übrige Land eigentlich sehr schlecht abschneidet. Ich will gar nicht darauf näher eingehen, daß der Zuschuß für die Vereinigten Bühnen, aber auch für den Musikverein praktisch nur einem sehr kleinen Kreis von Interessenten zugute kommt, wenngleich ich die Notwendigkeit der Unterstützung dieser Einrichtungen anerkenne. Ich möchte aber doch hervorheben, daß das Land beispielsweise für die Landesmusikschule in Graz allein 5.753.100 Schilling ausgibt, denen Einnahmen von nur 911.800 Schilling gegenüberstehen, so daß sich ein Abgang von 4.841.100 Schilling ergibt, während die 33 Volksmusikschulen insgesamt vom Land 2.9 Millionen Schilling an Zuschüssen für den Personalaufwand und 580.000 Schilling an Förderungsmitteln für den Sachaufwand erhalten, wozu lediglich noch 75.000 Schilling an Zuschüssen für die Fortbildung und Fachtagungen der Leiter und Lehrkräfte kommen. Das ergibt eine durchschnittliche Förderung von 108.000 Schilling für die einzelne Musikschule, welchem Betrag ein durchschnittlicher Nettoabgang der Musikschulen von etwa 250.000 Schilling im einzelnen Fall gegenübersteht. Seit Jahren wird daher auch die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung der Musikschulen erhoben, die umso dringender erscheint, als der Bund nunmehr bekanntlich auf der Einhebung der Umsatzsteuer für die Einnahmen der Musikschulen besteht, was eine weitere, nicht unbeträchtliche Belastung mit sich bringt. Die gesetzliche Regelung müßte zumindest zwei Mindestforderungen erfüllen. Erstens eben durch die Einbeziehung der Führung der Musikschulen in den Bereich der Hoheitsverwaltung die Möglichkeit zu schaffen, daß wir um die Umsatzsteuerpflicht herumkommen, zweitens aber vor allem, den Trägergemeinden die Möglichkeit zu geben, Kopfquo-

tenbeiträge von den anderen Gemeinden für jene Schüler einzuheben, die von auswärts die Musikschulen in den Trägergemeinden besuchen. Heute stehen wir nämlich immer wieder vor der Unmöglichkeit, die Belastungen auch auf jene Gemeinden zu verteilen, aus denen diese Schüler kommen, so daß dies praktisch auf eine Subventionierung des ganzen Bezirkes durch die Trägergemeinden hinausläuft. Diese Forderung scheint auch deswegen zumutbar, weil aus den einzelnen umliegenden Gemeinden nicht so viele Schüler in die Musikschulen kommen, daß diese Belastungen nicht tragbar wären. Wir haben immer wieder gerügt, meine Damen und Herren und das soeben gehört, daß der Bund sich auf die Förderung der Bundestheater in Wien beschränkt und nicht bereit ist, den Landestheatern entsprechende Zuschüsse zu gewähren. Ich muß aber feststellen, daß für das Verhältnis in der Steiermark von Landesmusikschule zu Volksmusikschule bzw. für das Verhältnis der Förderung kultureller Einrichtungen auf dem Land und in der Landeshauptstadt ähnliche Mißstände bestehen. Vielleicht wäre es möglich, anläßlich einer gesetzlichen Regelung für die Musikschulen nicht nur diese Frage zu lösen, sondern auch beim Bund zu erreichen, daß auch er zur Erhaltung von Musikschulen etwas beiträgt, damit diese kulturellen Einrichtungen am Leben erhalten bleiben können.

Ich schließe daher mit der Bitte an den zuständigen Referenten, uns nicht nur mit Richtlinien zu unterstützen, die die Führung der Schulen und die Einstufung der Lehrkräfte betreffen, sondern uns auch eine breitere finanzielle und vor allem eine gesetzliche Basis für die Erhaltung der Musikschulen zu verschaffen. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile der Frau Abg. Lendl das Wort. Als nächster Redner ist vorgemerkt Herr Karl Lackner.

Abg. Hella Lendl: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Meine Fraktionskollegin hat bereits über die Museen gesprochen und betont, daß sie verschiedenartigen Charakter haben und daß sie künstlerisches und wertvolles Gut beinhalten. Und seit zwei Monaten haben wir in der Steiermark ein Museum und zwar das größte Wintersportmuseum von Mitteleuropa, das in Mürzzuschlag in einem alten Hammerherrenhaus, welches unter Denkmalschutz steht, untergebracht ist. Das Haus mußte vom Keller bis zum Dachboden renoviert und umgestaltet werden, damit die 15.000 sehenswerten Stücke aus 15 Ländern untergebracht werden konnten. Und das Prunkstück dieser Sammlung sind Skier aus Schweden, die in einem Moor gefunden wurden und deren Alter auf 4 bis 5.000 Jahre geschätzt wird. Es sind alle Entwicklungsstadien der Skier vom Beginn des Skisportes bis zur heutigen modernen Ausführung. Daneben gibt es ungefähr 600 Skibindungen, von der einfachsten Riemenbindung bis zur Automatik. Und neben Schneeschuhen und Skiern aus anderen Epochen ist auch

der französische Siegerski von Portillo zu sehen. Auch die Entwicklung des Eissportes und des Skibobs ist ausführlich dargestellt. Neben ausgefallenen Schlittschuhen sind alle Arten Eisstöcke vorhanden. Pferdeschlitten in Originalgröße bis zur zusammenlegbaren Rodel finden wir in diesem Museum. Es ist daher dieses Museum weit über die Grenzen unseres Heimatlandes bekannt, da einzelne Stücke zu Ausstellungen in Berlin, ja sogar in Japan zur Verfügung gestellt wurden und es hat auch Amerika Interesse an einzelnen Stücken für eine Ausstellung.

Der Leiter des Holmenkollen-Museums, der bei der Museumseröffnung anwesend war, hat gesagt, daß dieses Museum alle Erwartungen übertrifft und das norwegische Wintersportmuseum an die Größe und an die Vielfältigkeit des Wintersportmuseums in Mürzzuschlag nicht heranreicht.

Im gleichen Haus ist aber auch das Heimatmuseum untergebracht und einige Räume füllen die Originale der Berechnungen, der Zeichnungen und der Modelle der Turbine des in Mürzzuschlag geborenen Viktor Kaplan. Unter anderem ist aber auch das Gesellenstück des Schneiders Peter Rosegger zu sehen und auch die letzte Schrift dieses großen Heimatdichters ist im Besitz dieses Museums. Johannes Brahms hat Jahre der Erholung in Mürzzuschlag verbracht und das Klavier, auf dem er Teile seiner vierten Symphonie komponierte, gehört ebenfalls zum Inventar dieses Museums. Aber auch eine im Original erhaltene Rauchküche und eine Schmiede sind im Keller dieses Hammerherrenhauses untergebracht und viele andere sehenswerte Stücke. Das Museum ist nicht nur für die Wintersportfreunde eine wahre Fundgrube und interessant, es ist vor allem für unsere Jugend und für die Schulen ein wertvoller und lehrreicher Anschauungsunterricht. Und dieses Museum wird dazu beitragen, daß so mancher Ausländer, der nach Österreich kommt, auch den Weg oder vielleicht den Umweg in die Steiermark macht, um dieses Museum zu besuchen. Die Erhaltung dieses Museums verursacht der Stadtgemeinde hohe Kosten und ich möchte daher den zuständigen Referenten bitten, daß zur Instandhaltung und zur Führung dieses Heimat- und Wintersportmuseums, vom Land Mittel zur Verfügung gestellt werden, da es nicht nur ein Mürzzuschlager, sondern ein steirisches Museum ist. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Karl Lackner das Wort. Als nächster Redner ist vorgemerkt Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Fuchs.

Abg. Karl Lackner: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Gruppe 3, Kultur, sind auch die Unterabschnitte Volksbildung, Denkmalpflege und Naturschutz verankert. Gerade wir als Österreicher und im besonderen als Steirer, die wir auf eine so reiche Tradition und Geschichte zurückblicken dürfen, sind geradezu

verpflichtet, soviel als nur möglich Kapital für diese Unterabschnitte zur Verfügung zu stellen. In einer Zeit, wo es uns besser oder sagen wir gut geht, ist vielleicht die Gefahr am größten, diese Werte nicht nur zu vernachlässigen, sondern sie vielleicht sogar zu verlieren. Es ist einmal ein Kapitel, das unser Millionenbudget nicht berührt. Wir brauchen nur geistiges Kapital, um diese Werte nicht nur zu erhalten, sondern für unsere Zukunft weiterzutragen.

Das Kapitel Volksbildung ist so weitläufig, daß man nicht weiß, wo man anfangen soll. Der Herr Landeshauptmann Krainer wäre dazu vielleicht viel besser geeignet. Er wird später darüber sprechen. Ich möchte nun von meinem Gesichtspunkt aus ein paar Gedanken bringen.

Ich möchte dort anfangen, wo der Abgeordnete Scheer zum Teil aufgehört hat. Er hat in der Gruppe 2 über das Problem Fernsehen gesprochen und hat Beispiele gebracht, wieviel Prozent Kinder dieses Fernsehprogramm bis Mitternacht anschauen. Er hat gesagt, es ist erschütternd. Viel erschütternder liebe Freunde ist es, daß wir so verantwortungslose Eltern haben, die es überhaupt zulassen, daß die Kinder solange das Fernsehen anschauen. Dort beginnt die Vergiftung der Volksseele und die Vernachlässigung der Volksbildung. Volksbildung ist Charaktersache. Die erste Bildungsstätte ist das Elternhaus. Wenn die Kinderseele vergiftet ist mit dem Mist, der oft verzapft wird im Fernsehen, dann müssen wir offen sagen, daß diese Kinder mit diesem geistigen Gut nicht mehr in der Lage sein werden, die Geschicke unserer Heimat weiterzuführen. Es ist daher unsere vornehme Aufgabe, alles zu tun. Ich getraue mir als Vater von sechs Kindern zu sagen, daß es für diese Menschen, die so wenig Verfügungsgewalt über ihre Kinder haben, besser wäre, wenn sie keine Kinder hätten. Da wäre es besser, wenn sie einen Dackel hätten, wie der Herr Abgeordnete Scheer gesagt hat, dem kann nichts passieren, wenn er unter dem Diwan liegt.

Die erste Bildungsstätte ist das Elternhaus und in der weiteren Folge die Schule. Die besten Lehrer würden nichts nützen, wenn wir nicht als Eltern mit unserem Beispiel dazu beitragen würden, daß aus den Kindern etwas wird. In der weiteren Folge ist es die Kirche und wir alle zusammen. Unsere Jugend wird so sein, wie wir ihr das Beispiel geben. Nicht besser und nicht schlechter.

Die ganze Volksbildung ist ein bißchen krank. Es ist notwendig, daß wir sehr darauf achten, daß sie wieder gesund wird. Wo ist die Zeit, wo in der Familie das Volkslied, die Hausmusik gepflegt worden ist? Es gibt das da und dort noch. In der Regel ist es heute aber so, daß wir das nicht mehr brauchen. Wir drehen das Radio auf und können den ganzen Tag Musik hören. Wo sind die Zeiten, wo die Eltern aus einem Buch eine Geschichte vorgelesen haben. Bei der Bäuerin ist das heute nicht mehr möglich, weil

sie keine Zeit hat, aber das muß auch noch besser werden. Es sind da die ganze Familie und die Kinder zusammengesessen und haben zugehört. Die Kinder haben die erste Vorstellung über die Geschichte unserer Heimat bekommen. Heute haben wir so nette Illustrierte, daß einem mitten im Winter kalt wird, wenn man schon auf dem Titelblatt die halbnackten Frauen sieht. Das ist das, was uns heute für die Volksbildung serviert wird. (Heiterkeit — Zwischenruf: „Da müßte Ihnen eigentlich warm werden!“) Mir wird kalt, wenn ich eine halbnackte Frau im Winter sehe.

Warum ins Theater gehen? Das Kino ist viel lebendiger, bequemer und interessanter; vom Fernsehen haben wir schon gesprochen. Ich habe keinen Fernsehapparat, weil das bei uns nicht möglich ist. Ich habe vor kurzem gehört, daß man sehen konnte, wie einer jemanden mit einem Messer umgebracht hat. Da kann man den Mord in Reinkultur erleben und das wird unserem Volk serviert. Es ist Charakter-sache. Es schadet nicht, wenn das da ist. Aber es wird von uns abhängen, ob wir den Mut haben, uns dagegen zu wehren und das abzustellen und zu trachten, daß wir dem Guten, was unsere Kultur erhält, den Vorrang geben.

Mit der Denkmalpflege ist es auch oft ein bißchen schlecht bestellt. Es wird darauf los gebaut, so kreuz und quer. Inzwischen fällt wieder irgendwo ein Bau plötzlich zusammen, weil man keine Zeit hat nachzudenken. Auf der anderen Seite müssen wir Gesetze schaffen, daß die Fassaden und Städte so erhalten werden, wie sie sind. Es müßte doch selbstverständlich sein, daß diese Bauten und Denkmäler erhalten bleiben, die uns die großen Geister der vergangenen Zeit geschenkt haben.

Vom Naturschutz könnte man Lieder singen. Es fängt damit an, wenn unsere geschätzten Gäste von der Stadt aufs Land kommen. Wir freuen uns darüber. Es lebe der Fremdenverkehr. Aber was die unterwegs auf unseren schönen Wiesen und Äckern für eine Unordnung hinterlassen! Die Konservendosen und Papierfetzen liegen kreuz und quer durch die Gegend. Dort fängt der Naturschutz an bis zu den bedauerlichen Hochwasserkatastrophen, die auch durch entsprechende Naturschutzmaßnahmen wenigstens zum Teil eingedämmt werden konnten. Darüber hat der Abgeordnete Zinkanell gestern sehr deutlich gesprochen. Dazu kommt noch die Erhaltung und Gestaltung unserer Heimat überhaupt. In unsere Inseln der Ruhe, Naturschutzparks und Seenlandschaften werden solche Häuser, Bungalows heißen sie, hineingebaut, die oft so ausschauen, als wenn man mit einem Steireranzug geht und einen Zylinderhut auf hat. (Beifall und Gelächter.) Es ist wahrlich so und man muß es mit der Angst zu tun bekommen, wenn man die ganzen Dinge sieht, die uns der Wohlstand bringt. Auch das, liebe Freunde des steirischen Landtages, ist eine Sache der verantwortungsbewußten Steirer. Da müssen wir Ordnung schaffen und zwar sehr hart.

Tun wir einen Blick in die Schweiz. Das kleine Ländle ist beispielgebend was Volksbildung, Volksbrauch und Naturschutz betrifft. Was die Schweizer können, das müssen wir Steirer schon lange können. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Fuchs das Wort. Als nächster Redner ist vorgemerkt, Herr Abgeordneter Scheer.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Es ist in der Debatte zu dem Kapitel bereits zweimal über die Theater die Rede gewesen. Ich glaube, daß das in Anbetracht der hohen Voranschlagssumme durchaus gerechtfertigt ist, wenn noch einmal über dieses Kapitel etwas gesprochen wird. Die 15,8 Millionen Schilling, die im heurigen Jahr als Zuschuß für die Vereinigten Bühnen veranschlagt sind, sind wieder um 2,3 Millionen Schilling über dem Ansatz des vergangenen Jahres. Dazu kommt noch der Zuschuß für das Orchester und die Grazer Sommerspiele. Diese Summe ist bereits fünfmal so hoch, als der zuerst im Jahre 1950 vorgesehene Betrag, der anlässlich der Zusammenlegung des Landestheaters mit den Städtischen Bühnen, wie sie damals noch hießen, vorgesehen werden mußte. Es ist klar, daß sich die Bühnen nicht selbst erhalten werden. Es ist ein Thema, über das zu reden gewisse Gefahren in sich birgt, wenn man nicht als einer hingestellt werden will, der sich vielleicht anmaßt, mit dem Rechenschieber oder mit dem Maßstab die Kunst messen zu wollen, oder der vielleicht versuchen möchte, das Programm des Theaters von der Registrierkasse aus zu gestalten. Dennoch ist es in Anbetracht der Tradition der Stadt Graz als Theaterstadt und in Anbetracht des großen Interesses, das sich immer wieder in der Bevölkerung zeigt, wenn es um die Erhaltung der Bühnen geht, doch notwendig, noch einiges darüber zu sagen. Es wäre zweckmäßig, wenn die Verantwortlichen sich darüber Gedanken machen würden, was die Bevölkerung will und wie das Theater zu gestalten wäre, um hier mehr den Wünschen der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Es hat zu allen Zeiten Mäzene gegeben, die großzügig und ohne eigenes Gewinnstreben die Kunst gefördert haben, die sich aber bei aller künstlerischen Freiheit, die man dem Künstler zweifelsohne lassen muß, doch einen gewissen Einfluß und eine gewisse Einflußnahme auf die Kunst gesichert haben und dies nicht immer zum Nachteil der Kunst. Es ist selbstverständlich, daß ein Intendant gewisse künstlerische Freiheiten haben muß, um wirklich schöpferisch arbeiten zu können. Es ist aber genau so gut möglich, dem Intendanten einen Rahmen zu geben, in dem er sich zu bewegen hat und diesen Rahmen auch laufend mit ihm zu besprechen und zu erarbeiten. Es wird vielleicht zuviel bei uns experimentiert und vielleicht haben wir zusehr Gewicht gelegt auf Veranstaltungen, die unter ein gewisses Motto gestellt werden, ein Motto, das aber von den Besuchern durchaus nicht als notwendig oder zweckmäßig

empfunden wird, das uns vielleicht positive Kritiken in ausländischen Zeitungen eingebracht hat, das aber nicht den Erfolg gehabt hat, nämlich Auswärtige, von Ausländern will ich nicht reden, nur Auswärtige zu den Grazer Sommerspielen zu bringen.

Es war heute die Rede davon, daß möglicherweise Fernsehen und das Kino hier als Konkurrenzunternehmen dem Theater Schwierigkeiten bereiten. Meine Damen und Herren, es ist nun einmal so, daß eben Institute wie Fernsehen und Kino über ganz andere Möglichkeiten hinsichtlich der Ausstattungen verfügen als ein Theater. Und es wäre daher zweckmäßig, wenn sich das Theater auf die Bereiche konzentrieren würde, in denen es wirklich Kulturarbeit zu leisten imstande ist. Vielleicht ist es nicht zweckmäßig, Operetten zu bringen, die eine enorme Ausstattung verlangen, die wir uns doch nicht leisten können. Und es ist eine Erfahrung, die nicht nur auf den Grazer Bühnen gemacht wurde, sondern die auch für deutsche Bühnen und für Bühnen anderer Länder gilt, daß nämlich die Klassiker, das Spielen der klassischen Opern und Theaterliteratur die größten Laufzeiten und die größten Besucherzahlen mit sich bringen. Es wäre hier sicher die Anregung zu geben, daß man sich doch etwas mehr auch der beliebten und bekannten Literatur erinnern sollte. Vielleicht sind jedoch vom Ensemble her und von der Qualität desselben schon Grenzen gesetzt worden, denn wir haben in letzter Zeit im zunehmenden Maße mit kleineren Stücken und auch mit sehr problematischen Stücken uns bescheiden müssen.

Auch zur Gebarung und zur Organisation der Vereinigten Bühnen wäre in Anbetracht des hohen Abganges doch einiges zu sagen. Die Grazer Festspiele wurden mehr oder weniger seinerzeit von der Besatzungsmacht als Konkurrenzunternehmen zu den Salzburger Festspielen ins Leben gerufen und dann immer weiter durchgeführt und sie haben in den letzten 13 Jahren insgesamt 7,5 Millionen Schilling an Zuschüssen verlangt. Das ist also ein Betrag, der wirklich zu hoch ist dafür, daß es sich nur um Veranstaltungen handelt, die wieder nur von der einheimischen Bevölkerung besucht werden.

Die Frage der Freilichtbühnen, die heute schon angeschnitten wurde, also die Schloßbergbühne und Eggenberg und des Landhaushofes hat zweifelsohne seine Richtigkeit. Es sind dies Stätten, die kaum eine andere Stadt einem Theater zu bieten hat. Man möge aber bedenken, daß vor zwei Jahren nicht eine einzige Vorstellung im Freien stattfinden konnte und im vorigen Jahr, glaube ich, nur zwei Vorstellungen durchgeführt werden konnten, daß also durch die Aufführungen auf den Freilichtbühnen enorme Kosten allein dadurch entstehen, daß die ganzen Kulissen zweimal hergestellt werden müssen, einmal für die Vorstellung, die möglicherweise ins Opernhaus oder ins Schauspielhaus verlegt werden muß und einmal für die

Freilichtaufführung. Noch dazu ist eben das Wetter in Graz im Frühsommer nicht für solche Unternehmungen wirklich verlässlich genug und wir haben in dieser Hinsicht mehr Mißerfolge als Erfolge gehabt. Es wäre daher der Vorschlag, die Festspiele auf den Herbst zu verlegen, durchaus zu begrüßen. Und ich möchte diesen Vorschlag noch erweitern um den Vorschlag, daß wir nämlich die Grazer Festspiele nur alle zwei Jahre, anlässlich der Trigon-Veranstaltungen und der steirischen Akademie mit diesen beiden kulturellen Veranstaltungen zusammen durchführen, weil wir uns dadurch nicht nur wesentliche Kosten ersparen, sondern vielleicht auch die Qualität des Gebotenen heben könnten und auch das Interesse daran heben könnten, wenn das nämlich eine Sache wäre, die nur zweijährig stattfindet.

Und wenn wir bei den Kosten sind, dann möchte ich doch etwas auch noch erwähnen, das ich erfahren habe, ohne es überprüfen zu können, ich glaube, es wäre wert, daß man diese Dinge auch überprüft; die Vereinigten Bühnen haben in Wien von der Staatsoper die Ausstattungen für Eugen Onegin und für Hoffmanns Erzählungen gekauft. Nun die Kulissen und die Ausstattung für Eugen Onegin wurden verwendet für Traviata und für die kommende Aufführung von Hoffmanns Erzählungen wurden gänzlich neue Ausstattungen wieder hergestellt und angeschafft. In Anbetracht des hohen Abganges und der hohen Zuschüsse ist das vielleicht wirklich eine etwas zu großzügige Behandlung und eine zu weitherzige Auslegung der Freiheit, die sich der einzelne, mit den Dingen Befasste herausnimmt.

Auch über das Verhältnis zu den Zeitungen und zu den Kommunikationsmitteln ist schon gesprochen worden. Es haben die meisten Grazer Tageszeitungen ausgezeichnete Funk- und Fernsehbeilagen, wenn man aber über das Programm der Bühnen etwas finden will, dann muß man so irgendwo unter dem Stellenanzeiger oder unter den Todesnachrichten nachsehen, damit man irgendwo eine ganz kleine Spalte liest. Ich würde hier dem Intendanten nahelegen, doch ein besseres Verhältnis zu den Zeitungen zu finden, um zu erwirken, daß wir eben auch Theaterbeilagen bekommen. Und zwar nicht nur in Form von Kritiken, sondern in einer Vorschau, die vielleicht auch mit Bildern versehen ist, um so auch die Bevölkerung zum Besuch anzuregen. Die Werbung ist nun einmal etwas, was zum Erfolg führt und ich glaube, es sollten auch die Theater etwas mehr Werbung für sich machen.

Im Zusammenhang mit dem Kapitel Theater, Festspiele ist natürlich auch das Orchester noch zu erwähnen, das einen tragbaren aber immerhin doch gegebenen Abgang verzeichnet und so sehr wir die künstlerischen Leistungen des Orchesters würdigen können und auch sollen, so sehr ist doch hier darauf hinzuweisen, daß das Orchester bereits eine Größe, eigentlich eine

Kleinheit erreicht hat, die eine Reduzierung nicht mehr möglich macht. Es ist also gerade noch in der Lage, die Konzertliteratur, auch die klassische Literatur zu bewältigen, es ist gerade noch in der Lage, die Aufführungen in der Oper z. B. von Wagner oder Beethoven, wo große Orchester benötigt werden, zu erfüllen und man kann sich Einsparungen hier auf keinen Fall mehr vorstellen. Es muß überhaupt gesagt werden, daß die Künstler und auch das technische Personal des Theaters und des Orchesters wirklich bestrebt sind, ihr Bestes zu tun, und vielleicht liegt es mehr daran, daß sie oft nicht wirklich entsprechend eingesetzt werden und ihnen der letzte Erfolg nicht gegeben ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich mir einen Vorschlag erlauben. Der Theater-Ausschuß in seiner derzeitigen Form ist meiner Meinung nach viel zu umfangreich, um wirklich in Zusammenarbeit mit dem Intendanten die Probleme durchzuarbeiten und auch nur annähernd einer Lösung näherbringen zu können.

Ich würde daher vorschlagen und würde die Mitglieder der Landesregierung bitten, diesen Vorschlag auch mit den zuständigen Herren der Gemeinde Graz zu besprechen, nämlich den Theater-Ausschuß auf maximal 6 Personen, je 3 des Landes und je 3 der Stadt zu reduzieren, denn erfahrungsgemäß ist ein kleineres Gremium viel besser in der Lage, sich mit Problemen zu befassen. (Abg. Scheer: „Am besten wäre es, wenn nur einer wäre!“)

Auch glaube ich, daß es nicht zweckmäßig ist, daß der Vorsitz im Theaterrausschuß so häufig gewechselt wird. Meiner Meinung nach müßte der Vorsitz jeweils für eine ganze Spielzeit gelten, um wirklich ein Konzept und ein Programm verwirklichen zu können. Wenn man den Vorsitzenden oder den, der doch letzten Endes dann irgendwo den Ausschlag gibt, alle paar Monate wechselt, dann kann man nicht erwarten, daß eine zielführende und zielstrebige Arbeit getan wird. Denn es geht nicht an, meine Damen und Herren, daß wir ständig mehr ausgeben für eine geringere Leistung und ich glaube, es würde sonst, wenn die Dinge sich nicht ändern, einmal der Zeitpunkt kommen, wo wir es nicht mehr verantworten könnten, das Geld schließlich der Steuerzahler für Dinge auszugeben, die anscheinend nicht gewürdigt werden und anscheinend deshalb nicht gewürdigt werden, weil sie eben nicht den Wünschen der Steuerzahler entsprechen. Denn sonst wäre ja ein besserer Besuch auch der Bühnen gegeben. Ich glaube also, daß eine Begrenzung auf einen gewissen Betrag zweifelsohne die Antwort darauf wäre, wenn sich nicht das Problem der Vereinigten Bühnen bald einer Lösung zuführen ließe. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident Afritsch: Als nächster Redner ist der Herr Abg. Scheer zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. Die nächste Wortmeldung ist der Herr Abg. Pözl.

Abg. Scheer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist heute hier schon mehrfach angekungen, daß der Landtag und natürlich auch die Regierung mit den Mitteln, die uns als Zuschuß für den Abgang für unsere Theater vom Bunde her gegeben werden, nicht das Auslangen finden kann. Noch dazu, daß wir, wie wir wissen, bei dem neuen Finanzausgleich für die nächsten 6 Jahre mit 3 Millionen Bundeszuschuß pro Jahr einen eingefrorenen Betrag vor uns sehen. Der Finanzausgleich ist also so gehalten, daß wir nicht erwarten können, im nächsten Jahr und auch in den nächsten 6 Jahren wie gesagt, mehr als 3 Millionen Schilling Bundeszuschuß für unsere Theater zu bekommen. Und wenn wir uns das ansehen, ist es geradezu unglaublich, verglichen damit, daß beispielsweise die Wiener Bundestheater einen Zuschuß von jährlich rund 300 Millionen, Sie haben richtig gehört, 300 Millionen erhalten, zusätzlich noch die Salzburger Festspiele, denen ich die Lebensberechtigung natürlich nicht absprechen will, die aber auch jährlich noch etwa 13 Millionen extra bekommen und die steirischen Bühnen, die Grazer Bühnen, das Schauspielhaus und die Oper zusammen, einschließlich des Philharmonischen Orchesters und einschließlich der sonstigen Veranstaltungen, die wir abführen, nur 3 Millionen im Jahr bekommen, das ist einfach unglaublich. Noch unglaublicher ist es aber in der Blickrichtung, daß der zuständige Minister, der Herr Dr. Piffel-Percevic, ein Steirer ist, von dem man annehmen müßte, daß einmal ein Steirer, der über den Semmering hinausreitet nach Wien, dort steirische Interessen vertreten sollte oder zumindestens dürfen wir es verlangen, daß ein Steirer unsere Interessen so vertritt, daß wir das Gefühl haben, wir haben einen steirischen Minister in Wien sitzen, und nicht einen, von dem wir überhaupt nicht das geringste Gefühl haben, daß er unsere Belange vertritt oder ist er vielleicht böse, daß er nicht mehr Landesparteiobmann der ÖVP ist, das ist ja auch möglich, nicht wahr? Daß ihn das so vergrämt hat, daß er die steirischen Interessen vergißt, ich will aber das nicht annehmen, sondern möchte in aller Schärfe hier erklären, meine Damen und Herren, daß wir von freierlicher Schau her gesehen, es für unverständlich finden, daß ein steirischer Unterrichtsminister so wenig übrig hat für die Belange der steirischen Theater. (Landeshauptmann Krainer: „Er hat sehr viel übrig für die Steiermark, wie noch keiner!“) Herr Landeshauptmann, das ist ein sehr deutlicher Einwurf wie Sie sagen, aber er ist nicht mit klarer Münze fundiert. (Landeshauptmann Krainer: „Woher soll er das Geld nehmen?“) Ja woher, Herr Landeshauptmann, stimmen vielleicht meine Zahlen nicht, die ich gegeben habe, daß wir 3 Millionen Zuschuß im Jahr haben und die Bundestheater in Wien 300 Millionen; wenn diese Zahlen nicht stimmen, dann ist Ihr Vorwurf oder Ihr Einwand berechtigt. So glaube ich aber besteht ein Mißverhältnis, ich spreche von einem Mißverhältnis zwischen den 3 Millionen Schilling Zuschuß, der noch dazu eingefroren ist, und dem hohen

Zuschuß für die Bundestheater. Ich darf also abschließend sagen, daß ich trotz des Zwischenrufes des Herrn Landeshauptmannes der Meinung bin, daß wir den Eindruck haben, daß der Bundesminister für Unterricht in Wien die steirischen Interessen nicht richtig vertritt. Wenn Sie glauben, daß das nicht stimmt, dann bitte ich um Gegenbeweise, ich bin gerne bereit, sie zu hören. Bisher hat keiner, auch kein Sprecher der Österreichischen Volkspartei, hier zu dieser Sachlage so Stellung genommen, daß man annehmen könnte, daß die Meinung, die ich gerade hier kundgetan habe, nicht nur hier, sondern auch im Finanz-Ausschuß, daß die nicht richtig wäre und daß unser Unterrichtsminister in Wien florieren bzw. diese Dinge ordentlich durchführen würde. Das ist meine Auffassung; sind Sie anderer Meinung, dann beweisen Sie es anders.

Präsident: Herr Abgeordneter Pözl ist am Wort. Als nächster Redner ist vorgemerkt Herr Abg. Zinkanell.

Abg. Pözl: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Kulturdebatte im Steiermärkischen Landtag hat seit Jahren zwei Höhepunkte, das eine Mal, wenn der Abgeordnete Lackner in unverfälschter steirischer Mundart, steirische Denkungsweise und steirische Kunsteinstellung bekannt gibt, ich darf hier sagen, daß ihm alle die Worte glauben, die er spricht. Und das Zweite, ich möchte sagen ist eine Weihestunde, wenn der zuständige Referent, der Landeshauptmannstellvertreter Koren, von höherer Warte aus über das Kulturleben der Steiermark spricht. Dazwischen gibt es Forderungen, Kritik, Anerkennung und ein Hindeuten nach Wien. Ich muß dem Kollegen Scheer recht geben, es ist ein Mißverhältnis zwischen den Aufwendungen für die Bundeshauptstadt auf dem Sektor Kultur und für die Bundesländer.

Die Frau Abgeordnete Prof. Traute Hartwig hat sich sehr intensiv mit den Museen beschäftigt, mit den Bewahranstalten von Gegenständen und Dingen, die mit Kunst und Tradition und Kultur zu tun haben, mit alten Dingen. Ich möchte das Hohe Haus auf die jungen Menschen, auf die Künstler lenken, die in der Ausbildung stehen, die Künstler werden wollen und ich habe vor drei Jahren im Hohen Haus den Antrag eingebracht, die Steiermärkische Landesregierung möge beim Bundesministerium für Unterricht in Wien vorstellig werden, damit die Kunstschule am Ortweinplatz den Status einer Akademie bekommt. Die Steiermärkische Landesregierung hat diese Verbindung aufgenommen, jedoch in diesen drei Jahren konnte dieser Wunsch nicht realisiert werden. Ich habe vor einem Jahr dem Hohen Haus mitgeteilt, daß Salzburg und Linz ebenfalls an das Unterrichtsministerium herangetreten sind und dort den Wunsch deponiert haben, diese Städte wollen eine Akademie der bildenden Künste haben. Salzburg und Linz haben diesen Wunsch reklamiert. Ich bitte nun das Hohe Haus, die Regie-

rung gemeinsam mit mir aufzufordern, sie möge in Wien vorstellig werden und drängen und die Landesregierung möge erreichen, daß diese Kunstschule am Ortweinplatz doch eine Akademie wird. Wir befinden uns in Österreich in keiner sehr glücklichen Situation. Es gibt derzeit nur eine Kunstschule mit dem Status einer Akademie, die befindet sich in Wien. Sie hat im Verhältnis zu anderen Hauptstädten Europas nicht die Leuchtkraft und Strahlkraft, wie es vielleicht vor 20 Jahren der Fall war.

In der Steiermark befindet sich so herrlicher Nachwuchs, gibt es so viele Möglichkeiten, junge Menschen in bildender Kunst auszubilden, daß wir uns diese Chance nicht entgehen lassen dürfen. Ich frage die Mitglieder des Hohen Hauses, welches Arbeiter-Kind oder welches Bauern-Kind oder welches Kind eines Gewerbetreibenden hat heute die Möglichkeit, in Wien zu leben und in Wien diese Kunstschule, die Akademie, zu besuchen. Es gibt ganz ganz wenige Ausnahmen. Und in der Kunst braucht man so wie in der Natur einen breiten Rahmen, breite Möglichkeiten, eine Fülle, aus der geschöpft werden kann, damit diese Kunst bleibende Werte schafft, bleibende Werte zum Ruhme unserer Heimat. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Herr Abg. Zinkanell ist am Wort. Als nächster Redner ist vorgemerkt Herr Abg. Lind.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, ein paar Sätze zum Heimat- und Klöpfermuseum in Eibiswald. Ich habe in diesen Tagen eine Pressenotiz zur Kenntnis nehmen dürfen, daß die Hohe Landesregierung sehr kräftige Hilfe leistet und — insbesondere durch die Einflußnahme des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Prof. Dr. Koren — sichert, und ich habe mich wirklich sehr gefreut, weil dieses Geld für eine gute Sache gegeben wird. Eine gute Sache an sich schon und vor allem auch deswegen, weil doch für das nächste Jahr ein Gedenkjahr für Klöpfer vorbereitet wird und wir hoffen, daß damit das besonders gut gestaltet werden kann. Es ist aber auch deswegen sehr erfreulich, weil damit die Arbeit eines Menschen Anerkennung findet, der sehr selbstlos und in ungemein emsiger Art Sammler- und Betreuertätigkeit draußen betreibt, nämlich Herr Reg.-Rat Dr. Kreuzwirt sen. wenn ich das sagen darf, der wirklich mit Liebe und Sorgfalt einige hundert Exponate zum Teil selber mit dem Rucksack zusammengetragen hat und sie dort sehr sehr schön zusammengestellt hat. Es sind nun noch einige Räume in Gestaltung, wir hoffen, daß das bis zum nächsten Jahr fertig sein wird und ich würde nur wünschen, daß das Heimat- und Klöpfermuseum etwas mehr Publizität hätte. Ich möchte sehr gerne bei dieser Gelegenheit der Hohen Landesregierung, insbesondere dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Dr. Koren, aber auch dem Betreuer draußen, dem Herrn Regierungsrat Doktor Kreuzwirt recht sehr für die Arbeit draußen

und die Unterstützung hier danken. Bei dieser Gelegenheit möchte ich vielleicht nur kurz darauf hinweisen, daß voriges Jahr hier im Hohen Hause eine ausführliche Naturschutzdebatte geführt wurde, die wir heuer ja nicht wiederholen wollen, ich darf aber feststellen, daß die Post Naturschutz insgesamt um einen sehr beachtlichen Betrag, um 36 Prozent erhöht wurde und daß wir vielleicht nicht vergessen sollen, heuer und bei dieser Gelegenheit wieder den Bergwachtleuten unseren Dank für ihre an sich sehr undankbare Arbeit auszusprechen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Lind. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lind: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wo man singt, dort laß Dich nieder, denn böse Menschen haben keine Lieder. Das gilt selbstverständlich auch für die Musik. Ich möchte speziell einmal das Thema Blasmusik berühren. Wir haben heute von dieser Stelle aus noch nichts über die Blasmusik gehört. Dabei muß ich aber feststellen, daß gerade die Blasmusik die tragende Musik auf dem breiten Lande ist und nicht zuletzt auch hier in der Stadt. Ich möchte besonders bitten, daß unserem Kulturreferenten die Möglichkeit gegeben wird, künftighin mehr Mittel für die Förderung der Blasmusik zur Verfügung zu stellen. Wenn wir bedenken, daß es durch lange Zeit hindurch nur 80.000 Schilling jährlich waren, die diesen 363 Blasmusikkapellen zur Verfügung standen und daß davon wieder nur 36 Blaskapellen Förderungsmittel für den Ankauf von Instrumenten, Notenmaterial usw. erhalten konnten, so muß ich wirklich bitten, daß man sich bemüht, neue Wege zu beschreiten. Wenn wir nur berechnen, daß für den Ankauf der Blasinstrumente für eine Blaskapelle mehr als 100.000 Schilling benötigt werden, so können wir uns ein Bild darüber machen, wie weit wir mit diesen 80.000 Schilling kommen. Ich möchte auch von dieser Stelle aus den Blasmusikern sowie den Gemeinden meinen herzlichsten Dank dafür aussprechen, daß sie sich bisher so bemüht haben, ihre Ausbauleistungen zu vollbringen und ihre Opfer zu bringen. Für diese 36 Blasmusikkapellen wurden 68.500 Schilling an Förderungsmitteln zur Verfügung gestellt. 11.500 Schilling wurden für die Kapellmeisterschulung an Beiträgen geleistet. Ich möchte besonders bitten, daß man der Kapellmeisterschulung besonderes Augenmerk zuwendet, denn diese Kapellmeister tragen ihr Wissen und ihr Können wieder hinaus zu den Blasmusikern. Die Kapellmeister haben selbstverständlich auch das Niveau der Blasmusikkapellen weiter an. Ich komme später noch darauf zurück. Ich möchte nur zum Ausdruck bringen, daß die Blasmusikkapellen teilweise ein sehr hohes Niveau haben.

Es wurden weiters noch 40.000 Schilling an Förderungsmitteln für die Anschaffung von Trachten für Musikeruniformen zur Verfügung gestellt. Es bekamen 13 Vereine Förderungsmit-

tel. Sieben Vereine erhielten Baukostenzuschüsse für Musikerheime. Wenn man zusammenfaßt, muß man trotzdem sagen, daß mit diesen 80.000 Schilling sehr viel geleistet wurde und daß diese 80.000 Schilling selbstverständlich sehr zweckentsprechend zur Anwendung gebracht wurden. Nun, die Wiener Philharmoniker, kein Zweifel, weltbekannt, aber auch unsere Hoch- und Deutschmeisterkapelle glaube ich hat die Herzen vieler Freunde in der ganzen Welt und bei uns in Österreich erobert. (Abg. Scheer: „Überhaupt beim Wahlkampf!“) Bitte nicht über den Wahlkampf zu sprechen, denn gerade die Musik klingt gleich für alle Parteien und gerade die Musik ist der Schlüssel für die Völkerverständigung und gerade die Musik führt die Menschen wieder zusammen, die sich doch dort und da einmal wie auch hier im Hohen Hause es fallweise der Fall ist, in den Haaren liegen.

Aber eine Bitte möchte ich besonders herausstellen, daß wir uns bemühen müssen, die Jugendblaskapellen aufzubauen, um einen Nachwuchs für die Blaskapellen zu schaffen und daß unser Augenmerk besonders auch den Jugendblaskapellen gilt, damit Förderungsmittel in einem größeren Ausmaß zur Verfügung gestellt werden. Könnten wir uns Festveranstaltungen vorstellen, wo es keine Musik gibt? Würden wir uns Festveranstaltungen und verschiedene andere Feierlichkeiten vorstellen können, wo nicht die Blasmusikkapellen ihren Beitrag dazu leisten würden. Selbstverständlich wirkt die Blasmusik auch für den Fremdenverkehr. Ich denke nur an die unzähligen Platzkonzerte, die die Blasmusikkapellen zu bestreiten hatten. Ich denke immer wieder an diese Idealisten, die ihre persönlichen Kräfte zum Einsatz bringen, die kilometerweit zu den Proben fahren und die immer wieder bereit sind. Die nicht zuletzt aus ihrer eigenen Tasche all diese Dinge bestreiten und wirklich einen Idealismus sondergleichen beweisen. Künstlerische Werte sind hier genau so vorhanden, als es auch bei anderen Musikgruppen der Fall ist.

Ich möchte also nochmals bitten, setzen wir alles daran, daß die Blasmusikkapellen eine entsprechende Förderung erfahren und daß künftighin mehr Mittel für die Blasmusikkapellen zur Verfügung gestellt werden. Hier kann man auch analog der Mittel für die Theater und Bühnen die Mittel für die Förderung der Blasmusikkapellen nachziehen. Ich danke einmal vorläufig für Ihre Aufmerksamkeit zu diesem Thema.

Aber da ich bereits am Worte bin, hätte ich allerdings noch eine Bitte. Es gibt — Sie werden glauben, ich bin ein Gegner der Theater und Bühnen, das ist nicht richtig, ich bin ein eifriger Besucher — auch wunderbare Harmonikaorchester. Bei uns in Hartberg ist beispielsweise ein Harmonikaorchester, welches weltberühmt ist, welches selbstverständlich Bundessieger ist, das aber auch den zweiten Preis in der Europameisterschaft für sich buchen konnte.

Bei den Weltmeisterschaften in der Schweiz, hat dieses Harmonikaorchester auch sehr gut abgeschnitten. Ich bitte auch hier, wenn Förderungswünsche herangebracht werden, daß man dieses Orchester nicht übersieht.

Einiges noch bitte zum Naturschutz- und Landschaftsschutzgesetz. Es haben einige Vorredner bereits zum Ausdruck gebracht, daß wir uns auch bemühen müssen, geeignete gesetzliche Grundlagen zu schaffen, damit nicht mit unserer schönen Heimat Mißbrauch getrieben wird, damit nicht kreuz und quer im Lande herumgebaut wird, ohne entsprechende Vorschriften, ohne eine geordnete Regelung dieser Angelegenheit. Eine riesige Anzahl von Bergwächtern hat sich auch für den Naturschutz zur Verfügung gestellt und diesen Leuten sei von dieser Stelle aus herzlicher Dank ausgesprochen, sie sind Idealisten, die sich Sonntag für Sonntag in den Dienst der Bergwacht stellen und dazu beitragen, um unsere Heimat vor Eingriffen in die Natur zu schützen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Koren das Wort.

Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren: Da ich nicht die Absicht habe, die Verhandlungen der Damen und Herren des Hohen Hauses zu stören, habe ich mich bei der Gruppe 2 noch nicht zu Worte gemeldet. Ich bitte daher um Ihre Zustimmung, daß ich einige Fragen, die in der Gruppe 2 aufgeworfen worden sind, jetzt kurz beantworte.

Es geht mir vor allem darum, Ihnen, Herr Abgeordneter Aichholzer jetzt eine Aufklärung zu geben über eine Ziffer, die Sie genannt haben und die in der Tat und mit Recht von Ihnen als eine zur Besorgnis Anlaß gebende Ziffer genannt wurde. Es handelt sich um die Bewerber um Stipendien an höheren Lehranstalten, die nicht berücksichtigt werden konnten und zurückgewiesen werden mußten. Ich hätte Ihnen sofort sagen können, daß es sicher keine ungerechtfertigten Zurückweisungen waren. Es bestehen strenge Richtlinien, die von der Landesregierung beschlossen worden sind, die allerdings großzügigst ausgelegt werden. Wenn daher ein solches Ansuchen zurückgewiesen wurde, dann ist es bestimmt nicht mutwillig, sondern zu Recht bestehend. Aber ich kann Ihnen folgende Aufschlüsselung geben.

Es wurden uns in diesem abgelaufenen Studienjahr 1688 solche Ansuchen vorgelegt. Von denen wurden 1173 positiv erledigt, 176 wurden abgelehnt wegen Einkommensüberschreitung der Eltern — wegen namhafter Einkommensüberschreitung; wir sind hier wirklich nicht rigoros —, 66 wegen mangelnden Lernerfolges und zwar so mangelnden Lernerfolges, der es nicht rechtfertigt, diese Schüler weiterhin in höheren Schulen zu halten. Drei Ansuchen wurden abgewiesen wegen der Tatsache, daß der Gesuchsteller kein Steirer ist. Das ist vielleicht

eine äußere Form, aber in unseren Richtlinien ist festgehalten, daß es sich um Lernbeihilfen für steirische Kinder handelt. 48 Ansuchen wurden abgelehnt, weil der Schüler einer Schule angehört, die nicht in das Förderungsprogramm der Geschäftsstelle für Schülerheime gehört, wie Privatschulen für Maschinschreiben und Stenographie usw.; 116 wegen unvollständiger Anträge, die eine Berechnung unmöglich gemacht haben; 106 Ansuchen, weil die Gesuchsteller von anderer Seite so gefördert wurden, daß ein Stipendium von Landesseite nicht mehr gerechtfertigt gewesen wäre und die daher auch außerhalb der richtliniengemäßen Einkommensgrenze gelegen sind. Es wurden also 515 Ansuchen aus den angeführten Gründen abgelehnt. Dazu ist noch zu sagen: Es wurden Ansuchen vorgelegt, in denen ein Einkommen von 8000 Schilling bis 10.000 Schilling ausgewiesen war oder es waren Lernerfolge ausgewiesen, die ein Fortkommen in der Mittelschule als unmöglich erkennen ließen und drittens erzielten manche Gesuchsteller von drei oder vier Stellen Stipendien wie z. B. von Industrie, Gemeinde, Gewerkschaft, Betriebsrat, Invalidenamts, Kammern usw. Mir ist ein Fall bekannt, natürlich post festum, daß es jemandem gelungen ist, für einen Sohn 3000 Schilling im Monat als Mittelschulstipendien zu gewinnen. Hier haben wir nicht den Stipendienpaß, der uns die Kontrolle ermöglicht. Im übrigen wird die Einkommensgrenze im kommenden Jahr, ab Februar 1967, erhöht und hinaufgesetzt. Aber zu der Einkommensgrenze, die mit 3000 Schilling festgesetzt ist, kommen eine Reihe von Erschwernissen, die dazu gerechnet werden müssen, wie Kinderzahl, besondere Umstände, getrennter Wohnsitz, Invalidität, Halbweise oder Vollweise und ähnliche Erschwerungen, so daß die Einkommensgrenze nur einen Anhaltspunkt bildet.

Das also zur Beantwortung Ihrer Frage, die durchaus berechtigt war.

Die Frau Abgeordnete Professor Hartwig hat gestern in ihrer Darlegung der Zustände in den Grazer Mittelschulen auch die Hoffnung ausgesprochen, daß der Herr Bundesminister für Unterricht es nicht vergessen hat, was er dem 2. Bundesrealgymnasium für Mädchen in der Pestalozzistraße zugesagt hat, nämlich, daß es seine Absicht sei, die ehemalige Dominikanerkaserne, das jetzige Landesschülerheim, ihrem Gymnasium zuzuweisen. Er hat es sicher nicht vergessen! Ich habe einen Brief vom Herrn Bundesminister vom 2. Dezember hujus anni, in dem das Wort „inständige Bitte“, womit er das Anliegen bezeichnet, enthalten ist. Ich wollte Ihnen das zur Aufklärung sagen.

Im übrigen wende ich mich nun der Gruppe 3 zu und danke den verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses für das große Interesse und für den schönen Ernst, den sie in ihrer Diskussion gezeigt haben.

Frau Professor Hartwig, Sie haben ein gutes Wort für unsere Museen ausgesprochen und da-

für bin ich Ihnen sehr dankbar, denn ich glaube, unsere steirischen Museen sind ja wirklich keine Raritätenkabinette oder Kuriositätenkammern, sondern sie entsprechen immer noch dem Auftrag des Stifters eine wirkliche Schule des Volkes zu sein; gerade eine Schule für Bereiche, die wir heute mit dem Worte Volksbildung zusammenfassen. Sicher ist es, daß wir auf der Einnahmenseite natürlich keine besonders überzeugende Bestätigung für das Interesse der Bevölkerung aufbringen konnten, aber darin liegt es nicht. Wir haben auch bei den Schulen keine Einnahmenseite. Hier handelt es sich um eine Volksbildungseinrichtung. Es gibt Länder, in denen die Museen überhaupt unentgeltlich zugänglich sind und keine Eintrittsgebühren erhoben werden. Es ist das auch bei uns überlegt worden; nur ist hier auch Rücksicht genommen worden auf eine gewisse psychologische Erscheinung, daß bei uns nichts wert ist, was nichts kostet. Die Beträge, die wir vor allem bei Schulbesuchen einheben, fallen wirklich nicht ins Gewicht.

Sie haben dann auch noch freundlicherweise, Frau Professor, über die Ausstellung „Der steirische Bauer“ gesprochen und dafür bin ich Ihnen dankbar. Vor allem deswegen, weil Sie dadurch das Stichwort gaben, daß ich einen ganz kurzen und nicht ausgedehnten Rückblick auf das vergangene Jahr abgebe. Ich erwähne diese Ausstellung nicht nur deswegen, weil ich glaube, daß ihr Zweck voll erreicht worden ist, daß die Bevölkerung des ganzen Landes einmal für 2, 3 Monate mit einem Thema beschäftigt worden ist, das wirklich alle angeht. Die Ausstellung war keine Bauernausstellung. Sie hat das Schicksal des Landes im Spiegel des Bauernstandes gezeigt. Aber letzten Endes in der Verflochtenheit dieses Berufsstandes mit allen anderen Ständen, mit den Bergarbeitern, mit dem Handel und Gewerbe, hat die ganze Ausstellung auch zu einer großartigen Geschichtsschau des ganzen Landes werden lassen. Für diese Leistung ist den Männern und Frauen, die diese Ausstellung gestaltet haben, wirklich, glaube ich, auch an dieser Stelle der Dank auszusprechen. An der Spitze dem Direktor des Steiermärkischen Landesarchivs, Hofrat Dr. Posch und allen seinen Mitarbeitern ohne jede Ausnahme. Was die Damen und Herren nicht nur bei der Ausstellung, sondern auch bei den zahlreichen Führungen bis in die späte Nacht hinein geleistet haben, war ein wirkliches Musterbeispiel der Einsatzbereitschaft eines Beamten, wie wir sie mit Ruhm und Anerkennung nennen müssen. Es sind auch Beamte des Joanneums an der Ausstellung beteiligt gewesen, auch an den Führungen und auch ihnen gilt der Dank. Es ist hier etwas gelungen, was man sonst immer bekrittelt, das es nicht vorhanden sei, nämlich eine Koordinierung der einzelnen wissenschaftlichen Abteilungen im Bereiche des Landes. Die wissenschaftlichen Abteilungen des Landes sind Männern und Frauen in die Hände gegeben, die selbständige schöpferische, geistige Persönlichkeiten sind und die daher auch eine gewisse

Freiheit für ihre Entfaltung brauchen und sich daher immer wieder gewissermaßen wehren, unter ein Joch eingespannt zu werden. Wenn es eine Koordinierung gibt, dann nur, wenn alle zusammen eine gemeinsame Aufgabe haben, so wie es eben diese Aufgabe „Der steirische Bauer“ war. In diesem Zusammenhang hat sich gewissermaßen das Exerzitium einer wirklichen Zusammengehörigkeit ergeben; wir hoffen, daß es über den Anlaß hinaus, zu dem es eingeleitet wurde, weiter dauern wird. Das gibt uns auch den Mut, mit der Planung von Ausstellungen weiter zu gehen. Ich will nicht davon reden, weil das erst im übernächsten Jahr kommen wird, aber wir stehen schon in der Vorbereitung der Ausstellung „Der Berg- und Hüttenmann“, die für das Jahr 1968 vorgesehen ist. Für diese werden wir vor allem, wie wir bisher gelernt haben, einen anderen Raum und eine andere Zeit für die Dauer der Ausstellung brauchen. Es haben auch im Schoße der Regierung Besprechungen stattgefunden und ich bin den Herren Kollegen in der Regierung sehr dankbar, daß sie mit Verständnis mich unterstützen. Nicht zuletzt dem Herrn Finanzreferenten, der auch bei der diesjährigen Ausstellung „Der steirische Bauer“ sein Verständnis in der Tat bewiesen hat. Der Wunsch nach einem entsprechenden Ausstellungsraum ist etwas, was wir als besondere Erkenntnis von dieser Ausstellung mitnehmen.

Wenn ich früher den Beamten des Archivs und des Joanneums gedankt habe, dann fühle ich mich wirklich verpflichtet, den Dank meinem Büro und Sekretariat auszusprechen, meinem Sekretär Dr. Dattinger, der in wirklich hingebungsvoller und aufopferungsvoller Arbeit entscheidende Vorbereitungen für die Ausstellung wie überhaupt für die ganze Arbeit unserer Abteilung geleistet hat und weiter leistet, samt allen denen, die ihm zur Mitarbeit zugewiesen sind.

Meine Damen und Herren, im vergangenen Jahr hat auch die Akademie 1966 im Schloß Eggenberg stattgefunden. Ich darf und muß dazu einige Bemerkungen machen. Diese Akademie war auch in diesem Jahr Themen von brennender Aktualität gewidmet. Die erste Hälfte der Woche galt den Sorgen um den bedrohten Lebensraum. Unter dem bedrohten Lebensraum verstehen wir nicht nur die Natur des Landes, sondern auch die Kulturlandschaft des Landes. Es ist aber nicht nur eine negative Abwehrstellung zu der wir uns versammelt haben, sondern es ist eine durchaus nüchterne und realistische Analyse vorgenommen worden, auch über die Dinge, die notwendig sind. Nicht nur über die Dinge, die notwendig sind, um die letzten Inseln der Ruhe, der Reinheit und der Besinnung zu erhalten, sondern auch die Gesinnung darüber, was man planmäßig freigeben kann und freigeben muß für eine Entwicklung im Zeitalter der Technik und der Industrie. Die Sorge geht nur um die Erhaltung der Substanz des Landes, wobei vielleicht vereinfacht und abgekürzt die Formel gebraucht werden kann, die wir einmal

im steirischen Volksbildungswerk ausgegeben haben: Für jeden Baum, der in diesem Land gefällt wird, wird ein neuer gepflanzt! Eine einfache, aber sicher in ihrem Sinne eine das Wesentliche treffende Formulierung. Probleme, meine Damen und Herren, wurden dabei behandelt, die heute in ihrem ganzen Ernst noch nicht erkannt sind, die aber in 10 Jahren denen, die dann die Verantwortung tragen, in einer ganz anderen Weise auf den Kopf fallen werden. Wir haben für diese Besinnung und Vorbereitung, für diese Information, für alle Verantwortlichen in diesem Lande die ersten und besten Fachleute gerufen gehabt und sie sind gekommen aus England, aus der Bundesrepublik, aus der Schweiz und aus Jugoslawien. Sie haben sich vor einem wirklich höchst interessierten und auch von der Jugend zahlreich gestellten Publikum mit diesen Problemen in Vorträgen und Diskussionen beschäftigt. Die Vorträge werden auch im Druck erscheinen und ich werde dann die Möglichkeit haben, auch die 52 Abgeordneten dieses Hohen Hauses, die diese Vorträge nicht gehört haben, schriftlich darüber in Kenntnis zu setzen. (Beifall.)

Der 2. Teil der Akademie galt der Fragestellung „Gibt es eine deutsche Literatur?“. Man könnte im Hintergrund dieser Fragestellung das Wetterleuchten sehen, das zu dem Thema gehört, das der Herr Bürgermeister Dr. Götz, ich glaube in der Generaldebatte, angezogen hat. Nein, es ging uns hier nicht um die Verpackung der ganzen Fragen, die in dem Problem „Österreichische Nation“ enthalten sind. Diese Dinge diskutiere ich persönlich nicht mehr, weil ich über Selbstverständlichkeiten nicht diskutiere, weil ich mich nicht in einen Streit einlasse, der im Grund kein wissenschaftlicher Streit ist, sondern ein Streit emotionell gelagerter Glaubensbekenntnisse, in dem eine wirkliche Ausbreitung von Argumenten nicht möglich ist. Wenn das Wort Nation in Österreich gebraucht wird, um das Volk in diesem Land abzugrenzen und abzusondern von einer Sprach- und Kulturgemeinschaft, in der es nun einmal aufgewachsen ist, dann lehnen wir das ab. Genauso, wie es uns nicht gefällt, wenn jemand sich am Vokabel stößt, um eine Ausrede zu haben, sich von Österreich überhaupt zu entfernen. Ich möchte sagen, es ist sicherlich nicht glücklich, daß man partout darauf bestanden hat, den Feiertag Nationalfeiertag zu nennen und man sich nicht damit begnügte, ihn Staatsfeiertag zu nennen. Man hat damit einem ganz großen Teil unseres Volkes den Zugang zu dem Tag des Bekenntnisses und der Zustimmung zu Österreich wenn nicht verschlossen, so immerhin erschwert. Das hätte man sich vielleicht, glaube ich, besser überlegen müssen, weil wir doch alles daran zu setzen haben, daß wir alle nach Österreich heimfinden. Ich komme noch ganz kurz darauf zu sprechen.

Bei dieser Akademie ist es nicht um diese Frage gegangen, sondern um die Frage „Gibt es eine deutsche Literatur?“. Gleichzeitig mit

dieser 2. Hälfte der Akademie hat ein Symposium der germanistischen Hochschullehrer stattgefunden. Die Hochschulgermanisten, vor allem aus dem Bereich Österreichs, Bayerns, der Schweiz und aller jugoslawischen Hochschulstädte waren in Graz anwesend. Was haben sie in Graz erlebt? Etwas was sie sonst nirgends auf der Welt erleben können. Vor allem für die Jugoslawen war das doch ein wirkliches Erlebnis, das wir ihnen zu bieten hatten. Aus allen 4 Staaten Europas, in denen die deutsche Sprache die Staatssprache ist, sind die Wissenschaftler und Dichter gekommen und haben nebeneinander und hintereinander ihre Vorträge und Vorlesungen gehalten. Dieses Erlebnis aus einer gemeinsamen Sprache in Kundgebungen der heutigen Zeit in den vier verschiedenen und auch verschieden geprägten Ländern zu vernehmen, nebeneinander, dieses Schauspiel kann ihnen nur in Österreich geboten werden, weder im Westen noch im Osten, in der Freiheit, die wir besitzen. Das war vielleicht für sie ein großes Erlebnis und sie haben es auch anerkannt. Aber was haben wir erlebt, meine Damen und Herren, die wir den Mann aus Ostdeutschland und Westdeutschland nebeneinander und hintereinander gehört haben. Wir haben erlebt, daß die beiden nur mehr Monologe gehalten haben, nur mehr Monologe, die sich gegenseitig nicht mehr verstanden haben, da sie bereits eine andere Sprache sprechen. Ich will nicht eingehen auf die Gründe warum es so ist. Nur weil sie hier bei uns gesprochen haben die beiden Monologe nacheinander, sind die beiden Monologe wieder zu einem Dialog geworden. Meine Damen und Herren, ich will nichts Böses reden über diese Dinge, weil es wie ein Neid ausschaut, aber es ist so, daß auch das große deutsche Wirtschaftswunder mit nicht immer erfreulichen Erscheinungen des Westens sich über den Volkskörper, den man heute Westen oder die Bundesrepublik nennt, hinweggelegt hat und etwas erstickt hat, was bei uns noch nicht erstickt ist. Auf der anderen Seite hat die Uniformität der kommunistischen Doktrin selbstverständlich in der Herrschaft über Ostdeutschland auch eine gewisse Einebnung und Veränderung im Antlitz dieses Volkes bewirkt. Wenn es noch eine deutsche Sprache gibt, wenn es noch ein Hochdeutsch gibt, das allgemein verständlich geschrieben werden kann — eigentlich ist ja nur die Schriftsprache das große Gemeinsame —, wenn es eine Sprache gibt, zu der man nur noch einen Duden braucht und nicht wie nördlich und westlich von uns zwei Duden, dann ist das hier in Österreich der Fall. Wenn es etwas gibt, was man mit dem sehr geschmähten und verlästerten, auch mißbrauchten Wort vom deutschen Wesen bezeichnet, dann nur mehr dort, meine Damen und Herren, wo ein Schubert über ein Goethewort eine Melodie ersonnen hat und wo der Untersteirer Hugo Wolf seine Mörkelieder geschrieben hat. Hier in diesem Land zwischen der Donau und den Karawanken hier liegen sie noch die Reichskleinodien, wenn man dann darunter eine in unsere Muttersprache gefaßte Formulierung für eine abendländische Hoffnung,

die nichts mit Nationalismus zu tun hat, versteht.

Meine Damen und Herren! Auch von Trigon ist gesprochen worden. Der Trigongedanke hat eine fruchtbare Entwicklung genommen. Sie wissen, es handelt sich um die Ausstellung der drei Nationen, die einmal am ehemaligen Innerösterreich teilgenommen haben, Italien, Österreich und Jugoslawien. Die fruchtbare Entwicklung erkannten wir darin, daß in diesem Jahr zu den sogenannten Malerwochen in Schloß Retzhof 10 Maler aus diesen drei Ländern gekommen sind. Nicht mehr die Kunstwerke, die objektivierten Aussagen der Künstler, sondern die Künstler selbst sind hier gewesen, haben miteinander vier bis sechs Wochen gelebt, zum Teil mit ihren Familien und haben sich als Menschen gefunden. Ich glaube, daß wir in der Zusammenführung der jungen Künstler aus diesen drei Bereichen einen wirklichen Beitrag zu einem Verständnis dieser drei Nationen bieten, wie wir es sonst mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, natürlich nicht so leicht erreichen könnten.

Auch hier ein Wort des Dankes, weil der Leiter der Galerie Dr. Skreiner, sich mit großer Initiative und großem Geschick diesen Aufgaben unterzogen hat.

Ich komme nun ganz kurz auf das zu sprechen, was Sie, Herr Abgeordneter Groß angezogen haben und was Herr Dipl.-Ing. Fuchs dann wieder aufgegriffen hat, nämlich die Verlegung der Sommerspiele in den Herbst. Keine Frage, daß man die Dinge sehr genau studieren wird. Es sind ja auch konstruktive Vorschläge schon gemacht worden. Ich möchte dazu nur eines sagen. Wenn wir die Akademie gewissermaßen in der Mitte des Herbstes als Kristallisationspunkt aufgefaßt haben wollen und dazu auf der einen Seite die Kunstausstellung des Trigon stellen und auf der anderen Seite die Darbietungen der Vereinigten Bühnen — die Zusammenfassung also zum steirischen Herbst, dann ist das keine Marotte und Sache, die partout geschehen muß, sondern da geht es nur darum, daß wir die Kunst mit der Wissenschaft zusammenführen, daß wir die Kunst als eine den Wissenschaften ebenbürtige Äußerung des menschlichen Lebens und der Menschlichkeit überhaupt sozusagen in den gesellschaftlichen Prozeß, in dem Wissenschaft und Bildung sich begegnen, integrieren — um dieses Modewort zu sagen. Dazu wird uns die Kulisse des steirischen Herbstes, die landschaftliche Kulisse, gewiß einen sympathischen Hintergrund abgeben, wenngleich ich nicht verhehle, daß ich auch die Kulisse, die das Stadtbild von Graz zu den verschiedenen Aufführungen bildet, nicht gerne vermischen möchte. Aber Sie wissen, daß diese Kulisse sehr oft im Juni von einem Regenvorhang verschleiert gewesen ist und sie wissen auch, daß es durchaus möglich wäre, außerhalb der Spielzeit Freilichtaufführungen im Burggarten, im Landhaushof, auch im Ausklang der Spielzeit zu halten.

Die Akademie 1967, um eine kurze Vorschau zu halten, wird einem bestimmten Thema gelten,

das vielleicht manche von Ihnen verwundern wird. Die Akademie 1967 wird in einem Hauptteil dem Thema Österreich 1968 gewidmet sein, der Vorbereitung auf die Gesinnung, die wir im Jahre 1968 zu beweisen haben werden.

Meine Damen und Herren! Im Jahre 1968 haben wir 50 Jahre Republik Österreich, haben wir 50 Jahre ein Staatsgebilde, das noch lange nicht unser aller wirklicher innerster Besitz ist. Es geht uns um nicht anderes als um diese Bildungsaufgabe, die wir in diesem Jahr zu leisten haben. Das darf nicht damit abgetan werden, daß wir uns feierlich hier zusammenfinden. Das Jahr kann nicht damit abgegolten sein, daß die Bundesversammlung zusammentritt und der Gründung gedenkt, sondern hier geht es darum, einmal wirklich wenigstens den Versuch zu unternehmen, wenigstens das Rufzeichen zu setzen, alles anzubieten, um das innerste Wesen dieses konkreten Österreich, dieser Republik Österreich zu erschließen und zu erfassen. Wir haben, wie wir es in unseren ganzen Bildungsbestrebungen immer getan haben und tun müssen, selbstverständlich die Pflicht, den Zugang zu diesem Wesen von unserer steirischen Position aus zu sehen. Da möchte ich sagen, in der Magna Charta des Landes Steiermark, in der St. Georgenberger Handfeste von 1186 tritt die Steiermark als erstes aller späteren Bundesländer dem kleinen Herzogtum an der Donau zur Seite, um den Schirm und Schutz zu übernehmen für die Entwicklung Österreichs nach Osten und Südosten hin. Schirm und Schutz, alle wirtschaftlichen Erschließungen, alle strategischen Schutzmaßnahmen für Österreich hatte durch Jahrhunderte hindurch von diesem Tage an, von 1186 an, die Steiermark geleistet und 1564 — das Jahr ist heute schon genannt worden — ist dieser Auftrag in einer besonderen Weise bestätigt und erneut gemacht worden. Es bestünde dieses Land — man kann nicht mit wenn und aber in der Geschichte rechnen — nicht in dieser Substanz bis 1918, wenn die Leistung der Steiermark für dieses Österreich damals nicht geschehen wäre.

Meine Damen und Herren! Hier in diesem Hohen Haus, hier in dieser Landstube sind sie am 6. November 1918 gesessen, die provisorische Landesversammlung, die auch noch die Städte Marburg, Pettau und Cilli mitvertreten hat und hier gaben sie Antwort auf die von der provisorischen Staatsregierung am 29. Oktober 1918 ergangene Aufforderung, hier beschlossen sie den Beitritt als eigenberechtigte Provinz zu dem Staate Deutsch-Österreich und hier beschlossen sie, daß die Steiermark mit gleichem Recht und gleichen Pflichten den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Deutsch-Böhmen und Sudetenland zur Seite tritt und gelobt, deren Schicksal in unverbrüchlicher Gemeinschaft und brüderlicher Solidarität zu teilen und erwartet, daß deren gesetzliche Vertretung dieses Gelöbnis annimmt und in gleichem Geiste erwidert. Das heißt, meine Damen und Herren, auch in dieser steirischen Landstube ist Österreich

1918 mitbegründet worden, hier sind die Entscheidungen mitgefallen. Dieses Österreich ist daher eine steirische Angelegenheit, es ist unsere Angelegenheit, nostra res agitur. Alles was in Wien getan wird und was in Wien geschieht, ist auch unsere Verantwortung und alles was in Wien versäumt wird, ist auch unser steirisches Versäumnis. Dieses Bild, das aus dem verpflichtenden Blickwinkel des steirischen Landes erschlossen wird, muß ergänzt werden durch eine höchst aktuelle Feststellung. Wir haben uns abseits von allen romantischen Vorstellungen über die Geltung und Schätzung des Österreicher, seiner blauen Donau und seiner blauen Augen, im Ausland um ein realistisches Bild zu bemühen. Wie dieses Österreich tatsächlich in den Augen der anderen aussieht, das wird eines der Hauptthemen sein, die wir uns an dieser Akademie stellen. Wie schaut dieses Österreich in den Blicken derer aus, die einmal zu diesem Österreich gehört haben und vor allem in der Fortsetzung des Trigongedankens in den Augen derer, die einmal im gemeinsamen Staatsverband mit uns gelebt haben, aber jetzt doch in einem Kontakt leben, der uns gerne erkennen lassen sollte, welche eigentlichen Motive auch bei den anderen vorwalten, welche anderen Motive sie dazu veranlassen. Was halten sie von uns, was erwarten sie von uns? Ein realistisches Bild, aber ein wahres Bild, das wir nicht nur für unsere Jugend, aber vor allem für unsere Jugend aufbauen müssen. Das wahre und reine Bild des Vaterlandes! Denn es geht darum, daß dieser Staat mit seinen Paragraphen, Gesetzen und seiner Verfassung, daß diese Republik an deren Verfassung wir mit unserem Eid hängen, daß diese Republik und dieser Staat unseren jungen Menschen zum Vaterland wird, für das sie nicht nur Steuern zahlen, deren Gesetzen sie nicht nur unterworfen sind, sondern für das sie auch aus einer inneren Bereitschaft heraus entschlossen sind, die Freiheit und die Grenzen dieses Landes und dieses Volkes in diesem Lande zu verteidigen. Mit einem Wort, wir wollen die seit Jahrhunderten in diesem Land gewachsene und gepflegte Treue und Liebe zu diesem Land Steiermark gewissermaßen miteinbringen, als einen sehr vitalen Beitrag zum gemeinsamen österreichischen Staatsbewußtsein. Das zu wecken, das mit einem Rufzeichen gewissermaßen vor die Bevölkerung hinzustellen, ist die Absicht, die wir mit der „Steirischen Akademie 1967“ verfolgen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Berichtstatter das Schlußwort.

Abg. Ritzinger: Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen Antrag auf Annahme der Gruppe 3.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Die Gruppe 3 ist angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14.55 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 12.55 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 14.55 Uhr

Präsident: Ich nehme die mittags unterbrochene Sitzung wieder auf.

Von der Steiermärkischen Landesregierung wurden vorgestern unter anderem zwei Regierungsvorlagen beschlossen, die wegen ihrer besonderen Dringlichkeit noch auf die Tagesordnung dieser Sitzung gesetzt werden sollen.

Sie wurden inzwischen aufgelegt. Es handelt sich um die Regierungsvorlage, Einl. Zahl 291, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung des Landes Steiermark für ein von den Pächtern des Café Promenade, Otto und Elisabeth Maitzen bei der Steierm. Sparkasse in Graz aufzunehmendes Darlehen von 250.000 Schilling und weiters Einl. Zahl 292, über die Übernahme einer Ausfallsbürgschaft des Landes Steiermark für ein vom Elektrizitätswerk Langenecker & Co. KG. Mönichwald aufzunehmendes Darlehen in Höhe von 1,300.000 Schilling.

Ich weise diese zwei Regierungsvorlagen dem Finanz-Ausschuß zu. Wird dagegen ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Der Finanz-Ausschuß müßte sich während einer Unterbrechung der Sitzung mit diesen Vorlagen befassen, um dann im Hause antragstellend berichten zu können.

Dringlich zu erledigen wären aber auch die Regierungsvorlagen zu Einl. Zahl 35, Einl. Zahl 298 und Einl. Zahl 290, die ich gestern dem Finanz-Ausschuß, wie sich die Damen und Herren erinnern können, zugewiesen habe.

Ich schlage daher vor, die Regierungsvorlagen zu Einl. Zahl 35, Einl. Zahl 289, 290, 291 und 292, das sind also die heute aufgelegten beiden letzterwähnten, noch auf die Tagesordnung dieser Sitzung zu nehmen. Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen, ein Händezeichen zu geben. (Geschicht.)

Ich stelle fest, daß mein Vorschlag mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit angenommen ist. Es sind also diese vier Stücke auf die Tagesordnung gesetzt. Der Finanz-Ausschuß wird sich in einer Unterbrechung des Landtages mit diesen Stücken beschäftigen. Ich beabsichtige, die Unterbrechung in den Abendstunden vorzunehmen, so daß in der Fortsetzung der Sitzung der Landtag sich dann damit beschäftigen wird können.

Wir kommen nun zur Gruppe 4 „Fürsorgewesen und Jugendhilfe“. Berichtstatter ist Abg. Johann Fellingner. Ich erteile ihm das Wort und bitte ihn, den Bericht des Finanz-Ausschusses zu erstatten.

Abg. J. Fellingner (Berichtstatter): Hohes Haus, meine Damen und Herren! In der Gruppe vier, „Fürsorge und Jugendziehung“ sind im Voranschlag Gesamteinnahmen in der Höhe von 62,266.300 Schilling vorgesehen. Das ist ein Mehr gegenüber dem Jahre 1966 von 964.100 Schilling. Dem stehen Gesamtausgaben in der Höhe von 152,441.800 Schilling gegenüber, das ist ein Mehr von 14,945.800 Schilling.

Damit werden im kommenden Jahr für Fürsorge und Jugendziehung 90,175.500 Schilling

aus Landesmitteln beigestellt. Daraus ist zu ersehen, daß es in unserer sogenannten Wohlfahrtsgesellschaft noch immer sozial Bedürftige gibt, die auf Unterstützung der Mitmenschen angewiesen sind. Diesen sozial Bedürftigen zu helfen ist nicht nur unsere Pflicht, sondern es ist auch eine Herzenssache. Die Voraussetzung für die Erfüllung der notwendigen sozialen Maßnahmen sind im Voranschlag enthalten.

Die Gruppe 4 gliedert sich in 8 Abschnitte. Zur Post 41, 51 der offenen Fürsorge ist zu bemerken, daß für die Unterbringung auf privaten Pflegeplätzen für 620 Pflegekinder gesorgt werden muß, außerdem, daß 220 Personen als Landes-Hilfsbedürftige dauernd Unterstützungen zu gewähren sind.

Der Unterabschnitt 446 behandelt die Blindenbeihilfe. Auf Grund des Blindenbeihilfengesetzes wird die Höhe der Blindenbeihilfe jeweils mit Wirkung vom 1. Jänner jeden Jahres durch Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung neu festgesetzt. Im Jahr 1967 werden etwa 750 Vollblinde und 650 praktisch Blinde Beihilfen 14 mal im Jahr erhalten.

Die monatlichen Beihilfen betragen ab 1. Jänner 1967 für Vollblinde 695 Schilling und für praktisch Blinde 450 Schilling.

Die Behindertenhilfe: Das im Jahre 1964 beschlossene Behindertengesetz war ein weiterer Fortschritt in der sozialen Fürsorge. Dieses Gesetz wurde von den Betroffenen mit Freude zur Kenntnis genommen.

Im Unterabschnitt 447 kann man ersehen, daß die Gesamtausgaben um 3,316.000 Schilling höher veranschlagt worden sind.

Aus dem Unterabschnitt 449 „Sonstige Wohlfahrtsmaßnahmen“ kann man ersehen, daß die Post 703 „Beihilfen zur Beschaffung von Wohnungen für kinderreiche Familien“ um 600.000 Schilling erhöht wurde. Damit stehen für kinderreiche Familien Beihilfen sowie Darlehen von insgesamt 4,650.000 Schilling zur Verfügung.

Für die Post 449, 706 „Altenurlaubsaktion und Altenbetreuung“ sind 850.000 Schilling eingesetzt. Im Rahmen der steirischen Altenhilfe wird jährlich eine Urlaubsaktion für alte Personen durchgeführt, und zwar für solche, die dauerbefürsorgt sind und über 60 Jahre; Männer über 65 Jahre und Frauen über 60 Jahre. Die hierfür anfallenden Kosten werden zur Hälfte vom Land und zur Hälfte von den Bezirksfürsorgeverbänden getragen. Diese Aktion hat bei den alten Menschen vollste Anerkennung gefunden, da viele Frauen und Männer dabei sind, die das erste Mal in ihrem Leben die Möglichkeit hatten, in einem steirischen Ort einen schönen Urlaub zu verbringen.

Der Finanz-Ausschuß hat sich eingehend mit der Gruppe 4 beschäftigt und ich darf in sei-

nem Namen den Antrag stellen, das Hohe Haus möge der Gruppe 4 sein Zustimmung geben.

Präsident: Zu dieser Gruppe hat sich als erster Redner Herr Abgeordneter Nigl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Als nächste Rednerin ist vorgemerkt Frau Abgeordnete Jamnegg.

Abgeordneter Nigl: Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Zinkanell von der Sozialistischen Partei hat gestern seine große Rede geredet. Er hat diese Rede mit einem Knalleffekt begonnen, wobei dieser Knalleffekt zufälligerweise an den Beginn seiner Ausführungen dadurch gesetzt wurde, daß ein Blitzlicht gerade in diesem Moment nicht ganz funktionierte. Aber nicht nur dieser Knalleffekt, sondern eine Reihe von Ausführungen, die er gebracht hat, würden Anlaß geben zu einigen Erwiderungen. Ganz besonders reizt es mich, im Rahmen der Gruppe 4 Fürsorge gewesen, also soziale Maßnahmen, zu einer Äußerung Stellung zu nehmen, die sozusagen als ein neues Schlagwort in die Alltagspolitik hinausgetragen wird. Das ist das Schlagwort des Sozialstopps. Um es genauer zu sagen, der Herr Abgeordnete Zinkanell hat geglaubt, in seiner Generaldebatte darauf hinweisen zu müssen, daß das Bundesbudget 1967 ein Budget des Sozialstopps ist. Ich darf annehmen, daß er den Umfang des Kapitels „Soziales“ im Rahmen des Bundesbudgets einer gewissenhaften Durchleuchtung unterzogen hat. Ich darf daher annehmen, daß es ihn offenbar auf Grund einer nicht genauen Kontrolle dieser Ziffern verführt hat zu erklären, daß es sich hier um ein Budget des Sozialstopps handelt. Sonst hätte er wissen müssen, daß im Bundesbudget für 1967 im Kapitel „Soziales“ statt 11 Milliarden Schilling, wie sie im Jahre 1966 veranschlagt waren, 12.149.000.000 Schilling veranschlagt sind. Das bedeutet mit anderen Worten, daß hier eine Steigerung von 1,2 Milliarden Schilling vorgenommen wird und das macht wiederum einen Prozentsatz von 11 Prozent aus.

Ich komme noch auf einige Details zu sprechen, die im Rahmen von sozialpolitischen Maßnahmen ausgesprochen gehören, weil ich glaube, daß unter Sozialpolitik nicht nur der Rahmen der Sozialversicherung zu verstehen ist. Ich habe den Eindruck, daß mitunter ein solcher Fehler gemacht wird. Unter Sozialpolitik sind selbstverständlich alle jene Maßnahmen zu verstehen, die eben echt als sozialpolitische Leistungen gelten. Wenn also das Bundesbudget 1967 dafür Vorsorge trifft, daß am 1. Jänner 1967 die Pensionen und Renten eine Erhöhung von 8,1 Prozent erfahren, so wäre mit diesem einzigen Hinweis die Behauptung, daß es sich hier um einen Sozialstopp handeln würde, schon widerlegt. (Abg. Heidinger: „Das ist ja nur eine Abgeltung der Preiserhöhungen!“)

Ich will es aber nicht dabei bewenden lassen, daß ich nur auf diesen einen Faktor hinweise.

Vor der Nationalratswahl 1966 hat es so manchen Hinweis darauf gegeben, daß wenn die ÖVP die absolute Mehrheit im Nationalrat erhalten werde, es mit der Pensionsdynamik vorbei sei, so wie es überhaupt mit den Renten und Pensionen vorbei sei. (Landesrat Wegart: „Der Rentenklau ist gestorben!“) Das Gegenteil ist eingetreten. Aber ich will, wie gesagt, es nicht so billig machen und nur auf diese eine Position hinweisen, obwohl es natürlich dazu gehört zu erklären und zu sagen, daß im Rahmen dieser Pensionserhöhung eine beachtliche, nämlich die stattliche Anzahl von 1,260.791 Pensionen und Renten zur Auszahlung kommen. Diese Ziffer stammt vom letzten offiziell gemeldeten Stand vom 30. Juni 1966 und diese wird vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger in der „Sozialen Sicherheit“, dem offiziellen Organ des Hauptverbandes veröffentlicht. Ich gebe gerne zu und ich weise mit besonderer Genugtuung darauf hin, daß sich die Soziale Sicherheit und es wird damit einer Behauptung unserer Partei Rechnung getragen, daß sich die soziale Sicherheit selbstverständlich nicht nur auf die Unselbständigen, sondern auf alle Österreicher zu erstrecken hat. In dieser Zahl von 1,260.791 sind nämlich 226.202 Selbständige, das heißt also Bauern und gewerbliche Selbständige enthalten. Auch eine beachtliche Zahl, wenn man bedenkt, daß der gesamte Beschäftigtenstand 2,417.391 betragen hat.

Mein Hinweis darauf, daß es sich beim Budget 1967 nicht um ein Budget des Sozialstopps handeln kann, wird noch durch eine Reihe anderer Maßnahmen und Vorhaben untermauert, die diese Behauptung beweisen.

Es ist beabsichtigt und vorgesorgt, daß im Jahre 1967 der Bundeszuschuß zu den Ausgaben der Pensionsversicherungsträger, der auf Grund des § 80 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes geleistet wird, von 25,5 Prozent auf 26,5 Prozent erhöht wird. Es ist außerdem dafür vorgesorgt, daß der Mehraufwand für die Ausgleichszulagen aus entsprechenden Bundesmitteln gespeist wird. Die Gesamtleistung des Bundes zur Sozialversicherung im Jahre 1967 wird 8.066.000.000 Schilling betragen. Das sind mehr als 10 Prozent des ganzen Bundeshaushaltes 1967. (Landesrat Wegart: „Und das nennen Sie Sozialstopp!“)

Aber ich habe Ihnen versprochen auch darauf hinzuweisen, daß die Sozialpolitik sich ja nicht nur in der Sozialversicherung und den dort eingenommenen und ausgegebenen Beträgen erschöpft, sondern daß unter Sozialpolitik einiges anderes zu verstehen ist. Unter Sozialpolitik ist das zu verstehen, was an vielen Leistungen in den verschiedensten Bereichen vorgesehen und zur Auszahlung gebracht wird. Ich erwähne ein paar solche Beispiele: Familienpolitische Leistungen im Bereich der Kinderbeihilfen, Mütterbeihilfen, Zuschüsse aller Art auch für Bundesbedienstete, z. B. die Zuschüsse an Haushaltszulagen, Familienzulagen und dergleichen, an

Kinderzulagen. Ich erwähne die Stipendien, die an die vielen tausend Studenten ausgezahlt werden. Ich erwähne die Subventionen, die auch im Rahmen des Bundes-Budgets immer noch vorhanden sind, Subventionen für Milch, für Brot und für andere Bereiche, wie ermäßigte Fahrkarten bei den Bundesbahnen und anderes mehr, was letzten Endes in seiner Gesamtheit alles in den weiten Bereich der Sozialpolitik fällt. (Abg. Loidl: „Sie tun so, wie wenn Sie das erfunden hätten!“ — Landesrat Wegart: „Das wird nicht erfunden Herr Kollege, das wird erarbeitet!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe — Präsident: Glockenzeichen, „das Wort hat nur Abg. Nigl.“)

Alle diese Leistungen, meine Damen und Herren, zählen zum weiten Bereich der sozialpolitischen Maßnahmen, und es gehört dazu auch jener hohe Betrag, den ich in Ziffern gar nicht ausdrücken will, der für den Bau von Wohnungen und alle diese Dinge herangezogen wird. (Abg. Stöffler: „Uns freut's, Sie ärgern sich darüber!“ — Abg. Loidl: „Nein, nein!“ — weitere unverständliche Zwischenrufe von der SPÖ.)

Ob es sich hierbei um Leistungen handelt, die ihren Ursprung schon in früherer Zeit hatten und die von Jahr zu Jahr zunehmen und sich erhöhen, darauf kommt es ja nicht an. Ich habe jetzt ja nicht darüber eine Debatte begonnen, zu suchen, wer der Erfinder dieser Leistungen ist, sondern ich stelle fest, daß diese Leistungen im Budget vorhanden sind, daß sie sich erhöht haben, auch für 1967 erhöht haben und sich deshalb erhöht haben, weil dies auf Grund der Leistungskraft des gesamten österreichischen Volkes, der Steuerkraft dieses Volkes möglich war und ich weise daher den Versuch, durch ein neues Schlagwort die Steuerzahler, die Arbeitnehmer, die Selbständigen, die gesamten Steuerzahler und die gesamte österreichische Bevölkerung irrezuführen, auf das entschiedenste zurück. (Beifall bei der ÖVP — Abg. Zinkanell: „Die brauchen wir nicht irrezuführen!“ — Abg. Loidl: „Wann ist die Dynamik beschlossen worden? Vor dem 6. März oder nachher? Das ist alles eine Auswirkung der Dynamik!“ — Abg. Pabst: „Das ist doch kein Sozialstopp!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Präsident: „Ich bitte den Redner, fortzufahren.“

Abg. Nigl: Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich bitte Sie, die stenographischen Protokolle der Budget-Debatten des Jahres 1965 für den Voranschlag 1966 zur Hand zu nehmen und darin nachzulesen, daß ich schon damals, allerdings im Zusammenhang mit einem anderen Diskussionsbeitrag, im Hohen Hause darauf hingewiesen habe, daß die gesamte Pensionsversicherung, auch die Pensionsversicherung für die Arbeiter der gewerblichen Wirtschaft, keine Erfindung der zweiten Demokratie war und daß etwa die Behauptung, die Sozial-

sten hätten in der zweiten Demokratie die Pensionsversicherung für die Arbeiter eingeführt, eine historische, eine geschichtliche Lüge darstellt. (Abg. Heidinger: „Die zweite Demokratie, was ist denn das?“) Die zweite Republik, meine ich. Ich bitte um Entschuldigung, daß ich mich hier versprochen habe. Es ist dies keine Erfindung der zweiten Republik. Auch die Pensionsversicherung für die Arbeiter und deren Inkrafttreten geht auf ein anderes Jahr zurück und ich habe im vergangenen Jahr bereits ausführlich darauf hingewiesen, daß das so ist. Ich will mich da nicht wiederholen. Ich nehme an, daß die Damen und Herren Abgeordneten in der Zwischenzeit alle wissen, wie die geschichtliche Entwicklung der Pensionsversicherung sich gestaltet hat. Ich brauche auch nicht im besonderen darauf hinzuweisen, daß wir selbstverständlich manche Probleme im Bereich dieser sozialpolitischen Maßnahmen zu regeln und zu ändern hätten, einesteiils zugunsten der Betroffenen, wenn Sie wollen, zugunsten der Versicherten. Ich glaube aber, daß wir uns darin nicht erschöpfen dürfen, nur gesetzliche Maßnahmen im Beitragsabkommen einer Regelung zuzuführen, ich wüßte da auch noch einige andere Maßnahmen. Aber wenn ich da von sozialpolitischen Leistungen spreche, dann vielleicht auch noch einen Gedanken, und zwar einen persönlichen Gedanken: Wenn man von Sozialpolitik spricht, weiß man, daß man selbstverständlich darunter nicht nur Sozialversicherung versteht, sondern beispielsweise auch die Wohnungsbeihilfe, die jeder bekommt — im Monat sind das 30 Schilling — und ich weiß genau, daß es sehr viele gibt — ich habe eine solche Frage einmal im Rahmen der Gebietskrankenkasse gestellt, und zwar bezugnehmend auf die mehr als 800 Angestellten der Gebietskrankenkasse, und mir wurde einmütig zur Antwort gegeben, daß im Hause der Gebietskrankenkasse kein einziger Angestellter auf die 30 Schilling Wohnungsbeihilfe angewiesen sei. Ich nehme an, daß es Gott sei Dank infolge der sehr positiven Entwicklung unserer Wirtschaft und unserer Sozialpolitik seit dem Jahre 1945 sehr viele Arbeitnehmer gibt, die auf diese 30 Schilling Wohnungsbeihilfe heute nicht mehr angewiesen sind. Ich glaube daher, daß es angebracht wäre — und das ist eines von vielen Beispielen, die wir uns zu eigen machen sollten — künftig neue Regelungen zu entwerfen und eine Umverteilung dieser 30 Schilling Wohnungsbeihilfe vorzunehmen. (Abg. Ileschitz: „Wegzunehmen!“ — Abg. Stöffler: „Und denen geben, die es brauchen!“ — Abg. Burger: „Ein Generaldirektor braucht doch keine Wohnungsbeihilfe, aber der arme Rentner!“ — Landesrat Wegart zu den Sozialisten gewendet: „Ihr habt ja schon eine Generaldirektorengewerkschaft auch!“) Das ist doch wesentlich sinnvoller, meine Damen und Herren.

Als ich gewußt habe, daß ich am Nachmittag der erste Redner zur Gruppe vier sein werde, dachte ich mir so nach dem Mittagessen da sind die Menschen im allgemeinen am friedlichsten, wenn das leibliche Wohl befriedigt ist und da

habe ich mich gefragt, welche Möglichkeit ich ausnützen soll, diejenige, diesen Frieden nicht zu stören oder diejenige, um die Leute auch nach dem Mittagessen wachzuhalten. Ich habe mich für die zweite entschieden. Und ich sehe sehr deutlich, daß mir das gelungen ist. (Abg. Heidinger: „Wir machen gerne mit! Sie wirken wie ein Stimulans-Mittel!“ — Landesrat Sebastian: „Kommt auf die Suchtgiftliste!“)

Es ist für mich ein Vorzug, das zu hören.

Wenn ich also darauf hingewiesen habe, daß man von manchen Leistungen auch im Rahmen der Sozialpolitik bzw. deren Zweckmäßigkeit heute nicht mehr so ganz überzeugt ist — ich habe Ihnen ein Beispiel im Rahmen der Wohnungsbeihilfe genannt — so glaube ich — und hier bin ich mit dem absolut bekannten und ich nehme an, auch in seinen Auffassungen nicht allzu bestrittenen Sozialpolitiker der sozialistischen Richtung, des früheren Abgeordneten und heutigen Präsidenten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, Hillegeist, einer Meinung, der da sagt, daß man auch im Bereiche der Sozialpolitik nicht immer nur jenem Schlenndrian huldigen soll, der gewisse Dinge, die einmal eingeführt worden sind, weil sie zur damaligen Zeit zweckmäßig waren, einfach nicht antastet, sondern ich glaube, daß es wohl zweckmäßiger ist, einmal auch den Mut zu haben, gewisse Dinge einer Neuordnung zuzuführen. (Abg. Zinkanell: „Wenn Sie Mut zum Umbau brauchen, dann sind wir nicht neugierig darauf. Wenn man zu etwas Mut braucht, dann kann es nicht gut sein!“)

Dazu gehören jene Umbaumaßnahmen, die ich z. B. bei der Wohnungsbeihilfe angezogen habe. Dem Debattenredner in der Generaldebatte, dem Herrn Abgeordneten Zinkanell kann ich von dieser Stelle aus im Namen meiner Landtagsfraktion beruhigt zurufen: Solange die ÖVP im Parlament, in der Bundesregierung oder wo immer sie vorhanden ist und die Mehrheit hat, solange sie diese Mehrheit hat, wird es einen Sozialstopp nicht geben. Nicht heute, nicht morgen, nicht im Bund und nicht im Land! (Beifall bei der ÖVP — Unverständliche Zwischenrufe.)

Präsident: Ich bitte den Redner fortzufahren.

Abg. Nigl: Meine Damen und Herren, wenn ich mich eingangs mit diesem Schlagwort ein wenig auseinandergesetzt habe, dann darf ich mit der Feststellung fortsetzen und ich hoffe, daß sich das mittlerweile bis zu Ihnen da links drüben durchgesprochen hat — ich nehme jedenfalls an, daß das so ist, weil ich ja von einem antizyklischen Stoß etwas gehört habe im Rahmen der bisherigen Auseinandersetzungen —, daß Sie inzwischen zur Überzeugung gelangt sind, daß eine gute Wirtschaftspolitik immer noch die beste Sozialpolitik ist. (Abg. Zinkanell: „Das geht ja von uns aus!“ — Abg. Stöffler: „Ist ja sehr gut! Ha, ha! Wir stellen fest, eine gute Wirtschaftspolitik geht nicht von Ihnen aus!“)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich bitte zu bedenken, daß jeder sich zu Wort melden kann. Es ist gleichgültig, ob 53 oder 54 Redner sprechen. 53 sind schon vorgemerkt. Wenn Sie die Landtagsdebatte nicht ungebührlich verlängern wollen, so begnügen Sie sich mit einfachen Zwischenrufen, aber nicht mit Zwiegesprächen. Ich bitte den Redner fortzufahren.

Abg. Nigl: Ich bin der Meinung, daß eine gute Wirtschaftspolitik die beste Sozialpolitik ist. Wenn Sie sagen, daß dieser antizyklische Stoß von Ihnen ausgegangen ist, dann darf ich darauf hinweisen, daß wir in Österreich einen Raab-Kamitz-Kurs gehabt haben. Ich darf daran erinnern, daß durch die damals in Österreichs Wirtschaftspolitik erfolgten steuerlichen Maßnahmen jene antizyklischen Stöße für die Wirtschaftsentwicklung in Österreich ausgegangen sind, die erst jene sozialpolitische Entwicklung ermöglicht haben, von der Sie anfangs behauptet haben, die Erfinder dieser Sozialpolitik zu sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, wenn ich damit in Auffassung meiner Fraktion auch ausspreche, daß wir selbstverständlich ein eminentes Interesse daran haben, daß auch künftighin jene Einkommensentwicklung für die gesamte österreichische Bevölkerung sichergestellt wird, die es erst möglich macht, fortzusetzen was vor Jahren begonnen wurde, nämlich durch eine sinnvolle Eigentumsentwicklung jene Voraussetzungen zu schaffen, die von Haus aus so manchen ansonst aufkommenden sozialpolitischen Wunsch von vornherein erfüllen; wenn das sichergestellt ist, dann weiß ich, daß wir nicht nur eine gute Wirtschafts- und Sozialpolitik machen, sondern dann weiß ich, daß wir damit auch den besten Dienst an der persönlichen Freiheit des Menschen treffen, weil erst dann der Mensch frei ist, wenn er sich nicht von irgendwelchen Druckgefühlen belastet fühlt, sondern wenn er durch Eigentum erst wirklich persönlich frei wird.

Dennoch ist es so, daß auch dann, wenn trotz einer guten Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik immer noch eine Reihe von Menschen vorhanden ist, deren geistige und körperliche Gebrechen dazu führen, daß es ihnen nicht möglich ist, an dieser Entwicklung teilzunehmen, sondern daß sie für immer dazu verbannt sind, an den Freuden unseres Daseins nicht teilnehmen zu können.

Für diese Menschen bleiben nur die Leiden. Da glaube ich ist es richtig und selbstverständlich, daß man im besonderen Maß mit den fürsorglichen und sozialpolitischen Maßnahmen einsetzt. Wenn im Rahmen der Gruppe 4 unseres Voranschlags für 1967 beachtliche Zuschüsse seitens des Landes gegeben werden, so ist das selbstverständlich jene aufgeschlossene Einstellung jenen Menschen gegenüber, die nicht vom Glück gesegnet sind und die auf Grund besonderer Verhältnisse nicht an den Freuden, wie ich gesagt habe, unseres Daseins teilnehmen können.

Daß dazu eine Fülle von Bereichen zählt, ist auch natürlich. Angefangen vom Säugling bis zum alten Menschen, von der Säuglingsbeihilfe bis zur Altenbetreuung und dazwischen liegt das vielblättrige Buch oder der viele Seiten umfassende Katalog der sozialen Maßnahmen, der fürsorglichen Maßnahmen. Wenn dafür ein Zuschuß des Landes von rund 90 Millionen Schilling erforderlich ist, so weist diese Ziffer auch gegenüber dem Voranschlag 1966 eine beachtliche Erhöhung aus.

Ich weiß, daß es in diesem Bereich von betroffenen Personengruppen nicht nur solche gibt, die vom Schicksal nicht gerade gnädig behandelt wurden, sondern daß es auch eine Reihe von Fällen gibt, die von Haus aus vermieden werden könnten, wenn es gelänge, alle unsere Maßnahmen und die Maßnahmen so vieler Organisationen und Einrichtungen richtiger zu beachten und zu deuten.

Ich denke da an die vielen negativen Auswirkungen, die etwa der Alkohol, nicht nur am Volant eines Autos, sondern auch sonst mit sich bringt. Ich denke an jene Fälle, wo Jugendliche durch mangelnde Obsorge im Elternhaus auf die schiefe Ebene geraten und ich denke an jene Zustände, die die Wohlstandsgesellschaft mit sich bringt und die dann jene Gruppen bringen, für die letzten Endes solche fürsorglichen Maßnahmen einzusetzen haben.

Es sind also nicht nur immer die Wechselfälle des Lebens, die dazu zwingen, daß man sich als Gemeinschaft und als Gesellschaft jener Menschen und Menschengruppen annimmt, die darauf warten, daß ihnen geholfen wird, weil sie sich eben selbst nicht entsprechend helfen können. Und das ist also die Sorge um die Blinden, um die Taubstummen, das ist die Flüchtlingsfürsorge, das ist die Obsorge für die Jugendlichen, für die Säuglinge, für die alten Menschen und viele, viele andere Bereiche auch.

Und wenn das Land in einigen Fällen durch gesetzgeberische Maßnahmen dafür gesorgt hat, daß diesen Menschen entsprechende Hilfe zuteil wird, so darf ich vielleicht einmal das Gesetz für die Blindenbeihilfen erwähnen und das andere mal die Behindertenhilfe. Bei den Blindenbeihilfen — das haben Sie schon vom Berichterstatter gehört — ist es so, daß hier für 750 Vollblinde und 650 praktisch Blinde monatliche Beihilfen ausgezahlt werden, die im Verlaufe eines Jahres die runde Summe von 11 Millionen Schilling erfordern. Und bei den Behinderten ist ein Aufwand von 21.8 Millionen Schilling erforderlich und von diesem Betrag tragen die Bezirksfürsorgeverbände nach den Ansätzen des Budgets 9.8 Millionen Schilling. (Landesrat Wegart: „Alles im Rahmen des Sozialstopps!“)

An dieser Stelle möchte ich auch ganz besonders auf die Leistungen der Gemeinden und der Bezirksfürsorgeverbände von Nord bis Süd und von Ost bis West in unserem Land verweisen

und diese ganz besonders hervorheben. Ich weiß, daß das nicht das einzige ist, was ich zitiert habe, sondern daß es viele, viele Bereiche einschließt, wo gerade die Gemeinden und die Bezirksfürsorgeverbände bisher schon beachtliche Leistungen vollbracht haben und diese Leistungen auch künftighin fortsetzen. Das ist nicht das einzige. Darüber hinaus leisten auch private Organisationen, Verbände und Vereinigungen beachtliche Hilfen im Rahmen der sozialpolitischen Maßnahmen. Ich denke da an die Caritas und deren verschiedene Einrichtungen, ich denke an die SOS-Kinderdorfgemeinschaft, an Selbsthilfegemeinschaften, an betriebliche Sozial-Fonds und dergleichen mehr, an die Volkshilfe (Zwischenruf Präs. Afritsch) an das Afritsch-Kinderdorf, bitte sehr, es gibt da eine Fülle von Beispielen, die aufzuzählen sind und die würdig sind, sie aufzuzählen, weil alle diese Einrichtungen von einer hohen ethischen Einstellung getragen sind, weil sie eben jenen Menschen Hilfe bringen, die sich selbst nicht oder nicht genügend helfen können, weil diese, wie gesagt, von Haus aus nicht mit jenen Gütern gesegnet sind wie ein gesunder Mensch.

Aber mir ist im Rahmen der Gruppe vier auch aufgefallen, — vielleicht ist es nicht jedem aufgefallen und vielleicht ist das aufklärungsmöglich im Rahmen dieser Budget-Debatte — aber mir kommt vor, daß einiges in dieser Gruppe unklar ist.

Ich habe unter Zuhilfenahme der Erläuterungen zum Voranschlag versucht, zu ergründen, wo denn diese Mittel alle hingehen und für welche Bereiche diese Mittel verwendet werden. Abgesehen davon, daß für die Ausgaben der Behindertenhilfe nur Schätzungen zur Verfügung stehen und ich keine Ziffer feststellen konnte, wieviel Behinderte bekommen nun wirklich in der Steiermark eine Unterstützung, so gibt es auch noch andere Bereiche, so z. B. im Abschnitt 43 des Budgets, wo es unter Post 705 in der freien Wohlfahrtspflege unter dem Titel „Sonstige Förderungsmaßnahmen“ — keine Einnahmen, Ausgaben aber in Höhe von 1,890.000 Schilling gibt, wobei diese Post mit 1,890.000 Schilling die größte Post in diesem Abschnitt ist. Diese größte Post ist aber als „sonstige Förderungsmaßnahmen“ ausgewiesen und hier darf ich vielleicht zitieren — wörtlich zitieren —. In den schriftlichen Erläuterungen zum Budget heißt es: „Förderung von unterstützungswürdigen Vereinen und Einrichtungen, die auf sozialem Gebiete wertvolle Leistungen erbringen.“ Und im zweiten Absatz heißt es dann noch: „Bei dieser Post waren bisher mitveranschlagt die Kosten für die Alten-Urlaubsaktion und Alten-Betreuung. Dieser Aufwand wird im Jahre 1967 bei einer gesonderten Post im Unterabschnitt 449, Post 706 veranschlagt.“ Das ist mir dann auch aufgefallen und für diese Alten-Urlaubsaktion ist dann in einer gesonderten Post der Betrag von 850.000 Schilling vorgesehen, so daß natürlich begreiflicherweise im Vergleich zum Voranschlag 1966, die von mir zuerst genannte

Post eine Verringerung erfahren hat. Im Voranschlag 1966 waren nämlich diese „sonstigen Förderungsmaßnahmen“ noch mit 2,210.000 Schilling veranschlagt.

Ich habe mir gedacht, zu dieser Post sei in den Erläuterungen des Vorjahres mehr darüber nachzulesen. Ich habe daher die Erläuterungen des Vorjahres zu Hilfe genommen, habe dort nachgelesen und bin draufgekommen, daß im Vorjahr zu dieser immerhin beachtlichen Ausgabe von mehr als 2 Millionen Schilling — für 1967 sind es nicht ganz 2 Millionen — noch weniger steht in den Erläuterungen. Dort steht nämlich nur drin, „die Arbeitsgemeinschaft bemüht sich vor allem um die Aus- und Weiterbildung von Sozialarbeitern.“ Zunächst habe ich mir gedacht, vielleicht ist ein Hinweis auf diese Arbeitsgemeinschaft zu finden, aber dies ist nicht der Fall. Vielleicht kann man mir hier erklären, um welche Arbeitsgemeinschaft es sich handelt, Herr Landesrat Gruber, wenn ich dann im Rahmen Ihres Schlußwortes darum bitten darf. Vielleicht können Sie mir auch erläutern, was Sie als zuständiger Referent für die Vergabe dieser Mittel unter „Sozialarbeitern“ in diesem speziellen Fall verstanden haben wollen oder verstehen. Das ist das eine.

Und das andere, das meiner Meinung nach ein wenig aufklärungsbedürftig ist, ist die Tatsache, daß überhaupt bei den Erläuterungen zu dieser Gruppe vier nicht gerade sehr viel zu lesen ist und daß auch in den vergangenen Jahren nicht sehr viel darüber zu lesen war. Ich habe z. B. noch nie gehört, daß für diese Gruppe aus dem Bereich der Abteilung 9 der Öffentlichkeit ein Tätigkeitsbericht vorgelegt worden wäre. Ich glaube, daß ein solcher Tätigkeitsbericht doch berechtigt wäre und ich rege das an, so daß man einmal klar sieht und erkennt, welche Aufgaben hat die Abteilung 9, welche Maßnahmen sind da im Rahmen der Gruppe vier gesetzt worden, um diesen fürsorgerischen, diesen sozialpolitischen Aufgaben entsprechend nachzukommen.

Und dann zur Frage der Altenbetreuung auch noch einige Worte. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß für 1967 eine gesonderte Post von 850.000 Schilling eingesetzt wurde, um diese „Alten-Urlaubsaktion“ durchzuführen. Ich habe nicht eruiert können in den Voranschlägen bzw. in den Erläuterungen, wieviel war für das Jahr 1966 eingesetzt, weil das unter den sonstigen Förderungsmaßnahmen enthalten war und nicht erkennbar war, welche Beträge hier ausgegeben wurden. Es wäre auch interessant, zu wissen, wie sich das verhält, so wie ich überhaupt darauf hinweisen möchte, daß im Rahmen der Altenbetreuung — und hier verweise ich auf das Gebiet der Altersheime und Fürsorgeheime — im vergangenen Jahr von mir im Rahmen der Budget-Debatte darauf verwiesen wurde, daß zwar die beachtlichen Leistungen der Gemeinde-Fürsorgeverbände durch die Errichtung und Erhaltung der Altersheime enorm sind und daß auch die Zuzahlungen, die das Land im Rah-

men dieser Fürsorgeheime erbringt, ebenfalls beachtliche Mittel umfassen, die von Jahr zu Jahr steigen, daß aber alle diese Heime immer so eine gewisse anonyme Stätte für die alten Menschen sind und man nicht weiß, wer ist denn eigentlich diese Obrigkeit, die diese Heime betreut und es ist halt so vieles in diesen Heimen unpersönlich. Ich habe auch schon im vorigen Jahr gesagt, daß es nicht für jeden alten Menschen so einfach ist, ihn aus seiner altgewohnten Umgebung, in der er ein Leben lang zugebracht hat, herauszureißen und ihn dorthin zu verpflanzen. Warum ich das sage, werde ich gleich erläutern. Mit diesen damaligen Erläuterungen und mit der Besorgnis, daß man auch andere Möglichkeiten suchen muß, um eine wirksame Altenbetreuung zu setzen, nämlich, daß man in bestehenden Wohnsiedlungen Wohnungen placiert für alte Menschen, ebenerdig, wo sie sich bewegen können, wo sie in der Umgebung wohnen können, wo sie Kontakt mit jungen Menschen und Kindern bekommen, damit sie nicht das Gefühl haben, sie sind aus der menschlichen Gesellschaft ausgeschlossen, ganz einfach deshalb, weil sie alt sind. Damals hat mir das im Schlußwort fast eine Art Rüge, ein Belächeln eingetragen. Der Herr Landesrat Gruber, das kann man noch in den Stenographischen Protokollen des Vorjahres nachlesen, hat nämlich gesagt, meine Bemerkungen zu dieser Frage seien theoretischer Natur und es könne gar keine Verwirklichung erblickt werden.

Ganz besonders freut es mich daher mit meiner Fraktion, daß im Budget 1967 200.000 Schilling erstmals für die Beihilfen zur Errichtung bzw. Instandsetzung von Altwohnungen in Notfällen und nochmals 200.000 Schilling — auch erstmals — für Darlehen zur Errichtung bzw. Instandsetzung von Altwohnungen in Notfällen eingesetzt worden sind. Wenn ich das hervorhebe, so will ich damit sagen, daß hier zwar meine vorjährigen Ausführungen noch als theoretisch bezeichnet wurden, aber es sich hin und wieder, so auch in diesem Falle, erweist, daß wieder einmal die Praxis von der Theorie profitiert hat.

Damit will ich schließen. Nochmals mit der Feststellung, daß selbstverständlich das Land Steiermark nach wie vor, nicht nur heute und morgen, sondern immer, wenn Entscheidungen zu treffen sind, selbstverständlich dafür eintreten wird, daß es keinen Sozialstopp gibt. Ich bitte Sie aber zu beachten, daß es im Rahmen der Sozialpolitik nicht nur eine Sozialversicherung gibt und daher alle diese Maßnahmen so zu verstehen sein werden, daß sie sinnvoll für die Menschen und von den Steuergeldern sinnvoll für alle Österreicher gesetzt werden. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich erteile Frau Abg. Jamnegg das Wort. Als nächster Redner ist vorgemerkt Herr Abg. Klobasa.

Abg. Jamnegg: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Thema, das ich jetzt hier be-

handeln will, liegt zwar auch im sozialen Bereich, aber es ist sicher weit weniger aufregend, wenn es mir auch nicht minder wichtig erscheint und ich daher hoffe, daß es auch Ihr freundliches Interesse findet.

Es ist erfreulich, Hohes Haus, feststellen zu dürfen, daß im Landesvoranschlag wieder beachtliche Mittel für die Familienhilfe eingesetzt sind. Sicher ein Beweis dafür, daß das Land in der Förderung der bestehenden Einrichtungen schon sehr viel tut. Wenn ich mir erlaube, so wie im Vorjahr, auch heute wieder das Wort zu diesem Thema zu ergreifen, so deshalb, weil es mir sehr wichtig und notwendig erscheint, hier weitere Wege noch zu suchen, um eine entsprechende Ausweitung auch dieses Gebietes der Sozialarbeit zu erreichen. Ich werde mir erlauben, auch dann in der Folge eine neue Anregung dazu zu geben.

Vielleicht darf ich zunächst grundsätzlich festhalten, daß der unmittelbaren Sozialhilfe in dieser Richtung immer größere Bedeutung zukommt. Wenn, so wie bei uns in Österreich, man sich auch in anderen Ländern und auf internationaler Ebene mit dieser spezifischen Frage der Sozialarbeit beschäftigt, dann aus der Sorge heraus, wie man den Menschen besser helfen könnte. Denn diese Sorge ist überall die gleiche. Die Entwicklung der modernen Industriegesellschaft hat nun einmal und das wissen wir alle nur zu gut, auch die Formen des menschlichen Zusammenlebens grundlegend gewandelt. Was früher einmal im Rahmen des Familienverbandes an gegenseitiger Hilfe geleistet worden ist, wird heute durch fremde Hilfe in Anspruch genommen, sofern eine solche erreichbar ist. Das ist, glaube ich, das Problem. Wenn jetzt, auch darauf möchte ich hinweisen, gerade in der Weihnachtszeit von einer Reihe von Initiatoren materielle Hilfsmaßnahmen gesetzt werden, erfreulicherweise gibt es das noch, so wird bei den Besuchern anlässlich der Verteilung der Geschenke und dergleichen offenbar, daß neben der materiellen oftmals andere Hilfe mindestens ebenso nötig wäre. Manchmal sogar dringender nötig wäre.

Der Bedarf, Hohes Haus, an Familienhilfe und Heimhilfe ist weitreichend. Von der Versorgung der Familie bei längerer Abwesenheit der Mutter, sei es durch Krankheit, Niederkunft oder aus anderen Gründen, bis zur Hilfeleistung für alte Menschen und vor allem für jene, die sich selbst nicht mehr helfen können, die selbst nicht mehr alles tun können. Besondere Beachtung kommt heute auch der Betreuung erkrankter Kinder berufstätiger Mütter zu. Denn die berufstätige Mutter kann ja nicht so einfach von ihrem Arbeitsplatz wegbleiben, auch nicht, wenn das Kind erkrankt ist und wenn sie noch so gerne ihr Kind selbst betreuen möchte.

Wie wichtig wäre auch die Versorgung erkrankter Alleinstehender. Der Bogen für die Inanspruchnahme von Hilfe dieser Art ist und

wäre sehr weit gespannt, denn die Not ist oft sehr groß.

Wir haben in der Steiermark durch großzügige Förderung des Landes schon einige sehr gute Einrichtungen der Familienhilfe. Die Steiermark ist hier allen anderen Bundesländern voraus. Das soll auch gesagt werden.

Die bedeutendste Einrichtung bei uns ist das seinerzeit über Initiative der Frau Nationalratsabgeordneten Dr. Baier geschaffene Steirische Mutterhilfswerk der Caritas mit derzeit 80 im Einsatz befindlichen Familienhelferinnen. Ein Werk, das von der Caritas vorbildlich geführt wird. Daneben gibt es eine weitere gute Einrichtung und zwar die Familienhilfe der Stadt Graz mit 25 Helferinnen. Daneben sind auch noch in einigen steirischen Bezirken und Orten einige Familienhelferinnen angestellt.

Wie wertvoll, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, diese Einrichtungen sind und was auf diesem Gebiet schon geleistet wurde, geht daraus hervor, daß allein von den Familienhelferinnen etwa der Caritas im Jahre 1965 in 1947 Einsätzen 16.069 Tagesleistungen erbracht worden sind. Was diese Ziffern an menschlicher Hilfe für die Familien und zwar quer durch alle sozialen Schichten unseres Landes bedeuten, kann man ermessen, wenn man die Berichte der Familienhelferinnen selbst oder die zahllosen Dankschreiben der Betroffenen gelesen hat.

Bemerken möchte ich auch, daß die Familienhelferinnen für diesen verantwortungsvollen Beruf in der zweijährigen Familienhelferinnenschule der Caritas, die zu der Gruppe der berufsbildenden mittleren Lehranstalten zählt, ausgebildet werden.

Mit der Verlegung der Schule im nächsten Jahr von der Raimundgasse in die Schönaugasse, wo in zweckmäßigen und schönen Räumen auch das Heim untergebracht wird, ist gleichzeitig eine Ausweitung der Kapazität der Schule verbunden und zwar in der Richtung, daß jede Klasse 36 Schülerinnen aufnehmen kann. Daß die Zahl der eingesetzten Familienhelferinnen trotz des jährlichen Zuganges aus der Schule sich nicht im gleichen Maß erhöht, kommt daher, daß immer wieder auch eine größere Anzahl von Familienhelferinnen wegheiratet. Aber die Ausbildung und Praxis, die die Mädchen mit diesem Beruf erworben haben, sind von unschätzbarem Wert für die eigene Familie.

Wie kann man aber die Anzahl der Familienhelferinnen steigern? Das ist, glaube ich, mit eine wesentliche Frage und hier sollten alle und gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, um diesem schönen, um diesem notwendigen Sozialberuf noch mehr Mädchen zuzuführen.

Ich habe schon eingangs erwähnt, daß ich auch eine neue Anregung geben möchte. Und das

wäre eine Heimhilfe in Form von Teilzeitbeschäftigung. Vielleicht ist es möglich, Hohes Haus, — und ich würde das nur wünschen und hoffen — auf diesem Wege die Heimhilfe weiter auszubauen und damit gleichzeitig auch den Frauen eine weitere Möglichkeit zur Teilzeitbeschäftigung zu erschließen. Freilich wären dazu bestimmte Voraussetzungen notwendig, wie etwa eine gewisse hauswirtschaftliche und auch pflegerische Praxis und sicher müßten die Frauen dazu in speziellen Kursen für diese Aufgaben entsprechend vorbereitet werden. Ich könnte mir vorstellen, daß es möglich wäre, daß vor allem die Caritas diese Aufgabe übernimmt, weil hier ja alle Voraussetzungen gegeben wären, sowohl für die Ausbildung als auch für die praktische Durchführung, wobei ich, meine Damen und Herren, auch an eine ähnliche Streuung wie bei den Familienhelferinnen denke und ich glaube, daß es auch möglich sein müßte, alle Gemeinden unseres Landes, oder zumindest die größeren Gemeinden unseres Landes für diese Sache zu interessieren. Ich bin mir durchaus bewußt, daß das auch eine finanzielle Frage ist, aber ich möchte trotzdem hoffen und wünschen, Hohes Haus, daß hier alle guten Willens sind, wenn es gilt, verschiedene Förderungsmöglichkeiten zu erschließen und diese Bitte möchte ich hiermit tun. Wenn es gelingt, die Heimhilfe so auf eine breitere Basis zu stellen, dann heißt das, daß wir damit gleichzeitig auch unseren Mitmenschen in Not besser helfen könnten. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Klobasa das Wort. Als nächste Rednerin ist Frau Abg. Edda Egger vorgemerkt.

Abg. Klobasa: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich einmal zu einem Unterabschnitt der Gruppe 4 Stellung nehme, der die ganzen Jahre hindurch eine stiefmütterliche Behandlung erfuhr, und das ist im Abschnitt 46 die Ansatzpost 46, 51 „Kinder- und Schülerausspeisungen.“ Im Voranschlag für das Jahr 1967 wurden die Ausgaben mit 2.2 Millionen Schilling errechnet, wogegen die Einnahmen voraussichtlich nur 900.000 Schilling betragen werden. Aus dem Bericht der Abteilung 9 des Amtes der Landesregierung über die Kinderausspeisung des vergangenen Jahres ist ersichtlich, daß im selben Schuljahr an 64 Schulen 7.032 Kinder an der Ausspeisungsaktion teilnahmen. Im vorangegangenen Schuljahr 1964/65 waren es noch 74 Schulen mit 8.142 Kindern. Prozentuell gesehen nahmen rund 7 Prozent der Schulen mit knapp 5 Prozent aller Schüler an dieser vorteilhaften Aktion teil. Warum nun die geringe Beteiligung? Wenn Sie, sehr geehrte Damen und Herren, Berichte aus früheren Jahren zum Vergleich heranziehen, werden Sie sehen, daß bedeutend mehr Kinder damals an dieser Aktion teilnahmen. Die Rückläufigkeit ist daher wohl in erster Linie auf die weitaus bessere wirtschaftliche Situation der Familien zurückzuführen und vielleicht spielt auch das dichte, fast lückenlose Verkehrsnetz sowohl der

öffentlichen Hand als auch privater und persönlicher Art dabei eine große Rolle. Außerdem haben die Kinder jetzt mehr Taschengeld als früher und die Jause von daheim besteht aus wesentlich anderen Dingen als z. B. wir sie in unserer Schulzeit mitbekamen, nämlich das tägliche Stück Brot oder das Stück Brot mit dem Apfel. Oft war es Brot mit Marmelade, von der Mutter eingekocht, aber eine Semmel, eine Wurst oder gar ein Essiggurkerl gab es zu unserer Zeit als Jause kaum. Hätte es zu unserer Zeit die Schülerspeisungen mit all den leckeren Dingen für ein Kind, wie dies gegenwärtig der Fall ist, gegeben, ich glaube, nur wenige wären ihr fern geblieben.

Von den 173 Kindergärten in der Steiermark nahmen im Schuljahr 1965/66 39 mit 5.120 Kindern an der Ausspeisung teil und hier ist die Tendenz steigernd. 51 Heime und Anstalten mit 6.729 Kindern benützen ebenfalls die Aktion, so daß im Jahre 1965/66 insgesamt 19.458 Kinder an der Schülerspeisungsaktion teilnahmen und an diese 3.590.376 Portionen verabreicht wurden. Die Speisenaktion wurde an 171 bis 246 Tagen durchgeführt, je nachdem, ob die Ausspeisungsstellen an 5, 6 oder 7 Tagen pro Woche Speisen ausgaben. Die Lebensmittelzuteilung erfolgte nach einem vom Kinder-Ausspeisungsreferat ausgearbeiteten Speiseplan. Verabreicht wurde: Kakao mit gebackenen Mäusen, Kakao mit Weißbrot, Marmelade, Kaffee mit Schmalzschaufstrich, Kaffee mit Leberpastetenaufstrich, Pudding mit Fruchtsaft, Grießschmarren mit Pflaumenkompott, Erbsenreis, Schwammerlsauce mit Semmeln, Hörnchen mit Bratensaft, Jahres-Suppe und Nudeln, Frankfurter mit Senf. Den an sieben Tagen pro Woche teilnehmenden Stellen wurde kein Speisenplan vorgeschrieben, da bei diesen Stellen die Lebensmittel in der Regel zusätzlich verkocht worden sind.

Zur Herstellung dieser 3.590.000 Portionen war an Lebensmitteln notwendig und wurden vom Bund gestellt: Zucker, Fett, Reis, Trockenmilch, Haferflocken, Frisch-Magermilch, Käse und Topfen, zusammen 104.756 kg an Lebensmitteln im Werte von 996.465 Schilling und 328.611 Liter Frisch-Magermilch im Werte von 223.455 Schilling. Das Land stellte zur Verfügung die übrigen Lebensmittel, Zucker, Kakao, Trocken-Magermilch, Weizenmehl, Weizengrieß, Teigwaren, Frankfurter, Schmalzfleisch- oder Leberpastetenaufstrich, Schwammerl-Sauce, Bratensaft, klare Suppe, Fruchtsaft, Marmelade, Kaffeemittel, Pudding, Dörrpflaumen, Erbsen und Hartweizen-Käse im Werte von 1.674.857 Schilling. Die Transport- und Lagerungskosten betragen 426.266 Schilling, zusammen also 2.101.123 Schilling. Zusammen gaben daher Bund und Land Lebensmittel im Werte von 3.321.043 Schilling. Die vom Bund bereitgestellten Lebensmittel wurden kostenlos bis zur Landeshauptstadt geliefert. Die Mittel für den Ankauf von Lebensmittel stammen von Beiträgen des Landes, der Bezirksfürsorgeverbände und von den Regiebeiträgen mit je —.25 Schilling

pro Portion mit einer Summe von 997.781 Schilling, so daß der Zuschußbedarf 1.203.342 Schilling betrug, der wieder zu zwei Dritteln vom Land und einem Drittel durch die Bezirksfürsorgeverbände gedeckt wurde.

Hohes Haus, ich glaube, es war einmal notwendig, die Öffentlichkeit auch in dieser Hinsicht zu informieren. Die Aktion, der Sie sicher alle beipflichten werden, wäre wert, in größerem Maße beansprucht zu werden. Ich darf abschließend allen, die damit zu tun haben und teilweise auch ihre Freizeit in den Dienst dieser Sache stellten, von dieser Stelle aus den besonderen Dank aussprechen. Vor allem ist dem Referenten der Abteilung 9, Herrn Landesrat Josef Gruber dafür zu danken, daß er mit der Post 46,51 diese Schülerspeisungen trotz der angespannten Finanzlage wieder um einige hunderttausend Schilling für das laufende Jahr gegenüber dem Vorjahr aufstocken konnte und ich möchte ihn bitten, auch weiterhin der Jugendhilfe wie bisher sein besonderes Augenmerk zu schenken. (Beifall bei der SPÖ.)

2. Präsident Afritsch: Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Egger. Als nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Lendl vorgemerkt.

Abg. Edda Egger: Hoher Landtag! Wir haben gestern und heute früh sehr ausführlich über all die vielen Einrichtungen des Schulwesens gesprochen, die unserer Jugend einen guten Weg ins Leben bahnen sollen; allen jungen Menschen, wie sie uns vor Augen stehen, kleine und große, blonde und braune, eifrige und stille, wie sie sind mit all ihren Verschiedenheiten. Aber immer auch gesund, normal an Körper, Seele und Geist. Leider treten nicht alle Kinder mit solch guten Voraussetzungen ins Leben. Viele erleiden auch später Schädigungen oder geraten auf schlechte Wege. Solche Kinder brauchen spezielle Hilfen, wie sie in der Gruppe 4 in manchen Posten und Unterabschnitten als Jugendhilfe mit oft in die Millionen gehenden Beträgen vorgesehen sind.

Es ist gut, einmal Rechenschaft abzulegen, wieviele Jugendliche solche spezielle Hilfen brauchen. Mir steht dafür leider nur eine deutsche Statistik zur Verfügung. Aber sie dürfte nach Angaben von Fachleuten, annähernd auch für Österreich gelten. Auf 10.000 lebend Geborene kommen durchschnittlich ein Blinder, vier Sehbehinderte, sechs Gehörlose, 15 Schwerhörige, 60 Körperbehinderte, 60 geistig schwer Behinderte, die man als Imbezile bezeichnet, 150 Sprachbehinderte, 250 leicht Schwachsinnige Debile, 250 schwer Erziehbare. Das sind von 10.000 rund 800 geschädigte Kinder, also etwa 8 Prozent. Dazu kommen noch durchschnittlich 350 Lernschwache. Nachdem ein Geburtsjahrgang in der Steiermark rund 22.000 Kinder umfaßt — das ist nicht in allen Jahren gleich — so werden also mit 8 Prozent jährlich etwa 2000 Kinder geboren, die während ihres Heranwachsens und während des ganzen Lebens besonde-

rer Hilfe bedürfen. Das sind insgesamt in der Steiermark 30.000 junge Menschen, wenn man nur die Geburtsjahrgänge vom ersten bis zum 15. Lebensjahr rechnet, also die Zeit bis zur Beendigung der Schulpflicht. Für diese Kinder können in der Regel die Eltern nicht alles leisten, was an Hilfe notwendig ist. Daher muß hier die Allgemeinheit mit Schutz und Hilfe eingreifen, wie wir es in dem Kapitel für Jugendhilfe vorgesehen haben.

Was geschieht nun wirklich in der Steiermark an Jugendhilfe. Ich möchte zuerst einmal hervorheben, was an unseren speziellen Einrichtungen über dem Durchschnitt ist. Sie wissen, daß ich sehr oft das aufzeige, was nicht in Ordnung ist. Umso erfreulicher, wenn man etwas hervorheben kann, wo wirklich Besonderes geleistet wird. Da können wir feststellen, daß in der Steiermark z. B. die Heime für die Fürsorgeerziehung in einem recht guten Zustand sind. Besonders das neu gebaute Heim Blümelhof, aber auch die anderen Heime werden immer wieder durch Ausbauten soweit instand gebracht, daß viele andere Bundesländer nur wenig Vergleichbares an die Seite zu stellen haben. Wir haben im Blümelhof im letzten Jahr einen neuen Werkstätentrakt, der bald fertig sein wird, begonnen und in Hartberg ist etwas Ähnliches gebaut worden. Es ist die Körperbehindertenanstalt in Andritz im Bau, die eine sehr schöne neue Anlage zu werden verspricht. Auch die Gehbehindertenschule in Wetzelsdorf ist im Bau, die ihre Entstehung einem ganz besonderen Anlaß verdankt und die durch freiwillige Leistungen erbaut wird. Wir hoffen, daß sie möglichst bald fertig wird, weil man schon oft hört „diese Schule könnten wir brauchen, da hätten wir schon viele Verwendungsmöglichkeiten“. Verhältnismäßig schlecht bezüglich des Gebäudes sind wir bei der Taubstummenlehranstalt daran, die in ihrem Gesamtbau ungeeignet ist. Nicht nur, daß sie jetzt mit einer Ableitung des Landeskrankenhauses geteilt werden muß und daher den Taubstummen nicht mehr voll zur Verfügung steht, sondern es sind die Räume in ihren Außenmaßen so, daß sie gerade für die Gehörsgeschädigten nicht günstig sind. Hörapparate können, weil Schwingungen auftreten, nicht besonders gut gebraucht werden. Hier wird es notwendig sein, etwas Neues zu schaffen, um zu besseren Voraussetzungen zu kommen. Allerdings wäre das nur möglich, wenn wirklich die wirtschaftlichen Entwicklungen in Österreich so gut sind, daß auch dafür noch das notwendige Geld aufgebracht werden kann.

Wie sieht es nun in diesen Heimen aus? Beim Durchblättern des Dienstpostenplanes ist mir folgendes aufgefallen: Wir brauchen für diese Heime viel Erzieherpersonal, sie sind ja Erziehungsheime. Es gibt noch eine zweite Gruppe von Heimen, die ebenfalls Erzieherpersonal brauchen, die Landesschülerheime. Wenn man betrachtet, wie die Erzieher in den Landesschülerheimen eingestuft sind, wird man sehen, daß in all diesen 9 Schülerheimen die Erzieher in B eingestuft sind, ein einziger nur in C.

Wie sieht es in den Fürsorgeerziehungsheimen aus? Hier sind alle Erzieher in C eingestuft und einer sogar in D. Nur die drei Leiter dieser Heime sind in B eingestuft. Zu verstehen ist die Einstufung sicher, wenn man die Dienstzweigeverordnung hernimmt, das System, das diese und jene Vorbildung verlangt. Darüber habe ich heute vormittag schon gesprochen. Es sind gerade bei diesen Berufen immer wieder die gleichen Angelpunkte, wo wir auf Schwierigkeiten stoßen. Wenn wir aber die zweite Seite betrachten, das ist die Seite der Leistung, dann müssen wir sagen, daß die Leistung gerade in den Fürsorgeerziehungsheimen bestimmt nicht geringer sein kann als die Leistung der Erzieher in den Landesschülerheimen. Sind doch in den Fürsorgeerziehungsheimen jene Kinder, die Schwierigkeiten haben, jene Kinder, die oft kein Elternhaus mehr haben in das sie zum Wochenende nach Hause kommen können oder in den Osterferien und den sonstigen Ferien. Hier muß der Erzieher viel mehr da sein, er muß sich viel intensiver mit diesen Kindern beschäftigen. Er muß sicher auch mit diesen Kindern lernen, wenn auch nicht auf jener gehobenen Stufe, die bei den Landesschülerheimen notwendig ist. Die Erzieher in den Fürsorgeerziehungsheimen müssen aber auch imstande sein, die Gutachten der Psychologen und heilpädagogischen Kinderfachärzte, nach denen die Kinder speziell behandelt oder erzogen werden sollen, auszuwerten und in die Praxis umzusetzen. Das ist eine besonders schwierige Aufgabe und wir brauchen daher Personal, das entsprechend vorgebildet ist. Wenn wir sehen, daß das Personal in diesen Fürsorgeerziehungsheimen schlechter eingestuft ist als in den Landesschülerheimen, dann können wir nur den Schluß ziehen, daß wir entweder nicht ausreichend vorgebildetes Personal haben oder man müßte, wenn die Vorbildung vorhanden ist, Wege finden, auch diese Erzieher entsprechend einzustufen. Die Erzieher entsprechend vorzubilden ist eine Angelegenheit, die nur auf lange Sicht hin möglich sein wird. Hier kann die Badener Erzieher Schule mithelfen. Aber wir brauchen besonders gut ausgebildete Erzieher, für die auch eine entsprechende Einstufung ermöglicht werden muß.

Eine zweite ähnliche Angelegenheit ist die Einstufung der Werkstättenleiter. Ich habe schon davon gesprochen, daß glücklicherweise in diesen Fürsorge-Erziehungsheimen neue Werkstätten errichtet werden. Wir sind sehr froh darüber, denn gerade die Möglichkeit, daß die Jugendlichen in diesen Heimen in Werkstätten eine vollkommene Lehrlingsausbildung erhalten können, ist ganz wesentlich für den Erfolg. Nichts ist für diese Jugendlichen, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, eine bessere Stütze, ein besserer Halt als wenn sie wirklich eine ordentliche Berufsausbildung erhalten können. Damit das aber eine echte Lehre ist, brauchen wir natürlich Meister, die in diesen Werkstätten die Jugendlichen anleiten. Da haben wir wieder die gleiche Sache: Es ist nur eine Lehre, die Einstufung dieser Werkstättenleiter, dieser

Facharbeiter kann nur in D erfolgen. Wir haben also wieder die niedrige Einstufung, die es uns heute fast unmöglich macht, geeignete Bedienstete dafür zu bekommen. Wir sehen also, daß man wirklich auf ein neues System kommen müßte. Es ist ungefähr so, wie mir einmal ein wohlwollender Hofrat gesagt hat als ich fragte, „was kann man denn da machen?“ Da sagte er, „es ist halt so, diese Berufe passen nicht ins System“. Vielleicht finden wir doch einmal ein zweites „System“ für diese Berufe.

Einen Wunsch und eine Bitte hätte ich in diesem Zusammenhang, nämlich daß man die Jugendlichen nach Möglichkeit nicht aus diesen Erziehungsheimen entläßt, bevor sie ihre Lehre beendet haben. Es ist schade, wenn wegen eines viertel- oder eines halben Jahres der künftige Lebensweg eines solchen Jugendlichen in Frage gestellt wird. Denn in dem Augenblick, wo er nicht vollständig ausgebildet ins Leben tritt, ist natürlich die Möglichkeit eines Abgleitens wieder erhöht gegeben.

Eine weitere Sorge mit diesen Heimen ist die Frage, ob wir alle jene Jugendlichen, die solcher Heimerziehung bedürfen, in diese Heime aufnehmen können. Im allgemeinen können wir sagen, daß für die Jugendlichen, soweit die sogenannte Fürsorgeerziehung angeordnet wird, also in der Regel eine langjährige Erziehung, die notwendigen Plätze vorhanden sind, wenn wir auch manchmal die Leiter und Erzieher dieser Heime restlos bewundern müssen, mit welchen großen Gruppen sie fertig werden und daß sie dabei noch so gute Erfolge erzielen. Es wurde ja festgestellt, daß sich die Fürsorgeerziehung bei annähernd 80 Prozent der Jugendlichen positiv auswirkt, daß sie also danach einen guten Weg im Leben finden.

Es wäre aber neben der ausgesprochenen Fürsorgeerziehung notwendig, daß wir auch jene Jugendlichen aufnehmen könnten, für die gerichtliche Erziehungshilfe angeordnet wird. Das ist eine Erziehungshilfe, die meist nur für kürzere Zeit ausgesprochen wird, vor allem dann, wenn die Schädigung noch nicht gegeben ist, sondern wenn nur einer Schädigung vorgebeugt werden soll, z. B. während einer Zeit, wo die Eltern in Scheidung sind oder sonst etwas in der Familie nicht stimmt, so daß man die Kinder vor Schädigungen während einer kürzeren Zeit bewahren will. Hier haben wir in Steiermark noch nicht die richtigen Wege gefunden. In anderen Bundesländern gibt es diese Schwierigkeiten nicht. Wir brauchen da noch neue Wege und es wäre gut, wenn wir in jedem Heim die Möglichkeit für eine Gruppe von Jugendlichen hätten, die nur für diese kürzere Zeit der gerichtlichen ausgesprochenen Erziehungshilfe eingewiesen werden. Denn wir müssen alles tun, um den Schäden intensiv vorzubeugen. Fast nie mehr sind Schädigungen wirklich gut zu machen und die Kosten, die daraus erwachsen, sind so viel größer, daß man immer wieder darauf hinweisen muß, daß die Vorbeugung viel, viel wich-

tiger und notwendiger wäre. In dieser Hinsicht wäre auch noch der besondere Wunsch vorzubringen, die Beratung der Eltern wesentlich zu intensivieren. Wir haben derzeit die sogenannte Erziehungsberatung in den Bezirken, die manches ermöglicht. Ebenso bemühen sich die Fürsorgerinnen alle jene Fälle ausfindig zu machen, die geschädigte Kinder betreffen, um dort einzugreifen. Denn ob körperliche, seelische oder geistige Schäden vorhanden sind, eines ist sicher: nur bei Frühest-Erfassung kann man wirkungsvoll helfen. Und nur bei Frühest-Erfassung bleiben die Kosten in Grenzen, die noch tragbar sind. Es zeigt sich z. B., daß man gerade bei Frühest-Erfassung oft noch den Rest von Hörfähigkeit retten kann, den viele Kinder mitbringen. Erinnern Sie sich an die Zahlen, die ich hier genannt habe: 6 Gehörlose aber 15 Schwerhörige werden durchschnittlich auf 10.000 geboren. Wenn man diese Schwerhörigen nicht von Kindheit an schult, werden sie vollständig ertauben. Und so ähnlich ist es auch bei Frühest-Erfassung von gelähmten Kindern, die einer orthopädischen Betreuung bedürfen. Wir bräuchten auch Sonder-Kindergärten usw. In der heilpädagogischen Beobachtungs-Station oder auch in der Taubstummenanstalt gäbe es sicher die Möglichkeit, daß man solch eine beratende und betreuende Stelle mit unterbringt, aber wir brauchen dafür das notwendige Personal. Auch die Schule in Wetzelsdorf könnte bei solcher Betreuung von mehrfach geschädigten Kindern mithelfen, das wäre eine besondere Aufgabe. Wir brauchen aber für diese Vorbeugung — also für Beratung und Betreuung — mehr Fachkräfte noch in den Bezirken, Fürsorgerinnen, Kinderfachärzte, Psychologen und sonstige besonders geschulte Kräfte, die dafür notwendig sind.

Rechnen Sie aber aus, was ein Mensch braucht, der sein Leben lang der Fürsorge oder der Behindertenhilfe bedarf, und wieviel schon erspart wird, wenn, wie ich früher geschildert habe, nur einige Kinder eine geringe Arbeitsfähigkeit, aber doch eine gewisse Selbständigkeit fürs ganze Leben erlangen können. Um diese Ersparnis könnte man genügend Fachkräfte anstellen!

Neben diesen eigentlichen Maßnahmen der Fürsorge-Erziehung haben wir auch noch manche andere Einrichtungen in der Steiermark, die zeigen, daß man gute Wege finden kann zur Vorbeugung vor Verwahrlosung, zur Hilfe für die Eltern. Ich habe z. B. vor kurzem in Knittelfeld einen sehr guten Kinderhort gesehen, der in einfachen, aber sehr hübschen, hellen Räumen es den Kindern ermöglicht, stunden- oder halbtagsweise dort zu sein. Sie bekommen ein einfaches Essen. Das ist auch Vorbeugung vor Schädigungen, weil ein solcher Hort, wenn er zweckmäßig geführt wird, tatsächlich diese Kinder vor Verwahrlosung bewahrt. Gerade in Schulzentren, wo viele Kinder aus der Umgebung hinkommen und nicht immer gleich die Möglichkeit haben, nach der Schule wieder heimzufahren, oder Kinder die auf einen Nachmittags-Unterricht warten müssen, wie es jetzt bei

den Polytechnischen Lehrgängen ist, da wären solche Horte wirklich eine gute Hilfe und wir können nur wünschen, daß in mehr Städten derartige Einrichtungen entstehen.

Lehrlingsheime würden wir ebenfalls brauchen. Besonders in Leoben wäre ein Lehrlingsheim dringend notwendig. Weiters würden wir noch in mehreren Bezirken, ähnlich wie in Arnfels, Jugendheime brauchen, die Hauptschulmöglichkeit bieten. Das ist eine sehr wichtige Hilfe für die Kinder, wenn sie bereits die Hauptschule mitmachen können und nicht in niedriger organisierten Schulen bleiben müssen, weil sie dann leichter die Möglichkeit haben, Facharbeiterberufe oder höhere Berufe zu erlernen. Das über solche Einrichtungen.

Nun zu einer weiteren Frage, die immer noch nicht gelöst ist, das ist die Frage der Besetzung der Jugendamtsleitung in den Bezirken. Hier habe ich sehr oft Wünsche angemeldet. De facto haben wir hier in der Steiermark noch keinen Weg gefunden. Mir ist aus Niederösterreich ein guter Versuch bekannt geworden. Wenn sich in Niederösterreich Maturanten um die Anstellung als Beamte bewerben und man hat gerade keinen Posten für diese Maturanten frei, dann fragt man, ob sie nicht die Fürsorgerschule machen wollen. Man gibt ihnen dann ein Stipendium während dieser Zeit der Fürsorgerausbildung. Dann können diese Maturanten als B-Beamte angestellt und als ständige Leiter eines Jugendamtes in den Bezirken draußen verwendet werden. Damit haben wir eine ständige Leitung in den Bezirken, die wir wünschen. Denn es zeigt sich immer wieder, daß die Jugendamtsangelegenheiten schwierig sind und daß Beamte in der Regel länger brauchen, man spricht von ein bis zwei Jahren, sich hineinzufinden. Bei einem ständigen Wechsel haben wir immer wieder Schwierigkeiten.

Als letzten Wunsch auf dem Gebiet der Jugendhilfe möchte ich anmelden, daß die zwei Gesetze, die wir hier als Grundlage haben, das Jugendschutzgesetz und das Jugendwohlfahrtsgesetz novelliert werden mögen. Besonders das Jugendschutzgesetz braucht eine Anpassung an die jetzige Zeit und es muß einfacher sein. Wir haben mit viel gutem Willen versucht, ein gutes Gesetz zu schaffen. Doch ist es zu kompliziert und wird dadurch nicht angewendet. Die einzelnen Bestimmungen sind zu vielfältig, man merkt sie sich nicht. Darum wird überhaupt nichts gemacht. Deswegen wäre die Novellierung notwendig.

Sie sehen also, trotz aller Bemühungen und trotz viel Erreichtem bleibt noch viel auf den verschiedenen Gebieten der Jugendhilfe zu tun. Insbesondere die Personalfragen werden noch vieler Anstrengungen bedürfen. Diese sind noch schwieriger als die Finanzierung des Baues von Heimen es bis jetzt war.

Die Zahl der gestörten und geschädigten Kinder nimmt ständig zu und die sich verändernden Lebensverhältnisse machen immer neue Maß-

nahmen notwendig. Darum sind vermehrte Anstrengungen notwendig und zwar sowohl zur Verbesserung der Qualität unserer Einrichtungen, als auch zu ihrer Vermehrung. Denn wir alle wollen das Mögliche tun, daß die Kinder gut und geschützt heranwachsen können. (Allgemeiner Beifall).

2. Präsident: Die Frau Abgeordnete Lendl hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Hella Lendl: Hohes Haus! In den Budgetdebatten der letzten Jahre, aber auch gestern und heute, wurde immer wieder festgestellt und davon gesprochen, daß wir einen großen Mangel an Sozialarbeitern haben, der sich von Jahr zu Jahr vergrößert. Es besteht in vielen Kreisen noch die Meinung, daß die Behebung der materiellen und finanziellen Not die Fürsorgearbeit überflüssig macht. Der moderne Industrie-, Konsum- und Vergnügungsmarkt verhindert aber in keiner Weise die Sozialarbeit. Im Gegenteil! Sie stellt uns oft vor neue schwerwiegende und oft unlösbare Probleme. Neue Bedürfnisse, Umwandlungen und Umgestaltungen in der Familie schaffen Krisensituationen, die eine intensive Sozialarbeit für das Kind, für die Familie, aber auch für den alten Menschen notwendig machen. Der heutige Notstand ist ein seelischer und ein körperlicher Notstand, wengleich es auch in unserer Gesellschaft noch viel materielle Not zu lindern gibt.

Zu den Sozialarbeitern zählen alle jene, deren Tätigkeit unter den Begriff der Pflege, der Hilfe und der Erziehung für den hilfsbedürftigen Nächsten fällt. Hierzu zählt auch die Gruppe der Fürsorgerinnen. Seit dem Inkrafttreten der neuen Schulgesetze ist diese Bezeichnung gar nicht mehr richtig. Es müßte eigentlich Sozialarbeiterin heißen. Nach dem neuen Schulorganisationsgesetz wird die bisherige Fürsorgerinenschule als Lehranstalt für gehobene Sozialberufe bezeichnet. Sie ist eine den Akademien verwandte Lehranstalt völlig neuer Art. Aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule, vermittelt sie das für die Ausübung einer gehobenen Tätigkeit auf dem Gebiet der Sozialarbeit erforderliche Wissen und Können. Infolge der Vollbeschäftigung ist es zu einer Verknappung von Arbeitskräften gekommen und es erscheinen die Berufe der Sozialarbeiter nicht besonders anziehend. Zur Sozialarbeit muß man sich wirklich berufen und aus eigenem Antrieb hingezogen fühlen. Sozialarbeit ist daher nicht jedermanns Sache und sie erfordert schon im jugendlichen Alter viel Idealismus. Die Berufstätigkeit in der Sozialarbeit erfordert eine zusätzliche Ausbildung, die erst mit dem 17. bzw. 18. Lebensjahr begonnen werden kann. Bei dem heutigen Angebot an Arbeitsplätzen gehört schon ein besonderer Entschluß dazu sich einer zusätzlichen Ausbildung zu unterziehen, ohne dafür entsprechend gewertet zu werden. Durch die zusätzliche Ausbildung müßte eine Besserstellung der Fürsorgerinnen erfolgen. Damit würde die Anerkennung der Ausbildung und Leistung zum Aus-

druck kommen. Es darf nicht Idealismus mit materiellem Verlust gleichgestellt werden.

Die Tätigkeit der Fürsorgerinnen erstreckt sich auf die Gebiete der Gesundheitsfürsorge, der Jugendfürsorge, ja oft bis ins Rechtswissen gehende Fragen der Allgemeinen Fürsorge. Es ist ein verantwortungsvoller und schwerer Beruf, der großes Fachwissen verlangt. Er verlangt aber auch Tatkraft, Entschlossenheit und Verantwortungsbewußtsein. Die Fürsorgerin ist im Außendienst ganz auf sich gestellt. Sie hat es immer mit Menschen zu tun, die hilfsbedürftig sind. Sie wacht über das Wohlergehen der Pflegekinder. Ihre Erhebungen und ihre Berichte bilden die Grundlage für schwerwiegende Entscheidungen z. B. ob ein Kind den Eltern abgenommen werden muß oder ob noch eine andere Lösung möglich ist. Sie muß aber auch oft Maßnahmen treffen, die über das Schicksal eines Menschen entscheiden.

Von der Kontrollabteilung wurde schon vor einigen Jahren festgestellt, daß alle Fragen, welche die Fürsorgerinnen, die Fürsorgerinnenschule und die Stipendien für Fürsorgeschülerinnen betreffen, in das Aufgabengebiet der Abteilung 9 fallen. Es wäre daher der Rechtszustand zu klären und eine Änderung der derzeitigen Geschäftsordnung vorzunehmen.

Eine österreichische Statistik, die ja auch im Durchschnitt für die Steiermark anzuwenden ist, zeigt, daß im Jahre 1961 1.5 Millionen Kinder unter 14 Jahren waren und im Jahre 1980 werden es 2 Millionen sein. Im Jahre 1963 hat es 13.500 Mütter und davon 5000 alleinstehende bzw. ledige Mütter unter 20 Jahren gegeben. 16.000 uneheliche Kinder wurden geboren, das heißt also jedes 8. Kind war unehelich.

Im Jahre 1963 gab es 873.000 Menschen über 65 Jahre und nach den Vorausberechnungen wird diese Zahl im Jahre 1980 auf 1.1 Millionen steigen. Diese Ziffern allein und der zu erwartende Bevölkerungszuwachs bedingen aber auch mehr Betreuung und Fürsorge und damit auch ein bedeutendes Mehr an geschulten Kräften. Es hat heute der Landesrat Wegart bereits die Ziffern genannt und ich wiederhole es, daß wir in der Steiermark 121 Planstellen für Fürsorgerinnen haben, von denen derzeit 19 unbesetzt sind. Dazu kommen noch die Fälle für den Karenzurlaub, wo kein Ersatz eingestellt werden kann. Der Fehlbestand wird aber noch größer, da mit Jahresende weitere Kräfte infolge Erreichung der Altersgrenze wieder aus dem Dienst scheiden. Für die große Zahl dieser unbesetzten Posten sind zwei Umstände maßgebend. Erstens gab es im Jahre 1965 infolge Verlängerung der Studienzeiten — ein Jahr — durch die neuen Schulgesetze keine Absolventinnen der Fürsorgerinnenschule und zweitens traten von den 18 Absolventinnen des Jahrganges 1965/66 nur vier in den Landesdienst. In den kommenden Jahren ist mit wenig Besserung zu rechnen, da 1966 nur neun Schülerinnen in den Vorbereitungs-

lehrgang eingetreten sind. In der Steiermark haben wir in allen drei Lehrgängen nur 37 Schülerinnen in der Schule, von denen fünf Maturantinnen sind. Die Erfahrung zeigt, daß nur ein Bruchteil der Fürsorgeschülerinnen nach Beendigung der Ausbildung im Landesdienst verbleibt. Durch die ungünstige Reihung sind in den letzten Jahren aber auch die Fürsorgerinnen mit Matura aus dem Landesdienst abgewandert. Sie arbeiten in anderen Institutionen zu besseren Bedingungen und mit weniger Strapazen. Es ist ja das Angebot an gut bezahlten Stellen heute sehr groß. Auch im Magistrat Graz arbeiten die Fürsorgerinnen zu bedeutend besseren Bedingungen. Eine weitere Verminderung von Fürsorgerinnen würde bedeuten, daß die Arbeit nicht aufrecht erhalten werden kann, daß die Mündel, für die die Amtsvormundschaft verantwortlich ist, künftig nur sehr selten, unter Umständen vielleicht nur einmal im Jahre, betreut werden können, daß Beratungsstellen, die in jahrzehntelanger Aufbauarbeit geschaffen wurden, aufgelassen werden müssen und daß die Jugendgerichtshilfe nicht fristgerecht durchgeführt werden kann. In der modernen Arbeitsmethode, die von den Fürsorgerinnen mehr Zeit erfordert, aber auch besseren und nachhaltigen Erfolg sichert, müßten bedeutende Einschränkungen gemacht werden. Es kommen ja Bewerbungen um Aufnahme in die Fürsorgerinnenschule von Mädchen, die eine gute Vorbildung haben und die auch für diesen Beruf geeignet sind, aber sobald sie von den ungünstigen Bedingungen hören, ziehen sie ihre Bewerbungen wieder zurück.

Die Besoldung der Fürsorgerinnen beim Land Steiermark ist auch in Hinsicht auf die Fortentwicklung der Fürsorgerinnenschule zur Lehranstalt für gehobene Sozialberufe, die im Schulorganisationsgesetz verankert ist, nicht mehr entsprechend. Denn der Lehrplan wurde erweitert und der Unterrichtsstoff den wachsenden Anforderungen in diesem Beruf gleichgesetzt und angepaßt. Es wurden in den letzten Jahren hier im Hohen Haus diesebezüglich viele Vorschläge und Anregungen gemacht, damit die Arbeit der Fürsorgerinnen richtig eingeschätzt und gewertet bzw. der Leistung entsprechend entlohnt wird. Denn die Bezahlung der Fürsorgerinnen ist im Vergleich zu den anderen Gruppen in der Sozialarbeit weit zurückgeblieben. Wenn die Geringerschätzung der Fürsorgerinnen weiter anhält, kann nicht erwartet werden, daß die Fürsorgerinnenschule in den nächsten Jahren einen guten Besuch aufweisen wird und daß genügend qualifizierte Bewerberinnen diesen Beruf anstreben. Die Werbung für diesen Beruf wird erst dann einen Erfolg haben, wenn günstigere Voraussetzungen geschaffen werden. Die finanziellen Mittel, die für eine bessere Besoldung aufgewendet werden, würden vielfach wieder hereingebracht, da durch die vorbeugenden Maßnahmen, durch die menschliche Hilfe und Betreuung durch die Fürsorgerin in vielen Fällen längere, ja oft jahrelange Fürsorgemaßnahmen eingeschränkt oder behoben werden könnten. Die menschliche Hilfe,

die die Fürsorgerin gibt, ist immer die wirkungsvollste.

Und wir alle, verehrte Anwesende, wissen, daß die Sozialberufe Mangelberufe sind. Sie müssen aufgewertet werden, sie müssen an Ansehen gewinnen, denn sie verlangen ja auch Leistungen, die über dem Durchschnitt stehen. Und wenn wir diese Berufe aufwerten, erst dann wird es uns gelingen, daß wir in Zukunft mehr Frauen für diesen aufopferungsvollen Beruf wieder gewinnen können. Denn die Arbeit in der Fürsorge soll doch dem Glück unserer Kinder, der gesicherten Zukunft der Jugend, dem Wohlstand der Familie und der Sorge um den alten Menschen dienen. Dieses Ziel werden wir aber nur erreichen, wenn wir das Problem „Gewinnen von Sozialarbeitern“ lösen können. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Es spricht Frau Prof. Hartwig.

Abg. Prof. Hartwig: Hohes Haus! Als der Herr Bundeskanzler im Fernsehen gesagt hat, die jetzige österreichische Regierung werde eine Regierung für alle Österreicher sein, da habe ich mir — ich gebe zu, ein bißchen respektlos — gedacht, na ja. „alle“ steht in der deutschen Grammatik unter den unbestimmten Zahlwörtern, wir werden ja sehen. (Heiterkeit.)

Man kann heute sagen, bestimmter ist das Wort geworden, ein Zahlwort ist es freilich geblieben.

Aber ich möchte jetzt doch auch ernsthaft zu einem ernsten Kapitel reden. Der Herr Abg. Nigl hat heute mit sehr scharfen Worten die Anwürfe meines Fraktionsgenossen Zinkanell zurückgewiesen, es gäbe ein Budget des Sozialstopps. Er hat das also heftig bestritten und ich glaube, der Herr Abg. Stöffler hat gemeint, dieser Bericht, den er gegeben hat, freue uns Sozialisten nicht. Ich weiß nicht, vielleicht setze ich mich jetzt sogar in Gegensatz zu meiner Fraktion (Landesrat Wegart: „Bitte nur das nicht, wir haben schon mit dem Olah so schlechte Erfahrungen gemacht!“), aber ich muß sagen, ich habe mich über diesen Bericht ohne Einschränkung gefreut. Ich halte es nämlich für den größten Erfolg der Sozialisten, daß es heute keine Partei, auch die ÖVP natürlich nicht mehr, wagen kann, gegen den sozialen Fortschritt zu sein oder zu reden. (Beifall bei der SPÖ — Landesrat Wegart: „Sie sind eine Frau, wir wollen uns bei Zwischenrufen zurückhalten, haben wir versprochen, gnädige Frau, aber auch Sie sollten sich zuerst überlegen, was Sie hier sagen!“ — Abg. Zinkanell: „Das ist eine ganz unpassende Drohung!“ — Landesrat Wegart: „Wenn Sie das mit voller Absicht sagen, dann ist es eine Unverschämtheit!“ — Abg. Jamnegg: „Alle sozialen Leistungen der letzten Jahre, über die wir uns sehr freuen, sind unter ÖVP-Mehrheit zustande gekommen.“ — Zwischenruf von der SPÖ: „Wohl oder übel!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich mache aufmerksam, wenn der Präsident des Hauses mit der Glocke läutet, hat es wirklich still zu sein. Das ist eine alte parlamentarische Gepflogenheit. Ich ersuche Frau Prof. Hartwig, mit ihren Ausführungen fortzusetzen.

Abg. Hartwig: Ich möchte gar nicht so böse sein, ich weiß, daß Frau Abg. Jamnegg natürlich recht hat mit der Bemerkung, daß alle diese Leistungen in den letzten 20 Jahren beschlossen worden sind von einer Regierung, in der die ÖVP die Mehrheit hatte. Aber das freut mich ja gerade, Frau Abgeordnete, daß es eben soweit gekommen ist, daß Sie alle heute so reden. (Abg. Jamnegg: „Wir haben auch initiativ mitgewirkt!“)

Ich erinnere mich nicht, bestritten zu haben, daß es Initiativen auf allen Seiten gegeben hat. Ich weiß nicht, warum Sie sich so dagegen wehren? Ich halte es für keine Schande, auf irgendeinem Gebiet weitergekommen zu sein und auch von anderen etwas angenommen zu haben. Schauen Sie, seit dem Bestand des Christentums hätten, wenn Sie jetzt wollen, die Vorgänger Ihrer Partei Gelegenheit gehabt, alle sozialen Mißstände zu beheben. Sie hätten damit verhindern können, daß wir heute überhaupt hier sitzen.

Ich bin im übrigen aber durchaus mit dem Abgeordneten Nigl einer Meinung, daß man natürlich umdenken soll, wenn das notwendig ist, daß (Landesrat Gruber: Sie brauchen Unterricht, Herr Abg. Nigl. Darauf werden wir noch zurückkommen!“ — Abg. Nigl: „Niemand kann verhindern, daß auch Sie von Tag zu Tag klüger werden, um mit Adenauer zu sprechen!“) man Überholtes auch abbauen soll, wenn das richtig ist. Eines allerdings glaube ich nicht, daß man beginnen sollte mit dem Umdenken in der Form, daß man eine Gruppe von Menschen schwer enttäuscht, die das nicht verdient hat, weil sie vollkommen ohne ihre eigene Schuld in eine Situation gekommen ist, aus der wir ihr heraushelfen müssen, soweit wir das überhaupt können. Ich rede jetzt von den Kriegsversehrten und den Kriegshinterbliebenen. Ich glaube, daß eine Regierung es sich nicht leisten sollte, gerade diese Menschen, obwohl es eine kleine Gruppe ist und eine Gruppe, die ja immer kleiner wird, in der Form zu enttäuschen, daß man sie nicht einmal empfängt, wenn sie mit dem Bundeskanzler sprechen wollen. Ich muß ehrlich sagen, ich hätte mich niemals zu dieser Budgetpost gemeldet. (Landesrat Wegart: „Wie die Wiener Straßenbahner mit ihrem Bürgermeister sprechen wollten, hat er sie auch nicht hereingelassen!“)

Straßenbahner wird man freiwillig, Kriegsversehrter aber nicht! Das ist der Unterschied. (Beifall bei der SPÖ.)

Niemand kann dafür und niemand ist gefragt worden. (Abg. Burger: „Ich gehöre auch zu den Kriegsversehrten!“)

Ich habe es gewußt, Herr Abgeordneter. Viele von uns gehören zu den Kriegsoffizieren oder zu den Kriegsversehrten. Man kann dazu auch gehören, wenn man persönlich an seinem eigenen Leib keinen Schaden erlitten hat. Ich will das nicht weiterreden. Aber das ist doch so.

Ich glaube, die Regierung hätte doch wirklich Anlaß, diese Menschen, die damals nicht gefragt worden sind, nicht zu enttäuschen. Sie sind so bescheiden und sie haben so lange im Schatten der Konjunktur gelebt und es hätte gar nicht so unendlich viel gekostet. Wahrscheinlich nicht viel mehr, als das Zeigen des guten Willens. Ich glaube, das hätte man erwarten können.

Ich möchte noch auf etwas eingehen. Ich habe wieder im Fernsehen gehört, wie ein Abgeordneter im Nationalrat den Vorschlag gemacht hat, über den man vielleicht reden kann, daß diejenigen unter den Kriegsoffizieren oder Kriegsversehrten auf ihre Renten verzichten sollen, die sie nun wirtschaftlich nicht mehr notwendig haben. Ich glaube, daß man das nicht tun sollte. Wir sollten nicht dazu kommen, daß die Versorgung der Kriegsoffiziere eine Frage des Almosens und der Fürsorge wird. Ich habe in der Geschäftsordnung des Landtages gelesen, daß es den Abgeordneten verboten ist, auf ihre Entschädigung zu verzichten. Warum denn wohl? Doch offenbar, damit es nicht dazu kommt, daß einer, der es sich leisten kann, großzügig sagen kann, ich brauche sie nicht und ein anderer, der wirtschaftlich in schlechterer Lage ist, muß sie annehmen. Daraus ergeben sich Unterschiede in der Wertigkeit. Genau dasselbe, glaube ich, gilt für die Kriegsoffiziere und die Kriegsversehrten. Ich glaube nicht, — und ich glaube das ganz ohne parteipolitische Meinung, denn das hat nichts mit Parteipolitik zu tun — daß wir von dem Recht auf Versorgung abgehen sollten und daraus wieder die Möglichkeit einer Versorgung machen sollten. Jeder der als Selbstbetroffener in der Lage ist auf die Zuwendung zu verzichten, hat diese Möglichkeit ohne weiteres. Er kann den Betrag an den Kriegsoffizierverband, an das Sozialministerium oder an wen er sonst will, überweisen. Diese Möglichkeit ist ihm offen.

Ich erinnere mich mit Schrecken an meine Kindheit, als nach dem Ersten Weltkrieg die Männer mit den Beinstümmeln an den Straßenecken gesessen sind. Ich fürchte, wenn wir anfangen wollten, wieder weg von dem Anspruch und dem Recht auf die Versorgung zu kommen, daß vielleicht einmal niemand mehr eine Entwicklung aufhalten kann, die dort enden könnte. Ich hoffe, daß es nicht mehr so weit kommt, daß die jetzt noch Lebenden in eine schlechte Situation kommen. Trotzdem glaube ich, wir sollten das alle zusammen verhindern. (Beifall bei der SPÖ.)

2. Präsident: Herr Abgeordneter Schrammel kommt zu Wort.

Abg. Schrammel: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir in aller

Kürze auch einige Feststellungen zum Unterabschnitt Kriegsversehrte und Kriegshinterbliebene. Ich selbst gehöre zwar einer Generation an, die den Krieg nicht an der Front selbst miterlebt hat. Ich will aber damit dokumentieren, daß diese Generation die Leistungen jener Menschen voll anerkennt und wir Jungen uns vor diesen Menschen in aller Ehrfurcht verneigen, die die Grenzen unserer Heimat und unseres Vaterlandes verteidigt haben.

Ich will nun an die Betrachtungen der Kollegin von der sozialistischen Fraktion kurz noch anknüpfen. Ich möchte hier feststellen, daß die österreichische Bundesregierung mit Bundeskanzler Klaus sehr wohl auf die Belange der Kriegsoffiziere Rücksicht genommen hat im Voranschlag 1967 und daß in diesem Voranschlag 1967 die Mittel für die Kriegsversehrten um nicht weniger als 95 Millionen Schilling aufgestockt wurden.

Ich will mich aber dem Kriegsoffizierversorgungsgesetz zuwenden. Es ist das zwar ein Gesetz, über das der Nationalrat zu beschließen hat, jedoch besteht hier gegenüber den bäuerlichen Kriegsoffizieren eine sehr wesentliche Härte. Bisher ist es lediglich im Wege der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer durch Verhandlungen mit dem Sozialministerium erreicht worden, daß Verbesserungen für die bäuerlichen Kriegsoffiziere eingetreten sind. Die Ungerechtigkeiten bei der landwirtschaftlichen Einkommensbewertung nach § 13 des Kriegsoffizierversorgungsgesetzes bestehen leider noch immer und wirken sich im Falle der Beantragung einer Zusatzrente für kleinbäuerliche Schwerkriegsbeschädigte und kleinbäuerliche Kriegerwitwen sehr hart aus.

Es soll unter den Kriegsoffizieren nicht Menschen verschiedener Kategorien geben. Es wäre daher vertretbar, daß landwirtschaftliche Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen gleich wie Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen anderer Berufe die Zusatzrente nach dem Kriegsoffizier-Versorgungsgesetz samt allen Zulagen erhalten. Als Grundlage zur Berechnung des Rentenanspruches könnte das versteuerbare Einkommen nach dem letzten Einkommensteuerbescheid oder eine finanzamtliche Bestätigung über die Einkommensteuer-Freiheit gelten.

Ich möchte hier der Freude Ausdruck geben, daß auch im steiermärkischen Voranschlag trotz des Umstandes, daß eben die Kriegsoffiziere von Jahr zu Jahr weniger werden, ein beachtlicher Beitrag von 3 Millionen Schilling eingesetzt wurde. Ich möchte aber nun zur Beseitigung der Härte im § 13 des Kriegsoffizierversorgungsgesetzes die Steiermärkische Landesregierung ersuchen, bei der Bundesregierung darauf einzuwirken, damit dieser § 13 des Kriegsoffizierversorgungsgesetzes im vorhin erwähnten Sinne novelliert wird, damit diese bestehenden Härten beseitigt werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Herr Abg. Hofbauer hat sich ebenfalls zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hofbauer: Hoher Landtag! Beinahe wäre ich heute mit Hemmungen an dieses Rednerpult gegangen. Und zwar „beinahe“. Und dies aus zwei Gründen: Erstens, als ich die Ausführungen des Herrn Abg. Nigl gehört habe, glaubte ich, daß ich auf der falschen Seite sitze und zweitens hat der Herr Abg. Nigl mit seinen Ausführungen geglaubt, daß lauter junge Frischgefangene in diesem Saal sitzen. Es ist dem nicht so. Aber nicht einmal das hat mir die Hemmungen auferlegt, sondern ich möchte hier in diesem Hohen Hause ein heißes Eisen angreifen und da bin ich fast konkurrenzlos, denn über „Jugend am Werk“ traut sich niemand zu sprechen, weil man es gerne abschaffen möchte. Ich höre schon die Stimmen — sogar noch aus dem Finanzausschuß — wie da die Antwort lauten wird. Aber drei prominente Herren in der Österreichischen Volkspartei haben mir mein Selbstvertrauen wieder zurückgegeben mit Ausführungen von gestern. Und zwar waren das die Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes Krainer, der sagte, es ist ganz gut, wenn jeder Abgeordnete das sagt, was er sich denkt. (Abg. Nigl: „Ich habe mir das alles gedacht!“) Und der Herr Präsident Dr. Kaan hat gesagt, daß in der Budget-Debatte auch Dinge drin sind, die vielleicht anderen unangenehm sind und der Generaldebattenredner der Österreichischen Volkspartei hat einen sehr wichtigen Satz gesagt, — das heißt, der ist mir wichtig erschienen — „helfen soll man denen, die nicht mehr können oder denen, die noch nicht können.“ Und damit bin ich eigentlich bei meinem eigentlichen Thema, beim Behindertengesetz gelandet.

Es ist sehr segensreich, daß wir 1964 dieses Gesetz beschlossen haben und Gott sei Dank in der weiteren Folge die anderen Bundesländer dem gefolgt sind. Wenn man bedenkt, daß 1965 auf der Ausgabenseite kaum 4½ Millionen Schilling veranschlagt waren und für das Budget 1967 rund 22 Millionen Schilling eingesetzt sind, so kann man ermessen, welche Bedeutung dieses Gesetz erlangt hat. Wir können uns im Steiermärkischen Landtag nicht genug darüber freuen, daß wir auf diesem Sektor die ersten waren.

Liebe Frauen und Männer dieses Hauses, so erfreulich es ist, daß wir für die Alten vorgesorgt haben, so wird es auch unsere Aufgabe und Pflicht sein müssen, für die zu sorgen, — wie der Herr Abg. Stöffler gesagt hat — die noch nicht können. Und da sind wir schon bei „Jugend am Werk.“ Ich bin davon überzeugt, daß nicht alle Herren und Damen von der rechten Seite so denken, wie einige, weil ich davon überzeugt bin, sie können die ganze lange Zeit den Kopf nicht in den Sand gesteckt haben und den Wert von „Jugend am Werk“ nicht kennengelernt haben.

Man wird mir vielleicht entgegenhalten, daß „Jugend am Werk“ heute nicht mehr zeitgemäß sei, man hat es vor zwanzig Jahren ins Leben gerufen, um die arbeitslosen Jugendlichen auf-

zusammeln und dort unterzubringen und man wird mir weiter entgegenhalten, daß vielleicht die Wirtschaft alle Buben und Mädchen, die einigermaßen körperlich und geistig gesund sind, sowieso einen Lehrberuf erreichen läßt und der Herr Landesrat Peltzmann hat auch im Finanzausschuß gesagt, „wir brauchen ‚Jugend am Werk‘ heute nicht mehr, wir haben für die Gastronomie und für die Hotellerie die Hotelfachschule in Gleichenberg.“ Er hat aber dabei nicht erwähnt, daß diese Hotelfachschule mindestens zwei- oder dreijährig besucht werden muß und daß man monatlich einen Betrag von 1.000 Schilling bezahlen muß. Das bedeutet, daß die Eltern für den Besuch der Hotelfachschule in Gleichenberg durch ihre Kinder mindestens 20.000 bis 30.000 Schilling bezahlen müssen. Ich glaube mich einig mit den Damen und Herren des Hohen Hauses, wenn ich der Meinung bin, das es sehr viele Eltern gibt, die diese 20.000 oder 30.000 Schilling, die das reine Schulgeld allein darstellen, nicht aufbringen können. (Abg. Dr. Moser: „Es werden ja auch Stipendien gegeben!“) Auch von den Stipendien allein kann niemand ein Kind in eine höhere Schule schicken, Herr Professor. Das sind nur ganz wenige, meine Herren. Ich kenne eine Menge besser Situiertes, die sehr zu kämpfen haben, wenn sie ein oder zwei Kinder auf höhere Schulen schicken. So segensreich die Stipendien von 1000 Schilling sind, so soll doch keiner sagen, daß das das Um und Auf für das ganze Studium ist. Es ist ja schon bei der Schuldebatte erwähnt worden, wie wenig Mädchen oder Burschen zum Studium gehen. Nicht deshalb, weil sie das Zeug nicht dazu hätten, sondern ich bin davon überzeugt, daß ein Großteil dieser Kinder nicht studieren kann, weil das Finanzielle fehlt.

Und sehen Sie, mit diesem vergangenen Jahr, oder mit diesem heurigen Jahr, in dem das 9. Schuljahr, das polytechnische Jahr eingeführt wurde, da hat sich eigentlich wiederum eine sehr segensreiche Tätigkeit für „Jugend am Werk“ ergeben. Ich möchte noch ganz kurz erwähnen, wenn man die Ergebnisse von 1965 betrachtet, so waren es immerhin 672 Knaben und Mädchen, und zwar 161 Buben und 511 Mädchen, die „Jugend am Werk“ besuchten. Ganz interessant ist auch, daß im Alter von 14 bis 15 Jahren 78 Buben und 315 Mädchen waren, von 15 bis 16 Jahren waren es 23 Buben und 128 Mädchen, von 16 bis 18 Jahre waren es 30 Buben und 44 Mädchen und über 18 Jahre waren es 24 Buben und 13 Mädchen. Sehr interessant ist auch, daß von diesen jungen Menschen 70 Buben und 32 Mädchen Lehrstellen bekommen haben, daß 154 Mädchen und 17 Buben in die Hilfsarbeit vermittelt wurden und daß 4 Buben und 47 Mädchen in der Hauswirtschaft oder Landwirtschaft ihren Mann stellen und daß auch acht von diesen jungen Menschen in höhere Fachschulen gekommen sind.

Und, meine Damen und Herren, ich habe mich persönlich überzeugt, von der Vorberufsschule „Jugend am Werk“ in Liezen.

Dort hat man in diesem Jahr das erste Experiment gemacht und zwar deshalb, weil sich zu Beginn des Schuljahres herausgestellt hat, daß es eine Menge von umliegenden kleinen Gemeinden gibt, die nicht in der Lage sind, polytechnische Lehrgänge durchzuführen. Aber das wäre noch gegangen. Es hat sich herausgestellt, daß leider eine sehr große Anzahl von Knaben und Mädchen in dieser Gegend beheimatet ist, die zwar nicht sehr schwer krank ist. Aber immerhin konnte man feststellen, daß da Menschen aufgenommen wurden, die wohl in keine andere Schule hätten gehen können.

Ich darf dazu folgendes sagen. Das ist meine persönliche Feststellung. Sie dürfen nicht übersehen, daß dadurch dem Lehrpersonal neue Aufgaben erwachsen, wenn sie neben normalen auch andere Jugendliche haben, die aber doch immerhin noch soviel sind, daß sie den polytechnischen Lehrgang dort machen und zwar das Theoretische in der Schule „Jugend am Werk“. Es ist dort eine sehr erfreuliche Tatsache festgestellt worden. Der normale Jugendliche sieht, daß es auch Menschen gibt, die nicht so leicht vorwärts kommen wie er. Der etwas Körper- und Geistesbehinderte sieht aber, daß er nicht verlassen ist auf dieser Welt. Das habe ich mir augenblicklich angesehen und dann habe ich die Unterkunftsräume betrachtet. Ich habe die Unterkunftsräume von „Jugend am Werk“ in Bad Aussee besichtigt. Die Damen und Herren, die mich kennen, wissen, daß ich mich in diesem Hohen Haus nie in ein Gebiet verstiegen habe, in dem ich mich nicht auskenne. Ich muß sagen, es wird unterkunftsmäßig in Liezen nicht gehen. Es taucht die Frage auf, ob wir es verantworten können, diese Kinder nach Graz zu schicken, wo die schwer körperlich und geistig Behinderten sind. Soll und muß man nicht doch Mittel und Wege finden, diese Menschen als Glieder der Gesellschaft in „Jugend am Werk“ aufzuziehen?

Ich selbst war schon einmal der Meinung, daß „Jugend am Werk“ nicht mehr den Wert besitzt, den es einmal besessen hat. Aber besichtigt man einmal „Jugend am Werk“, egal ob für Mädchen oder beide Geschlechter zusammen, so wird man sehen, was für Erfolge gezeitigt werden können. (Abg. Schaffer: „Herr Abgeordneter, denken Sie nach, was Gebauer in Aussee gemacht hat, wo beide Geschlechter zusammen waren!“) Herr Abgeordneter Schaffer, der Herr Landeshauptmann hat gestern, nachdem Herr Dr. Götz vom Bau-skandal gesprochen hat, erklärt, es wird keine Partei und keine Institution davor gefeit sein, daß nicht irgendwo einmal so etwas passiert.

Ich kenne einen solchen Fall in der Steiermark. Ich könnte auch andere Fälle aufzeigen, die nicht in „Jugend am Werk“ vorgefallen sind. Das tue ich nicht. (Abg. Schaffer: „Ich meine nur, daß der die „Jugend am Werk“-Kinder in das Ausland vermittelt hat, das ist eine Schweinerei, weil wir selbst Arbeitsplätze genug haben!“)

Ich kann Ihnen sagen, ich bin selbst in Bad Aussee und die Mädchen, die dort lernen und verschiedene Kurse machen, sind längst von der Wirtschaft aufgesaugt, weil wir gerade einen Personalmangel in der Hotellerie haben. Solch einen Fall, wenn man ihn sucht, kann man überall finden. Das soll man nicht anstellen.

Aber ich möchte den Damen und Herren des Hohen Hauses empfehlen, doch selbst diese Häuser zu besichtigen. Dann bekommt man einen anderen Begriff von diesen Dingen.

Man hat hier gehört, und ich pflichte darin allen Abgeordneten bei, daß Schülerheime, Werkstätten usw. gefordert und verlangt wurden. Wenn man ins Budget hineinschaut, sieht man Millionen, die für all diese Zwecke ausgegeben werden. Ich glaube aber, wenn es uns gelänge, wenn auch vielleicht der Prozentsatz nicht mehr so groß ist, wie er bisher war, wenn es uns also gelänge, von diesen vielleicht 400 Menschen 100 oder 150 so zu erziehen, daß sie geistig und körperlich in unsere Gesellschaft eingegliedert werden können, dann glaube ich, braucht uns um einige Summen in unserem Landesbudget nicht leid zu tun. Wir haben hier noch nicht alle Jugendlichen erfaßt. Es geht uns hier wie dem Herrn Landesrat Gruber, der im Finanz-Ausschuß sagte, es seien noch nicht alle erfaßt.

Ich möchte nun Herrn Landesrat Gruber die Frage stellen, wieviel für „Jugend am Werk“ ausgegeben wird. Ich habe nämlich noch nicht entdecken können, was für „Jugend am Werk“ ausgegeben wird. Aber nach meiner Meinung wird nicht allzuviel drinnen sein.

Es hat der Abgeordnete Nigl das Budget des Herrn Landesrates Gruber etwas sehr mißtrauisch behandelt. Es ist interessant, daß man gerade in die Ressorts unserer Referenten sehr hineinleuchtet, während man das bei den anderen nicht so tut.

Ich würde also gerne wissen und darf das in der Schlußantwort erbitten, wieviel für „Jugend am Werk“ ausgegeben wurde. Ich wiederhole noch einmal, dort würde man mit 150.000 Schilling Abhilfe schaffen können. Das wäre ein Geld, das unserer Steiermark, vor allem aber diesen Menschen reichlich Zinsen tragen würde. (Beifall bei der SPÖ.)

2. Präsident: Herr Abgeordneter Wuganigg hat sich in die Rednerliste eingetragen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wuganigg: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Vielleicht ist es Ihnen ähnlich ergangen, daß Sie gelegentlich eines Sprechtagess irgendwo draußen in einer Gemeinde vom Bürgermeister gebeten wurden, mit ihm zu gehen. Er hat Sie dann zu einem Haus geführt, von dem Sie den Eindruck hatten, daß der nächste Windstoß dieses Haus wegfeigen müßte und man konnte nicht annehmen, daß in diesem Haus

jemand wohnt. Wenn man dann eingetreten ist in einige kleine Räume von zusammen 30 oder 40 m², konnte man eine kinderreiche Familie vorfinden; 7, 8 oder 9 Kinder und noch einige Erwachsene. Eine ganze Anzahl von Familien wohnt so. Bei so einem Anblick ist man der Ansicht, es dieser Familie nicht zumuten zu können noch weiter in diesen Räumen zu wohnen, weil sie größten Schaden erleiden kann an ihrer Gesundheit. Der Bürgermeister, der mitgekommen ist, sagte Ihnen dann, die Familie muß ausziehen, weil das Haus baufällig ist und abgerissen wird, aber keine Möglichkeit vorhanden ist diese Familie zu versorgen, nicht heute, nicht nächstes Jahr und nicht in fünf Jahren. (Zwischenruf von der ÖVP: „In Weiz?“)

Herr Abgeordneter, ich rede nicht von Weiz, sondern zufällig einmal von Gemeinden, in denen Bürgermeister sind, die Ihrer Partei angehören.

Dann stehen Sie vor dieser Familie, der die Gemeinde nicht helfen kann, die sich selbst nicht helfen kann, weil sie ja nichts besitzt als ihre Armut, einer Familie, die im Schatten unserer so viel gerühmten Wohlstandsgesellschaft steht und deren Kinder im wahrsten Sinne des Wortes Stiefkinder des Lebens sind. Und dann, meine Damen und Herren, war ich zumindest — ich nehme an, bei Ihnen war es genauso — sehr froh, eine Möglichkeit zu wissen, die es gibt, daß auch solchen Familien geholfen werden kann, daß die Möglichkeit besteht, auch einer solchen Familie ein Heim zu schaffen.

Gestatten Sie, daß ich einige Worte der Würdigung für diese Tatsache nun finde. Die Aktion „Wohnraumbeschaffung für kinderreiche Familien“ wurde vor 11 Jahren noch von der Frau Landesrat Maria Matzner ins Leben gerufen. In diesen 11 Jahren wurden mehr als 600 kinderreiche Familien mit über 5.000 Kindern wohnversorgt. Im ersten Jahr waren es 10 Familien, noch im vorigen Jahr waren es 98 und heuer bis Ende November 124 und es wurde hier an Unterstützung ein Betrag von 4,3 Millionen Schilling ausgegeben. Wenn Sie die Freude nur einer einzigen Familie erlebt haben, dann wissen Sie, was hinter diesen Zahlen steht. Aber auch hier sind die Geldmittel viel zu gering. Waren es im vergangenen Jahr 20 Familien, die abgewiesen worden sind, die zurückgeblieben sind, deren Fälle nicht mehr erledigt werden konnten, weil die Mittel fehlten, so sind es bis Ende November in diesem Jahr bereits 50 Familien, deren Unterlagen durchgesehen, bearbeitet sind, die vorlagereif sind, aber die man nicht einreichen kann, weil dazu die nötigen Gelder fehlen. Und deshalb begrüße ich, daß in unserem Budget in der Post 49.703 „Beihilfen zur Beschaffung von Wohnungen für kinderreiche Familien“ die Mittel um 600.000 Schilling erhöht worden sind und damit die Möglichkeit geschaffen ist, im kommenden Jahr noch mehr kinderreichen Familien helfen zu können. Mein Dank gilt aber abschließend auch dem Herrn Landes-

rat Gruber für dessen Verständnis und für dessen Bemühen um eine Aktion, die sich bestens, ja glänzend bewährt hat und deren Bedeutung, Wichtigkeit und ich glaube, sagen zu dürfen, deren Notwendigkeit, wie ich annehme, von uns allen unbestritten ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Herr Abg. Dr. Moser hat das Wort.

Abg. Dr. Moser: Hohes Haus! Eigentlich wollte ich nicht zu den Kriegsoffern sprechen. Aber nachdem ich mich durch Frau Abg. Prof. Hartwig auch persönlich angesprochen fühlte, gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen dazu.

Daß die Regierung nichts für die Kriegsoffener tut, ist nicht wahr. (Abg. Scheer: „Aber viel zu wenig!“) Im Budget des Bundes sind heuer — das wurde schon gesagt — immerhin 95 Millionen Schilling zusätzlich für Kriegsoffener vorgesehen und für das nächste Jahr ist mindestens der doppelte Betrag vom Finanzminister zugesagt worden. Aber nun scheiden sich die Geister. Wer soll das bekommen? Und da stimme ich mit Frau Prof. Hartwig voll überein, jene kleine Gruppe, von der sie uns erzählt hat, daß sie sie nicht wieder vor den Kirchentüren betteln sehen will, die Kriegswitwen, die Doppelamputierten, alle jene, die nicht mehr in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden können, die sollen das bekommen und zwar in reichlichem Maße.

Aber nun gibt es leider eine Auffassung, die sich hinter dem sogenannten „Schadensprinzip“ verschanzt. Das heißt, jeder, ganz gleichgültig, wie er versehrt ist, jeder Anspruchsberechtigte muß gleichmäßig aufgestockt werden. Diese Gruppe ist aber nicht so klein, wie hier behauptet wurde. Die Gruppe der Anspruchsberechtigten beträgt immerhin über 300.000 in Österreich. Und wenn Sie einen Bleistift nehmen und dividieren, dann werden Sie sehen, wieviel Mittel notwendig wären, um all diesen 300.000 Anspruchsberechtigten eine fühlbare Aufstockung ihrer Renten zu geben. Und sehen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier meinen wir doch, — die Frau Sozialminister hat es klar erklärt und ebenso der Finanzminister: Niemand soll etwas genommen werden, das ist auch nicht nötig — aber die Mittel, die zusätzlich vorhanden sind, Herr. Abg. Scheer, die sollen denen gegeben werden, die diese kleine Gruppe darstellen, die nicht mehr arbeiten kann, den Doppelamputierten, den Kriegsblinden, vor allem unseren Kriegswitwen, die schwer mit ihrer kleinen Rente auskommen können.

Für die übrigen, meine Damen und Herren, meine ich doch, seien wir glücklich, daß sie wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden konnten, daß sie sich als vollwertige Menschen fühlen und auch als solche bewähren. Wir wollen gar nicht als minderwertig, als minder arbeitsfähig abgestempelt werden! Wir fühlen uns als vollwertige Mitbürger und Arbeitskräfte dieses Staates. Ich glaube daher, daß die Kriegs-

opfer das ungeeignetste Objekt sind, um mit ihnen Parteipolitik oder gar Demagogie zu betreiben. (Abg. Zinkanell: „Das ist auch nicht geschehen!“ — Abg. Pözl: „Ja was denn sonst?“ — Landesrat Bammer: „Das bestimmen nicht Sie!“ — Abg. Dr. Heidinger: „Aber Sie maßen sich das an!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren, wer vor 100 Jahren etwa in den Krieg ziehen mußte (Abg. Scheer: „Der kriegt jetzt eine schöne Rente!“), den hat auf dem Schlachtfeld keine hilfreiche Hand eines Sanitäters erwartet und auch kein Lazarett, um dort von seinen Wunden geheilt zu werden. Henri Dunant hat in der Schlacht von Solferino dieses furchtbare Elend hilflos sterbender Männer erlebt. Und mit seinem Namen ist für alle Zeiten das Zeichen des Roten Kreuzes verbunden. Aus der humanitären Einrichtung für den Krieg ist inzwischen längst eine mächtige Organisation für den Frieden geworden, für die Hilfe in Not. Bei den großen Katastrophen auf der Welt ist es immer wieder das Rote Kreuz, dem die Leitung der Rettungsaktionen übertragen wird. Und in unserem Land hat das Rote Kreuz noch zusätzlich Aufgaben übernommen, die sonst die Gemeinden und die öffentliche Verwaltung belasten würden, nämlich den Rettungs- und Krankentransportdienst. Mit über 2.500 ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurden im Jahre 1965 900.000 unentgeltliche Stunden im Dienste der Allgemeinheit vom Roten Kreuz in der Steiermark geleistet. Was allein dadurch dem Land erspart wird, kann man vielleicht in einem Vergleich mit Wien sehen. Dort hat die Stadtgemeinde es seinerzeit für notwendig gehalten, eine eigene Einrichtung, die sogenannte „Sanität“ für den Krankentransport zu schaffen. Und obwohl die Transportgebühren in Wien, verglichen mit unseren Gebühren, geradezu enorm sind, muß die Stadt Wien jährlich Millionen von Schilling zu steuern, damit diese Einrichtung erhalten werden kann. In Steiermark hat der Landesverband vom Roten Kreuz 65 motorisierte Rettungsstellen aufgebaut, die Tag und Nacht mit einem ausgebildeten Sanitätspersonal einsatzbereit sind. Für Katastrophenfälle ist noch besonders vorgesorgt. An jedem beliebigen Ort der Steiermark kann in kürzester Zeit 3.350 Verletzten Hilfe geleistet werden. Es ist hier nicht die Zeit, die segensreiche Tätigkeit des Roten Kreuzes, wie z. B. Blutspenderdienst, Plasma-Reserven, Wasseraufbereitungsgerät usw. zu würdigen. Aber erwähnen möchte ich doch noch das Jugendrotkreuz, das in Steiermark mit 4900 Lehrern und 150.000 jugendlichen Teilnehmern eine wertvolle Erziehungsarbeit entfaltet.

Allein auf dem Ausbildungssektor hat das Jugend-Rotkreuz im letzten Jahr aufzuweisen: 52 Kurse für Krankenhauspflege, 33 Grundschulungen in Erster Hilfe, 41 Rettungsschwimmkurse.

Vielleicht ist jetzt der richtige Augenblick, um eine Anregung zu wiederholen, nämlich die

Schaffung eines freiwilligen Hilfsdienstes an Sonntagen für unsere Krankenhäuser. Ich habe vor einigen Wochen Gelegenheit gehabt, im Land Nordrhein-Westfalen diese Einrichtung zu sehen und festzustellen, wie vorbildlich sich dort die 16- bis 20jährigen freiwilligen Krankenhaushelferinnen am Sonntag bewähren und daß diese Einrichtung aus den Krankenhäusern nicht mehr wegzudenken ist. Es ließe sich sicher auch in der Steiermark ein freiwilliger Sonntagsdienst organisieren. Damit könnten unsere überlasteten Krankenschwestern öfter einen freien Sonntag erhalten. Das Landesjugendreferat der Landesregierung zusammen mit den Jugendorganisationen an höheren Schulen und vor allem mit dem Jugend-Rotkreuz wäre in der Lage und gerne bereit die organisatorische Durchführung dieses Hilfsdienstes vorzubereiten und dann auch durchzuführen.

Meine Damen und Herren, das Land Steiermark hat alle Ursache, dem Landesverband vom Roten Kreuz und seinem neuen Präsidenten, dem bekannten Unfallchirurgen Professor Ehalt, ein weiteres erfolgreiches Wirken zu wünschen und für die bisherigen Leistungen besonders der vielen Rotkreuzhelferinnen und -helfer herzlich zu danken. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident: Herr Abgeordneter Stöffler hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Josef Stöffler: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Ich habe heute zweimal den Ausführungen der Frau Professor Hartwig sehr gerne Applaus gespendet, weil sie zu den Schul- und Kulturfragen in sehr netter Weise und sehr inhaltsreich etwas auszusagen wußte. Zur dritten Wortmeldung konnte ich nicht applaudieren.

Ich habe mich zu Wort gemeldet, um Ihnen Frau Professor zu entgegnen. Sie haben, vielleicht mit anderen Worten aber nicht weniger als das gesagt, daß die Österreichische Volkspartei nun nicht mehr gegen soziale Leistungen auftritt. Sie nicken sogar und bestätigen damit, daß das stimmt. Wir haben uns also, nach Ihrer Meinung, so quasi dazu bekehrt, menschlich zu sein und haben dies von Ihnen gelernt. Soziale Leistungen erbringen heißt menschlich sein. Sie wollen uns also wirklich unmenschliches Verhalten unterschieben und womit wollen Sie dies beweisen? Die ÖVP besteht nun nicht seit Christi Geburt, sondern erst seit 1945. Wann und in welcher Weise waren wir seit unserem Bestehen unmenschlich? Welches Gesetz, das eine soziale Errungenschaft gebracht hat, ist im Nationalrat beschlossen worden ohne unsere Stimme oder gegen unsere Stimme? Nicht ein einziges Gesetz. (Abg. Zinkanell: „Aber nach welchen Kämpfen!“ — Abg. Brandl: „Es wurde viel gebremst!“) Wir haben uns redlich bemüht in allen Körperschaften, im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden auch dazu beizutragen, daß die Mittel für soziale Leistungen aufgebracht wurden. Wir haben gerade in letzter